

Citizenship per Dekret? Die Entwicklung transnationaler Staatsbürgerschaft als Benchmark-Prozess

Angenommene Dissertation
zur Erlangung eines Grades des Doktors der Philosophie
im Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften an
der Technischen Universität Darmstadt

vorgelegt von

Simone Ruppertz-Rausch
(Magistra Artium; Master of Arts/SUNY Buffalo)
aus Frankfurt am Main

Gutachter: Prof.Dr. Heidrun Abromeit

Zweitgutachter: Prof.Dr. Rainer Schmalz-Bruns

Tag der Einreichung: 10.08.2009

Tag der mündlichen Prüfung: 25.02.2010

Darmstadt 2010

D 17

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung - Einheitliche oder fragmentierte Citizenship?	4
2. Entwicklungslinien des Konzepts ‚Citizenship‘ – Ursprünge, Theorietraditionen und locus canonicus T.H. Marshall	28
2.1 Historischer Ursprung der Staatsbürgerschaft	29
2.1.1. Griechische polis in der idealtypischen Modellierung	29
2.1.2. Der homo legalis der römischen res publica – die Schöpfung der (liberalen) Rechtsperson	32
2.1.3. Eine alternative Erfassung des antiken Modells	33
2.1.4. Mittelalter und Französische Revolution	35
2.2 Marshall: Einfluss und Kontroverse	39
3. Liberale Staatsbürgerschaft als Universalismus vs. Kommunitaristische Staatsbürgerschaft als Partikularismus - die Gestalt und Grenzen der Gemeinschaft im Lichte der Liberalismus-Kommunitarismus Kontroverse	57
3.1 Liberale Positionen	59
3.2 Kommunitarismus	60
3.2.1 Die Kommunitarismus-Debatte	61
3.2.2 Personale Identität	64
3.2.3 Individuelle Rechte versus Gemeinwohlorientierung	69
3.2.4 Politische Integration	74
3.3 Angleichung der theoretischen Positionen?	80
4. Ressourcen und Mechanismen:	
Bürgerverständnis und seine Reichweiten	84
4.1 Staatsbürgerschaft und Nation	84
4.2 Objektive und subjektive Staatsbürgerschaft - zwischen kontraktualistischer und primordialer Variante	91
4.3 Kriteriale Abgrenzungen des Konzeptes Staatsbürgerschaft	97
4.4 Exklusion und Inklusion durch Staatsbürgerschaft - Staatsbürgerschaft als egalitäres oder elitäres Konzept	99

4.5 Atomistisches oder gesellschaftliches Konzept der Mitgliedschaft - Repräsentation vs. Selbstbestimmung	104
4.6 Rechte und Anrechte	117
5. Territoriale Aspekte der Staatsbürgerschaft:	
'Multilayered Citizenship' oder doch nationale Staatsbürgerschaft	118
5.1 Identitäten und Symbole	118
5.2 Staatsbürgerschaft und Nationalstaat	128
6. Staatsangehörigkeitsrecht im Vergleich	132
6.1 Die Entwicklung der Staatsangehörigkeit seit Napoleon	132
6.2 Staatsbürgerschaftsrecht im Vergleich	137
6.2.1 Staatsbürgerschaft in Frankreich	137
6.2.2 Staatsbürgerschaft in Deutschland	144
6.2.3 Staatsbürgerrechte Österreich	155
7. Rahmenbedingungen der Europäischen Union	157
7.1 Institutionelle Konstruktion	157
7.2 Benchmarking	159
8. Einschränkung von Bürgerrechten	166
8.1 Hintergrund	166
8.2 Sicherheitsgesetzgebung als Instrument der Einschränkung von Bürgerrechten	171
8.3 Exkurs: Feindstrafrecht	175
8.4 Entzug von Bürgerrechten im Zuge eines erklärten Ausnahmestandes	179
8.5 Staatsbürger und Staat	189
9. Die Qualität von Citizenship - Schlussbemerkung	211
10. Literaturverzeichnis	216

1. Einleitung - Einheitliche oder fragmentierte Citizenship?

„All domination is arbitrary and its success depends on its ability to conceal its arbitrariness” (Isin 2002: 276).

Citizenship als der legale und soziale Rahmen für individuelle Autonomie und politische Gemeinschaft ist eine der zentralen Achsen der westlichen politischen Philosophie. Die lange Tradition der Citizenship schlägt eine Brücke zwischen den Zeiten des Altertums und der modernen Ära, verbindet die bürgerliche und politische Auffassung der griechischen polis und des römischen res publica mit der der Französischen Revolution und der Phase der Aufklärung durch die Betonung des gleichen moralischen Wertes aller Individuen. Citizenship ist eine intellektuelle und politische Tradition, die wiederholt überarbeitet und aktualisiert wurde und heute aus einer Aneinanderreihung verschiedener Citizenship-Diskurse besteht. Citizenship ist der Schlüsselbegriff für die Abgrenzung von Innen und Außen und damit von Inklusion und Exklusion hinsichtlich des Zugangs zu einer Gemeinschaft. Geregelt werden letztlich Souveränitätsverhältnisse auf der Basis von Rechten und Pflichten zwischen den Bürgern als einem Staatsvolk von ‚Stakeholdern‘ im Rahmen eines territorial definierten Rahmens. Auf diese Weise wird eine direkte Verbindung zwischen den Bürgern und dem System konstituiert, das sie umschließt.

Möglicherweise ist ‚Citizenship‘ auch lediglich ein ‚Mythos‘ (Ignatieff 1995), möglicherweise eine ‚unnatürliche Praktik‘ (Oldfield 1990) und unter Umständen ist der Bürger heute bereits effektiv ‚disenfranchised‘, d.h. ohne Bürgerrechte (Horsman/Marshall 1994). Während sich prinzipiell die Frage stellen läßt, ‚Who needs a Theory of Citizenship‘ (Armstrong 2006), konstatieren andere derweil die ‚Rückkehr des Bürgers‘ (Kymlika/Noman 1995). Diese Artikel- und Kapitel-Überschriften werfen grundlegende Zweifel

auf, sind zumindest Ausdruck von Verunsicherung, deuten im schlimmsten Fall eine Krise an, was die Substanz und Tragweite des Konzeptes angeht. Was ist die Ursache dieser Verunsicherung? Analog zu den Skeptikern unterstellen indes optimistischer gestimmte Sichtweisen dem über lange Jahre hinweg marginalisierten Untersuchungsgegenstand ‚Citizenship‘ ein konstruktives Potential. Die nachfolgenden Ausführungen plausibilisieren, dass das betreffende Objekt einer eingehenden Obduktion und Analyse bedarf, denn zweifellos verbergen sich hinter dem Konzept ‚Citizenship‘ viele Probleme und Herausforderungen, deren Komplexität und inhärente Spannung zunächst geordnet und verortet werden muß. Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der vorliegenden Arbeit die Elastizität von Citizenship hinsichtlich der funktionalen und territorialen Veränderungen, die das Konzept seit seinem klassischen Entstehungszusammenhang in der griechischen Polis durchlief, zu analysieren und im Rahmen seines aktuellen Zuschnitts zu bewerten. Demzufolge handelt es sich weniger um eine Konstante als vielmehr – gleich einem evolutionären Prozess – um ein Phänomen in flux. Die beständigen Veränderungen des Konzeptes und seiner Praxis sind ein erster Hinweis dafür, fortlaufend Ideen, Einstellungen und Aktivitäten aufzunehmen, für die es ursprünglich nicht bestimmt war. Dies birgt die Gefahr, dass Citizenship zum ‚catch-all‘ Begriff (Goodin 1996) degeneriert. Die zerfasernde Anhäufung von Inhalten erinnert in der Analogie an einen Container, d.h. Citizenship kommt einem gesellschaftlichen wie konzeptionellen Sammelbehälter gleich (Beck 1999: 49ff.). Mahner mögen sich vor diesem Hintergrund zwangsläufig in der Überprüfung der akuten Schwächen, Unverträglichkeiten und Unbeständigkeit unausweichlich die Frage stellen, ob die bemerkenswerte Elastizität der Citizenship nicht schließlich seine Grenzen erreicht hat. Ob wir am Endpunkt der evolutionären Entwicklung angelangt sind, ist nicht abzusehen, gleichwohl soll neben den empirischen Gehalten, der rechtlichen Gerinnung auch die Veränderung und Entfaltung der vielfältigen normativen Ausstattungsmerkmale untersucht werden.

Wenn der menschliche Verstand mit einer Plethora an Informationen geflutet wird, so versucht er im Zuge der ‚Datenverarbeitung‘ sie gemäß eines Musters zum besseren Verständnis zu bündeln (Fiske/Taylor 1991). Wie die mannigfaltigen Ausprägungen des Untersuchungsobjekts zeigen werden, unterliegt ‚Citizenship‘ durch konstante Deutung und Neuinterpretation einem beständigen Clustering. Dies geschieht einerseits, um veränderte (Rahmen-) Bedingungen zu reflektieren und andererseits, um durch Bündelung neue Einblicke zu eröffnen. Beide Momente, sprich, die veränderten Rahmenbedingungen als auch das Zusammenfügen der einzelnen Dimensionen und Elemente von Citizenship, sind Gegenstand der vorliegenden Reflektionen, auf deren Grundlage es wiederum zu einer angemessenen Neubewertung des Gegenstandsbereichs kommen soll. Wie schon Thomas Marshall (1950) in seiner viel diskutierten – und vielfach kritisierten – Vorlesung im Bezug auf die Analyse der Entwicklung von Citizenship in Großbritannien anmerkte, verkörpert diese die stufenweise Ausbildung von ‚civil rights‘ (18. Jahrhundert) über ‚political rights‘ (19. Jahrhundert) bis hin zu ‚social rights‘ (20. Jahrhundert). Damit sollen im Modus der Citizenship die volle und gleiche Mitgliedschaft (Gleichheitsgrundsatz) in einer Gesellschaft sichergestellt werden:

„The civil element is composed of the rights necessary for individual freedom – liberty of the person, freedom of speech, thought and faith, the right to own property and to conclude valid contracts, and the right to justice. [...] By the political element I mean the right to participate in the exercise of political power, as a member of a body invested with political authority or as an elector of the members of such a body. [...] By the social element I mean the whole range from the right to a modicum of economic welfare and security to the right to share to the full in the social heritage and to live of a civilised being according to the standards prevailing in the society. (Marshall/Bottomore 1992: 8)¹

¹ Auf die Kritik wird noch an anderer Stelle detailliert einzugehen sein.

Der Themenkomplex ‚Citizenship‘² zog insbesondere in den letzten Jahren außerordentliche Aufmerksamkeit auf sich, was nicht nur anhand des Ausmaßes wissenschaftlicher Veröffentlichung, sondern auch mit der tagespolitischen Beschäftigung sowie dem Aufkommen diverser zivilgesellschaftlicher Akteure³ in diesem Bereich nachweisbar ist. Gründe hierfür sind sowohl im gesteigerten Interesse an wirtschaftlich wie politisch begründeten Migrationsströmen, nicht aber zuletzt im politischen Umbruch 1989 und in der dadurch ausgelösten Diskussion um die Grundlagen der politischen Ordnung zu suchen.⁴ Ein weiterer Aspekt stellt der mit dem Maastrichtvertrag institutionalisierte Sprung vom Markt- zum politischen Bürger durch die Unionsbürgerschaft dar, der im Verlauf der Arbeit exemplarisch untersucht werden soll. So viel vorerst (andeutungsweise) zum Auftauchen und praktischen Interesse an Citizenship.

Die große Mehrzahl der wissenschaftlichen Publikationen adressiert insbesondere zwei Arten von Fragestellungen. Es werden, erstens, Fragen nach dem Umfang (was) und damit der möglichen Substanz von Citizenship gestellt. Zweitens richtet sich das Interesse auf die Subjekte (wer), die als Shareholder unter den Schirm der Citizenship gefasst werden sollen. Die Frage nach der Verortung (wo) im Sinne von Territorialität⁵ wurde bis zum

² „Citizenship is the mechanism for organizing political membership and structuring goals for change; it is the mortar of new policies regarding immigration, education and political access.“ (David Scobey, *Citizenship Studies* (2001):11-26); „Citizenship comprises the qualities and conditions – and also the ideals – in and through which individuals who share membership of a political community can act as political equals“ (McKinnon/Hampsher-Monk 2000:1).

³ In ihrem Engagement für bürgerschaftliche, soziale und politische Rechte könnten diese Gruppen als Meta-Zivilgesellschaft verstanden werden.

⁴ Im weitesten handelt es sich hierbei um Reflexionsleistungen bezogen auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse.

⁵ “There are at least three ways in which prior or other systems of rule have differed in this regard from the modern territorial state. First, systems of rule need not be territorial at all. That is to say, the basis on which the human species is socially individuated and individuals, in turn, are bound together into collectivities can take (and historically has taken) forms other than territoriality. [...] Second, systems of rule need not be territorially fixed. [nomadic property rights as example] [...] Third, even where systems of rule are territorial, and even where territoriality is relatively fixed, the prevailing concept of territory need not entail mutual exclusion” (Ruggie 1993: 149).

Beginn der 1990er weitestgehend ignoriert, da die Zuordnung scheinbar selbstverständlich und naheliegend als nationalstaatliches Unterfangen verstanden wurde. Es ist allerdings eine unstrittige Beobachtung, dass wir (a) in einer Ära zunehmender kultureller Verschiedenartigkeit innerhalb von Nationalstaaten leben und es damit einhergehend zur ‚Entterritorialisierung‘ von Kulturen bzw. Menschen kommt, einem Verwischen von traditionellen bzw. primordialen Identitätszuschreibungen. Die Orientierung an der Nationalität reicht daher längst nicht mehr als die exklusive Lizenz individueller Identitätsgerinnung aus (Franck 2001). Diesem Umstand sind Forderungen nach einer ‚differenzierten‘ (Young 1995), ‚multiplen‘ oder zumindest ‚multi-kulturellen‘ (Kymlika/Norman 2000) Citizenship geschuldet. Vor diesem Hintergrund muss (b) der Begriff einer nationalen Citizenship, die eine einzelne, homogene Kultur, einen homogenen ‚Demos‘ umfasst als obsolet bewertet werden.⁶ Denn, wie Derek Heater (1999) anmerkt, "Is it perhaps the very concept of a singular form of citizenship that should be questioned? [...] Societies and states are no longer viewed as homogeneous; citizenship consequently must be understood and studied as a mosaic of identities, duties and rights rather than a unitary concept" (114). Dennoch müssen wir uns fragen, ob Citizenship deshalb ihren Status als durch den Staat definierten bzw. an den Staat gekoppelten Status eingebüßt hat. Aber es ist durchaus eine weitere, abgeleitete Frage nach dem ‚Wo‘ denkbar, nämlich im Sinne einer funktional-systemischen Dimension wenn es um die Rechteextension in (funktional-sektoral) differenzierten Gesellschaften geht, wie sie beispielhaft im Zusammenhang von ‚Economic-‘ oder ‚Organizational/Corporate Citizenship‘, ‚Environmental-‘ oder ‚Technological Citizenship‘ gefordert werden.⁷ Denn, wie Klaus Holz (2000) anmerkt, Citizenship entsteht „am Schnittpunkt der politischen Differenzierung der Weltgesellschaft in Segmente (Staaten) und der funktionalen Differenzierung in (prinzipiell weltweite) Funktionssysteme,

⁶ Andererseits halten Befürworter dagegen, dass eine homogene nationale Kultur unerlässlich aus viererlei Gründen sei: "(1) social integration in a liberal democracy requires shared norms and beliefs [...]; (2) the levels of trust that democratic politics requires can be attained only among con public culture [...]; and (4) the economic viability of specifically industrialized liberal democracies requires a single national culture [...]" (Abizadeh 2002: 495)

⁷ Stellvertretend Saretzki 1998

worunter im gegenwärtigen Zusammenhang vor allem die Ökonomie zu verstehen ist. Die citizenship-Theorie sieht sich damit einem auch gesellschaftstheoretischen bislang wenig bearbeiteten Problem gegenüber: der ‚Koexistenz von Differenzierungsformen‘ in einer Gesellschaft [..]“ (195).

Die kontroverse Beschäftigung mit der örtlichen Dimension von Citizenship beschäftigt sich mit dem Zurechnungsrahmen des Nationalstaats, die unter zwei Schlagwörtern zusammen zu fassen sind. Aufgrund der oben beschriebenen gesellschaftlichen Volatilität und kulturellen Diffusion im Zuge fortschreitender Globalisierung⁸ sowie politischer Regionalisierung erscheinen die Grenzen der traditionellen nationalstaatlichen Citizenship zu eng gefasst, weshalb seine Herausforderer neue Formen ‚transnationaler‘, ‚postnationaler‘, ‚multipler‘ oder gar ‚globaler‘ Citizenship konstatieren, denen ‚Entnationalisierung‘ bzw. ‚Entterritorialisierung‘ gemein ist.⁹ Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Ist Citizenship tatsächlich unausweichlich mit dem Nationalstaat verbunden und welche Berechtigung/Relevanz haben solche Neukonzeptualisierungen?

Die vorgenannten Konzepte können zum liberal-kosmopolitischen Verständnis einer Weltstaatsbürgerschaft kantischer Provenienz dadurch kontrastiert werden, als sie nicht notwendigerweise universalistische Ideale vertreten. Vertreter dieser Argumentationslinie fassen eine Vielzahl unterschiedlicher Bedeutungen in ihre ‚entnationalisierten‘ Theorievorschläge, einen sich jedoch darin, dass sie (1) dann von deskriptiver Güte sind wenn sie versuchen, grenzüberschreitende Identitäten und Loyalitäten zu erfassen, die sich im Zuge intensiver Globalisierung entwickelten.¹⁰ Ihre normativen Aspekte

⁸ Als Folge der Intensivierung ökonomischer, sozialer und kultureller Aktivitäten über nationalstaatliche Grenzen hinweg, scheinen Staatsgebiet, Gesellschaft und der ‚Demos‘ (Staatsvolk) als Träger von Souveränität nicht länger kongruent zu sein. So wie sich der Charakter, die Bandbreite und die Bereiche des Politischen ändern, steht die Idee selbstbestimmten Regierens durch die globale Vernetzung vor einer grundlegenden Herausforderung (v.a. Beck 1998).

⁹ Vgl. Albert 1998.

¹⁰ “The images of being political bequeathed to us come from the victors: those who were able to constitute themselves as a group, confer rights on and impose obligations on each other,

entfalten sich (2) im Bemühen zukunftsfähige Gemeinschaftsformen sowie Möglichkeiten eines ‚civil empowerment‘ aufzuzeigen. Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang zivilgesellschaftliche Akteure? Das augenscheinliche Oxymoron entnationalisierter Citizenship-Konzepte soll in dieser Arbeit als Herausforderung an die Tragfähigkeit des traditionellen, nationalstaatlichen Citizenship-Verständnisses, als das alleinige für sich Gültigkeit beanspruchende Konzept herangetragen werden. Es ist daher zu überprüfen, inwiefern die Forderungen einer entnationalisierten, entterritorialisierten Citizenship gerechtfertigt und ggf. bereits erfüllt sind, denn zweifellos verläuft unsere alltägliche Wahrnehmung des Untersuchungsgegenstands in Grenzen nationalstaatlicher Denomination. Und wenn Citizenship Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft bezeichnet, so kann es kaum eine Frage sein, dass der Nationalstaat nach wie vor die vorherrschende Organisationseinheit politischer Mitgliedschaft bleiben wird. Und dennoch: Durch den Vergleich der Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht Deutschlands, Frankreichs und Österreichs sowie deren Verhältnis zur als „Benchmark“ (im Sinne einer als Leitlinie) verstandenen Europäischen Union, wird sich zeigen lassen, dass es längst zur Transnationalisierung der Citizenship im Sinne einer schleichenden Angleichung dieser europäischen Staatsbürgerschaftsrechte und damit einem ‚policy streamlining‘ gekommen ist.¹¹ In welchem ‚Bewusstseinszustand‘ bewegt sich die Gesellschaft - schreitet ihre zugrundeliegende Rechtsetzung progressiver voran als sie selbst?¹² Wenn wir davon ausgehen, dass Identitätsausbildung situationsbezogen und weniger persönlichkeitsbezogen vonstatten geht, dann benötigt dieser Umstand einen gemeinsamen

institute rituals of belonging and rites of passage, and above all, differentiate themselves from others, constructing an identity and an alterity simultaneously [...] A group consolidates and stabilizes its identity by distinguishing itself from different modes of being. But the differences against which an identity consolidates itself contain their own drives to identity, and these may well take a form that will destabilize, disturb, and disrupt the security of the identity that a group seeks” (Isin 2002: 2, 31).

¹¹ Es muß sich zeigen, ob es sich um eine bewusste Annäherung handelt oder gar um die Herausbildung einer ‚supracommunity‘ (Etzioni 2001). Vergleiche hierzu auch Abbott/Snidal 2009.

¹² „[...] but constitutions and laws cannot by themselves make a community, only the propitious conditions in which a group can gel into a community.“ (Heater 1999: 55)

Brennpunkt. Diesen normativen Orientierungspunkt finden wir im Recht und damit ursprünglich in der Rechtsetzung wider. Einerseits trägt eine rechtliche Ausweitungsbestrebung unter dem Label der Staatsbürgerschaft zu einer Politisierung bei, andererseits jedoch tragen die in Richtung einer inner-europäisch abgestimmten Anpassung der jeweiligen Staatsbürgerrechte einer Transnationalisierung sowie entpolitisierenden Tendenz Rechnung.

Zugehörigkeit im Sinne gesellschaftlicher Integration läßt sich jedoch nicht nur segmentär (territorial), sondern durch die vorgenannte Differenzierung in Funktionssysteme charakterisieren. Für eine umfassende gesellschaftliche Integration ist vielmehr zu beachten, dass ihre Mitglieder nicht „mit einzelnen Funktionssystemen identifiziert, das hieße nur im politischen System, nur im Rechtssystem, nur im Wirtschaftssystem lokalisiert werden. Sie müssen vielmehr als Individuen Zugang zu allen Funktionsbereichen erhalten, also als Individuen auch stärker aus sozialen Bindungen herausgelöst und mit Rechten und Ansprüchen aus Teilnahme an Politik, Wirtschaft, Recht, Erziehung usw. versorgt werden“ (Luhmann 1981: 83). Diesen Ansatz schreiben wir fort, indem die grundsätzlichen Modi der funktionalen Integration in den Blick genommen werden. Als Pfeiler gesellschaftlicher Integration auf europäischer Ebene wird Integration durch Werte und politischer Partizipation eingeführt. Nicht zuletzt dem hybriden Verständnis von Citizenship, d.h. der territorialen wie funktionalen - im Sinne einer Kombination von hierarchisch wie heterarchischen - Perspektive, ist es geschuldet, dass sich Citizenship nicht einzig und allein im Besitz eines Passes und den damit verbundenen Rechten und Pflichten eines Staatsangehörigen zum Ausdruck bringen läßt. Denn, so die Kritik, „Shared citizenship entails egalitarianism, and this egalitarianism is undercut by too much emphasis upon particularistic identity insofar as the egalitarian conception presupposes an appeal to what is shared across divergent cultural or ethnic groups“ (Beiner 1995: 11). Ergo, die Qualität von Citizenship muss, insbesondere um Mit-Bürger anderer Staatsangehörigkeiten, die sich beispielsweise in unserem Wirtschaftssystem engagieren, über die reine

Staatsangehörigkeit hinausgehen. Es gilt vor diesem Hintergrund die verschiedenen Attribute von ‚Bürgerschaft‘ und damit die Voraussetzungen einer Art gesellschaftlichen Schließung (der Abgrenzung zwischen Innen und Außen) zu klären, die vor diesem Hintergrund noch sinnvoll erscheint.¹³

Ob unser Verständnis von über den Nationalstaat hinausgehenden, ausdifferenzierteren Konzepten kohärent und/oder überhaupt lohnenswert ist, hängt zunächst von unserem – nach wie vor umkämpften - Verständnis von Citizenship selbst ab.¹⁴ Unbestritten scheint derweil die Bedeutung von Citizenship als die ‚Verkörperung‘ eines höchst normativen Wertes, unmissverständlich getragen von Assoziationen wie Gemeinwohl, Engagement und einer Art ‚demokratischer Vollendung‘. Die Anerkennung der Bedeutung wirkt dabei wie ein Katalysator, der den definitorischen Wettstreit zu befördern scheint: Das Ringen um das Konzept der entnationalisierten Citizenship ist schließlich das Ringen um die Bedeutung von Citizenship tout court¹⁵, da es als Kernkonzept nicht bloß eine Beschreibungen unserer sozialen und/oder politischen Lebenswelt ist; es ist vielmehr ein wesentliches Bauteil, das uns hilft unsere Lebenswelten zu konstruieren.

“The language of politics is not a neutral medium that conveys ideas independently formed; it is an institutionalized structure of meanings that channels political thought and action in certain directions. [...] [T]he discourse

¹³ Als solche werden je nach Theorietradition die gegenseitige Anerkennung als Freie und Gleiche, ein Mindestmaß an Solidarität, kulturelle Homogenität bzw. darauf gründende kollektive Identität angeführt.

¹⁴ Wie Judith Shklar (1991: 1) feststellt, “[t]here is no notion more central in politics than citizenship, [yet] none more variable in history, or contested in theory.” oder auch Etienne Balibar (1991: 723), “[H]istory still shows that this concept has no definition that is fixed for all time. It has always been at stake in struggles and the object of transformations.”

¹⁵ Am Konzept der ‚Citizenship‘ kann veranschaulicht werden, was Connolly (1989) ein ‚essentially contested concept‘ betitelt: „When [a concept] is appraisive in that the state of affairs it describes is a valued achievement, when the practice described is internally complex in that its characterization involves references to several dimensions, and when the agreed and contested rules of application are relatively open, enabling parties to interpret even those shared rules differently as new and unforeseen situations arise, then the concept in question is an ‚essentially contested concept‘. Such concepts essentially involve endless disputes about their proper uses on part of their users.”

of politics helps to set the terms within which that politics proceeds” (Connolly 1993: 2)¹⁶.

Bevor ich die Betrachtung dieser vielfältigen Clusters angehen kann, bedarf es einer umfassenden begrifflichen Herleitung, zunächst muss daher die grundlegende Frage lauten, 'Was ist eigentlich Citizenship und welche Elemente und Dimensionen erfaßt sie?' Je nachdem ob wir Citizenship als einen rechtlichen Status begreifen, als Form politischer Beteiligung oder Ausprägung von Identität und Solidarität, werden die Antworten unterschiedlich ausfallen. Im nachfolgenden werden die Begriffe Citizenship und Staatsbürgerschaft gleichbedeutend verwendet, was allerdings nicht über eine sprachliche Differenzierung hinwegtäuschen soll: der im angelsächsischen Kontext verwendete Begriff der 'Citizenship' ist weniger auf den Staat bezogen als der der 'Staatsbürgerschaft'. Dabei zielt Citizenship auf „Bürgerrechte und die damit verknüpfte aktive Rolle der Bürger bei der Diskussion und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, als auf Staatsbürgerschaft im Sinne einer vorrangig rechtlich definierten und eher passiv orientierten Konzepts der Mitgliedschaft in einem Staat“ ab. (Kleger 1997, 307) Diese Begriffskonfusion läßt sich jedoch auflösen, wenn wir Staatsangehörige und Staatsbürger als nicht gleichbedeutend verstehen. Dimensionen von Staatsbürgerschaft umfassen die der (1) Mitgliedschaft, (2) der Rechte und Pflichten sowie (3) die Ausübung derselben im Sinne politischer Aktivität unter der Voraussetzung und der Erfüllung bürgerlicher Tugenden. Im weitesten kann Staatsbürgerschaft somit als die gleiche und vollwertige Mitgliedschaft in einem politischen Gemeinwesen verstanden werden. Es konstituiert ein Regelungsverhältnis zwischen einem Individuum,

¹⁶ Vgl. auch Ball et al. (1989: 2), wonach „the political landscape is partially constituted by [the language] which locates and marks its main features.“; „These alter-drives, then, are required for the stabilization of an identity, but they can also emerge as threats to the same identity. When these pressures intensify, one or both of the parties involved may move to consolidate its identity by defining a range of difference as evil, irrational, perverse, abnormal, or heretical. Identity requires difference, but difference also threatens to destabilize identity (Connolly 1993: x-xi)“ (31).

dem Bürger, und der politischen Gemeinschaft – gemeinhin dem Nationalstaat – in dem er lebt, und welches auf der Zuteilung universalistischer Rechte und Pflichten beruht. Dabei wird deutlich, dass die Entwicklung des Bündels von Rechten und Pflichten, das/den die Staatsbürgerschaft (mittlerweile) ausmacht, im Kern mit dem Charakter der Nation, der staatlichen Verfassung und der Regierungsform zusammenhängt. Vor allem die Definition des Staatsbürgers wird einerseits im Hinblick auf die Einheimischen entwickelt, andererseits enthält sie immer eine Abgrenzung nach außen. Inklusion und Exklusion (Einschließung und Ausschließung) gehören zusammen - aber wie sie auf einander bezogen sind und wie sie mit Inhalt gefüllt werden, variiert sowohl historisch als auch im internationalen Vergleich.

Die hieraus resultierende Problematik stellt sich wie folgt dar: Auf der einen Seite bestehen gewachsene, aus dem historischen Kontext des einzelnen Staates begründete Verständnisse von Staatsbürgerschaft. Unterschiedliche Traditionen verbunden mit verschiedenen Vorstellungen sowohl von Seiten des Staates als auch die habituell und kulturell begründeten Verständnisse der Rolle des Staatsbürgers auf Seiten der Bürger selbst führen zu tradierten Staatsbürgerschaftsrechten. Die Veränderung dieser erfolgt nicht mehr alleine durch gewissermaßen revolutionäre Akte, sondern vollzieht sich oft im Stillen, indem verschiedene Gruppen, im Sinne von fragmentierten und ausdifferenzierten Gesellschaften Anerkennungen innerhalb des Staates geschaffen und erwirkt werden. Die Wirkung derselben Veränderungen bleiben damit innerhalb eines regionalen Bezuges, die Wirkung beschränkt sich auf das jeweilige Staatsgebiet. Auf der anderen Seite stehen die Staaten Europas nicht mehr singulär als Nationalstaaten mit unterschiedlichen Traditionen einander gegenüber, sondern beeinflussen und verändern sich gegenseitig vor allem durch die Integrationsleistung der Europäischen Union. Diese allerdings bietet einige Besonderheiten, welche die staatsbürgerlichen Verständnisse wiederum berühren. Die Konstruktion und Architektur der Europäischen Union als 'gouvernance without government' (Eichener 2000: 15) hat als Resultat, dass Bürgerrechte in ihrem direkten Einfluss gegenüber Entscheidungen institutioneller und administrativer Art

zurückstehen. Die zu klärende Frage ist an dieser Stelle, inwieweit tatsächlich Bürgerrechte zurückstehen, wenn zwar auf der einen Seite tradierte Formen der Partizipation durch parlamentarische Delegation der Meinung gegenüber einer weniger auf parlamentarischer Diskussion beruhenden Politik entschieden wird. Denn, wie oben bereits angedeutet, kann Staatsbürgerschaft auch über fragmentierte und differenzierte Gruppen erworben werden, unter der Prämisse, dass jeder schließlich den gleichen Zugang zu Rechten erhält. Dies bedeutet, dass die Architektur der Europäischen Gemeinschaft mit den Entscheidungsträgern der Kommission und des Rates (Eichener 2000; Wessels 2008) nicht mehr dem Bild und der Vorstellung der demokratischen Partizipation regionaler Parlamente entspricht. Dennoch vertreten diese europäischen Institutionen nicht partikulare Interessen, sondern Interessen, die sich im Sinne fragmentierter Identitäten ordnen lassen: Interessen von spezifischen Gruppen. Ausgehend von der Idee fragmentierter Identitäten entspricht damit die derzeitige Ausgestaltung der Entscheidungen innerhalb der Europäischen Union am ehesten dieser Idee selbst. Zum einen ist die Idee der Europäischen Union eine Idee des Friedens, wie es in Kapitel 7 noch ausführlich dargelegt wird, basierend auf Nationalstaaten, wobei jedoch das Nationalstaatliche selbst durch eine übergeordnete Instanz gezügelt wird.

Die innerhalb der europäischen Architektur der Integration mögliche Form der Partizipation ermöglicht verschiedenen Gruppierungen die Teilhabe am Entscheidungsprozess. Über die so genannten Grünbücher der Europäischen Union werden die Politikfelder derselben abgesteckt. Die Veröffentlichungen der Politikfelder „richten sich vor allem an interessierte Dritte, Organisationen und Einzelpersonen, die dadurch die Möglichkeit erhalten, an der jeweiligen Konsultation und Beratung teilzunehmen“.¹⁷ Dadurch erhalten unterschiedliche Gruppen unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat die Möglichkeit zur Partizipation, um gegebenenfalls in Verfahren eingreifen zu können. Dieses Verfahren kann an dieser Stelle der

¹⁷ http://europa.eu/documents/comm/index_de.htm

Einleitung im Sinne einer transnationalen Bürgerschaft verstanden werden, welche die Idee fragmentierter und ausdifferenzierter Citizenship aufgreift und unter dem Dach der Europäischen Union unter Auslassung nationaler Citizenship einer Partizipation zuführt.

Ungeachtet dieser Situation, in der Partizipation mit einem modellhaften Charakter zugelassen wird, unterscheiden sich die Bürgerrechte in den verschiedenen Staaten der Europäischen Union. Während die Beteiligung an politischen Entscheidungen durch die Wahl nationaler Parlamente erfolgt, bleibt der Einfluss der Bürger auf Entscheidungen der Europäischen Union durch die Wahl des Europaparlamentes eher gering. Bedingt ist dies durch die spezielle Architektur der Entscheidungsgremien innerhalb der EU. Die Charakteristik der Entscheidungswege in der Europäischen Union sind im wesentlichen dadurch geprägt, dass die Union weniger gesetzgebend und mehr regulativ arbeitet. Unter dem Stichwort der Harmonisierung werden nationale Rechte aneinander angeglichen und die damit verbundene Normsetzung entspricht einer funktionalen Norm, weniger einer gesellschaftlichen Norm. Während der Europäische Rat durch seine Aufgabe als Ideenstifter den ideellen Überbau darstellt und politische Zielvorgaben formuliert, erfolgt die Regulierung innerhalb des Netzwerkes von Kommission (als letztentscheidende aber auch initiativ tätige) und Fachbeamten, Organisationen und Lobby:

- Die nationalen Regierungschefs, die Akteure im Europäischen Rat
- Die nationalen Fachminister, die Akteure im jeweils zuständigen Ministerrat, in dem die Richtlinien verabschiedet werden
- Die nationalen Fachbeamten, die in der Vorbereitungsphase in beratenden Kommissionsausschüssen mitwirken und die Entscheidungen im Ministerrat vorbereiten
- Die Beamten der Europäischen Kommission, die die Richtlinien-vorschläge formulieren und dem Ministerrat vorlegen

- Die Mitglieder des Europäischen Parlaments, die im Rahmen der verschiedenen Beschlußfassungsverfahren Stellungnahmen zu den Richtlinienvorschlägen abgeben

Die Vertreter organisierter Interessen auf europäischer, nationaler und subnationaler Ebene, die über formelle (v.a. Wirtschafts- und Sozialausschuß, beratende Kommissionsausschüsse), semiformelle (z.B. Grünbuch-Konsultationsverfahren, Konferenzen) oder informelle Konsultationen in den Prozeß der Politikformulierung eingebunden sind (Eichener 2000: 175)

Die Einschränkungen politischer Partizipation innerhalb dieses Regulierungsansatzes wird auch nicht durch die Unionsbürgerschaft, wie sie mit dem Vertrag von Maastricht und den Ergänzungen von Lissabon ermöglicht wird, aufgehoben. Die Unionsbürgerschaft hebt die nationale Staatsbürgerschaft nicht auf, sondern ergänzt diese um die folgenden Punkte:

- das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten;
- das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat;
- das Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen wie Staatsangehörige dieses Staates im Hoheitsgebiet eines dritten Landes, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist (Artikel 20 EG-Vertrag);
- das Petitionsrecht und das Recht, sich an den Europäischen Bürgerbeauftragten zu wenden¹⁸.

¹⁸ Vgl. Closa 1997; http://europa.eu/scadplus/glossary/citizenship_de.htm

Die mit der Unionsbürgerschaft verbundene Freizügigkeit der Niederlassung auf der einen Seite und der innerhalb der Union angestrebten Harmonisierung verschiedener nationaler Rechte für einen Binnenmarkt führt in der Folge zu Formen von Diskriminierung. Die als Inländerdiskriminierung bezeichnete Ungleichbehandlung von Unionsbürgern innerhalb eines Staates beruht auf der Konfrontation von nationalem Recht und dem Zwang der Freizügigkeit auf der anderen Seite. Dies wird häufig mit dem Prinzip des Herkunftslandes im Zusammenhang von Handel und Dienstleistung verstanden (Tassikas 2004), hat jedoch auch Auswirkungen auf die Bürgerrechte (Seyr/Rümke 2005): Hiervon sind Niederlassungsrechte, Namensrechte und Versorgungsansprüche (ebd.) ebenso betroffen, wie die Ungleichheit verschiedener Formen der politischen Partizipation durch unterschiedliche Regelungen der Zulassung und des Verbotes von Parteien.¹⁹

Deutlich wird die Differenz der unterschiedlichen Handhabung gesellschaftlicher Beteiligung am Umgang mit Religionsgemeinschaften, die insbesondere durch Migration hervorgerufen ist. Unabhängig davon, ob in einem Staat die Verleihung von Staatsbürgerrechten im Sinne des *jus soli* oder des *jus sanguinis* erfolgt, bleibt eine zu integrierende Kultur der Migranten, die sich insbesondere in der Rechtsstellung von Religionsgemeinschaften äußert, aber auch Bezug nimmt auf die Kultur der Religionsausübung selbst: Kleidungen, Religionsunterricht und Sakralbauten prägen die Diskussion in der Öffentlichkeit. Wie oben bereits angemerkt, umfasst die Dimensionen von Staatsbürgerschaft die der (1) Mitgliedschaft, (2) der Rechte und Pflichten sowie (3) die Ausübung derselben im Sinne politischer Aktivität unter der Voraussetzung und der Erfüllung bürgerlicher Tugenden. Damit verbunden ist die Frage nach der Loyalität der Angehörigen verschiedener Gruppen, welche durch verschiedene Kultursysteme

¹⁹ Dies betrifft beispielsweise auch die Reisefreiheit, wenn gewählten Vertretern eines nationalen Parlamentes die Einreise in ein anderen Mitgliedsstaat verwehrt wird, wie dies Geert Wilders bei seiner Einreise nach Großbritannien passierte (<http://www.independent.co.uk/opinion/leading-articles/leading-article-a-ban-that-only-helps-the-extremists-ndash-on-both-sides-1608169.html>)

unterschiedliche Auffassungen von Werten in eine politische Staatengemeinschaft einbringen²⁰. Der Debatte um Werte als Dimension wird in dieser Arbeit ein breiter Raum zur Verfügung gestellt. Basis dieser Überlegungen ist die Staatsbürgerschaftstheorie Marshalls. Das Kernelement seiner Theorie ist die phasenabhängige Entwicklung und Dreiteilung von Staatsbürgerschaftsrechten in Bürgerrechte, politische Rechte und soziale Rechte. Das Bedeutsame an diesem Ansatz ist die über eine ausschließlich als Politische definierte Gemeinschaft hinausgehende Idee der Bürgerschaft durch die Berücksichtigung einer historisch-evolutionären Komponente. Die Entwicklung der Staatsbürgerschaft ist gebunden an soziale Veränderungen, sodass die Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft das Ergebnis eines Prozesses ist (Lara 2002: 209). Marshalls historische Analyse stellt, wie oben bereits angedeutet, eine Dreiteilung von Staatsbürgerschaft in den Vordergrund²¹: Bürgerrechte sind die Rechte, die für die Freiheit des Individuums notwendig sind. Hierzu zählen die Freiheit der Person, die Freiheit von Rede, Gedanke und Glaube, das Recht auf Eigentum und der Vertragsfreiheit²², ferner das Recht auf Gerechtigkeit²³. Politische Rechte

²⁰ So gibt es seit 1982 in Österreich an Schulen islamischen Religionsunterricht. Allerdings wird festgestellt, dass insbesondere die dort tätigen Lehrkräfte in einer erheblichen Anzahl demokratiefeindlich und ablehnend gegenüber den Werten Europas seien. (Khorchide 2009). Ähnliche Ergebnisse liefert die Studie „Muslime in Deutschland“ (Brettfeld, Wetzels 2007), in der eine hohe Ablehnung westlicher Werte bei einer ausgeprägten Gewaltaffinität festgestellt wird. Die an dieser Stelle zu führenden Debatten beschränken sich nicht alleine auf das Gewähren von staatsbürgerlichen Rechten sondern in besonderem Maße auf das Verständnis des Staates selbst gegenüber Gruppen.

²¹ Nach Alexy (1986) kann man Rechte in drei Kategorien unterteilen: „(I) powers, when the exercise of rights consists of decisions, that is, of acts constitutive of legal effects; (II) negative expectations, when the use of rights implies a claim not to be hindered in the performance of a particular act, (III) positive expectations, whenever using a right involves a claim for another subject not to refrain from acting, but to carry on a particular action. Said in other terms: we can reconduce all rights to three main types, (a) freedoms, (b) claims (rights to something), and (c) competences“ (171 ff.)

²² Liebel (2007: 86) merkt hierzu in Anlehnung an Marshall kritisch an, dass hinsichtlich dieser Definition Kindern weiterhin Staatsbürgerrechte verwehrt werden, denn „sie befinden sich unter der direkten Verantwortung ihrer Eltern oder – in Ausnahmefällen – des Staates. Kinder haben inzwischen zwar Rechte, wie z.B. nicht getötet oder physisch missbraucht zu werden, aber sie sind gleichwohl weiterhin abhängig vom guten Willen der Erwachsenen.“ Kinder sind künftige Staatsbürger.

garantieren wiederum die Teilnahme an der Ausübung von politischer Macht, sei es als Wähler, als Mandatsträger oder als Zugangsvoraussetzung zum öffentlichen Dienst²⁴. Die schließlich entstandenen Sozialrechte ermöglichen das Erreichen eines Minimums an ökonomischer Wohlfahrt und Sicherheit²⁵: „the right to share to the full in the social heritage and to live the life of a civilized being according to the standards prevailing in society“ (Marshall 1950: 8). Marshalls Betonung des allgemeinen 'Zivilisationsstandards' erlaubt es, die Verschmelzung von Wohlfahrtsstaat mit Sozialstaatsbürgerschaft zu vermeiden: ersteres ist mittelbasiert und soll Hilfsbedürftige unterstützen und schützen, letzteres gilt universal als Recht aufgrund der Mitgliedschaft in der Gemeinschaft.²⁶ Diese von Marshall vorgenommene Dreiteilung ermöglicht die

²³ Gemäß Alexy entsprechen Bürgerrechte den Kategorien 'rights as powers' sowie 'rights as negative expectations'

²⁴ Politische Rechte werden nach Alexy (1995) ausschließlich als 'rights as powers' kategorisiert. "The domain usually strictly reserved to citizens is that of political rights, that is, mainly, that (a) of the right to vote for the formation of a representative collective body having legislative power (of whatever grade) as far as the interests of the given community are concerned, (b) of the right to be voted or elected as a member of those representative bodies and (c) of the right to be eligible for a post of civil servant" (La Torre 1997: 283).

²⁵ Sozialrechte fallen laut Alexy unter die 'rights as positive expectations'.

²⁶ „A 'welfare state' might be conceived as a state which views the welfare of its citizens as the primary claim on its policy-making, or it might be conceived as a state which enacts particular 'welfare' policies. [...] The relationship between welfare and freedom or autonomy raises rather different issues. In the extreme, a freedom-based view might seem to deny the relevance of welfare altogether. What matters, in this view, is the individual's ability to act independently rather than the particular consequences of the actions taken. [...] 'Resourcist-position (Dworkin 1981):] expanding the range over which choice can be exercised will contribute to the good of the individual concerned regardless of the choices actually made. [...] The credibility of welfarism depends crucially on the interpretation of individual welfare. If individual welfare is read as individual good (whether conceptualized in terms of informed preferences or not), then the claim of welfarism reduces to the claim that social good consists in individual good. That is, all individual good contributes to the social good, and nothing else contributes to the social good. [...] Only when a specific conception of politics is defended, and a specific conception of welfare defended, can the practical realization of a welfare state be debated without ambiguity. [Normative political debate: Is welfare the business of the state? Teleology is concerned with the good; deontology is concerned with the right]" (Hamlin 1995: 651ff.). „Der moderne sozialwissenschaftliche Wohlfahrtsbegriff wird im Sinne von Lebensqualität interpretiert. Er steht für Lebensverhältnisse, die nach den zur Verfügung stehenden (Experten-) Kriterien als gut zu bezeichnen sind und zugleich von den Menschen (im Sinne subjektiven Wohlbefindens) als gut beurteilt werden. Insgesamt lässt sich sagen, dass Wohlfahrt einen der höchsten Werte in modernen Gesellschaften darstellt, ähnlich wie

empirische Reflexion und die Überprüfung der Anschlussfähigkeit an die gesellschaftliche Realität. Die auf dem Freizügigkeitsgesetz beruhende Integration von Unionsbürgern wird durch die ökonomischen Bedingungen, die einen dauerhaften Aufenthalt ermöglichen (Arbeitnehmer oder Selbstständige, die im Wirtschaftsleben erwerbstätig oder auf Arbeitssuche sind, genießen die Freizügigkeit)²⁷ eingeschränkt, sodass in Abhängigkeit vom Aufenthaltsstatus und dem jeweiligen Aufenthaltsrecht die von Marshall beschriebenen Sozialen Rechte nicht in vollem Umfang verwirklicht sind. Eine ähnliche Situation ergibt sich hinsichtlich ungeklärter aufenthaltsrechtlicher Situationen von Migranten oder auch Flüchtlingen, die aufgrund ihrer besonderen Situation letztlich von Bürgerrechten ausgeschlossen werden.²⁸ Damit wird eine wesentliche Dimension berührt: der Zugang zu Staatsbürgerrechten. Die Aufhebung des Naturrechts und die damit verbundene Konstruktion des Staates weist diesem Aufgaben zu, die innerhalb des westfälischen Systems²⁹ dem Bürger entgegenzubringen sind. Gemäß La Torre (1997) verlangen „civil rights [...] abstention from State, political rights some kind of positive behaviour (consisting mainly in norms and regulations), and social rights some positive action (a delivery of goods, or some service offered by public agencies)“ (282). Dies sei notwendig, um im Sinne der europäischen Integration den Natur-

Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit, und zugleich ein regulativer Fortschrittsbegriff ist, mit dessen Hilfe die Richtung des sozialen Wandels bestimmt und bewertet werden kann. Zum sozialphilosophischen Schlüsselwort wurde Wohlfahrt im 18. Jahrhundert, geriet jedoch als politisches Wohlfahrtskonzept aufgrund der Erfahrungen der Französischen Revolution auch in Misskredit. So verwirklichte das oberste Exekutivorgan des französischen Nationalkonvents, der Wohlfahrtsausschuss, keine Wohlfahrt, sondern wurde zum Instrument einer Schreckensherrschaft. Die in diesem Zusammenhang bereits 1791 von W. von Humboldt formulierte Befürchtung, »dass das Prinzip, dass die Regierung für das Glück und das Wohl, das physische und moralische, der Nation sorgen muss, unter allen Regierungsformen, also auch in einer Republik, der ärgste ... Despotismus ist«, hat seither immer neu zu Forderungen nach einer Begrenzung der »Staatsorgfalt« gegenüber den Einzelmenschen geführt, wobei jedoch der Begriff Wohlfahrt selbst grundsätzlich positiv besetzt geblieben ist“ (Brockhaus 2004).

²⁷ Richtlinie 2004/38/EG: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:158:0077:0123:DE:PDF>

²⁸ Zuwanderungsgesetz vom 5. August 2004: <http://217.160.60.235/BGBL/bgbl1f/bgbl104s1950.pdf>

²⁹ D.h. das System der nach innen und außen souveränen Nationalstaaten.

zustand der Staaten selbst zu überwinden, als auch um den Bürgern der Staaten Partizipation zu allen gesellschaftlich relevanten Bereichen zu ermöglichen, denn der „Zweck des Staates ist die Freiheit (Spinoza [1670] 1994: 605), ein „Konstrukt der praktischen Vernunft zur Sicherung der Rahmenbedingungen individueller Freiheit“ (Isensee 2003: 25). Innerhalb dieser Idee, der Idee der Freiheit und der Teilhabe Aller beruhend auf der Vernunft, wird der oben angesprochene Diskurs - durchaus mit Bezug auf Marshalls Vorstellung von Sozialen Rechten, nämlich die der Freiheit von Rede, Gedanke und Glaube - wieder aufgegriffen, und auf die Verwerfungen hinsichtlich der Etablierung neuer, im historischen Kontext der Gesellschaften unbekannten Einforderungen der Akzeptanz von Gleichheit widersprechenden Ideen hingewiesen.

Die Fragmentierung der Zugehörigkeiten, die sich auflösenden Bindungen eines Individuums an einen Nationalstaat bei gleichzeitiger Einforderung von Partizipation in räumlicher Nähe führt letztlich zu Konflikten, indem Meinungsfreiheit (und künstlerische Freiheit) auf tradierte religiöse Vorstellungen stoßen³⁰: Zum Schutz religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen vor Diskriminierung, sowie im umgekehrten Fall (Schutz der Kunst und Meinungsfreiheit vor religiösen Befindlichkeiten), ist der Staat als normatives Element gefordert. Die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Interessen von Partizipation in einem aufgelöstem Raum, der Raum der ‚face-to-face‘ Beziehungen, wie sie in der Vorstellung der polis von Aristoteles existierte, der Disput der Gleichen unter Gleichen, ist durch die Konstitutionen von Staaten als normative Kräfte nicht mehr existent. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft in Funktionssysteme mit partikularen Interessen in eine funktionale Staatsbürgerschaft (functional citizenship) als rechtliche Beziehung zwischen Individuum und Nationalstaat sowie als nicht-funktionale

³⁰ Erinnerung sei an den so genannten Karikaturenstreit, die Auseinandersetzungen um Rushdie als Extrembeispiele. Neben diesen Beispielen sei auch an die Versuche erinnert, Kinder aufgrund religiöser Vorstellungen vom Unterricht zu entbinden: Die Verweigerung des Bürgerrechtes Bildung für Kinder durch die fehlenden Bürgerrechte von Kindern.

Staatsbürgerschaft als kulturelle Identität und Gemeinschaft ‚durchdringt‘ alle Mitglieder der Nation. Funktionale Staatsbürgerschaft reflektiert hierbei jedoch nicht automatisch ‚Nationalität‘ (Fleming 1997: 1), sodass partikulare Interessen von Gemeinschaften nicht nur um Partizipation konkurrieren, sondern mit ihren Inhalten einander gegenüber stehen. So ist zu klären, welche Rolle der Staat bei der Koordinierung von widerstreitenden Komponenten spielt.

Die verschiedenen Staatsbürgerschaftskonzepte der Staaten der Europäischen Union mit ihrer je verschiedenen Verfassungstradition sind unter dem Dach der Union zusammengefasst. Die Pluralität bietet durch den Vergleich der verschiedenen Formen von Staatsbürgerschaft die Möglichkeit, Konzepte weiter zu entwickeln und funktionierende Ideen aufzugreifen und in den Staat zu integrieren. Unter dem Stichwort Benchmarking wird die Suche und Anpassung der besten Praktiken durch Vergleich und Lernen von anderen Organisationen verstanden um als ‚Best Practices‘, sprich als Instrument der Optimierung von Systemen zu dienen. Benchmarking ist ein kontinuierlicher Prozess des Vergleichens, der in erster Linie dazu dient, Unternehmen gegenüber ihren Mitbewerbern besser aufzustellen. Dazu wird die eigene Leistung mit denen der stärksten Mitbewerber verglichen.³¹

Der Prozess des Benchmarkings kann in 7 Schritten dargestellt werden:

1. Stärken-Schwächen-Analyse der eigenen Unternehmung
2. Analyse des dringendsten Handlungsbedarfs und der besten Chancen
3. Ermittlung des Best-Practice-Unternehmens
4. Warum ist diese Unternehmung so gut? Wie war dies möglich?
5. Was kann die eigene Unternehmung daraus lernen? Was kann man kopieren?

³¹ Es gibt unterschiedliche Typen des Benchmarkings bezogen auf den Untersuchungsgegenstand, wie zum Beispiel: (a) Prozess-, (b) Finanz-, (c) Produkt-, (d) Performanz-, (e) strategisches und (f) funktionales Benchmarking (vgl. Kairies 2002).

6. Zielabstimmung und Umsetzung

7. Erfolgsmessung und Soll-Ist-Vergleich à Prozesswiederholung
(beginnend bei Punkt 1).³²

Die Transformation dieser Unternehmenskultur auf politische Prozesse setzt voraus, das Untersuchungsobjekt 'Staat' nicht mehr als singuläres Objekt zu betrachten, sondern als eine ausdifferenzierte, in ständiger Veränderung befindliche Organisation. Der Wechsel der Betrachtungsperspektive ermöglicht, Veränderungen des Staates und des Verständnisses von Staatsbürgerschaft als ein System innerhalb eines dynamischen Kontextes zu reflektieren. Die Fragmentierung, wie oben bereits beschrieben, führt zu Funktionsbereichen, deren Organisation innerhalb eines Staates nicht mehr alleine mit der Aufgabe des Staates als Garant von Freiheit zu organisieren ist, sondern eher dem Management verschiedener Unternehmensteile entspricht, die es zu koordinieren und zu optimieren gilt.

Die Einführung des Benchmarking-Ansatzes zur Analyse von Staatsbürgerschaft setzt voraus, Vergleiche mit verschiedenen Konzepten und unterschiedlichen Traditionslinien von citizenship verschiedener Staaten vorzunehmen. „Although France and Germany, because of their long distinct traditions, are obvious exemplars of the political and the ethnic alternatives to defining national citizenship, three important supplementary observations are essential: One is that other countries have followed each of two trends. The second is that the 'German' model finds increasing support in an age of renewed heightened ethnic and national consciousness. The third is that ironically in the light of this observation, a new German government in 1998 planned drastically and controversially to reform the citizenship laws, with the aim of giving some three million of the seven and a half million full citizenship. Of particular importance was the proposed concession of dual citizenship, most welcome by the Turkish people resident in Germany“ (Heater 1999: 107 ff.). Die unterschiedlichen Traditionen der Integration von Migranten durch

³² Kairies 2002, S. 130 ff.

verschiedene Konzepte der Staatsbürgerschaft führt zu dem Ergebnis, dass „in modern Europe, where the immigrant who would be a citizen in France would often not be one in Germany“ (Brubaker 1992: 75), sodass die Rate der Integration von Migranten in Frankreich höher ist, als in Deutschland, wo Migranten der zweiten und dritten Generation noch außerhalb der Gemeinschaft der Staatsbürger stehen (ebd.: 75). Während in Frankreich Migranten vorwiegend aus dem nordafrikanischen Ländern, insbesondere den ehemaligen Kolonien stammen, weist Deutschland eine davon verschiedene Einwanderungstradition auf. Kontrastiv dazu verhält sich die Tradition in Österreich, welches nicht über Einwanderer aus ehemaligen Kolonien verfügt, sehr wohl aber eine Tradition mit verschiedenen Kulturen und Immigration aus Ländern des ehemaligen Reiches Österreich-Ungarn. Die oben bereits angesprochenen Zuwächse verschiedener Kulturen führt in Österreich beispielsweise zu einer auf der Geschichte des Vielvölkerstaates beruhenden frühen Integration unterschiedlichster religiöser Strömungen als staatlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften³³. Neben diesen Aspekten der Integration, die durch die empirische Entwicklung der Zuwanderung politischen Handlung erforderlich macht³⁴, stehen durch die Integration der Nationalstaaten in die Europäische Union eine transnationale Form der Bürgerschaft, der Unionsbürgerschaft, den nationalen Rechten gegenüber, sodass zu überprüfen ist, in welcher Art die drei zu untersuchenden Staaten ihre jeweiligen Staatsbürgerschaftsrechte der Einführung der Unionsbürgerschaft anpasst.

Der Vergleich auf europäischer Ebene innerhalb des Benchmark-Ansatzes, stellt jede vorgefasste Idee eines "typisch" deutschen oder

³³ Insgesamt werden in Österreich 13 verschiedene Gemeinschaften staatlich anerkannt. Siehe: http://www.bmukk.gv.at/ministerium/kultusamt/Gesetzlich_anerkannte_Ki5433.xml

³⁴ Jedoch ist an dieser Stelle anzumerken, dass trotz unterschiedlicher Auslegungen des Staatsbürgerrechts in Frankreich und Deutschland sich sogenannte Parallelgesellschaften von Migranten etablieren, die sich, obwohl wie beim Beispiel Frankreich über volle Staatsbürgerrechte verfügen, eher ethnisch und religiös definieren. Vgl. auch Conant 2002

französischen Weges in Frage. Die historische und komparative Sicht trägt so zur Orientierung in der aktuellen Debatte bei. Sie hilft, die heutige Situation nüchterner und umfassender zu sehen. Um so mehr, als ein solcher Beitrag die Brücke zur Zukunft bauen und danach fragen kann, wie postnationale Mitgliedschaften gelebt werden und wie eine europäische 'Citizenship' entsteht. Die Transnationalisierung der Bürgerschaften innerhalb der Europäischen Union als Vision einer europäischen politischen Bürgerschaft erfordert neben den Anpassungsleistungen der Regierungen ebenso einer Kultur des Europäischen der jeweiligen Gesellschaften³⁵. Die an dieser Stelle geführte Auseinandersetzung berücksichtigt neben den nationalen Umsetzungen des europäischen Rechts besonders die Architektur der Europäischen Union, denn es ist darauf als Einflussfaktor bei der Entwicklung zu beachten, dass „im Rahmen supranationaler Regime wie der Europäischen Union spezifische, ursprünglich an die nationale Staatsbürgerschaft geknüpfte zivile und soziale Rechte denationalisiert werden (Gebhardt (1996: 354) und damit sich Partizipationsmöglichkeiten der Bürger verändern.

Citizenship ist nicht eine ‚immerwährende Essenz‘, sondern ein kulturelles Kunstprodukt (van Gunsteren 1998: 11). Wie Sprache hängt es ab von und ändert sich mit seinem Gebrauch: Änderungen politischer Regime und Agenden führen meist zu Änderungen in den Gebräuchen und Bedeutungen von Staatsbürgerschaft. Um das Potential von Citizenship zu

³⁵ „...Juliane Kokott, Generalanwältin am EuGH, Luxemburg] meinte, man solle den Souveränitätsbegriff lieber aufgeben, als ihn zu stark zu strapazieren. [...] wies sie darauf hin, dass insbesondere der überkommene Grundsatz der souveränen Gleichheit an Bedeutung verliere. Das liegt vor allem an der zunehmenden Bedeutung des Demokratiegebots in den internationalen Beziehungen. Demokratien führen in der Regel nicht Krieg miteinander; Menschenrechte kommen nur in demokratischen Staaten zur Geltung. [...] Ein Leitbild von Staatlichkeit setzt freilich weiterhin die Existenz von Staaten voraus. Karl Doebling [Heidelberger Staats- und Völkerrechtler] wies darauf hin, dass Zweckverbände langsam den Staat zu ersetzen scheinen. Der Steuerbürger ersetze den Staatsbürger. Staatsbürgerrecht und Fremdenrecht würden zunehmend durch allgemeine Menschenrechte und das Wohnsitzprinzip eingegeben. Das einstige Schutzversprechen des Staates für seine Bürger verliert demnach zunehmend an Wirkung. Der Nationalstaat sei früher wie eine Wohnhöhle gewesen, in die sich zurückziehen konnte, wer müde war. Heute dürfe man nicht mehr müde sein.“ (Reinhard Müller, FAZ, 25.03.04, Nr. 72, S. 12)

verstehen, was es ist und was es werden könnte, müssen wir seine Entwicklungsgeschichte kennen und nachvollziehen, was es für Völker vor uns ausdrückte bzw. beinhaltete. Des Weiteren soll durch Heranziehen der Theorietraditionen das Herleiten und Abstecken der Begrifflichkeit (Kapitel 2 und 3) geleistet werden. Damit bereite ich den Skeptikern und Befürwortern die Argumentationsbasis je unterschiedlicher Reichweiten (Kapitel 4) von Citizenship vor, nehme die Analyse der ‚territorialen Elastizität‘ (Kapitel 5) des Gegenstandsbereichs sowie den Grad ihrer tatsächlichen Transnationalisierung (Kapitel 6 und 7) auf, um schlußendlich das Untersuchungsobjekt einer Bewertung (Kapitel 8 und 9) zuführen zu können.

2. Entwicklungslinien des Konzepts ‚Citizenship‘ – Ursprünge, Theorietraditionen und locus canonicus T.H. Marshall

*„Human individuality presupposes social existence“
(MacCormick 1982, S. 251).*

“Da wir von der Tradition des demokratischen Denkens ausgehen, verstehen wir Bürger auch als freie und gleiche moralische Personen. Die Leitidee ist, dass sie aufgrund ihrer beiden moralischen Vermögen (die Anlage zu einem Gerechtigkeitssinn und der Befähigung zu einer Konzeption des Guten) und ihrer Vernunftvermögen (des Urteilens, Denkens, Schließens, die mit diesen Vermögen verbunden sind) freie Personen sind. Dass sie über diese Vermögen in dem Mindestmaß verfügen, das notwendig ist, um uneingeschränkt kooperierende Gesellschaftsmitglieder sein zu können, lässt sie zu gleichen Personen werden“ (Rawls 1998: 85).

Um die im ersten Kapitel aufgeworfenen und aktuellen Herausforderungen besser verstehen zu können, hilft es den Weg der Staatsbürgerschaft, ihren Ursprung und ihre konzeptionellen Entwicklungslinien zumindest skizzenhaft aufzuzeigen. Von Bedeutung ist hinsichtlich der konzeptuellen Weiterentwicklung - wie schon mehrfach angedeutet - die Arbeit T.H. Marshalls (1950, 1981), die deshalb eine umfangreichere Besprechung erfährt und die insbesondere für die Analyse gruppenspezifischer Staatsbürgerschaft wie sie der Anforderung gerecht zu werden scheint, Gerechtigkeit und Mitgliedschaft in einem Konzept zu integrieren, bedeutsam ist und den Boden für die aktuellen Debatten von ‚postmodernization‘ im Sinne von Fragmentierung und Pluralisierung sowie ‚globalization‘ im Sinne territorialer Aspekte bereitete.

2.1 Historischer Ursprung der Staatsbürgerschaft

Bereits in der Antike setzte sich Staatsbürgerschaft aus mehreren Dimensionen zusammen und war kein eindimensional politisches Konstrukt: primär war es ein politisches, sekundär ein soziales Konzept (Preuß/Everson 1995: 48).³⁶ Die politische Komponente von Staatsbürgerschaft identifizierte die Mitgliedschaft eines Bürgers aufgrund seiner politischen Rechte im (Stadt-)Staat. Als soziales Konzept umschloss es Kategorien, die sich aufgrund materieller oder ökonomischer Kriterien fassen ließen [und die bis ins zwanzigste Jahrhundert gelten].³⁷ Weber (1998) fügt schließlich diesen beiden Dimensionen noch eine dritte kulturelle hinzu, die weniger trennscharf an die ökonomische Komponente der Klasse angelehnt ist und die das Bildungsbürgertum, Personen mit einem bestimmten Lebensstandard sowie sozialem Prestige beinhaltet (vgl. Weber 1998: 43).³⁸

2.1.1. Griechische polis in der idealtypischen Modellierung

Bereits im klassischen Altertum war es erst durch die Zugehörigkeit des Einzelnen zu einer politischen Gemeinschaft, der polis oder civitas möglich, als Bürger angesehen zu werden. In dieser politischen Gemeinschaft nahm

³⁶ Die Abstufung der Citizenship Dimensionen ist nicht im evolutionären Sinne zu verstehen, wie dies später im Zusammenhang des 'rights struggle' bei T.H. Marshall der Fall sein wird (vgl. Kap. 2).

³⁷ "[...] membership in specific class groups made the person a citizen" (Weber 1998: 44). Ähnlich im antiken Griechenland, wobei der ökonomische Status des einzelnen sich mit dem kulturellen vermischt "Ancient Greeks saw work not as activating but as an impediment to citizenship. Those who had to work had no time for politics. Political activity was reserved for those who were free from the burden of work (van Gunsteren 1998: 103). In dem Sinne, dass derjenige, der nicht zu arbeiten genötigt ist, über ausreichend materielle Ressourcen zu verfügen um kulturell (=politisch) tätig sein zu können

³⁸ „Until a hundred years ago, owning property, rather than having a job, was considered a primary condition for citizenship. Property, especially landed property, was supposed to give people a stake in the community, which, in turn, increased the likelihood of their exercising sound judgement and showing loyal attitudes. Ownership also was seen as a sanctuary from which citizens could say 'no' to people in authority. The presence of the key elements of citizenship – judgement, loyalty, autonomy, and not being a slave at the mercy of the power of the rulers – was thought to be closely related to ownership" (van Gunsteren 1998: 103).

die Aristokratie - Frauen, Sklaven und Besitzlose wurden nicht als Bürger angesehen - aktiv an der Verteidigung und dem Regieren des Stadt-Staates teil (Barnes 1992: 129).³⁹ Zugrunde lag dieser politischen Gemeinschaft die strikte Trennung von Öffentlichem und Privatem, von polis als dem politischen Leben und oikos als dem Haushalt. Die wohl einflussreichste Kommentierung zur Staatsbürgerschaft der griechischen Antike findet sich in Aristoteles Politics (Πολιτικά) (1995). Eine entscheidende Komponente seiner normativen Konzeptualisierung von Staatsbürgerschaft stellt die Größe der polis dar. Demnach muss eine Gesellschaft ausreichend kompakt sein, so dass es den Bürgern möglich bleibt, „[to] know one another's characters“ (1995: 1326b). Nur eine solche Intimität würde es gestatten, gemeinschaftliche „brüderliche Bande“ zu knüpfen. In dieser Gemeinschaft dürfe es keine Apathie geben: Von den Bürgern wird politische Aktivität erwartet, d.h. „[to] share in the civic life of ruling and being ruled in turn“ (1995: 1283b).⁴⁰ Hier kommt der auf die bürgerliche Ebene der Gemeinschaft begrenzte Gleichheitsgrundsatz zum Ausdruck: Herrschaft über ‚Gleiche‘ ist letztlich nur möglich, wo eben Gleiche über Gleiche entscheiden. Bürger schließen sich zusammen, um Entscheidungen für die Gemeinschaft zu treffen, in dem jeder ‚Entscheider‘ die Autorität des anderen respektiert, und die getroffenen Entscheidungen (Gesetze) umsetzt. Dennoch war die Position des Bürgers eher die eines ‚Statushalters‘ als die eines ‚Trägers von Rechten‘, und dieser herausgehobene Status bedeutete insbesondere eine ‚symbolische Abgrenzung‘ nicht nur gegenüber all jenen, die außerhalb der physischen Grenzen, sondern auch innerhalb des Stadt-Staates (der polis) lebten. Ein guter Bürger war nach diesem Entwurf, wer tugendhaft sein Tun in den Dienst der

³⁹ Und dennoch muss bedacht werden, dass „Unlike the great coordinated societies that arose in the river valleys of Mesopotamia, Egypt, or China, the polis was a small society, rather exploitatively than intimately related to its productive environment, and perhaps originally not much more than a stronghold of barbarian raiders“ (Pocock 1995: 30).

⁴⁰ “[...] this sort of [political] rule which the ruler must begin to learn by being ruled” (Aristotle 1995: 1277b) Dieses Arrangement ist der Telos des politischen Lebens, obgleich sich fragen lässt, “[...] if a citizen hasn't already learned to be ruled, how can that citizen safely be permitted to participate in ruling?” (Flathman 1995: 118, Fn. 18)

Gemeinschaft stellte, seine Pflicht im oben beschriebenen Sinne erfüllte und damit dem ‚new ethics of cooperation‘ (Preuß/Everson 1995: 48) entsprach.⁴¹ Frei konnte vor diesem Hintergrund nur der sein, der Bürger war und entsprechend einen sozialen Status nachweisen konnte. Mehr noch, Staatsbürgerschaft war nicht nur ein Mittel, um frei zu sein; es war vielmehr das Freisein an sich: Aristoteles gründete seine Definition von Staatsbürgerschaft auf eine sehr rigorose Unterscheidung zwischen Zielen und Mitteln, welches als Ideal im strengen Sinne die Flucht aus dem oikos meinte, d.h. die Flucht aus der materiellen Infrastruktur in die polis, der ‚ideal superstructure‘, deren Grundlage nicht Mittel zum Ziel, sondern, so Pocock (1995: 31), das Ziel an sich darstellte. Staatsbürgerschaft in der griechischen polis kommt deshalb einer doppelten Emanzipation (Shafir 1998: 3) gleich: Einerseits hatte sie, zumindest für einen kleinen Teil der Bevölkerung, die ‚Befreiung‘ von familiären Bindungen und Stammesloyalitäten (Preuß/Everson 1995: 48) zur Folge, deren Pflichten dem sozialen Zusammenhalt der neuen Bürgergesellschaft dienten. Andererseits bedeutete es die Transzendenz der instrumentellen Sphäre der Bedürfnisse, in deren Mittelpunkt die materielle Befriedigung stand, in die Sphäre „of freedom where the practice of freedom, in collective rational and moral deliberation over a common destiny, is its own reward“. In diese Wertekonstellation, so bekräftigt Aristoteles, konnte die ‚Vollkommenheit‘ der Menschen, d.h. lediglich eines kleinen Teils der Bevölkerung, zum Ausdruck kommen, da „man is by nature a political animal“ (1995: 1253a).⁴²

Es ist aber gerade die voraussetzungsvolle Zugangsberechtigung zur Staatsbürgerschaft, die nachweist/aufzeigt, dass es sich aufgrund der sozialen (bzw. sozio-ökonomischen) Voraussetzungen der polis in diesem

⁴¹ „the good citizens were those wholly and efficiently committed through thought and action to the common weal“ (Heater 1999: 45).

⁴² „Aristotle’s concern for the stability and distributive justice shaped his preferences for the rule of law over that of men, for the rule of many men under law over that of a single ruler, and for a relatively numerous middle class, to avoid the extremes of unequal power and wealth that Aristotle found to be a cause of community breakdown and revolution“ (Juviler/Stroschein 1999: 437).

ursprünglichen Sinn bereits um ein soziales Konstrukt handelte. Staatsbürgerschaft ist ein Konzept, das im doppelten Sinne wirkte, nämlich indem es zwischen den territorialen und den sozialen Grenzen einer Gesellschaft unterschied und die Grenzen der Familie, des Klans und des Stammes in Richtung einer politischen Organisation hin zu einer bestimmten sozialen Gruppe transzendierte.

2.1.2. Der homo legalis der römischen res publica – die Schöpfung der (liberalen) Rechtsperson

Was in der griechischen Idealversion der politische Bürger, ist drei Jahrhunderte später in der römischen res publica⁴³ die Rechtsperson, ausgehend von Besitztum (Ländereien), über die die Bürger der polis zwar im Sinne einer ‚Bürgerberechtigung‘ ebenso verfügen mussten, die diese dann aber im oikos belassen konnten, um sich als im Diskurs aufeinander bezogene Personen konzentrieren zu können. Anders im römischen Reich, so Pocock (1995), hier waren die Handlungen von Personen auf die materielle Welt, den Erhalt oder die Erweiterung ihres Besitztums ausgerichtet; diese zielgerichteten Handlungen motiviert durch das Eigentum materieller Werte brachte diese Personen in ein Verhältnis, das der Regulierung bedurfte. Die ‚sächliche‘ Welt (res) forderte den Status der Realität. Der Übergang des überschaubaren griechischen Stadt-Staates und einer auf Diskurs

⁴³ Auch in der römischen Gesellschaft begleiteten lediglich Mitglieder der wohlhabenden, aristokratischen Familien den Rang eines Bürgers, der sich, so Cicero aristotelische Moralität betonend, in den Dienste der Gemeinschaft stellen musste: „a worthy and truly brave citizen, and one who deserves to hold the reins of government, will shun and detest [civil dissensions, tumults and civil wars;] and will give himself so to the service of the public, as to aim at no riches or power for himself; and will so take care of the whole community, as not to pass over any part of it ... [and] will rather part with his life itself, than do anything that is contrary to the virtues I have mentioned” (Clark 1994: 49).

Res publica wurde kontrastiert mit der *res privata*; „it was the public realm of affairs that people had in common outside their familial lives, and traditionally has also been identified as the common weal. *Res publica* also meant the institutional structures of public life and can often be translated as ‘the commonwealth’ or simply, though anachronistically, ‘the state’” (Haakonssen 1995: 569).

ausgerichteten polis, hin zum flächenmäßig vergleichsweise riesigen römischen Reich, bedurfte einer neuen ‚Maßeinheit‘ für seine Staatsbürgerschaft. Anstatt die ‚freie‘ Teilnahme an diskursiv erzeugten politischen Entscheidungen zu ermöglichen, war Staatsbürgerschaft eine rechtliche Stellung – die rechtliche Stellung als Eigentümer -, die für Schutz vor der willkürlichen Herrschaft des Kaisers und seiner Repräsentanten sorgen sollte (Pocock 1995; Gershon 1998). Es stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage, inwiefern der römische Bürger als Objekt von Rechtsverhältnissen, als homo legalis noch ein politischer Bürger war, ein Aristotelisches zoon politikon (ruling and being ruled), der an den Entscheidungen, die ihn betrafen, mitwirkte? Für das römische Reich ermöglichte der Rechtsstatus eine erste universale Anwendung, denn entsprechend dem Status als Träger von Rechten bzw. als Rechtsperson wurden Ansprüche im ganzen Reich durchsetzbar. Als Mitglieder einer durch Recht und Gesetz definierten Gemeinschaft, wurde der Bürger zum Subjekt dieser Gesetze und Herrscher. Und noch heute gilt, dass es ebenso viele Definitionen des ‚Bürgerbegriffs‘ (als Mitglied einer rechtlich definierten Gemeinschaft) gibt, wie es Rechtsgrundlagen (sprich Verfassungen) gibt.

Trat der griechische Bürger, der vom oikos hinüber in die polis ‚konvertierte‘, aus der Welt der Sachen heraus in die Welt der rein persönlichen Interaktionen, einer Welt dominiert von Diskurs und Krieg, wurde der römische Bürger, abhängig von Gesetzen und Herrschern, ständig daran erinnert, dass er in einer Welt von Sachen und Personen lebte. Diese Grundlage des res führte seine Aufmerksamkeit zurück zum oikos, zu den Sachen und den Personen, die er laut Gesetz besitzen durfte, die ihn im rechtlichen Sinne zu einem Bürger machten. Besitz, anstatt Emanzipation von selbigem, wurde zum Fokus seiner Staatsbürgerschaft, Freiheit wurde folglich in zunehmendem Maße ein Problem von Besitztum.

2.1.3. Eine alternative Erfassung des antiken Modells

Während Pocock (1995) für das Citizenship Konzept des Altertums insbesondere die Überwindung von Stammesloyalitäten betont, sieht Weber

(1998) in der Beseitigung aller religiös gebilligten (sozialen) Unterschiede den entscheidenden Moment von Staatsbürgerschaft und die Möglichkeit der uneingeschränkten, freien Zusammenkunft und Solidarität der Bürger in der Antike. Anders als Pocock lokalisiert Weber den Impetus zur Entwicklung der Staatsbürgerschaft in der militärischen Dimension der griechischen polis. Gemäß Weber (1998) wurden alle Interessen den militärischen untergeordnet. Auf ihren kriegerischen Beutezügen eroberten die Bürger Ländereien und allerlei anderes Beutegut, dass dann unter den Bürgern der Stadt aufgeteilt wurde. Sieht Aristoteles (1995) die Bedeutung der polis darin, sie in ihrer Größe möglichst überschaubar zu halten und damit eine Ermöglichung diskursiver Auseinandersetzung bieten zu können, betont Weber (1998) die Bedeutung der polis als Forum der Aufteilung erbeuteter (Kriegs-) Güter. Beständige Kriegsführung war daher der Normalzustand für einen griechischen Bürger, denn die Beutegegenstände des Krieges machte die Stadt noch reicher, während Perioden des Friedens gleichbedeutend mit dem ‚ruin of citizenship‘ war. (48)

Der Stadt-Staat gründete sich letztlich auf der Verbindung derer, die es sich leisten konnten, Waffen und militärische Ausrüstung zum Schutze der Stadt und der Eroberung von Land und Beute zu besitzen. Damit erfüllte die Stadt insbesondere die Funktion einer militärischen Organisation oder, nach Weber (1998), einer ‚wehrhaften Gruppe‘ all derer, die es sich leisten konnten Waffen zu tragen. Der Zugang zu Waffen, d.h. die finanzielle Möglichkeit über diese verfügen zu können, führte zu der Forderung nach Bürgerrechten der bewaffneten Plebejer. Der demokratische Charakter der polis reflektierte den Wunsch, dass steigende ökonomische Unterschiede nicht die Möglichkeit untergraben sollten, Männer am Militärdienst beteiligen zu können, um auf diese Weise die ‚Soldaten-Zunft‘ zu sichern (Weber 1998). Die Identität des Soldaten und des Bürgers war in der polis etabliert; die Teilnahme am Militär wurde zur Grundlage antiker Freiheiten (Gershon 1998: 5).

2.1.4. Mittelalter und Französische Revolution

Den Bürgern der mittelalterlichen Städte, die sich über ihr Handwerk bzw. Gewerbe definierten, lag die militärische ‚Zunft‘ fern; es waren die Ritter außerhalb der Städte, die diese Funktion übernahmen. Erste Züge der Emanzipation des Bürgerstatus von der Feudalherrschaft, und damit von materiellen Kriterien, entwickelten sich in mittelalterlichen Städten. Innerhalb der Stadtgrenzen diente der Bürgerstatus dazu, Sozialfunktionen und Hierarchien zu kennzeichnen und abzugrenzen. Über Staatsbürgerschaftsrechte verfügte aber wieder nur, ähnlich wie in den Städten der Antike, ein kleiner Kreis von Individuen, und selbst dieser Bürgerstatus war mit einer Vielzahl von Abstufungen belegt (Gershon 1998: 6) - die unterschiedliche ‚Ausstattung‘ mit Rechten wurde anhand der Geburt, des Erbes oder des Geschlechts abgeleitet. Mittelalterliche Städte waren eigenständige Gesetzgeber, und ihre Bürger - meist Zunftmitglieder und folglich nur ein Bruchteil der Einwohner - wählten wiederum ihre Beamten.⁴⁴ Aber in einem wichtigen Aspekten unterschieden sich die zwei Citizenship Konzepte: Die polis und die mittelalterliche Stadt reflektierten das veränderte Verhältnis von militärischer und ziviler Beschäftigung.

Trotzdem der Bürgerstatus aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse – und damit einer bestimmten Abstammung bzw. Herkunft - abgeleitet wurde, war die mittelalterliche Stadt, wie die griechische polis, nicht der Ort von Klans, Familien, Stämmen oder anderer, überwiegend religiöser Gemeinschaften, sondern den Individuen vorbehalten (Weber 1964: 947 ff.). Bereits Aristoteles idealtypische Fassung der polis beschrieb die ‚brüderlichen Bande‘, die diese weltliche Gemeinschaft zusammenhielt. Die juristische Einheit der Stadt basierte „on acts of association of individuals“ (Preuß/Everson 1995: 50). Gemäß Weber (1964: 944) musste dieser Zusammenschluss Gesetzen unterworfen werden, zu dem nur wiederum sie

⁴⁴ „In the Middle Ages, the city's distinguishing characteristic was the possession of its own law and court and an autonomous administration of whatever extent. The citizen of the Middle Ages was a citizen because and insofar as he came under this law and participated in the choice of administrative officials“ (Weber 1998: 44).

Zugang hatten und die ausschließlich von dieser Bürgergemeinschaft geteilt wurden. Mitgliedschaft im Zusammenschluss der Stadt war ein ursprünglicher Zustand sozialer Integration, welche weder aufgrund der Mitgliedschaft in einer Sozialgemeinschaft abgeleitet wurde, noch deutete es eine rein physische Verbindung zu einem bestimmten Ort an – die Zugehörigkeit zu einer Stadt war ein sozial-politischer Status, der seine eigene Bedeutung und Relevanz hatte. Der Ursprung des Konzeptes der Staatsbürgerschaft liegt in der griechischen polis und seine Relevanz wurde nicht auf den Bereich des Politischen eingeschränkt. In der griechischen Antike war Staatsbürgerschaft eine Institution, die Unterscheidungen hervorrief, die auf fast alle Aspekte des Lebens durchgriffen; bedeutend war es u.a. für den militärischen Dienst und die religiösen Riten der Mitglieder der polis; Konsequenzen hatte es auch für die Art ihrer Beschäftigung und die Berechtigung zum Landbesitz. Während in der Antike die Grenzen der Gemeinschaft zwischen ‚Landbesitzern‘ und ‚Landlosen‘ verlief, zog sich in der mittelalterlichen Stadt, beherrscht von den Zünften (die den Konkurrenzkampf zwischen den Zunftmitgliedern und die Ansiedlung von ‚Großindustrie‘ zu verhindern versuchte) ein Graben zwischen eben jenen Handwerkern der Zünfte und der meist Handel treibenden Aristokratie.⁴⁵

Es waren die Philosophen der Aufklärung (insbesondere Rousseau und Kant) sowie die Umbrüche initiiert durch die Französische Revolution, die weitere graduelle Veränderungen hinsichtlich egalitärer, emanzipatorischer Qualitäten des Bürgerbegriffs aller männlichen und besitzhabenden Individuen eines Nationalstaates hervorbrachten. Während dieser Phase zielte Staatsbürgerschaft darauf ab, Bürger von ihrem Status als pflichtgetreue Subjekte zu

⁴⁵ „Thus in antiquity the guild, as the ruling power in the town, is absent, and with it guild policy, and also the opposition between labour and capital which is present even at the close of the Middle Ages. [...] The opponents of the aristocracy in the Middle Ages were, on the one hand, the entrepreneurs and, on the other, the craft workers, while in antiquity they were always the peasantry. [...] The typical citizen of the medieval guild city is a merchant or craftsman; he is a full citizen if he is also a householder. In antiquity, on the contrary, the full citizen is the landholder“ (Weber 1998: 47).

befreien, den sie im Sinne des politischen Lebens des Staates zu führen hatten. Auf diese Weise wurde Staatsbürgerschaft zu einem ‚einheitlichen Wert‘, der – zumindest hypothetisch – allen Individuen politische Würde verlieh, die es ihnen ermöglichte gleichermaßen eine Kollektividentität wie auch individuelle Autonomie auszudrücken. (vgl. La Torre 1997: 274, aber auch Preuß/Everson 1995: 51)

Eine ‚erfahrene bzw. imaginierte Gemeinschaft‘: „Mag in den antiken Stadtrepubliken und wohl auch in den Stadtstaaten des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit die Möglichkeit bestanden haben, dass bei Volksabstimmungen, kultischen Feiern oder auch beim Auszug des bewaffneten Bürgeraufgebots die Gemeinschaft von den ihr Angehörigen als solche erfahren und erlebt wurde, so war dies bei den Territorialstaaten, wie sie im früh-neuzeitlichen Europa entstanden sind, schon aufgrund der Größe des Gebiets und der Anzahl der Einwohner nicht mehr möglich“ (Münkler 1997: 164/5). Bis ins 20. Jahrhundert ist Staatsbürgerschaft bzw. der Bürgerschaftsstatus an Vermögenswerte (ökonomische Selbständigkeit) gekoppelt. Kant verbindet ausdrücklich Eigentum und Qualität des Bürgers, um dem Gemeinwesen und nicht irgendeinem Herren zu dienen. „All diese Einschränkungen sind in den politischen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts aufgehoben worden[...]. Tatsächlich wäre auch in fortgeschrittenen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften die frühere Verknüpfung des Bürgerstatus mit einer ökonomisch selbständigen Existenz nicht mehr praktikabel, da es hier nur noch wenige selbständige Existenzen im Kantschen Sinne gibt. Obendrein ist die Bürgerqualifikation durch Eigentum kein auch nur annähernd zuverlässiger Maßstab für das Vorhandensein der aufgeführten kognitiven, prozeduralen und habituellen Kompetenzen“ (Münkler 1997: 158).

Tatsächlich ist ein allgegenwärtiges Merkmal des Staatsbürgerschaftskonzepts der unterschiedlichen historischen Kontexte sein geradezu polemischer Gebrauch als Kontrastierung gegenüber anderen sozialen Rollen: ein Bürger ist nicht einfach nur anders, sondern die positive Gegendarstellung

einer Person, deren soziale Charakteristika sich aufgrund seiner/ihrer Qualität als Verbraucher, Gewerbetreibender, Familienmitglied oder einfach Privatperson definieren lassen. Dieses ist möglicherweise nur die Konsequenz (Preuß/Everson 1995: 50ff.), einer sehr viel grundlegenderen Eigenschaft von Staatsbürgerschaft, die im historischen Ursprung wurzelt, nämlich sein inhärenter Hang hin zu einer universalistischen Beschreibung der Individuen und, als logische Folge, die Ablehnung das Individuum auf eine parokiale und partikularistische soziale Rolle fest zu legen. Zusammenfassend Weber (1998: 49):

„In form the old rights were as a rule unchanged, but in fact the modern city was deprived of its freedom as effectively as had happened in antiquity with the establishment of the Roman Empire. In contrast with antiquity, however, it came under the power in peace of competing nation-states in a condition of perpetual struggle for power in peace or war. This competitive struggle created the largest opportunities for modern Western capitalism. The separate states had to compete for mobile capital, which dictated to them the conditions under which it would assist them to power. Out of this alliance of the state with capital, dictated by necessity, arose the national citizen class, the bourgeoisie in the modern sense of the word. Hence it is the closed nation-state which afforded to capitalism its chance for development – and, as long as the nation-state does not give place to a world empire, capitalism also will endure.”

Die beiden dargestellten Staatsbürgerschaftsverständnisse des Altertums zeigen bereits grundlegende Unterschiede, die sich in der aktuellen Citizenship Debatte wiederfinden lassen: In etlicher Hinsicht ähnelt dabei der griechische Ansatz dem republikanisch-kommunitaristischen Staatsbürgerschaftsdiskurs, während der römische Ansatz die liberale Version der Moderne widerspiegelt.

2.2 Marshall: Einfluss und Kontroverse

There is a good case to be made that the most significant contribution to social and political theory made this century by a British sociologist is 'citizenship' and that it was made by the very English T.H. Marshall.
(Bulmer/Rees, 1996)

Diese Einschätzung teilt auch Ralf Dahrendorf, wenn er den ursprünglich als Vorlesung konzipierten und erweiterten Beitrag als „one of the gems of social analysis“ bezeichnet oder Kymlicka/Norman die ‚Citizenship and Social Class‘ als „The most influential exposition [of the] postwar conception of citizenship-as-rights“ (in Beiner 1995: 285; vgl. auch Saunders 1993: 61) charakterisieren. Bei aller Lobpreisung, keine Analyse ohne Kritik – die nachfolgenden Absätze widmen sich deshalb kritisch diesen zahlreich zum Ausdruck gebrachten Problematisierungen.

Die Auseinandersetzung mit Marshalls zukunftssträchtiger Studie setzt mit Verspätung erst etwa Mitte der 1980er ein, um dann zum Thema einer bemerkenswerten Anzahl von Kommentaren, Kritiken und Weiterentwicklungen zu avancieren (stellvertretend für viele in kritischer Hinsicht: Barbalet 1988; Beiner 1996; Bulmer/Rees 1996; Busemaker 1996; Faulks 1998; Engin 2001; Lara 2002). Der Hauptfokus dieser Exegese liegt bei ‚Citizenship and Social Class‘, obwohl seine darauffolgenden Arbeiten zu diesem Thema (vornehmlich ‚The Right to Welfare and Other Essays‘ aus dem Jahre 1981) ebenso in vielen Analysen aufgenommen wurde. Warum der Ruhm? Seine zwei Hauptaussagen, dass Staatsbürgerschaft aus drei Elementen bzw. Rechtssegmenten besteht und dass ‚social Citizenship‘ eine vitale Untermauerung für die vorausgehenden bürgerlichen und politischen Rechte darstellt, waren zwar simple, jedoch erhellende Ausführungen, die bis

dahin derart nicht formuliert worden waren und einen gewissen Wahrheitsgehalt beanspruchen dürfen.⁴⁶ Doch seine Bedeutung und sein Einfluss lassen sich nicht nur von der Qualität seiner Arbeit ableiten, sondern auch aufgrund seiner Analyse zur Entstehung des britischen Nachkriegswohlfahrtsstaates und seiner Probleme, die diese Institution und Bestimmungen in den achtziger und neunziger Jahren verursachten.

Die folgenden kritischen Anmerkungen zu Marshalls Studie identifizieren das Spektrum aufgeworfener Probleme; diese können grob in fünf Kategorien unterteilt werden: (1) seine Studie sei zeitlich und geographisch zu kurzfristig und begrenzt, will sagen die Angemessenheit der Generalisierung des Modells wird angezweifelt, da es sich sehr stark an den spezifischen Verhältnissen des englischen Wohlfahrtsstaates orientiert; (2) sein Begriff der Staatsbürgerschaft sei zu exklusiv; (3) seine ‚Vision‘ sei zu optimistisch; (4) seine Rechtstriade sei zu stark vereinfachend und vermittele den Eindruck, als würde es sich bei den civil, political and social rights um weitestgehend gleichartige Rechtstypen handeln, zwischen denen keinerlei Spannungen existieren; (5) und seine Deutung falle andererseits zu ‚unhistorisch‘ aus, nämlich, dass bei der schrittweisen Entwicklung der einzelnen Rechtstypen nicht genügend zum Ausdruck komme, dass einige Rechte erst durch zahlreiche Konflikte erkämpft wurden und zukünftig auch wieder verloren gehen könnten.⁴⁷ Der Rest dieses Abschnitts unternimmt eine Analyse dieser fünf Punkte.

Erstens: Marshalls vermeintliche zeitliche und geographische ‚Myopie‘. Marshall hielt seine Vortragsreihe im Jahr 1949, nachdem der Beveridge

⁴⁶ Dazu Bussemaker (1999): „Capitalist market relations, poverty and inadequate education tended to reduce these latter rights [civil and political rights] to mere formalities, a contradiction that created the necessity for social policy“ (2).

⁴⁷ Für alternative Klassifikationen möglicher Kritik an Marshall vgl. auch Faulks 1998: 41-52; Engin 1999: 28-32; Rees 1996:7 – 23; Turner 1993:6 – 16.

Report⁴⁸ (1942), der Butler Education Act⁴⁹ (1944) und der Aufbau des National Health Care Services⁵⁰ (1946) die beispiellose Grundlage eines Wohlfahrtsstaates zu sein schienen. Er unterschätzte jedoch, so seine Kritiker, die mögliche Dynamik der Sozialstaatsbürgerschaft, in der er bereits die Festigung des Wohlfahrtsstaates sah. Unterentwickelt bzw. vernachlässigt blieb jedoch der Gedanke einer zukünftigen Notwendigkeit, das Element der Sozialstaatsbürgerschaft weiterzuentwickeln, geschweige denn es gegen Rückschritte zu verteidigen und abzusichern, denn, so Bussemaker (1999), "neuere Entwicklungen zeigen, daß sich Staatsbürgerschaftrechte nicht automatisch in einer weiterentwickelten Form entfalten, sondern daß es ebenso zu ‚Beeinträchtigungen‘ (drawbacks) und ‚Rückschritten‘ (backlash) kommen kann, wie die der Zugang und die Höhe von Sozialversicherungsleistungen, die kürzlich in vielen europäischen Ländern begrenzt wurden, zeigt" (3).

Insofern Marshalls Modell einer dreigeteilten und evolutionär angelegten Staatsbürgerschaft einer universellen Anwendung bestimmt war, so ignorierte Marshall des weiteren nicht nur die Entwicklungslinien anderer Länder, sondern ebenso das Verhältnis von England mit dem Rest des Vereinigten Königreichs. Hinsichtlich Großbritannien: wenn Bürgerrechte so fest in Nordirland wie in England etabliert gewesen wären, hätten die Unruhen

⁴⁸ William Beveridge, britischer Sozial- und Wirtschaftspolitiker, führte in Großbritannien Arbeitsämter und die Arbeitslosenversicherung ein. 1942 arbeitete er den Beveridge Report über Sozialversicherung aus, der die britische Sozialgesetzgebung von 1946 vorbereitete.

⁴⁹ Die Maßnahmen des Butler Education Act bedeutete: (1) free secondary education for all children; (2) tripartite system acc. to abilities: grammar school, secondary modern school, technical school; (3) at 11 examination decides on school type (11 + examination).

⁵⁰ Angestoßen durch den o.g. Beveridge Report wurde das System auf der Grundlage des gleichnamigen Beschlusses aus dem Jahre 1946 ins Leben gerufen. Seitdem wird der Gesundheitsdienst allen in Großbritannien lebende Personen gewährt - unabhängig von Staatsangehörigkeit, Einkommen, Beruf oder Alter - gleichgültig, ob sie Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung leisten oder nicht. (vgl. Naujoks, Wilfried/Werres, Bernhard, 1990: Euro-Länderprofile. Bd 2. Großbritannien. Köln, S. 94)

des Jahres 1968⁵¹ möglicherweise abgewendet werden können. Selbst eine oberflächliche Übersicht anderer Länder enthüllt zeitliche Schwankungen sowie Unterschiede im ‚rights struggle‘ sowie dem Verständnis einer Sozialstaatsbürgerschaft.⁵² Giddens (1982) etwa kritisiert die vollkommene Ausblendung des ‚right struggle‘ durch Marshall, denn „[t]he extension of citizenship rights, in Britain as in other societies, was in substantial degree the result of the efforts of the underprivileged to improve their lot“ (171).⁵³

Zweitens: Die evolutionär aufeinander aufbauende Entwicklung der Staatsbürgerschaft. Marshall zentriert seinen Ansatz auf die Entwicklung der rein männlichen (und auf Klasse bezogenen) Staatsbürgerschaft, seine Evolutionsthese ist allerdings nicht mehr haltbar, werden Frauen und deren staatsbürgerliche Wirklichkeiten in das Modell aufgenommen (Turner 1986). Marshall beschreibt die Position der Frauen lediglich sehr begrenzt aus der Perspektive des neunzehnten Jahrhunderts hinsichtlich ihrer Bürgerrechte als

⁵¹ Aus Sicht der katholischen Bevölkerung und den Initiatoren der Bürgerrechtsbewegung Northern Ireland Civil Rights Association (NICRA) sind zu diesem Zeitpunkt wesentliche Bürgerrechte nicht verankert, sondern werden diskriminatorisch vorenthalten.

⁵² Letztlich müsste jede Länderstudie die Geschichte des Kampfes um Rechte (‚struggle for rights‘), die Bedingungen, unter denen sie gewährt wurden, die Art des Regimes oder die lokalen Konfiguration von Staatsbürgerschaftsrechten überprüfen: Wie intensiv ist beispielsweise der Konflikt zwischen den Bürger-, politischen und Sozialrechten? Wie tief sind Sozialrechte ‚eingeebnet‘ und wie erweiterten sie sich? Wurden zusätzliche Arten von Staatsbürgerschaftsrechten ‚erstritten‘ worden? Schließlich ist die Geschichte der modernen Staatsbürgerschaft umfangreicher als die des industriellen Klassenkonflikts; die Geschichte der modernen Staatsbürgerschaft umschließt/umfaßt auch die Kämpfe der nationalen und ethnischen Bewegungen, der Frauen und der Minoritäten, die später diskutiert werden. Zum Verständnis der ‚social Citizenship‘ ist folgender Hinweis Bussemakers (1999) erhellend: „[...] solidarity rather than citizenship has been the cornerstone of social policy in many continental countries. [...] While, to an extent, this notion of solidarity reflects – in an abstract sense – Marshall’s notion of citizenship, the continental notion of occupational solidarity certainly does not, for this kind of solidarity is directed towards distribution of income within a professional group, emphasizes status and is certainly not universal“ (5)

⁵³ Marshalls Argumentation der Ausprägung von Citizenship durch den Klassenkonflikt kann laut Bottomore (1992) ausgebaut/verfeinert werden: „Marshall recognised that an element of conflict existed, but he expressed it as a clash between opposing principles rather than between classes, and his discussion of class was primarily concerned, as he said, with the impact of citizenship on social class, not with the ways in which the historical development of classes had itself generated new conceptions of citizenship and movements to expand the rights of citizens. But the impact of class on citizenship is unmistakable“ (73).

„in some important respects peculiar“ (ebd.: 12). Nur indem er diese reichlich unfreundliche und verkürzte Einschränkung vornimmt, kann er seine Entwicklungsthese stützen - andernfalls hätte nämlich die Hälfte der Bevölkerung Marshalls These der Rechtsevolution und -extension, nämlich dass Bürgerrechte den politischen Rechten vorausgehen, widerlegt. Frauen erhielten in Großbritannien im Jahre 1928⁵⁴ die Wahlberechtigung, dennoch dauert es (beispielsweise) bis 1990 bis sich Frauen in der Einkommensteuererklärung separat von ihren Ehemännern steuerlich veranlagern lassen können. Indem Marshall seine Diskussion über Staatsbürgerschaft in Beziehung zu Klassenunterschieden setzt, die sich aus dem Verhältnis von ‚Arbeit und Wohlfahrt‘ ableitet und damit die private Sphäre ausblendet⁵⁵, kann er die Unterschiede zwischen den Geschlechtern auslassen, die über die Klassen hinweg galten. Aber Frauen sind nicht die einzige Gruppe, die nicht mit Marshalls historischem Design - d.h. des stufenweisen Erreichens eines vollwertigen Staatsbürgerschaftsstatus - Schritt halten konnten, insofern soziale Rechte vor politischen Rechten verliehen werden (Soysal 1994: 130). Benachteiligte, wenn nicht gar lediglich ‚partielle‘ Bürger wären nach Marshalls Auffassung noch heute: Mitglieder ethnischer Minoritäten, der armen Unterschicht sowie Individuen, die aus verschiedenen Gründen nicht zur vollständigen Selbstbestimmung in der Lage sind.⁵⁶ Dieser Personenkreis

⁵⁴ In der Schweiz/Liechtenstein erhielten Frauen sogar erst im Jahr 1971 die Wahlberechtigung und damit politische Rechte verliehen. Das Frauenstimmrecht benötigte jedoch weitere knapp 20 Jahre bis es in allen schweizer Kantonen durchgesetzt war – in Appenzell-Innerrhoden musste die weibliche Bevölkerung sogar vor das Schweizer Bundesgericht ziehen, um die 1971 verabschiedete Verfassungsänderung 1990 als letzten Kanton für sich zur Geltung zu bringen.

⁵⁵ Damit bleibt ein wichtiges gesellschaftliches Segment ehrenamtlicher Arbeit ausgeblendet. „Attention to gender relations has brought about recognition of the role of unpaid care work – both in the public and private spheres – as a dimension of citizenship. This is not only of theoretical interest, but also of political interest, since many countries are being confronted with new challenges resulting from changing gender and family structures and demographical developments (ageing and fertility rates)” (Bussemaker 1999: 4).

⁵⁶ Folglich wären auch Kinder, kognitiv beeinträchtigte Menschen, sehr alte und schwache Menschen, die nicht (mehr) zur uneingeschränkten Selbstbestimmung in der Lage sind, keine Bürger im Marshallschen Sinn. Eine besondere Herausforderung für Bürger- wie politische Rechte des Nationalstaats entstehen laut Brubaker (1992), Soysal (1994) und

kann nicht auf der Grundlage gleicher Bedingungen mit dem Rest der Gesellschaft an einer bürgerlichen Kultur partizipieren, wie Marshall es von Bürgern erwartete.

Drittens: Hier steht Marshalls Optimismus hinsichtlich der weiteren Entfaltung der Staatsbürgerschaft im Sinne einer Fortführung und Weiterentwicklung seiner aufgezeigten Rechtsevolution im Allgemeinen und der Sozialrechte im Besonderen in der Kritik. Entsprechend der allgemeinen Begeisterung für den Wohlfahrtsstaat, nimmt er allzu bereitwillig an, der Fortschritt bzw. die Weiterentwicklung der Sozialrechte würde andauern. Aus der Retrospektive der neunziger Jahre heraus, identifizierten Kritiker eine Anzahl von Eigenschaften der britischen Geschichte, die während der zweiten Hälfte des Jahrhunderts dem egalitären Prinzip der ‚social Citizenship‘ sogar entgegengewirkten. Die Gesellschaft ist in sozio-ökonomischer Hinsicht jedoch weder homogener noch egalitärer geworden. Unter anderem liegt das daran, dass weder Bildung - wie von ihm erwartet - ein Mittel gleicher Möglichkeiten für alle wurde, noch die Sozialeinrichtungen, einschließlich des Gesundheitssystems für alle gleichermaßen zugänglich wären. Entgegen Marshalls Erwartungen war der Kapitalismus (bzw. dessen Auswirkungen) gegenüber der Ausweitung der ‚social Citizenship‘ beharrlicher und standfester. Wie auch der Staat entgegen seinen Annahmen in der Verteilungskonkurrenz zwischen Staatsbürgerschaft versus Klasse neutral blieb.⁵⁷ Auf einer anderen Ebene argumentieren die Gegner eines allzu ‚umfangreichen‘ Wohlfahrtsstaates. Hatte Marshall angenommen, soziale Rechte würden den benachteiligten Bürgern die Möglichkeit zur vollwertigen

Cesarani/Fulbrook (1996) insbesondere durch Gesellschaftsmitglieder anderer/fremder ethnischer Herkunft.

⁵⁷ “For instance, because of government policy the gap between rich and poor in Britain actually widened to a marked degree in the 1980s. In short, if the creation of the welfare state was something of a social revolution, Marshall can be interpreted as allowing, for the resilience of the old regime or the counter-revolution of neo-liberalism of the New Right” (Heater 1998: 13).

Teilnahme an der Gesellschaft sowie eine effektive Ausübung ihrer politischen und bürgerlichen Rechte ermöglichen (active Citizenship), kritisieren Gegner dieser Sichtweise, dass der Wohlfahrtsstaat Passivität anstatt Aktivität hervorbringt, um letztlich in einer Kultur der Abhängigkeit zu münden: „Far from being the solution, the welfare state has itself perpetuated the problem by reducing citizens to passive dependents who are under bureaucratic tutelage” (Kymlicka/Norman 1995: 287). Diese Form der Entmündigung würde zudem dazu beitragen, dass sich Bezieher staatlicher Unterstützung, die nicht der Verpflichtung nachkämen sich selbst zu versorgen, gar nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft fühlen könnten.⁵⁸ Diese marktliberale Argumentation blendet allerdings zwei Gesichtspunkte aus, die nachweislich gegen sie gewandt werden könnte. Erstens, aufgrund der globalen wirtschaftlichen Interdependenzen können einzelne nationale Arbeitsmärkte derart negativ betroffen sein, dass selbst staatliche Maßnahmen nicht mehr zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Zweitens, entgegen dieser allgemeinen negativ wohlfahrtsstaatlichen Sichtweise waren es gerade Wohlfahrtsstaaten (in diesem Falle die skandinavischen), die lange Zeit mit äußerst niedrigen Arbeitslosenzahlen beeindruckten. Es bleibt folglich weiterhin strittig, ob die Gesetze des Marktes Bürger zu verantwortungsvolleren und vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft machten.⁵⁹

Die bis zu diesem Punkt vorgebrachte Kritik an Marshalls ‘Citizenship and Social Class’ behandeln allenfalls Lappalien – die Kritikpunkte vier und fünf hingegen treffen in das Herz des Marshallschen Erklärungsschemas, der ‘Citizenship as Rights’ Konzeption im Zusammentreffen von Bürger-, politischen und Sozialrechten. Folgt man Marshalls Evolutionstheorie, ist die sequentielle Rechtsentwicklung eine relativ autonome, progressive, letztlich zwingende Entwicklung von einer Stufe zur nächsten und folgerichtig sind es

⁵⁸ Vgl. auch Barry 1990; Mead 1986

⁵⁹ Oder wie Plant (1991) es zum Ausdruck bringt, „Instead of accepting citizenship as a political and social status, modern Conservatives have sought to reassert the role of the market and have rejected the idea that citizenship confers a status independent of economic standing“ (52).

die Sozialrechte, die weiter entwickelt sind als politische und Bürgerrechte. Die zwingenste Kritik ist, viertens, dass das Segment der ‚civil Citizenship‘ eigentlich zwei voneinander unabhängige und damit unterschiedliche Rechtsbereiche enthält. (1) das Recht des Individuums seine eigenen Interessen zu verfolgen (z.B. Vertragsfreiheit) im Ausdruck bourgeoiser Gleichheit vor dem Gesetz und (2) das Recht Kollektivziele, vornehmlich durch Gewerkschaften, zu verfolgen, welche Marshall als ‚economic civil rights‘ bezeichnet. Ersteres hätte die Konfrontation mit dem Staat, letzteres mit Staat und Arbeitsgebern zur Folge. Eine weitere Schwäche von Marshalls Rechtstriade ist die fehlende Unterscheidung in der ‚Qualität‘ von Sozialstaatsbürgerschaft zu politischer und bürgerlicher Staatsbürgerschaft (civil citizenship). ‚Civil Citizenship‘ etwa etabliert Rechte gegenüber dem Staat; ‚social Citizenship‘ umfaßt die Rechte, die vom Staat bereitgestellt werden. Folglich gehen mit der Institution der ‚social Citizenship‘ ein notwendiges Maß an Besteuerung einher, obgleich, gemäß Heater (1998), „[...] taxation invades civil rights in their capitalist form of the sanctity of property. So, civil and social citizenship, which in Marshalls scenario are complementary components, are in fact potentially at loggerheads“ (14). Ein anderes Problem der Rechtsdreiteilung ist die Einfachheit der Typisierung. Sie ignoriert die Unterschiede zwischen Rechtsansprüchen (entitlements) und Bestimmungen (provisions), zwischen formalen und substantivistischen Rechten. Rechtsansprüche können alle Bürger haben; Bestimmungen hingegen sind die Rechte, welche die Bürger in der Praxis haben. Marshalls Interesse lag auf ersterem und überhaupt nicht auf letzterem. Zudem war er mehr an der substantivistischen Staatsbürgerschaft interessiert - d.h. was Bürger aufgrund ihrer Rechte erwarten können - als an formaler Staatsbürgerschaft - d.h. wer überhaupt das Recht hat, ein Bürger zu sein. Eine schwierige und zweifellos andauernde Herausforderung für Großbritannien, denkt man an die große Zahl von Immigranten aus anderen Ländern des Commonwealth. Substantiell, so eine Checkliste aus dem Jahr 1996, verfügt der Staatsbürger über folgende grundlegenden Rechte und Pflichten, entsprechend der Marshallschen Rechtsdreiteilung nach dem

Kriterium zugrundeliegender Werte und Interessen, die durch das jeweilige Recht geschützt bzw. befördert werden sollen⁶⁰:

„(I) Civic rights and duties:

freedom to reside and to travel, including the right to a passport and to diplomatic protection;

rights of liberty of the person and freedom of expression, the right to own property, the right of justice and other fundamental rights;

duties to pay taxes, perform military service, do jury service;

right to legal redress, etc.

(II) Political rights and duties:

right (and sometimes duty) to vote;

right to stand for public office;

freedom of speech (in political context), etc.

(III) Social and economic rights and duties:

right to employment;

right to social security (welfare benefits, unemployment benefits, health benefits, pensions, etc.)

rights to expect standards of service and performance from public servants and nationalised industries, such as transport, the health service, etc. (Gardner 1996: 8-9)⁶¹

⁶⁰ Dies soll nur eine elementare Auflistung [essentieller] Staatsbürgerschaftsrechte und –pflichten sein -letztlich variieren Verfassungstexte in ihrer jeweiligen Bandbreite an zugestandenem Rechten und eingeforderten Pflichten. So vermerkt Heater (1999), „Citizens’ listed rights [...] are sometimes an amalgam of generalized, virtually universally accepted basic rights and those that the drafters of the rights judged important to stress because of particular conditions (35; Vgl. auch La Torre 1997: 281 ff., Behzadi 1996)

⁶¹ Die praktische Umsetzung dieser Rechte sollen an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden, wobei - selbstredend - geschriebenes und gelebtes Recht, entlang des vorgenannten westeuropäischen Standards, voneinander abweichen können. Heater (1999) unterscheidet hinsichtlich dieser Differenz in „rights effectively denied; rights not defined but mainly

Nachfolgend werden wesentliche Beziehungen zwischen einzelnen staatsbürgerlichen Rechten vor dem Hintergrund ihrer unterschiedlichen Auswirkungen auf die sozialen Verhältnisse sowie den wirtschaftlichen und den sozialen Aufbau der Gesellschaft dargestellt²⁷. Bei den civil rights beziehen sich die Freiheitsrechte vor allem auf die Freiheit der Gedanken und der Sprache, der Religionsfreiheit sowie der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Wesentliche Freiheiten sind insoweit zu einem Recht zusammengeschlossen, das bestimmte menschliche Handlungen erst ermöglicht und zulässt. Darüber hinaus führt Marshall aus, dass civil rights, obwohl sie zunächst grundsätzlich das einzelne Individuum bevollmächtigen, auch zur Bildung von Gruppen, Vereinigungen und Bewegungen genutzt werden können. Unter diesem Gesichtspunkt stellen civil rights eine bestimmte Form von Macht dar. In starken Kontrast zu den civil rights befinden sich die social rights. Die sehr individuell ausgerichteten social rights sind nicht geeignet um Macht in irgend einer Form auszuüben, da sie im wesentlichen auf das Individuum als Konsumenten und nicht als Handelnden verweisen (Marshall 1969: 141f.). Ontologisch gesehen, kann der Unterschied zwischen civil und social rights demnach nicht größer sein (Barbalet 1994: 230).

Aus der Sicht des Staates handelt es sich bei civil rights um Rechte, die sich gegen den Staat wenden, während die social rights quasi staatlich garantierte Forderungen auf bestimmte Vorteile für den Einzelnen darstellen. Für den Bürger bestehen die Freiheiten aufgrund der civil rights darin, dass der Staat nicht in alle Sphären des Einzelnen eindringen kann, wohingegen der Staat infolge der social rights zur Erbringung bestimmter Versorgungsleistungen gezwungen werden kann (Macpherson 1985: 23). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Staat einen entsprechenden

available; rights defined in distorted form; and rights defined but difficulties in practice“ (39) und benennt zu jeder Klassifikation folgende Regions- bzw. Länderbeispiele: 1. Naher und Mittlerer Osten; 2. Großbritannien; 3. ehemalige Sowjetunion; 4. Südamerika.

²⁷In diesem Zusammenhang vgl. vor allem die Ausführungen von Barbalet 1994:229 ff.

Verwaltungsapparat einrichten und unterhalten muß, um die mit den social rights verbundenen Leistungen jederzeit erbringen zu können (Marshall 1975: 206). Die dadurch verursachten Kosten führen zwangsläufig zu Steuerbelastungen bei den Bürgern. Hieraus ergibt sich unter Umständen eine budgetmäßige Bedrohung der social rights und somit ein weiterer Aspekt im Spannungsfeld zwischen den einzelnen Elementen von citizenship (Barbalet 1994: 231).

Vor allem in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs entstehen Widersprüche zwischen der Notwendigkeit zusätzliche Steuern von den Bürgern für die Erhaltung der institutionellen Grundlagen der social rights zu erhalten sowie der Notwendigkeit der Ausgabenbegrenzung aufgrund angespannter wirtschaftlicher Verhältnisse bei den Bürgern. In diesen Zeiten baut sich Druck auf die social rights auf, dessen Ursprung in den civil rights liegt (Barbalet 1994: 231; Holz 2000: 205). In diesem Zusammenhang bemerkt Marshall, dass civil rights die Basis für eine wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft bilden, da sie dem Einzelnen die Möglichkeit verschaffen, sich als unabhängige Einheit im wirtschaftlichen Geschehen zu engagieren. Dadurch ermöglichen civil rights die Beschneidung der social rights, da jedes Individuum grundsätzlich mit entsprechenden Möglichkeiten ausgestattet ist, um sich selbst sozial abzusichern (Marshall 1950: 87). Barbalet wirft daher die Frage auf, inwieweit die unterschiedlichen Rechtsbestandteile einer modernen Staatsbürgerschaft durch den Staat garantiert werden können. Den civil und social rights liegen unterschiedliche Prinzipien zugrunde und darüber hinaus bewegen sie sich auch in Spannungsverhältnissen mit anderen Rechten (Barbalet 1994: 231). Die Spannungsfelder zwischen den unterschiedlichen staatsbürgerlichen Rechten veranlaßt Young zu der Aussage, dass es sich bei der Staatsbürgerschaft im wesentlichen um ein künstliches Konzept und nicht um reelle Sachverhalte handelt. Die Künstlichkeit des Konzepts basiert seiner Meinung nach auf der Widersprüchlichkeit und Gegensätzlichkeit der einzelnen Systembestandteile (Young 1967: 6). Barbalet hält diese Sichtweise allerdings für zu extrem. Die Tatsache, dass soziale Institutionen interne

Spannungen offenbaren, bedeutet für ihn nicht zwangsläufig die Unmöglichkeit der Existenz eines solchen Systems (Barbalet 1994 : 231).

Aus der Bedrohung der social rights durch die civil rights erwächst letztendlich auch eine Gefährdung einzelner sozialer Klassen. Staatsbürgerliche Rechte existieren grundsätzlich bei jedem Staatsbürger, der sie besitzt. Sie tendieren allerdings dazu, den Mitgliedern unterschiedlicher Klassen auch unterschiedlich zu dienen. Marshall sagt in diesem Zusammenhang, dass civil und social rights jeweils eine Klasse hinsichtlich ihrer Prinzipien und ihres Handelns beeinflussen. Barbalet führt diesen Gedanken weiter aus, in dem er argumentiert, dass nicht nur Spannungen zwischen den einzelnen staatsbürgerlichen Rechten existieren, sondern dass der Staat dazu neigt die einzelnen Elemente des Citizenship ungleich zu verteidigen. Bestimmte civil rights bilden die zentrale Grundlage für eine kapitalistisch ausgerichtete Wirtschaft und haben somit das Potential einzelne social rights auszuhöhlen (Barbalet 1994: 232).

Wir kommen schließlich und fünftens zur sequentiellen Folge der Rechtsentwicklung, der Evolutionsthese, die historische Fakten unberücksichtigt ließ bzw. gegen diese verstoße. Das ‚Phasenproblem‘ der stufenweisen Rechtsentwicklung und -durchsetzung ist denn ein doppeltes: für Großbritannien scheint es allzu ordentlich, auf andere Länder ist es wiederum gar nicht anwendbar. In Großbritannien nämlich war das reale Muster von wesentlich mehr Konfusionen und Überschneidungen gekennzeichnet: (A) Seine Phasenzuweisung der Zivilrechte zum achtzehnten Jahrhundert ignoriert den Kampf der Gewerkschaften des neunzehnten Jahrhunderts. (B) Marshalls Zuteilung politischer Rechte in die Zeit des neunzehnten Jahrhunderts unterschätzt das ‚verspätete Zugeständnis‘ des Wahlrechts aller Männer aus dem Jahre 1918⁶². (C) Und seine Zuweisung von Sozialrechten zum zwanzigsten Jahrhundert unterschätzt den Wert des paternalistischen

⁶² So erhielten in Deutschland die Frauen erst im Jahr 1919 das Wahlrecht, in der Schweiz gar erst 1971; in manchen Ländern haben Frauen bis heute kein Wahlrecht.

Systems der Beschäftigung und Unterstützung der Armen, die in das achtzehnte Jahrhundert zurückreicht. Wenn man die Entwicklung der Rechte der Bürger in anderen Ländern betrachtet, kann man anhand zweier Beispiele aufzeigen, dass Sozialrechte den Bürger- und politischen Rechten vorangingen. Zum Beispiel die Einführung der Bismarckschen Sozialversicherung im imperialen und politisch autoritären Deutschland nach 1871 oder aber Sozialrechte, die ebenso noch vor Bürger- und politischen Rechten in der Sowjetunion nach 1945 verliehen bzw. zugestanden wurden. Der ‚Zuschnitt‘ der Rechtsentwicklung in ‚saubere Stadien‘, nämlich dass politische Rechte erst einer Plattform der Bürgerrechte bedürfen und Sozialrechte wiederum einer Basis politischer Rechte, täuscht über die bestehenden konservativen Widerstände sowie die Tatsache hinweg, dass jede Rechtserweiterung gleichzeitig von Widerständen und einem Kampf gegen eben diese Widerstände begleitet wurde. Auch sind die Ursachen und gegenseitigen Beeinflussungen in Marshalls Darstellung ungeklärt. Ungeklärt bleibt, welche Bedingungen bspw. für die ‚Extraktion‘ von Rechten günstig waren. Welche Rolle spielten möglicherweise der Erste und Zweite Weltkrieg? Welchen Einfluss hatte die (ökonomische) Haushaltslage Großbritanniens?

Außerdem kann der Kampf um Staatsbürgerschaftsrechte nicht im Verhältnis zwischen Staatsbürgerschaft und sozialer Klassen ausreichend erklärt und verstanden werden. Unterschiedliche Gruppen und Individuen haben für ihre Rechte gekämpft, ohne dabei notwendigerweise für oder gegen eine ihre Klasseninteressen zu handeln. Oder wie Held (1989) betont, "The very meaning of particular rights cannot be adequately understood if the range of concerns and pressures which have given rise to them is not properly grasped" (200). Marshalls Staatsbürgerschaftskonzeptualisierung ruht auf der Verbindung von Citizenship und Nationalstaat, als die einzige Quelle von Staatsbürgerschaftsrechten. Marshalls Erkenntnisse und die daran anschließende Kritik verdeutlichen einmal mehr, dass es notwendig und sinnvoll erscheint, Citizenship kontinuierlich zu überwachen oder zumindest einer von Zeit zu Zeit durchgeführten Überprüfung und Neubewertung zu

unterziehen, um in diesem Lichte zu zeitgemäß(er)en Aussagen über den Zustand der Gesellschaft zu gelangen.⁶³

Was kann abschließend zu seiner Verteidigung gesagt werden? Erstens, der Vorschlag, dass die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in anderen Ländern nicht mit dem britischen Muster übereinstimmte, ist nur angemessen insofern wir annehmen, dass es das Ziel Marshalls war, eine allgemein gültige Typologie auszubuchstabieren, was allerdings keinesfalls aus seiner Arbeit hervorgeht. Einschränkend muss außerdem gesagt werden, dass sein Manuskript ursprünglich als Vortragsreihe konzipiert war und somit nur wenig Raum für Details ließ. Zweitens, in Punkto Exklusivität kann zugunsten Marshalls nur eine teilweise Verteidigung erfolgen. Einerseits gab es im Großbritannien des Jahres 1949 nur eine kleine Zahl von Personen ethnischer Minderheiten, andererseits sind es diese marginalisierten Gruppen, die vor noch nicht allzu langer Zeit anfangen sich zu organisieren und auf sich aufmerksam zu machen, das heißt einige Gruppen entwickelten erst in der Folge von Marshalls Analyse eine eigene Identität heraus und konnten deshalb (noch) nicht identifiziert bzw. erfasst werden (Engin/Wood 1999: 30).

Drittens, war Marshall allzu optimistisch in seiner Analyse was die weitere Rechtsentwicklung anbelangt? Marshall beendete seinen Text mit einer Warnung, nämlich dass die Balance zwischen Klasse und Staatsbürgerschaft prekär sei: „It may be that some of the conflicts within our

⁶³ Spätestens als der Wohlfahrtsstaat in eine Krise geriet („welfare pessimism“), wurde Staatsbürgerschaft zu einem neu debattierten und interpretierten Konzept (George 1996: 2-4). Oder auch Bussemaker (1999), wenn er zu der Feststellung gelangt, dass „[s]imultaneously with the rise of the welfare state ‚crisis‘ [...] citizenship arose as a central concept in many discussions, both scientific and political. It has been used by intellectuals trying to grasp and explain recent transformations in welfare states, by politicians reformulating the relations between citizens’ rights and duties vis-à-vis the state, among social organizations and social movements questioning disintegrating and new forms of social cohesion and community life and by international institutions such as the EU to name and frame the position of citizens vis-à-vis the nation-state and supranational levels of policy making“ (2-3).

social system are becoming too sharp for the compromise to achieve purpose much longer“ (Marshall/Bottomore 1992: 49). Viertens, hatte er zu stark vereinfacht? Zwar hätten einige Details gegenüber dem Vortragsmanuskript hinzugefügt bzw. neu geordnet werden müssen, aber Marshalls ‚Triptychon‘ ist und bleibt ein durchaus nützliches Hilfsmittel, um die Komplexität des Staatsbürgerschaftsstatus und seinen jeweiligen Bedingungen zu begreifen. Selbst gut fünfzig Jahre nach der Entwicklung dieses Bildes und seinen mannigfachen An- und Erweiterungsbauten, steht es für das Grundverständnis dessen, was die wesentlichen Elemente von Staatsbürgerschaft sind. Fünftens und letztens, der Mangel an historischem Verständnis: Diese Kritik ist teils das Resultat eines m.E. selektiven Leseindrucks, denn er selbst äußerte Vorbehalte, dass sich Periodisierungen teilweise überlappen können (ebd.: 10-13). Eine überzeugende Kritik ist jedoch, dass seine Darstellung des Kampfes um Rechte (rights struggle) zu ‚mild‘ ausfiel und dass Marshall nichts über die Geschichte des jeweiligen Kampfes sagt. Es ist allerdings nicht zutreffend, dass er die historischen Kämpfe um Staatsbürgerschaftsrechte in Großbritannien vollständig ignorierte und liefert gelegentliche Hinweise (ebd.: 10/11). Nach Ansicht Marshalls konfliktieren Staatsbürgerschaft und Kapitalismus im zwanzigsten Jahrhundert miteinander, andererseits schränkt er diese Auffassung später wieder als zu stark ein (ebd.: 40), was letztlich dazu geführt haben mag, dass er in neueren Arbeiten vom Hervortreten einer Gesellschaft des ‚democratic-welfare-capitalism‘ spricht.

30 Jahre nach ‚Citizenship and Social Class‘ greift Marshall abermals seine Rechtstriade bestehend aus Bürger-, politischen und sozialen Rechten auf, um jedes einzelne Rechtssegment unter dem Aspekt größtmöglicher ‚Machteffizienz‘⁶⁴ (Durchsetzung) zur Verhinderung autoritärer Regime zu überprüfen. Weder politischen noch sozialen Rechten traut er eine

⁶⁴ Dabei unterscheidet Marshall drei Formen von Durchsetzungsvermögen: „(i) power over or the power to give orders which will generally be obeyed, (ii) power derived from possession of resources; and (iii) power as a potential rather than a quantity.“ (1981: 144)

entsprechende ‚Wehrhaftigkeit‘⁶⁵ zu, anders bewertete er die Machteffizienz von Bürgerrechten. Bürgerrechte charakterisierten für Marshall das Individuum als aktiven Akteur, da sie „[...] become part of the individuals personality, a pervasive element in his daily life, an intrinsic component of his culture, the foundation of his capacity to act socially and the creator of the environmental conditions which make social action possible in a democratic civilisation“ (Marshall 1981: 141). Obgleich Bürgerrechte Rechte verkörpern, die einem Individuum zustehen, sind sie die Grundlage zur Bildung von Gruppen, Vereinen oder Bewegungen - solche Zusammenschlüsse sind die Grundlage von politischem und sozialem Pluralismus und deshalb potentiell außerordentlich ‚machtvoll‘ (ebd.: 142). Des weiteren begreift Marshall Bürgerrechte - die nach seiner Nomenklatur ein Element der Staatsbürgerschaftsrechte sind - und die damit einhergehende Möglichkeit Gruppen und Bewegungen zu initiieren, als Ausdruck einer aktiven Staatsbürgerschaft auf der Grundlage der Ausübung solcher Rechte. Die Bedeutung aktiver Bürger verdeutlichen, dass Marshall Staatsbürgerschaft – wie es noch in ‚Citizenship and Social Rights‘ als einen passiven Status bzw. ‚private Citizenship‘ (Kymlicka/Norman 1995: 286) aufscheint – nicht bloß als einen passiven Status begreift (vgl. auch Turner 1994: 159). Die wirkungsvolle Ressource der Bürgerrechte als Ermöglicungsbedingung verdeutlicht Marshall am Beispiel der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und deren Kampf um Anerkennung durch Personen wie Malcolm X: „The concept of power which runs through the writings of these people and of those who have sought to understand them is one where ‚power‘ is the antithesis of frustration – frustration of self and of the group of which one is a member“ (Marshall/Bottomore 1992: 150). Bürgerrechte als Ermöglicungsbedingung stellten daher ein effektives Mittel zur Überwindung von Anomie, Missachtung

⁶⁵ Politische Rechte die nicht in Form direkt demokratischer Elemente ausgeübt wurden, sondern alleine durch Parlamente, erschienen ihm ‚umgebar‘ und nicht mit den Mitteln ausgestattet, eine solche/potentielle Drohung verhindern zu können. Sozialrechte hingegen verkörpern überhaupt keine Machtkomponente, sondern liefern Voraussetzung für den gebrauch anderer Rechte, machen das Individuum zum Konsumenten, jedoch nicht zum aktiven und direkt wehrhaften Akteur.

und Entfremdung dar, mit dem Ziel einer ‚neuen Gesellschaft realer Multiethnizität oder ethnischer Gleichstellung‘ (ebd.). Seine Konzeption geht über den Aspekt der Minderheitenrechte hinaus und zeugt von ersten Überlegungen zum (aufkommenden) Phänomen des Multikulturalismus. Marshalls Vorarbeiten greifen unter Berücksichtigung von Anerkennung und Gruppenrechten Iris Young (1990), Axel Honneth (1996) und Nancy Fraser (1997) auf, um deren Ansätze weiter zu vertiefen.

Trotz aller Kritik und thematisierter Schwächen in Marshalls ursprünglichem und bahnbrechendem Werk ‘Citizenship and Social Class’, erarbeitete er damit einen nachhaltigen und unauslöschbaren Eindruck auf das liberale Verständnis von Staatsbürgerschaft als einen privaten und passiven Anspruch des ‚right to have rights‘.⁶⁶ Diesen erweitert er drei Dekaden später um die Trennlinie der aktiven, politisch engagierten und (eigen-)verantwortlichen Staatsbürgerschaft, wie sie verstärkt unter dem Schlagwort der Zivilgesellschaft diskutiert wird [zurückgeführt auf die aus den Bürgerrechten hergeleitete Wehrhaftigkeit].⁶⁷ Damit wird eine wichtige Unterscheidung (Turner 1994; Kymlicka/Norman 1995) eingeführt, die neben dem ‚citizenship-as-legal-status‘ (uneingeschränkte Mitgliedschaft in einer bestimmten politischen Gemeinschaft) Staatsbürgerschaft unter normativen Gesichtspunkten als ‚citizenship-as-desirable-activity‘⁶⁸ konzeptionell voneinander trennt. Indem Tugenden und Pflichten als Ergänzung besonders hervorgehoben werden, bewegen sich liberale Theoretiker auf kommunitaristische Sichtweisen zu.

⁶⁶ Trop v. Dulles 356 U.S. 86, 102 [1958]. Passive Staatsbürgerschaft deshalb, weil keine Verpflichtung zur aktiven Teilnahme am ‚öffentlichen Leben‘ besteht.

⁶⁷ stellvertretend für viele andere: Heinelt 1998, 2000; Richter 1997; Waschkuhn 1999; von Beyme 1998; van Deth/Roßteutscher 2000; Bauböck 1998, 2000; Keupp 2000; Walzer 1999.

⁶⁸ „[...] where the extent and quality of one’s citizenship is a function of one’s participation in that community“ (Kymlicka/Norman 1995: 284).

Marshall versicherte, die Vielschichtigkeit der Staatsbürgerschaft sei erkannt bzw. berücksichtigt (Marshall/Bottomore 1992: 6). Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts war dies sicherlich kein ‚ausreichender‘ Standpunkt. Die Ausweitung des Staatsbürgerschaftsverständnisses auf der Grundlage von Rechtsentwicklung und -expansion möchte ich zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgreifen; längst verläuft die Konfliktlinie nicht mehr zwischen Citizenship und Klasse, sondern muss um den Konflikt zwischen (der Zurechnungseinheit) Staatsbürgerschaft und den unterschiedlichen Formen von Identität erweitert/erneuert werden, um der Realität einer von sozialem und kulturellem Pluralismus gekennzeichneten Gesellschaft gerecht zu werden – auch hier war Marshall ein wegweisender Vordenker (Isin/Wood 1999: 30; Kymlicka/Norman 1995: 286).

3. Liberale Staatsbürgerschaft als Universalismus vs. Kommunitaristische Staatsbürgerschaft als Partikularismus - die Gestalt und Grenzen der Gemeinschaft im Lichte der Liberalismus-Kommunitarismus Kontroverse

Vieles scheint am Ende des 20. Jahrhunderts darauf hinzudeuten, dass sich die Menschheit unumkehrbar auf dem Weg in die ‚Weltgesellschaft‘ befindet: Handels- und Verkehrsnetze, Geld- und Informationsströme erstrecken sich über den ganzen Globus; die größten Distanzen lassen sich mit Hilfe moderner Telekommunikationsmedien in kürzester Zeit überbrücken. Freihandel und ökonomischer Wettbewerb, Menschenrechte und Demokratisierung haben sich zu Grundprinzipien entwickelt, die von den meisten Regierungen der Welt (zumindest offiziell) anerkannt werden. Der globale Trend zur gesellschaftspolitischen und ökonomischen Uniformierung und Orientierung an den säkularisierten westlichen, kapitalistisch und liberal-demokratisch organisierten Staaten hat sich durch den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme im Osten verstärkt. Entgegen der These, dass diese Vereinheitlichung der Welt und ihr Zusammenschrumpfen zum ‘globalen Dorf’ (Beck 1998) das ‘Ende der Geschichte’ (Fukuyama 1996) bezeichne, diagnostizieren einige Beobachter vor dem Hintergrund dieses Szenarios zugleich eine wachsende kulturelle Entfernung und eine sich verschärfende Konfrontation zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, sowohl im globalen Maßstab als auch innerhalb industrialisierter Staaten, in denen Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft sowie religiöser Ausrichtung zusammenleben (Huntington 1998; Müller 1994). Moderne westliche Gesellschaften sind demzufolge vor allem durch zwei parallele Entwicklungen gekennzeichnet, die sich mit den Begriffen ‚Individualisierung‘ und ‚Pluralisierung‘ grob umreißen lassen (Honneth 1992;

Frank 1996)⁶⁹. Was bedeutet das hinsichtlich der Formulierung abstrakter Prinzipien im Allgemeinen – denn letztlich wenden wir „uns gerade dann der politischen Philosophie zu, wenn unsere gemeinsamen politischen Überzeugungen [...] nicht mehr tragen [und] wenn gemeinsame Überzeugungen, die weniger allgemein sind, sich als nicht länger tragfähig erwiesen haben“, um die öffentliche Diskussion weiterzuführen – und was bedeutet es für das Konzept der Staatsbürgerschaft im Speziellen (Rawls 1998: 117/8)?

Der westliche liberale Nationalstaat wird nicht nur politisch durch Globalisierung und Multikulturalismus herausgefordert, sondern auch philosophisch durch historisierende und relativierende Strömungen, die die universelle Geltung liberaler Grundprinzipien des Individualismus wegen ihrer spezifisch abendländischen Prägung infrage stellen. In der gegenwärtigen sozialphilosophischen Diskussion über Universalismus und Partikularismus liegt der Schwerpunkt der Betrachtung dieser Arbeit insbesondere auf zwei theoretischen Perspektiven, die die Frage, was politische und soziale Normen und Regelungen des Zusammenlebens begründen und rechtfertigt und woraus politisch-soziale Gemeinwesen die für die soziale Integration erforderliche Gemeinwohlorientierung beziehen, unterschiedlich beantworten.⁷⁰

⁶⁹ „Mit Individualisierung sind hier diejenigen gesellschaftlichen Tendenzen gemeint, die wie das Aufbrechen herkömmlicher Traditionen und Gemeinschaftsbedingungen zu einer Vergrößerung der individuellen Freiheitsspielräume und –chancen, zu gesteigerten Gestaltungsspielräumen und –notwendigkeiten, aber auch zu vermehrtem persönlichen Verantwortungsbedarf geführt haben. Gesellschaftliche Pluralisierung verweist dagegen auf Veränderungen in der gesellschaftlichen Struktur, die die traditionellen Ordnungsschemata sowohl ablösen als auch vervielfältigen. Ein Prozeß der Ausdifferenzierung findet statt, der eine Pluralität von sozialen Bereichen ebenso ermöglicht, wie eine neue und sozial anerkannte Mannigfaltigkeit an Lebensformen und –stilen“ (Frank 1996: 363).

⁷⁰ Zwar mag der verengte Blick auf nur diese beiden Theorietraditionen als kritikwürdige Simplifizierung gelten, er soll aber in dieser vorausschickenden Kürze des zweiten Kapitels ausreichen, um den Kern der unterschiedlichen Auffassungen von Gesellschaft ausformulieren zu können.

Konstatierte van Gunsteren noch 1978, dass das „concept of citizenship has gone out of fashion among political thinkers“ (S. 9), erfährt es bereits eine Dekade später erneut enorme Beachtung. Dafür verantwortlich waren auf der theoretischen Ebene ‚Trends‘ der politischen Philosophie, die der diskursiven Evolution des Konzepts geschuldet sind, da das Konzept ‚Staatsbürgerschaft‘ die Erfordernisse von ‚Gerechtigkeit‘ und ‚Mitgliedschaft‘ in einem Gemeinwesen integriert. (Kymlicka/Norman 1995: 283). Es ist diese duale Natur von individuellen (Rechts-)Ansprüchen einerseits und Mitgliedschaft in einer spezifischen Gemeinschaft andererseits, die die Kommunitarismus-Debatte der späten achtziger sowie die letzte Dekade des zwanzigsten Jahrhunderts ‚zuspitzte‘. Anhand der beiden Theorieperspektiven lassen sich des Weiteren die unterschiedlichen Wesensmerkmale von Staatsbürgerschaft für die ‚Moderne‘ erschließen und problematisieren. Im Mittelpunkt der weiteren Betrachtung stehen deshalb die Theorietraditionen des Liberalismus und Kommunitarismus als die beiden Theoriestränge, die die wissenschaftliche Diskussion um die Gestalt moderner Gesellschaften insbesondere in den letzten zwanzig Jahren in den Fokus stellte und je unterschiedliche Gesellschaftsmodelle vertritt. Dazu im Folgenden eine schematische Charakterisierung der jeweiligen Grundpositionen, bevor im nächsten Abschnitt eine für die Theorie der Staatsbürgerschaft verfeinerte Sicht auf die beiden Theorietraditionen geworfen wird.

3.1 Liberale Positionen

Liberale Positionen⁷¹, die meist in der Kantischen Tradition stehen, betrachten den Versuch die Merkmale gelingenden Lebens kulturübergreifend

⁷¹ Die nuancenreiche ‚interne‘ Vielfalt des Liberalismus muss unberücksichtigt bleiben, denn, so Berlin (1969), „[t]hey do not even agree on the nature of the liberty they think liberals ought to seek“ (122), und dies würde zweifelsohne den Rahmen einer angemessenen Darstellung überschreiten (oder wie Dworking (1985) sogar bezweifelt, „[i]s liberalism determinately describable at all (183)); „If we define liberalism as the belief that the freedom of the individual is the highest political value, and that institutions and practices are to be judged by their success in promoting it [...] this only invites further argument“ (Ryan 1995: 292/3).

festzulegen mit Skepsis. Dazu scheint ihnen die menschliche Natur zu veränderlich und ‚kulturbedingt‘ zu sein. Sie setzen ihr Vertrauen in die menschliche Vernunft- und Sprachfähigkeit und leiten daraus die Idee ab, dass es allgemein gültige Verfahren gebe, die verbindliche rechtliche und politische Regelungen zu rechtfertigen vermögen. Alle von einer bestimmten Regelung Betroffenen müssten die Chance haben, sich Gehör zu verschaffen; und ihre Einwände müssten berücksichtigt werden, sofern sie als vernünftig erschienen. Individuelle Freiheiten dürften nur dann beschnitten werden, wenn dies im verallgemeinerbaren Interesse aller liege. Zwang dürfe daher niemals durch eine partikuläre Konzeption des Guten gerechtfertigt werden; das Rechte habe stets Vorrang vor dem Guten. Die einzelnen Verfahren variieren nach Richtung der liberalen Positionen. Ihre Hauptströmungen umfassen diskurstheoretische Ansätze im Anschluss an Jürgen Habermas (1992, 1993, 1994, 1999, 2000), nach denen in einem möglichst ‘herrschaftsfreien Diskurs’ jeweils zu ermitteln ist, was als verallgemeinerbares Interesse gelten kann, und vertragstheoretische Ansätze, die, wie etwa John Rawls (1971, 1998, 1999), mit der Fiktion eines Urzustands (als didaktische Hilfestellung) operieren.

3.2 Kommunitarismus⁷²

Der Kommunitarismus, als dessen theoretische Vordenker Charles Taylor (1979; 1993), Michael Walzer (1983; 1993), Michael Sandel (1982; 1989) und Alasdair MacIntyre (1985) gelten, richtet sich kritisch gegen die

Unterscheidung in ‘klassischen’ und ‘modernen’ Liberalismus: (a) klassische Variante konzentriert sich auf folgende Aspekte, „limited government, the maintenance of the rule of law, the avoidance of arbitrary and discretionary power, the sanctity of private property and freely made contracts, and the responsibility of individuals for their own fates“, während die (b) moderne Variante sich an John Stuart Mill orientiert, der den Menschen als einen ‘progressives Geschöpf’, dem im Zuge seiner Individualität erlaubt sein sollte, sich in ‘manigfaltiger Weise’ zu entwickeln. (ebd.; Mill 1974: 120)

⁷² „Communitarians emphasize the innumerable ways in which individuals are indebted to the societies in which they are reared; liberals, they say, write as if human beings come into the world with no social ties, owing no allegiances, and one way and another entirely detached from the societies they in some fashion inhabit“ (Ryan 1995: 292).

liberal-individualistischen Positionen und lehnt deren verfahrensethischen Ansatz aus zwei Gründen ab: Zum einen erscheinen die liberalen Prinzipien nur 'vernünftig' und zustimmungsfähig vor dem Hintergrund der abendländischen Kultur und ihrer Traditionen; was den Liberalen als neutrale Grundlage für das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und als Ideal gelingenden Lebens erscheine, sei Ausdruck einer bestimmten Kultur und ihrer Konzeption des Guten. Zum anderen griffen gerade das Bemühen um kulturelle Neutralität sowie die Beschränkung auf formale und individuelle Rechte die Fundamente auch der liberalen Gesellschaften an, weil jedes intakte soziale Zusammenleben auf eine allgemein gültige Definition des Guten und auf gemeinsame Werte angewiesen sei. Kommunitaristen nehmen an, dass Gemeinschaften nicht ohne eine allgemein anerkannte Definition von substanziellen Werten (im Sinne ‚moralischer Landkarten‘) und kulturellen Gütern auszukommen vermögen, die allein eine verbindliche Festlegung des Rechten ermöglichen; daher habe das Gute Vorrang vor dem Rechten. Sie gehen jedoch mit den Liberalen davon aus, dass solche Werte und Güter nur innerhalb partikularer Kulturen und Gemeinschaften entstehen und als 'rational' erscheinen können. Entgegen den beiden universalistischen Positionen betont der Kommunitarismus daher die unaufhebbare Partikularität aller Vorstellungen des Guten und Rechten und verzichtet auf kulturübergreifende Ordnungsvorschläge.⁷³

3.2.1 Die Kommunitarismus-Debatte

Im Mittelpunkt der Debatten zwischen Kommunitaristen und Liberalen stehen folgerichtig ebenso zwei unterschiedliche normative Auffassungen des ‚Bürgers‘, seiner Rolle in der Gesellschaft und wodurch oder wie sich das Zusammenleben in eben dieser Gesellschaft gestalten ließe (Honneth 1993).

⁷³ Es sei vorweggeschickt, dass die Kommunitarismus-Debatte derart intensiv von der Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Kommunitaristen bestimmt wurde, dass es zu einer ausgeprägt ‚inner-kommunitaristischen‘ Diskussion gar nicht kam. Letztlich unterscheiden sich die kommunitaristischen Autoren weniger im Inhalt ihrer Überzeugungen als vielmehr hinsichtlich der Art und Reichweite ihrer Fragestellungen (vgl. Rosa 1999: 57).

Das Individuum - wie es die liberalen Denker der utilitaristischen bzw. kontraktualistischen Perspektive sehen - ist der souveräne Autor und Gestalter seines Lebens, das seinen privaten rationalen Vorteil bzw. dessen Konzeption vom Guten verfolgt. Das Politische in dieser Sichtweise spielt lediglich eine Art ‚Abwehrrolle‘: Es ist eine Art Hilfsmittel, dass das Individuum in Ausübung seiner zustehenden Rechte schützt, für die jedoch bestimmte minimale Pflichten zu erfüllen sind (wie z.B. Steuern zahlen, sich an Wahlen beteiligen, die Befolgung der Gesetze, Militärdienst usw.). Infolgedessen erscheint ‚Staatsbürgerschaft‘ auf den ersten kursorischen Blick aus der liberalen Perspektive heraus vielmehr ein Accessoire, als ein Wert an sich zu sein. Franck (2001) definiert die moderne Disposition des autonomen, selbstbestimmten Individuums wie folgt:

„Modern individual autonomy claims arise not primarily out of the deconstructive opposition to community but, rather, from the desire of individuals to utilize intellectual and technological innovation to supplement their continued affiliation with a genetically or territorially determined community by taking advantage of their option to make choices which, even when made in accordance with individual self-expression, usually are still powerfully affiliative. To the extent this new freedom of affiliation threatens the pre-eminence of the state, it does so only because it has become apparent that traditional territorial communities are incapable, alone, of resolving many of the more obdurate issues facing humanity. Addressing these successfully necessitates new associational frameworks within which to work out, on a larger scale, effective new policies and strategies” (86/7).

Oldfield (1998) legt eine Hauptbeschränkung dieser liberalen, das Individuum als ‚ungebundenen‘ Selbst verstehenden Perspektive frei, indem er hervorhebt, dass Individuen Mitglieder einer sozialen Einheit sind, die wiederum größer ist als sie selbst, und eine dieser größeren Einheiten ist die politische Gemeinschaft (i.e. das Staatsvolk als die Summe aller Staatsangehörigen). Kommunitaristen ‚pflegen‘ - im Gegensatz zu den

Liberalen - die Auffassung der griechischen polis, dass die Politik das eigentliche Zentrum menschlicher Existenz darstellt, denn Politik ist eine gemeinsame und deshalb geteilte Angelegenheit; es ist diese politische Gemeinschaft, die politische Zugehörigkeit fortschreibt und damit dem Bürger das Reservoir bietet, aus dem sich seine Identität speise. Wie bereits aufgezeigt wurde, gelten im Sinne des griechischen Ideals diejenigen als Bürger, die am Leben ihrer politischen Gemeinschaft aktiv und verantwortungsvoll teilnehmen und sich mit ihren Charakteristika identifizieren – so wird die Verfolgung des Gemeinwohls zugleich Kern und Antrieb bürgerlicher Tugend. Besondere Aufmerksamkeit widmet die kommunitaristische Perspektive der Identifizierung unterschiedlicher Arten sozialer Bindungen, Pflichten, Tugenden und Erziehung bzw. Bildung, die zur Entstehung und Erhaltung solcher Gemeinschaften benötigt werde. Oldfield (1990, 1998), Etzioni (1995, 1996, 1999, 2001), Walzer (1993, 1999) und andere Vertreter dieser Denkrichtung sind außerdem der Auffassung, dass gerade die oben beschriebene Autonomie des Bürgers einer ‚Eingrenzung‘ bedarf, wodurch letztlich die Vergewisserung gemeinschaftlicher Ziele durch die fortwährende gegenseitige (politische) ‚Beurteilung‘ gesichert würde. Staatsbürgerschaft solle, wie Kommunitaristen behaupten, eine Aktivität und nicht, wie es Liberale meinen, ein Status in Form von Mitgliedschaft sein. Will sagen, Vorrang solle nicht (oder nicht alleine) den Individualrechten zukommen, sondern der Verfolgung des Gemeinwohls.

Soweit eine erste Annäherung an beide Denkrichtungen. Sobald jedoch diese äußeren Schalen der Theoriearchitektur verlassen werden, um in tiefere Schichten bzw. Begründungsfiguren vorzustoßen, muss sich die Auseinandersetzung zwischen Kommunitaristen und Liberalen den Vorwurf gefallen lassen, dass sie innerhalb des Disputs zu einiger Verwirrung beitrugen und für ‚Konfusion‘ sorgte (Taylor 1993: 107 ff.), da „ontologische, normative, soziologische, politiktheoretische und hermeneutisch-moral-theoretische Argumente“ zusammen diskutiert wurden (Forst 1993: 182). Forst

(1993) unterscheidet deshalb vier diskursinterne Ebenen, entlang derer sich die Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Kommunitaristen sinnvollerweise entspinnen sollte. Dabei geht es, erstens, um den Aspekt personaler Identität und der Kritik des atomistischen Personenbegriffs der liberalen Theorie (Konstitution des Selbst); zweitens über die Priorität individueller Rechte versus der gemeinschaftlichen Konzeption des Guten, das heißt der Herausforderung (ethisch) neutraler Gerechtigkeitsprinzipien; drittens geht es um die „Voraussetzungen und Bedingungen“ politischer Integration und Legitimation; und viertens schließlich um die Möglichkeit und Begründung einer universalistischen und formal-prozeduralistischen Gerechtigkeitstheorie“ (182). Für die weitere Betrachtung sind insbesondere die Punkte eins bis drei interessant, da sie wesentliche Bestandteile einer Theorie der Staatsbürgerschaft umfassen.

Die in diesem Komplex angesprochenen und herausgearbeiteten Unterschiede der beiden Theorieansätze spiegeln in gewissem Maße die aktuellen Diskussionen um die Möglichkeiten und Formen der (politischen) Integration ethnischer Minoritäten wieder. Aufgegriffen wird die Thematik in der Herausbildung des Theorems der transnationalen Staatsbürgerschaft, in der individuelle Rechte auf der einen Seite mit Gedanken eines gemeinsamen Konsenses (in Europa) verbunden werden (Kleger 1997; Aron 1997).

3.2.2 Personale Identität

Kommunitaristen kritisieren, allen voran Sandel (1982), den atomistischen Personenbegriff des Liberalismus wie ihn insbesondere Rawls prägte.⁷⁴ Sandels Kritik an Rawls Theorie basiert auf einem Menschenbild, dessen moralische Person durch zwei grundlegende Fähigkeiten gekenn-

⁷⁴ Taylor (1985) und Walzer (1993) lehnen den atomistischen Personenbegriff als Diskussionsgegenstand ab; vielmehr seien ‚Grundidentitäten‘ gestiftet durch ‚wichtige Gruppen‘, in die der Mensch geboren wird, ausschlaggebend, da sie das Muster und die Struktur seiner sozialen Beziehungen gestalten (Walzer 1993: 171ff.; Putnam 1995; Barber 1999).

zeichnet sei: (a) eine Vorstellung des Guten (das Vorhandensein eines eigenen Lebensplans) und (b) einen Sinn für Gerechtigkeit zu haben. Um zu dieser Grundannahme gelangen zu können, so Sandels (1982) Kritik, liege Rawls Theorie (1) eine ‚philosophische Anthropologie‘ des rationalen Egoisten des Urzustandes zugrunde, die als (2) moralisch ungebundene Subjekte handeln und die mit dem (3) deontologischen Vorrang „individueller Rechte vor dem gemeinschaftlichen Guten [...] primär den Zweck [verfolgen], die Freiheit des ‚ungebundenen‘ Selbst zu sichern, seine Auffassungen des Guten beliebig auswählen zu können“ (Forst 1993: 184). Eine solche deontologische Moralkonzeption muss jedoch (4) scheitern, da die „Grenzen der Gerechtigkeit [...] in den partikularen, gemeinschaftlichen und unhintergehbaren Selbstverständnissen ‚konstitutiver Subjekte‘ [liegen]: so wie ein Selbst gemeinschaftlich konstituiert ist, so auch die Werte und Normen des Guten und Richtigen“ (ebd. 185). Nach Sandel kann es jedoch keine kontextlosen Subjekte geben, wie es auch keine kontextlose Moral geben kann. Damit schließt er sich Taylors hegelianischer These von der Notwendigkeit eines sittlich-situierten Selbst an, wonach individuelle und kollektive Identität einen wechselseitigen konstitutiven Zusammenhang bilden, der es ermöglicht, normative Aussagen über Gerechtigkeit zu treffen (Taylor 1979: 87, 153 ff.; 1993: 109ff.).⁷⁵ Sandels Kritik an Rawls muss aber dahingehend ins Leere laufen, als Rawls nicht von einem metaphysischen, sondern von einem politischen Personenbegriff ausgeht, der von der öffentlichen Identität einer

⁷⁵ „Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee [...]. An der *Sitte* hat er seine unmittelbare und an dem *Selbstbewußtsein* des Einzelnen, dem Wissen und Tätigkeit desselben seine vermittelte Existenz [...]. Wenn der Staat Taylor (1985) und Walzer (1993) lehnen den atomistischen Personenbegriff als Diskussionsgegenstand ab; vielmehr seien ‚Grundidentitäten‘ gestiftet durch ‚wichtige Gruppen‘, in die der Mensch geboren wird, ausschlaggebend, da sie das Muster und die Struktur seiner sozialen Beziehungen gestalten (Walzer 1993: 171ff.; Putnam 1995; Barber 1984).

⁷⁵ „Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee [...]. An der *Sitte* hat er seine unmittelbare und an dem *Selbstbewußtsein* des Einzelnen, dem Wissen und Tätigkeit desselben seine vermittelte Existenz [...]. Wenn der Staat mit der bürgerlichen Gesellschaft verwechselt und seine Bestimmung in die Sicherheit und den Schutz des Eigentums und der persönlichen Freiheit gesetzt wird, so ist *das Interesse der Einzelnen als solcher* der letzte Zweck, zu welchem sie vereinigt sind, und es folgt hieraus ebenso, dass es etwas beliebiges ist, Mitglied des Staates zu sein (Hegel 1970: 386/7).

Person als ‚Sache des Grundrechts‘ abgeleitet wird und somit nicht ethisch gelagert ist. In ethischen Kontexten hingegen geht es um die Frage des guten Lebens, das heißt die ethisch-gemeinschaftliche Konstitution des Selbst, in rechtlichen und moralischen Aspekten allerdings um die Frage des richtigen Handelns nach allgemein gültigen Normen (vgl. Niesen 1999, Lamore 1996, Ackerman 1994, Pogge 1997, 2000, Ackerman/Fishkin 2002).⁷⁶ Mit dieser Differenzierung trifft Rawls eine wichtige methodische Unterscheidung, denn (1) geht es um die Konstitution der Person in ihrer ethischen⁷⁷ Identität innerhalb von Gemeinschaften und normativen Bindungen, die die Selbstdefinition einer ‚Persönlichkeit‘ bestimmen, währenddessen es auf der ‚moralischen‘⁷⁸ Ebene (2) um die rechtlich-normativen Grundstrukturen einer Gesellschaft geht, die mehrere (ethische) Gemeinschaften umfasst. Daraus folgt der logische Schluss, dass ethische Werte sich letztlich dem Kriterium stellen müssen, ob sich eine Person mit ihnen identifizieren kann, während für das Kriterium der moralischen Geltung die allgemeine Zustimmungsfähigkeit gilt (Rawls 1987). Dementsprechend unterscheidet Rawls weiter zwischen ‚Staat‘ und ‚Gemeinschaft‘, wobei nur letztere in seinem Sinne eine

⁷⁶ „Werte [...], Lebensziele, Gemeinschaftsbindungen sind in diesem Zusammenhang der Identitätsbildung, und -veränderung zentral. Moralische Fragen im eigentlichen Sinne beziehen sich jedoch auf Normen, die zwischen Personen, und das heißt für alle gleich, gelten. Hier geht es um Prinzipien, die allgemein gerechtfertigt und damit ‚gerecht‘ sind. Rechtsnormen haben zwar ebenfalls allgemeine Geltung, allerdings nicht in einem moralisch-universalen, sondern auf eine politische Gemeinschaft begrenzten Sinn. Sie verpflichten darüber hinaus nicht zu moralischem, sondern zu rechtskonformem, ‚äußerem‘ Verhalten. Während ethische Werte sich letztlich den Kriterium stellen müssen, ob sich eine Person mit ihnen identifizieren kann, ist das Kriterium moralischer Geltung die allgemeine Zustimmungsfähigkeit“ (Forst 1993: 188; vgl. auch Habermas 1991: Kap. 5).

⁷⁷ Ethische Fragen benötigen Antworten, die es einem Selbst ermögliche, sein eigenes Leben in einer Weise zu leben, die es bejahen kann. Werte, Lebensziele, Gemeinschaftsbindungen sind in diesem Zusammenhang der Identitätsbildung, und –veränderung zentral (vgl. Rawls 1987).

⁷⁸ Moralische Fragen beziehen sich auf Normen, die zwischen Personen und damit für alle gleich gelten. Hier geht es um Prinzipien, die allgemein gerechtfertigt und damit ‚gerecht‘ sind. Rechtsnormen haben zwar ebenfalls allgemeine Geltung, allerdings nicht in einem moralisch-universalen, sondern auf eine politische Gemeinschaft begrenzten Sinne. Sie verpflichten darüber hinaus nicht zu moralischem, sondern zu rechtskonformem, ‚äußerem‘ Verhalten (vgl. Rawl 1987).

‚konstitutive Gemeinschaft‘ in einem wiederum starken, ethischen Sinne darstellt (Forst 1993: 188).

Dem politischen Liberalismus, wie ihn Rawls begründete, ist es ferner gelungen, wesentliche Einwände des Kommunitarismus zurückzuweisen. „Dazu gehört der Einwand, der die Scheuklappenwahl des Urzustands, eines bloßen didaktischen Hilfsmittels, mit einem Personen- und Gesellschaftsideal identifiziert hatte“ (Niesen 1999: 36; Sandel 1993: 24ff.; Rawls 1998: 95f., 148ff.). Auch Liberale bestreiten nicht, dass Individuen ihre Identität zunächst durch Sozialisation in einem bestimmten kulturellen Kontext entwickeln, doch verhindert dies nicht, dass sie sich im Laufe der Zeit von ihrer ursprünglichen Lebensart distanzieren und eine neue Identität annehmen können. Für Liberale ist es deshalb von entscheidender Bedeutung, dass der Staat im Hinblick auf mögliche Lebensweisen neutral bleibt und Individuen die nötigen Freiheiten für ein selbstbestimmtes Leben jenseits der Wertvorstellungen ihrer Herkunftsgemeinschaften ermöglicht. Der politische Liberalismus lässt ferner den Einwand des Kommunitarismus, „im Gegensatz zur individualistischen Ethik sei die wesentliche Identität einer Person in ihrer Bindung an starke, im Kontext gemeinschaftlicher Interaktion geprägter Werte zu suchen“ ins Leere laufen, da er nur Thesen über die öffentliche Identität eines Bürgers, nicht aber über die ethische Identität einer Person aufstellt (Niesen 1999: 36; Rawls 1998: 100, 155ff.). Über die öffentliche Identität der Bürger hinaus, existieren in modernen demokratischen Gesellschaften schon lange keine geschlossenen Gemeinschaften und Wertehorizonte mehr, von denen Kommunitarier ausgehen, denn moderne Gesellschaften sind durch Heterogenität und Pluralismus an Lebensstilen und Wertorientierungen gekennzeichnet, die keine einheitliche Kultur mehr hervorbringt. Geht es indessen um die Anpassung des positiven Rechts an den Wertehaushalt und das Selbstverständnis der Gemeinschaft, wie ihn Kommunitarier fordern (Walzer 1981; Sandel 1995: 41-45), bewahrt sich der Liberalismus eine neutrale Position. Die Kritik der Liberalen am Kommunitarismus wiederum richtet sich sowohl gegen dessen soziologische Diagnose wie auch gegen die philosophische Begründung politischer Gesetze und Ordnungen; auf der

soziologischen Ebene, so Rosa (1999), behaupte der Kommunitarismus „natürlich nicht, dass individuelle Identitäten in modernen Gesellschaften durch die kulturelle Gemeinschaft determiniert würde. [...] Doch die in diesen Dimensionen vorgezeichneten ‚Cleavages‘ sind nicht unbedingt der Ausdruck eines genuinen Pluralismus, sondern zeugen geradezu von einem geteilten kulturellen Selbstinterpretationsrahmen, der darin besteht, dass die Subjekte sich selbst bestimmen müssen [...]“ (60), denn die Menschen in liberalen Gesellschaften haben keinen Zugang mehr zu einer einzigen, gemeinsamen moralischen Kultur, innerhalb derer sie lernen könnten, wie sie leben sollten (MacIntyre 1985; Walzer 1993).

Im Medium des Diskurses kann eine Brücke zwischen Liberalismus und Kommunitarismus im Sinne eines ‚politischen Werteangleichs‘ ausgemacht werden, als „[e]ine unverzichtbare Bedingung für die deliberative Herstellung eines ‚kreativen Konsenses‘ (Barber) an starken politischen Wertungen im Hinblick auf demokratische Einigung [darin] besteht [...], dass sich trotz aller Diversität ein überlappender Teilbereich in den Wertehorizonten der Mitglieder eines Gemeinwesens hinsichtlich der jeweils anstehenden Fragen diskursiv erzeugen lässt, ohne abweichende Minderheiten einfach auszuschließen“ (Rosa 1999: 61; Cohen/Sabel 1997; Schmalz-Bruns 1998; Joerges 2000, 2001; Taylor 1988; Barber 2000).⁷⁹ Die Anforderungen an die Staatsbürger, die Geschicke der Gemeinschaft – und das umschließt die kulturelle Selbstinterpretation als demokratische Selbstbestimmung ein, da in pluralistischen Gesellschaften nicht mehr von einer vorpolitischen Identität ausgegangen werden kann – nicht dem Schicksal, sondern ihrer staatsbürgerlichen Tüchtigkeit (virtus), sprich ihrer aktiven Partizipation, anheim zu

⁷⁹ Ausgehend von der These, dass den Güterkonzeptionen, die sich in Sprache und Strukturen der Alltagswelt wiederfinden lassen, eine entscheidende Bedeutung für die Identitätsmöglichkeiten der Bürger zuwächst, dürfen bei ihrer Artikulation, Definition und möglichen Revision einzelne Bevölkerungsgruppen nicht außen vorgelassen werden, „wenn ihnen nicht die Chance auf eine gelingende Identität (als dem Hauptziel kommunitaristischer Politik) verwehrt werden soll“ (Rosa 1999: 61/2).

stellen, spiegelt in beiden theoretischen Positionen eine klassisch republikanische Grundidee wieder, die der Neutralitätsforderung des Liberalismus nicht entgegen wirkt.

3.2.3 Individuelle Rechte versus Gemeinwohlorientierung

Im Zentrum des Liberalismus, und damit der Ausformulierung von Gerechtigkeitsprinzipien, steht das Axiom größtmöglicher Neutralität. Diese soll sich in persönlicher Freiheit, gesellschaftlichem Pluralismus und politischem Konstitutionalismus niederschlagen können, da es eine Grundüberzeugung liberaler Theorien ist, dass aufgrund von Neutralität Prinzipien gleicher bürgerlicher Rechte und gleicher sozialer Chancen gegenüber individuellen Lebensweisen tolerant sein müssen. Wesentlich ist folglich das individuelle Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, das gegebenenfalls kommunitaristische Ziele übertrumpft. Geht der Liberalismus von der Prämisse eines rational agierenden bzw. wählenden Individuums aus, bezeichnet der Kommunitarismus diese Vorannahme als falsch, im besten Sinne als zu kurz gegriffen. Gemäß kommunitaristischer Theoriebildung bedarf es der kontextuellen Betrachtung dieser ‚Sinngemeinschaften‘ (sozialer, kultureller, geschichtlicher Prägungen), um menschliches Verhalten verstehen zu können. Auf der (a) methodologischen Ebene werfen Kommunitaristen dem Liberalismus vor, dass es ein ‚unbelastetes Selbst‘ (Sandel 1982) nicht geben kann, Individuen folglich immer Teil einer größeren ‚Geschichte bzw. Erzählung‘ (MacIntyre 1985) sind, wie dies bereits bei Oldfield (1998) angemerkt wurde.⁸⁰ Zudem führe die liberale Argumentation (b) auf der normativen Ebene zu moralisch unerwünschten Ergebnissen. Woran macht sich die Kritik an liberalen Theorieentwürfen und ihren moralischen

⁸⁰ „Das Selbstportrait des liberalen Individuums, dessen einziges Konstituents seine private Willkür ist und das, frei von allen Bindungen, keine gemeinschaftlichen Werte, keine festen Beziehungen, keine gemeinsamen Sitten und Gebräuche oder Traditionen kennt [...], dieses Selbstbild braucht nur evoziert zu werden, um auch schon seine Abwertung zu erfahren, denn es ist in sich bereits die konkret gewordene Abwesenheit von Wert. Doch wie kann das reale Leben eines solchen Menschen aussehen?“, stellt Walzer fest (1993: 160).

Geltungsansprüchen fest? Dworkin - im Gegensatz zu liberalen Theorieentwürfen neueren Datums - basiert seinen Liberalismusansatz auf der naturrechtlichen Gleichbehandlung und Gleichbeachtung; hieraus leitet er zwei Grundsätze der Gerechtigkeit ab, nämlich einerseits der formellen Gleichbehandlung aller Bürger durch den Staat und andererseits der gerechten Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen (vgl. Kap. 8; 1977: 184 ff.). Obgleich Ackermans' (1980) Theorieentwurf einer gerechten Gesellschaft nicht auf die Dworkinsche (1977) 'rights-based-theory' zurück geht, teilt sie doch gleichermaßen einen starken Gleichheitsbegriff. Nach Ackerman (1980) muss ein Gerechtigkeitsgrundsatz drei Prinzipien erfüllen: er muss (1) dem 'Prinzip der Rationalität' folgen, d.h. soziale und politische Machtverhältnisse sind nur gerechtfertigt, wenn sie 'dialogisch' mit guten Gründen erzeugt wurden; (2) dem 'Prinzip der Konsistenz', d.h. die angeführten Gründe für verschiedene Ansprüche dürfen sich nicht widersprechen; und schließlich (3) dem 'Prinzip der Neutralität'. Ähnlich Lamore (1993), allerdings ohne einen starken Begriff sozialer Gleichheit, für den liberale Prinzipien in den Normen gleichen Respekts und rationalen Dialogs begründet liegen (141 f.). Aufgrund der Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre kommt es zur Trennung zwischen allgemeingültigen Prinzipien und Werten, die sich einer neutralen Rechtfertigung entziehen: „Das Gute erlaubt keine öffentliche Übereinstimmung und verbleibt im ‚privaten‘ Bereich, während einige Prinzipien gleicher Rechte und gegenseitiger Toleranz allgemein und ethisch neutral gerechtfertigt werden können“ (Forst 1993: 190). Auch Rawls (1998) trennt im Politischen Liberalismus in private und öffentliche Sphäre, für die jeweils verschiedene Werte gelten, wobei (a) das Interesse der Theorie auf die politische Dimension des Lebens der Bürger beschränkt bleibt, denn es geht nicht darum zu klären, was in einem menschlichen Leben überhaupt bedeutsam ist (Rawls 1998: 78, 226f.). Des Weiteren sollen (b) die grundlegenden Ideale einer politischen Theorie der öffentlichen politischen Kultur einer demokratischen Gesellschaft entnommen werden. ‚Politisch‘ heißt für Rawls ferner (c), dass eine Beziehung zwischen den Bürgern eines Staates besteht. Diese Beziehung muss zwei Merkmale aufweisen, nämlich

dass es sich um eine politische Beziehung handelt, die nicht freiwillig geknüpft wird, denn im Normalfall treten wir mit der Geburt in die politische Gesellschaft ein und verlassen sie mit dem Tod, außerdem ist die politische Beziehung eine zwingende. Die besondere Eigenschaft der Beziehung im demokratischen Staat liegt darin, dass die politische Macht durch das Volk ausgeübt wird, denn sie ist „die kollektive Macht freier und gleicher Bürger“ (Rawls 1998: 222). Der letzte Punkt bringt die empirische Orientierung des politischen Liberalismus zum Ausdruck, nämlich dass es zu je unterschiedlichen Formen der Vergesellschaftung und Handlungsorientierung kommen kann, so „[...] bezeichnet schließlich [der] politische Status auch die empirische Ambition einer Theorie, der Wirklichkeit nicht nur kritisch gegenüberzustehen, sondern einen Unterschied in der Wirklichkeit zu machen“ (Niesen 1999: 21). So viel zum Grundverständnis des politischen Liberalismus – wie jedoch ist seine Gerechtigkeitskonzeption zu verstehen? Für Rawls haben die Grundrechte wie unbedingte Chancengleichheit Priorität gegenüber anderen politischen Forderungen. Ceteris paribus müssen den Bürgern ausreichende Ressourcen zur Ausübung ihrer Freiheiten und dem Ergreifen der Chancen zur Verfügung gestellt werden, damit die Unterprivilegierten nicht schon aufgrund ihrer beschränkten Ressourcen ohnmächtig von der Inanspruchnahme ihrer Rechte ausgeschlossen sind (Rawls 1998: 70). Rawls hätte als Verfechter sozialer Rechte und des Wohlfahrtsstaates als Schüler Marshalls (1959) gelten können, wie wir noch zu einem späteren Zeitpunkt dieses Kapitels sehen werden.

Auch Nagel (1987; 1991) differenziert epistemologisch nach Werten einer Person zur Lebensführung innerhalb der privaten Sphäre und allgemeingültigen Normen des öffentlichen Lebens; letztere bedürfen jedoch eines ‚unparteiischen‘ Geltungsanspruchs, der durch die Kriterien der Gegenseitigkeit und Allgemeinheit überprüft werden kann (221).⁸¹ Will sagen, Normen, die nicht allgemein gerechtfertigt und damit nicht vernünftigerweise

⁸¹ D.h. Gegenseitigkeit bedeutet, es sei unmoralisch jemanden zu etwas zu zwingen ein Ziel oder Gut zu teilen, von dem er/sie nicht überzeugt ist; Allgemeinheit heißt, es gibt einen Unterschied zwischen Überzeugung und objektiver Wahrheit.

allgemein akzeptiert werden können, würden zwar als persönlich-ethische Wahrheit ihre Geltung behaupten, nicht jedoch als moralische Wahrheit, die allgemein binden. Dementsprechend können ethische Werte nur dann rechtliche Normen werden, wenn sie mit allgemein akzeptierten Argumenten verteidigt werden können, i.e. der Konsens über Gerechtigkeit beruht auf einem Konsens über Argumente (vgl. Waldron 1987a: S. 149; Niesen 1999: 25). Das ‚Ergebnis‘ des Kernelements liberaler Neutralität, die sich auf Konsequenzen, Ziele und Rechtfertigungen⁸² bezieht, muss deshalb lauten: „Liberale Gesellschaften muten ihren Bürgern nicht zu, ihre ethischen Überzeugungen in allen Hinsichten in Frage zu stellen, doch sie fordern von ihnen, sie nicht anderen verbindlich vorzuschreiben, die diese Überzeugungen nicht teilen“ (Forst 1993: 191). Wie diese Grundhaltung als schleicher Prozess für die in Europa vorherrschende Staatsbürgerrecht-Benchmark mittels Handlungskoordination, Vergesellschaftung und Transnationalisierung als Integration Einzug hält, werden wir in Kapitel 6 näher betrachten.

Kommunitaristen entgegenen dem Liberalismus die Frage, wie eine politische Gemeinschaft möglich sei, die nur aus ‚Rechtspersonen‘ und nicht aus ‚Bürgern‘ besteht, das heißt in der es keine gesamtgesellschaftliche Auffassung des Guten gibt, um die sich eine Gemeinschaft integriert (vgl. Taylor 1979: 133 ff.)? Denn mit Neutralitätsdogmen sowie der Aufteilung in private Sphäre (ethische Komponente des Guten) und öffentliche Sphäre (politische Komponente des Rechts) würde der Liberalismus dem Charakter politischer Gemeinschaften nicht gerecht. Denn kommunitaristische Kritiker der liberalen Position bezweifeln die Möglichkeit einer klaren Trennung zwischen Gerechtigkeitsprinzipien und ethischen Konzeptionen des Guten. „Die Behauptung moralisch-unparteiischer Neutralität der Rechtfertigung ist

⁸² In welchem Sinne erhebt der Liberalismus einen Neutralitätsanspruch? Nach Forst (1993) gelten drei verschiedene Arten von Neutralitätsansprüchen: (1) Neutralität der Konsequenzen (gleiche Auswirkungen auf alle in der Umsetzung liberaler Prinzipien); (2) Neutralität der Ziele (?); (3) Neutralität der Rechtfertigung (muss auf allgemein akzeptierten moralischen Begriffen erfolgen) (192).

demnach nichts weiter als die Verschleierung einer bestimmten, individualistischen Theorie des Guten hinter einer angeblich ‚neutralen‘ Rhetorik“ (Forst 1993: 193). In einer Welt ohne die ‚wesentlichen Bestandteile der Moral‘⁸³ (ebd.) sei keine Moral mehr möglich, weshalb die Idee einer neutralen Rechtfertigung abgelehnt wird. MacIntyre (1985) geht bei dieser Annahme von einem ganz bestimmten Verhältnis zwischen Person, Gemeinschaft und Moral aus, die eine ‚unparteiische‘ mit einer ‚unpersönlichen‘ Moral gleichsetzt. Überhaupt sei die individualistische Sicht des guten Lebens, die liberale Theorien vertreten, problematisch und könne keine übergeordnete Gültigkeit beanspruchen (vgl. auch Sandel 1988).⁸⁴ So kollidiert der Neutralitätsanspruch der Liberalen mit dem Konzept kommunitaristischer Identitätsgenerierung – „Die Kritik lautet, dass der liberale Anspruch, Personen als Personen nach Gleichheitsgrundsätzen zu behandeln, den Identitäten nicht gerecht wird, die nicht der ‚Norm‘ der Rechtsperson entsprechen [...]“ (ebd: 195). Die Anerkennung der besonderen Erfordernisse bestimmter Identitäten muss mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung vereinbar bleiben, das heißt sich auf moralisch-allgemeine Argumente (gegen die Exklusion sozialer Gruppen) berufen können. Überhaupt sei es ein weitverbreitetes Missverständnis über die Stoßrichtung des Kommunitarismus, in ihm das Bemühen um die Rehabilitierung und Aufwertung des Gemeinwesens auf Kosten der Individuen und der individuellen Freiheiten zu sehen. Vielmehr stünden, so Rosa (1999) im Mittelpunkt „der politikphilosophischen Bemühungen [...] der Kommunitaristen insgesamt die Erkundung der kulturellen ‚Freiheitsbedingungen menschlicher Subjekte‘ (Honneth 1993: 261) bzw. der Voraussetzungen einer gelingenden personalen Identität“ (44). Die kommunitaristische Betonung der Zentralität von Gemeinschaft sei deshalb kein Selbstzweck, sondern stünde um dieser Ziele willen im Vordergrund.

⁸³ Historische Traditionen, ethische Praktiken, teleologische Sicht des Menschen

⁸⁴ Bereits Hegel, so Forst (1993), unterschied „zwischen partikular-ethischen, rechtlichen und politisch-sittlichen Anerkennungsverhältnissen und erkannte der Achtung der Person als abstrakter ‚Rechtsperson‘ ihr Recht zu“ (193).

3.2.4 Politische Integration

Nun stellt sich die Frage, wie bzw. worüber sich politische Gemeinschaften integrieren, um zu einem tatsächlichen Gemeinwesen zu kommen, so etwas wie ein Mindestmaß an Identifikation mit diesem Gemeinwesen aufbauen zu können. In normativer Hinsicht würden Kommunitaristen antworten ‚über das Gute‘ wohingegen Liberale zu dem Schluß kämen ‚über das Recht‘ integrieren sich politische Gemeinschaften. Für den Begriff des ‚Bürgers‘ bestehen ebenfalls zwei unterschiedliche theoretische Ansichten: einerseits begreifen kommunitaristische Vertreter den Bürgerbegriff ethisch, andererseits verstehen ihn Liberale rechtlich. Auf der Ebene des Prozesses stellt sich wiederum die Frage, wie politische Legitimation in einer Gemeinschaft möglich ist. Auch hier treffen konträren Meinungen aufeinander, da die Vertreter der kommunitaristischen Sichtweise über den Ausgleich gegensätzlicher Interessen, die Liberalen jedoch den Legitimationsprozess über die Verständigung unter den Bürgern als ausreichend erachten. Wie bei Marshall (vgl. Abschnitt 2.2) ausgeführt wurde und dies bereits Rawls (1998) andeutete, muss es ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit in einem Gemeinwesen geben, woraus sich die Frage nach der Herstellung von Solidarität unter den Bürgern innerhalb der politischen Gemeinschaft ableiten lässt.

Auch auf dieser Ebene kehrt die Kritik am Atomismus und Vorrang individueller Rechte wieder, doch der Kontext ist diesmal ein anderer. Es geht nicht um die Konstitution des Selbst (vgl. Abschnitt 2.2.1.) oder die Frage ethischer Neutralität (vgl. Abschnitt 2.2.2.), sondern um das Problem des ‚Ethos‘ politischer Gemeinschaft, d.h. wie viele Gemeinsamkeiten es unter Bürgern geben muss, damit ein Gemeinwesen funktionieren kann. Entsprechend fragen die Kommunitaristen nach dem notwendigen ethischen ‚input‘ eines Gemeinwesens, das einen gemeinwohlorientierten ‚output‘ braucht (Kymlicka 1995: 371f.; Forst 1993: 197). Sie heben hervor, dass es eben jene liberalen Gesellschaften sind, die unter dem Verlust an individueller und kollektiver Gemeinwohlorientierung leiden und dass dies eine Gefahr für

den Erhalt der Demokratie darstellen kann, da – folge man dem Liberalismus – aus dem ‚ungebundenen‘ Selbst ein ‚entmächtigter Bürger‘ würde (vgl. auch Tocqueville 1987; Taylor 1989c).

Vier idealtypisch Modelle strukturieren die Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Kommunitaristen auf der Ebene politische Integration und Legitimation, denen zudem jeweils unterschiedliche Auffassungen von ‚Citizenship‘ entsprechen. Die liberalen Modelle sind die des (a) ‚modus vivendi‘ (Rawls 1993; Lamore 1993; Ivison 2000) und des (b) ‚übergreifenden Konsenses‘, während die kommunitaristischen als (c) ‚integrationistisch‘ und (d) ‚partizipatorisch‘ (vgl. auch Benhabib 1999; Forst 1993: 197) betitelt werden können.

a) Modus Vivendi

Nach Lamoires’ (1993, 1987) liberalem Modell des ‚modus vivendi‘⁸⁵ soll die Legitimation politischer Institutionen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränkt bleiben, auf den sich die Bürger einer (pluralistischen) Gemeinschaft einigen können, was auf der bereits mehrfach angesprochenen dichotomen Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre des Bürgers beruht.⁸⁶ Ethische Fragen des Guten gehören demnach nicht auf die politische Agenda (vgl. auch Ackerman 1989). Zwar behandelt sein Modell des ‚modus

⁸⁵ „Analysing the participation needed for liberal citizenship as both horizontal and vertical, Mark Philp (2000) criticises both *modus vivendi* and Rawlsian accounts of citizenship on the grounds that they do not explain the motivation for vertical participation in particular” (McKinnon/Hampsher-Monk 2000: 5).

⁸⁶ Hinsichtlich der Befolgung der Gesetze differenziert Ivison (2000) zusätzlich in einen ‚simple or static‘ sowie einen ‚rational or dynamic‘ modus vivendi. Ersteres setzt voraus, dass „[t]he parties are motivated to comply with political norms only where it is in their interest to do so, where ‚interest‘ is narrowly defined in terms of the individual goods of the members or the norms and values of a particular group; letztere geht davon aus, dass „[t]he parties are motivated to comply with political norms where it is in their interest to do so, but (a) these interests include moral interests, and (b) over time the demands and practices of social co-operation may come to be seen as not only mutually advantageous but fair and reasonable” (124).

vivendi' nicht die Form demokratischer Diskurse, doch sind in seinem Begriff von ‚öffentlicher Diskussion‘ wichtige Implikationen für die Fragen von Legitimation und ‚citizenship‘ enthalten (ebd.; Juviler/Stroschein 1999: 444).

b) Übergreifender Konsens

Die Prinzipien, die einer liberalen Auffassung politischer Gemeinschaft zugrunde liegen, so der Rawlsche (1987) Vorschlag, sollen vor dem Hintergrund der Herstellung sozialer Stabilität und gesellschaftlicher Integration, ähnlich auch Lamoires' Vorschlag, so allgemein gehalten werden als möglich, um diesen ‚übergreifenden Konsens‘ auf einen innerlichen, moralischen Gerechtigkeitssinn der Bevölkerung aufbauen zu können. Einerseits bezieht sich diese Annahme auf das Bestehen einer größtmöglichen ‚Menge‘ geteilter Gemeinsamkeiten der Gemeinschaft, andererseits versucht sie dem Faktum des (zunehmenden) Pluralismus in einer Gesellschaft gerecht zu werden: „[D]ie Vielfalt vernünftiger umfassender religiöser, philosophischer und moralischer Lehren, die wir in modernen demokratischen Gesellschaften finden, [ist] kein vorübergehender Zustand, der bald verschwinden wird. Sie ist ein dauerhaftes Merkmal der öffentlichen Kultur einer Demokratie“ (Rawls 1998: 106). Die Herausforderung jedoch ist, die Gründe für einen ‚übergreifenden Konsens‘ auszubuchstabieren ohne den Anspruch auf seine moralische Basis aufzugeben, was bei Ackerman (1994) ‚Verschiedenheit‘ und sogar ‚Unverträglichkeit‘ der Gründe für einen übergreifenden Konsens heißt (Niesen 1999: 31). Was also verbindet im Sinne eines gemeinsamen Konsens, was ist die über bürgerliche Rechtfertigung hinaus bestehende ‚umfassende Lehre‘?⁸⁷ Die Basis der zugrunde liegenden Werte gleicher Rechte, Freiheiten und Chancen (als Teil

⁸⁷ „Die entscheidende Bekräftigung erfahre aber der übergreifende Konsens für eine Person nicht aus einer geglückten, für alle gemeinsam verbindlichen Rechtfertigung unter Bürgern, sondern aus seiner zusätzlichen Affirmation durch die jeweils zuständige umfassende Lehre [...]“ (Niesen 1999: 31).

der ‚umfassenden Lehre‘) sind die Verfassungsinhalte liberaler Staaten (Rawls 1989: 241).

Des Weiteren stellt der Staat für Rawls ein ‚soziales Gut‘ dar, das – getragen von politischen Tugenden sozialer Kooperation, gegenseitiger Toleranz sowie der Bereitschaft Argumente in politischen Diskursen öffentlich zu rechtfertigen (s.o.; vgl. 1992a: Kap. VI) – durch das gemeinsame Handeln der Bürger ermöglicht und gefördert wird (263, 271; 1998: 223). Verkannt werden sollte jedoch nicht, dass weder der Rawlsche Liberalismus das Ziel sozialer Gerechtigkeit anstrebt, „noch führt die politische Methode zwangsläufig dazu, die Etablierung materiell egalitärer Verhältnisse zu fordern“ (Niesen 1999: 30). Hinsichtlich des Rechtfertigungsgebots (giving reason requirement) muss verstärkt die sozialwissenschaftliche Erforschung konkreter Argumentationsmuster vorgenommen werden. Dieser Umstand scheint um so dringlicher, als „in modernen Gesellschaften nur noch im Ausnahmefall eine einzige homogene und kohärente Lehre die ‚umfassende‘ Identität von Personen stiftet, das Leben vieler Bürger von multiplen, ohnehin konfligierenden Zugehörigkeiten geprägt ist und die argumentpluralistischen Beziehungen zu einer politischen Gerechtigkeitskonzeption sich daher mehr und mehr in individuellen Biographien wiederfinden“ (ebd.: 32).

Innerhalb des politischen Liberalismus besteht dahingehend Klärungsbedarf, als sich die Autoren darin uneins sind, ob der territorial begrenzte Staat lediglich Basis der sozialevolutionären Entwicklung, sondern darüber hinaus auch ‚Endpunkt liberaler Hoffnung‘ sein sollte/könnte, denn folgt Rawls Kant in der Auffassung, über einen Völkerbund hinaus seien territorialstaatliche Fusionen im globalen Maßstab abzulehnen, vertritt Ackerman wiederum eine kosmopolitische Agenda, für die die Entwicklung der Europäischen Union beispielhaft sei (Rawls 1996: 66; Ackerman 1994: 384 ff; Niesen 1999).

c) Integrationistisch

Für die Kommunitaristen sind beide von den Liberalen angebotenen Modelle zu schwach, um soziale Stabilität, politische Legitimation und Staatsbürgerschaft zu erklären. Es sei unmöglich, normative soziale Integration über abstrakte Prinzipien zu ‚verstehen‘, sondern es müssten schon gemeinsame Auffassungen des Guten bestehen; des weiteren benötige politische Legitimation einen stärkeren Begriff von politischer Partizipation auf der Basis einer Identifikation der Bürger mit dem Gemeinwohl. Außerdem müsse Bürgerschaft als Mitgliedschaft in einer kulturell integrierten Gemeinschaft verstanden werden (Forst 1993: 199; Kymlicka 1995: 370f.)⁸⁸. Dennoch lassen sich die Strömungen innerhalb des Kommunitarismus in aristotelisch-substantialistische und republikanisch-partizipatorische Positionen trennen; erstere Position betont die Identifikation der Bürger mit einem sogenannten vorpolitischen Gemeinwesen, will sagen die Identifikation mit staatlichen Institutionen mittels kultureller und ethischer Werte, wohingegen letztere die Notwendigkeit der politischen Partizipation (als Mittel kollektiver Selbstbestimmung) tugendhafter Bürger in den Mittelpunkt rückt.

Als Hauptvertreter der substantialistischen Sichtweise gelten MacIntyre (1982, 1985), Sandel (1982, 1989) und Taylor (1979, 1993); für sie hat die politische Gemeinschaft als sittliches Ganzes (Hegel 1970) Familiencharakter, als Indikatoren der Identität mit dieser Gemeinschaft werden Patriotismus (als Gefühl und Selbstverständnis ethischer Zugehörigkeit) und Einstehen für die Gemeinschaft als höchste Tugenden angesehen/begriffen, die jedoch im modernen Nationalstaat entwertet und durch den ‚ortlosen Begriff der Moralität‘ ersetzt wurde (Forst 1993: 199). Im Gegensatz zu MacIntyre vertritt

⁸⁸„[communitarians] reduce the notion of legal capacity to that of membership (citizenship) [...] and] defend a antiuniversalist point of view, inasmuch as they affirm a strong dependence of rights from a local context. They are also relativist, in so far as the foundation of rights is no longer seen in an extracontextual domain [...], but is considered as rooted in grounds which are not open to translation and communication. [...] For a communitarian rights are a symbol of a local membership. Indeed for him/her everything, every concept and cultural phenomenon is an outcome of the provincial origin of subjects using them. According to the communitarian rights and citizenship are irremediably exclusive notions and discriminatory conditions” (La Torre 1997: 290).

Taylor die republikanische These, dass eine politische Gemeinschaft nur auf Dauer bestehen kann, wenn sich die Bürger in einem starken Sinne identifizieren (Taylor 1993: 111). Mit ‚im starken Sinn‘ meint Taylor die Identifikation des Individuums mit vorpolitischen Werten des Gemeinwesens, die weit über politische Prinzipien hinausgehen und ebenso auf das subjektive Selbstverständnis einer Person einwirken. Taylor unterscheidet ferner zwischen (a) einem ‚rights model‘ (Aktivität und Würde des Bürgers ergeben sich aus seiner Rechtsdurchsetzung) und (b) einem ‚participatory model‘ (die Förderung des Gemeinwesens auf der Grundlage seiner Partizipation voranzutreiben, wobei als Vorbedingung starker Identifikation gemeinsame kulturelle Werte vorhanden sein müssen).

d) Partizipatorisch

Im Mittelpunkt des republikanischen Modells politischer Legitimation steht die gemeinsame demokratische Selbstregulierung als Medium politischer Integration, die – im Gegensatz zum vorgenannten Modell – allerdings nicht auf einer vorpolitischen Einheit basiert. Der Sichtweise, dass politische Gemeinschaften nach dem Vorbild von Familien bzw. lokalen ‚communities‘ konzipiert werden können, tritt Walzer entgegen (1993: 171). Bürger zu sein, ist nach Walzer, ein politischer und nicht ein kultureller Begriff.⁸⁹ Daher muss folgende Einordnung vorgenommen werden: Der entsprechende Begriff des ‚Bürgers‘ ist zugleich schwächer als der kommunitaristische und stärker als der liberale (zumindest nach der Auffassung des ‚modus vivendi‘) (Forst 1993: 201). Bürger stehen, wie noch zu zeigen sein wird, in den unterschiedlichsten Anerkennungsverhältnissen (s.a. Kap. 5), weshalb Walzer (1970, 1990) den Begriff der ‚pluralist citizenship‘ prägte, der anerkennt, dass als Mitglieder

⁸⁹ Walzer führt das Beispiel seiner Heimat USA als pluralistische politische Gemeinschaft an (1990: 613); Beispiele wie Kanada (Taylors Heimat), die Schweiz oder Belgien wären wiederum schlechte Beispiele zur Illustration gewesen und hätten zumindest der These vom Bestehen starker Identifikationen auf der Basis gemeinsamer kultureller Werte in Frage gestellt, da diese Nationen im partizipatorischen Verständnis Taylorscher Provenienz eben gerade aus verschiedenen sprachlichen und historischen Gemeinschaften innerhalb einer politischen Gemeinschaft bestehen.

verschiedener sozialer Gemeinschaften verschiedene Verpflichtungen gegenüber diesen Gemeinschaften bestehen. Im Sinne des ‚civil society‘ Arguments definiert sich ‚Staatsbürgerschaft‘ nicht über die Mitgliedschaft in einer kulturell-sittlich integrierten Gemeinschaft, dennoch heißt ‚Staatsbürgerschaft‘ als Mitglied eines Gemeinwesens Autor dessen Gesetze zu sein und damit für die Gemeinschaft als Ganzes Verantwortung zu übernehmen und gesellschaftliche Solidarität⁹⁰ zu üben. Die ‚Aufgabe‘ der Staatsbürgerschaft besteht darin, diese demokratische Selbstregulierung auf der Grundlage politisch-argumentativer Diskurse zu verwirklichen (1970, 1990). Spätestens an diesem Punkt stößt man an ein grundsätzliches Problem der Theorie der Staatsbürgerschaft, nämlich „[w]ie kann ein Begriff von ‚citizenship‘ zugleich dünn und formal genug sein, um nicht zu starke Annahmen über kulturell-sittliche Gemeinsamkeiten zu machen, und andererseits ‚dicht‘ und substantiell genug, um Argumente für distributive Gerechtigkeit und Solidarität unter den Bürgern zu ermöglichen?“ (Forst 1993: 202).

3.3 Angleichung der theoretischen Positionen?

Die Auseinandersetzung um das Verhältnis von Selbst und Gemeinschaft zwischen Liberalen und Kommunitaristen hat inzwischen in Europa ihren Höhepunkt überschritten, d.h. es kommen kaum noch neue

⁹⁰ Solidarität ist ein auf Aktivität gerichtetes, Gruppen- bzw. Gemeinschaftsphänomen, das in seiner empirischen Variante Verbundenheit von Menschen untereinander und ihre Angewiesenheit aufeinander meint, während die normative Seite positives Tun und Einstehen füreinander meint. Solidarität erfährt seinen besonderen Gehalt „von der Art der Verbundenheit und Angewiesenheit, genauer von der Art der Gesellschaft- oder Gemeinschaftsbeziehung, innerhalb deren Solidarität notwendig ist und eingefordert wird“, entscheidend sind folglich Ziel und Zweck einer Gemeinschaft. Zur Erfüllung der normativen Solidarität bedarf es eines „gewissen Maßes an Gemeinsamkeit, näherhin an Übereinstimmung über die Art und Weise und über Grundsätze des gemeinsamen Zusammenlebens. Diese Übereinstimmung kristallisiert sich in Fragen wie ‚Wer sind wir?‘ und ‚Wie sollen und wollen wir mit einander leben?‘ Sie kann Raum lassen für vielfache Eigenheiten[...], aber sie muss zugleich eine gewisse Gemeinsamkeit aufweisen, eine rationale und in gewissem Umfang auch emotionale Gemeinsamkeit“ (Böckenförde 2003: 8).

Argumente, die die Kommunitarismus-Debatte beleben würden.⁹¹ Dies führe dazu, so Rosa (1999), dass der „weitgehend substanz- und konsequenzlose Konsens, der darin besteht, dass die liberalen Gesellschaften westlichen Zuschnitts einer gewissen ‚kommunitären Unterfütterung‘ im Sinne einer kulturellen Pflege von Gemeinschafts- und Gemeinwohlorientierungen sowie der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements bedürfen“ (62) übersieht, dass etliche fundamentale Probleme ungelöst bleiben. Aus der Gemengelage an Problemen heraus, lassen sich zwei thematische Schwerpunkte gruppieren, die (a) die Möglichkeit gelingenden individuellen Lebens (i.e. Identitätsbildung/-generierung) sowie (b) die soziomoralischen Voraussetzungen eines liberalen Freiheiten garantierenden, auf Gerechtigkeit zielenden politischen Gemeinwesens zum Gegenstand haben (vgl. Münkler 1992; Honneth 1993).

Auf der Ebene des Selbst sollten sich die Faktoren der Identifikation nicht „so weit verselbständigen, dass sie jeder Artikulation, Kontrolle und Kritik seitens der Bürger entzogen sind und diesen nur noch als ein Bündel von ‚Sachzwängen‘ entgentreten, das ihre starken Wertungen nicht mehr reflektiert und demgegenüber sie sich notgedrungen zunehmend entfremdet fühlen müssen“ (Rosa 1999: 63). Auf der Ebene des politischen Gemeinwesens besteht der Zweifel „[...] dass es mit einer kommunitären Ergänzung liberalkapitalistischer Institutionen nicht getan sei, weil die Sprache, die Argumentationsweisen ebenso wie die auf die Einforderung von (individuellen) Rechten und die Vertretung von partikularen Interessen fixierten Institutionen und Praktiken der entsprechenden Gesellschaften ihrer Natur nach

⁹¹ Zum ‚Turnus‘ kommunitaristischer Kritik am Liberalismus merkt Walzer (1993) deshalb an, „die kommunitaristische Kritik am Liberalismus [hat] dennoch einige Ähnlichkeiten mit der Bügelfalte: gleichermaßen vergänglich, erwacht sie mit der gleichen Gewissheit zu neuem Leben“ und scheint daher am ‚Tropf‘, der theorieimmanenten Weiterentwicklungen des Liberalismus zu hängen, der als ‚selbstzerstörerische Lehre‘ der periodischen Korrektur durch den Kommunitarismus bedarf (157, 170). Die beiden Positionen nähern sich der Mitte an, wenn sie beiderseits zugestehen, dass „einerseits das Selbst intersubjektiv konstituiert ist, sowie dass dabei konstitutive Gemeinschaften wichtig sind, und dass andererseits die Revisions- und Kritikfähigkeit des Subjekts an einzelnen Zielen entscheidend ist“ (Frank 1996: 366).

‚atomistisch‘ seien und soziale Beziehungen einen instrumentellen Charakter verliehen“ (ebd.). Dies untergrabe die Gemeinwohlorientierung.

Ein aussichtsreicher Lösungsweg für beide Problemkreise, der sich zudem als kommunitaristische Forderung versteht, scheint die Stärkung politischer Deliberation⁹² im Sinne politischer Selbstbestimmung zu sein, die sich wiederum, so die Kommunitaristen⁹³, gegenüber den Strukturen des Marktes und des Rechts durchsetzen müssen⁹⁴. Verstärkte Deliberation – hier unter den Bürgern – könnte die Voraussetzung dafür schaffen, „[...] dass die Staatsbürger die Strukturen ihrer Lebenswelt wieder als die ihren erkennen könnten und dadurch das notwendige Maß an staatsbürgerlicher Identifikation mit dem Gemeinwesen als gemeinsames Projekt entwickelten“ um auf diesem Wege die „Möglichkeit der Transformation von Präferenzen und Wertungen im Verlauf partizipatorischer politischer Auseinandersetzung“ zu schaffen (ebd.). Für Rawls (1971) ist die sub-staatliche Ebene die angemessene für Deliberation, denn auf dieser Ebene bilden sich die ‚communities of interest‘⁹⁵ heraus, obgleich Kymlicka (1995) kritisiert, dass „liberalism recognizes social requirements if individual autonomy, but interprets them in a way that relies on social rather than political processes“ (373). Liberale und Kommunitaristen unterscheiden sich nicht in der Forderung nach ‚gemeinschaftlicher Praxis‘

⁹² Stellvertretend: Rawls 1999; Cohen/Sabel 1997; Habermas 1992; Føllesdal 2000; Shapiro 2002; Ackerman 2002; Eriksen/Fossum 1999, 2000; Sunstein 2001, 2002; Dyrek 2000; im weiter gefassten Sinne auch Nagel 1991; Berlin 1969; Larmore 1993

⁹³ Vgl. Etzioni 1995, 1996, 2001; Miller 1992; Taylor 1993; Walzer 1993; Forst 1994; Kymlicka/Norman 1995

⁹⁴ Oder wie Crowley (1987) es ausdrückt: „Communitarianism’s politics of the common good adopts the view that men living in a community of shared experiences and language is the only context in which the individual and society can discover and test their values through the essentially political activities of discussion, criticism, example, and emulation“ (282).

⁹⁵ Gemeint ist die ‘free social union with others’ (Rawls 1971: 543)

und den dafür erforderlichen Foren, vielmehr unterscheiden sie sich im Maße ‚staatlicher Einmischung‘⁹⁶ (ebd. 374).

⁹⁶ bezogen auf “evaluating and protecting those practices” (Kymlicka 1995: 374), womit man wieder bei der Frage politischer Legitimität angelangt wäre.

4. Ressourcen und Mechanismen: Bürgerverständnis und seine Reichweiten

„Public reason is characteristic of a democratic people: it is the reason of its citizens, of those sharing the status of equal citizenship. The subject of their reason is the good of the public: what the political conception of justice requires of society's basic structure of institutions, and of the purposes and ends they are to serve [...] Public reason is the reason of equal citizens who, as a collective body, exercise final political and coercive power over one another in enacting laws and in amending their constitution”

(Rawls 1998: 212-214)

4.1 Staatsbürgerschaft und Nation

Liberalismus und Kommunitarismus bieten eine je eigene Konzeption von Freiheit, Gleichheit und Gemeinschaft als den drei grundlegenden Idealen der Demokratie. Damit untrennbar verbundenen ist das Konzept der Staatsbürgerschaft, das das Bindeglied dieser Komponenten darstellt und deshalb ‚mitdefiniert‘, was und wer die Gemeinschaft ausmacht.⁹⁷ Zum Ausgang des

⁹⁷ Claus Offe (1991): “At the most fundamental level a ‘decision’ must be made as to who ‘we’ are, i.e., a decision on identity, citizenship, and the territorial as well as social and cultural boundaries of the nation-state. At the second level, rules, procedures, and rights must be established which together make up the constitution or the institutional framework of the ‘regime’. It is only at the highest level that those processes and decisions go on which are sometimes mistaken for the essence of politics, namely, decisions on who gets what, when and how – in terms of both political power and economic resources” (869).

Grundzüge der Kommunitarismus-Debatte kehren wieder: „If community is discussed at all, it is often seen as derivative of liberty and equality – i.e. a society lives up to the ideal of community if its members are treated as free and equal persons. Liberal visions of politics do not include any independent principle of community, such as shared nationality, language,

20. Jahrhunderts intensivierte sich die Diskussion um die Zukunft des Nationalstaates und damit auch um die Institution der Staatsbürgerschaft. Ursächlich für diesen Bedeutungsgewinn sind im Wesentlichen das Zusammen-wachsen der europäischen Staatengemeinschaft sowie der Anstieg der Zuwanderung von Menschen aus wirtschaftlichen und politischen Krisengebieten. Darüber hinaus haben aber auch strukturelle Veränderungen innerhalb der westlichen Staaten, vor allem infolge zunehmender wirtschaftlicher Zwänge des Staates⁹⁸ sowie fortschreitender wirtschaftlicher und politischer Globalisierungstendenzen ebenso zur Diskussion beigetragen, wie Tendenzen der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft (Habermas 1992: 632; Saretzki 1998: 3; Turner 1994: 229). Es stellt sich die Frage, wie sich vor diesem Hintergrund Gemeinschaft⁹⁹ konstituiert, wer die Bürger sind und in welchem Verhältnis dazu bürgerschaftliche Qualifikationen stehen.¹⁰⁰

culture, religion, history or way of life" (Kymlicka 1995: 366; auch Kielmansegg 1994, Grimm 1994, 1996).

⁹⁸ Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die angespannten öffentlichen Haushaltsverhältnisse in den meisten europäischen Staaten

⁹⁹ „The criteria for membership in the community, Michael Walzer notes, are determined by those who are already its members, and thus are set “in accordance with our own understanding of what membership means in our community and what sort of community we want to have.” [...] Citizens are full members of the political community to the extent that they accept the political order, share a common identity with other citizens, and have – and exercise – full equality of rights and obligations” (Juviler/Stroschein 1999: 446) [community = an aggregation of interacting individuals defined by a set of shared values – in Juviler/Stroschein 1999: Fn 18).

¹⁰⁰ Zur Frage wer Staatsbürger sei und wer nicht Janoski (1998): “who among the subjects of a nation be accorded rights and obligations from elites to the masses and from the ‘normal’ to the stigmatized? At the international level, this involves how nations conceptualize their own national identities, and how they frame the actualities of possibilities of integrating strangers from other countries and continents [...] passive and active membership of individuals in a nation-state with certain universalistic rights and obligations at a specific level of equality [...] Citizenship begins with membership in a nation-state. Internally, this means establishing ‘personhood’ within a defined geographical territory [...] Personhood usually begins with a restricted group of elite citizens (e.g., the wealthy citizens of Athens) and then may develop to encompass a larger portion of nation-state residents (e.g., the 80 or 90 percent of residents in advanced industrialized countries)” (5, 9); „Hat der Diskurs um die Individualisierung in erster Linie die Auflösung von Klassenzugehörigkeiten angezeigt, letztlich also von innen her für die Sprengung des nationalstaatlich organisierten Mitgliedschafts- und Distributionsmodells

Maßgeblich zur Bestimmung der Staatsbürgerschaft ist das Recht, das den Rahmen setzt, gleichzeitig jedoch Quelle außerordentlicher Konfusion ist, weshalb zunächst drei Eingrenzungen vorgenommen werden sollten. Erstens, internationales Recht erkennt an, dass jeder Staat die Hoheit darüber besitzt festzulegen, wer Staatsbürger sein darf und wer nicht. Zweitens, in juristischen Definitionen verschmelzen Staatsbürgerschaft und Staatsangehörigkeit miteinander. Drittens, es existieren zwei unterschiedliche Methoden, um Staatsangehörigkeit zu definieren, namentlich *ius sanguinis* und *ius soli*. *Ius sanguinis* definiert Staatsangehörigkeit als erblich, d.h. man erhält bei Geburt die Staatsangehörigkeit seiner Eltern bzw. seines Vaters, während *ius soli* in der Erteilung der Staatsangehörigkeit vom territorialen Bodenprinzip ausgeht und man Staatsangehöriger des Landes wird, in dem man geboren wurde (Bös 2000: 110 f; Brubaker 2000: 86 ff.; Habermas 1992: 638 f)¹⁰¹.

Wie kam es zu der 'Verschmelzung' von 'Staatsbürgerschaft' und 'Staatsangehörigkeit' (Nationalität) als Siamesische Zwillinge, während der englische Begriff der 'Citizenship' vor allem auf die damit verbundenen bürgerlichen Rechte abstellt?¹⁰²

gesorgt, so transportiert die Diskussion um die Globalisierung u.a. die Einsicht, dass das Denken in Kategorien des Nationalstaats durch grenzüberschreitende Menschen-, Waren- und Kommunikationsströme – also von außen – zunehmend an Plausibilität verliert“ (Nassehi/Schroer 2000: 32).

¹⁰¹ „Two principles that have historically formed the basis for the determination of citizenship belong in research on political community building and breakdown. The principle of *jus sanguinis* raises the most barriers to ethnic outsiders: it ascribes citizenship by right only to the descendants of citizens. Thus it tends to prioritize ethnic criteria or bloodline. The principle of *jus soli* is more inclusive of outsiders: it ascribes citizenship by right to individuals born within a given territory, even of foreign parents“ (Juviler/Stroschein 1999: 446). Zu den unterschiedlichen Ansätzen des territorialen „*ius soli*“ und des abstammungsbezogenen „*ius sanguinis*“ im Überblick auch: Safran 1997 und Brubaker 1992.

¹⁰² Anmerkungen zur Übersetzung des Begriffs „Citizenship“: Im englischen und amerikanischen Sprachgebrauch verweist „Citizenship“ stärker als im deutschen politischen Sprachgebrauch auf Bürgerrechte und die damit verknüpfte aktive Rolle der Bürger bei der Diskussion und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, als auf „Staatsbürgerschaft“ i. S. eines vorrangig rechtlich definierten und eher passiv orientierten Konzepts der Mitgliedschaft in einem Staat. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass auch im deutschen Sprachgebrauch

Dazu Heater (1999), „In the mid-eighteenth century four ideas central to our purpose coexisted in European political thought: cosmopolitanism, citizenship, patriotism and nation. The first three derived from the classical revival of the mini-renaissance of the Enlightenment – cosmopolitanism from the Stoic tradition; citizenship from the civic republican. Cosmopolitanism was held as an unspecific feeling of the essential unity and harmony of humankind. Citizenship was an assertion of freedom from arbitrary power, and usually intimately bound up with patriotism, the sense of loyalty and duty to defend one's state. A nation was a group of people speaking the same language and not necessarily synonymous with the population of a state" (95/6).

Aus den Vielvölkergebilden, wie beispielsweise dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation oder dem Russischen und dem Osmanischen Reich, haben sich in Europa aus den verschiedenen Königreichen zentral verwaltete Territorialstaaten gebildet, die sich nach Demokratisierungsprozessen, entsprechend dem Vorbild der Französischen Revolution, zu Nationalstaaten weiterentwickelten. In diesen Nationalstaaten bildeten sich rechtsstaatlich orientierte Verwaltungen heraus, die erstmals die Voraussetzung für die Entstehung staatsfreier Räume für die Bevölkerung schufen. Dadurch wurde die Basis für eine sprachlich und kulturell einheitliche Entwicklung in den einzelnen Nationalstaaten hergestellt, die den Ausgangspunkt für die Demokratieprozesse im 18. Jahrhundert darstellte (Habermas 1992: 634).

Nachdem im Mittelalter unter dem Begriff „Nation“ im wesentlichen eine Abstammungsgemeinschaft verstanden wurde, die sich vor allem durch geographische Nachbarschaft sowie durch kulturelle Gemeinsamkeiten, in Form von Sprache, Sitten und Überlieferungen, auszeichnete, wurden diese

„Staatsbürgerschaft“ mehr bedeuten kann als die bloße Staatsangehörigkeit und somit auch auf den rechtlichen, politischen und sozialen Status der Staatsbürger verweisen kann (Marshall/Bottomore, 1992: 43).

Gemeinsamkeiten in den in der Neuzeit entstandenen Nationalstaaten nun auf politischer Ebene noch um eine staatliche Organisation erweitert (ebd.: 635)¹⁰³. Vor allem durch die französische Revolution wurde eine Volkssouveränität¹⁰⁴ geschaffen, die zu einem eigenen Nationalbewußtsein führte. Dieses politische Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit konnte erst entwickelt werden, nach dem der einzelne Bürger nicht mehr in ein ständisches Kollektivsystem eingebunden war und somit ein individuelles Eigenleben entwickeln konnte. Durch das im Rahmen der Demokratisierung erworbene Recht auf politische Selbstbestimmung traten die in der Abstammungsgemeinschaft zusammengefaßten sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten mehr und mehr in den Hintergrund. Der französische Wissenschaftler Ernest Renan (1823-1892) ging sogar noch weiter: er vertrat die Auffassung, dass die ethnische vorpolitische Abstammungsgemeinschaft durch eine demokratische Willensgemeinschaft ersetzt wurde. Demnach entwickelte sich eine Nation von Staatsbürgern, die ihre Identität¹⁰⁵ im Wesentlichen an der gemeinsamen aktiven Ausübung demokratischer Teilnahme- und Kommunikationsrechte ableitete. Die angestammte Nationalität wandelt sich somit in einen durch den Einzelnen erworbenen Nationalismus, der zwar ein hohes Maß an persönlichem Einsatz erfordert aber dadurch auch zu einer besseren Identifikation des Individuums mit seiner eigenen Rolle führt. In diesem Zusammenhang entwickelte sich zeitweise eine verhältnismäßig enge Beziehung zwischen „Ethnos“ und „Demos“, in dem die nationale Eigenständigkeit mit einem gemeinschaftlichen Selbst-

¹⁰³ „The key cultural nationalist claim is that the nation – particularly its shared cultural core – is necessary for effecting integration in liberal democratic societies and that the nation, culturally understood, is therefore necessary for well-functioning liberal democracy (Abizadeh 2002: 495).

¹⁰⁴ Und zwar als Gegensatz zur Herrschaft der Fürsten verstanden.

¹⁰⁵ “The term identity is most commonly used to refer to the permanence over time of a subject of action unaffected by environmental changes falling below a certain threshold; it implies the notion of unity, which establishes the limits of a subject and distinguishes it from all others; it implies a relation between two actors that allow s their (mutual) recognition. The notion of identity always refers to these three features: the continuity of a subject over and beyond variations in time and its adaptations to the environment; the delimitation of this subject with respect to others; the ability to recognize and to be recognized” (Melucci 1995: 45).

behauptungswillen der Individuen gegenüber anderen Nationen einhergeht. Mit dieser nationalen Freiheit war jedoch in der Regel keine innerstaatliche politische Freiheit verbunden (Habermas 1992: 636; Lepsius 1990).

Durch die Französische Revolution wurden die Inhalte der Staatsbürgerschaft, Patriotismus und Souveränität miteinander verschmolzen oder wie es Smith (1971) bezeichnet, die Nation ist eine Gruppe „featuring common citizenship rights“ (175).¹⁰⁶ Es waren die Umbrüche des 18. Jahrhunderts von monarchischen bzw. imperialistischen zu demokratischen Systemen, die Veränderungen mit sich brachte, die direkte Rückwirkungen auf Staatsbürgerschaft und Nationalismus hatten. Der Freiheitsbegriff wurde vor dem Hintergrund nationaler Selbstbestimmung (Souveränität) reformuliert, da insbesondere durch den Nationalismus das Recht der Nation betonte wurde, sein eigenes Schicksal zu bestimmen. Mit den Umbrüchen veränderte sich auch die Freiheit der Bürger insofern, als sie nun am Gelingen des Staates beteiligen konnten. Die Umbrüche sorgten außerdem für Kohäsion und kollektive Identität der Bevölkerung, befördert durch vier Aspekte: (1) cohesion

¹⁰⁶ „The revolutionaries' idea of citizenship rested upon two traditions, not one. The legal language of the Declaration of Rights derived from Lockean contract theory: it concerns the standing and entitlements of the citizen as an individual. The hortatory language to love and defend *la patrie* or *la nation* derived from the civic republican tradition: it views the citizen as a member, a part of the community. It is this latter strand that bound citizen and nation so tightly together. Moreover, by calling on both traditions, modern citizenship became a coherent package containing rights, duties and a sense of tradition, community and identity” (Heater 1999: 98/9).

Während der Obrigkeitsstaat besonders die aus der Staatsbürgerschaft hervorgehenden Pflichten betonte und von einem Untertanen sprach, hebt der liberal-demokratische Staat im wesentlichen die Rechte hervor, die mit der Staatsbürgerschaft verbunden sind und spricht vom „Staatsbürger“ (Bös 2000: 95 ff.; Habermas 1992: 638 ff.). Das Wesen der Staatsbürgerschaft besteht in der Wechselbezogenheit von Rechten und Pflichten. Rechte meinen die staatliche Wahrung der Grundrechte, den staatlichen Schutz des Individuums und dessen Teilnahme an der staatlichen Willensbildung. Bei den Pflichten der Staatsbürger handelt es sich um die Treue gegenüber der Verfassung, dem Gehorsam gegenüber den Gesetzen sowie die Erbringung gesetzlich bestimmter Leistungen an den Staat (Steuer- und Wehrpflicht).

against divisive privilege, (2) cohesion for equalization, (3) cohesion by unification and (4) cohesion by cultural homogeneity.¹⁰⁷

Aus der Selbstbestimmung des Volkes entwickelte sich das Konzept der Staatsbürgerschaft. Kant und Rousseau sahen in der entstandenen Volkssouveränität eine Übertragung der Herrschaft in eine Art Selbstgesetzgebung und somit die Installation einer Herrschaft, die sich durch den Vollzug einer demokratischen Gesetzgebung selbst legitimiert.¹⁰⁸ In diesem Zusammenhang wurden allgemeingültige und verlässliche Regelungen aufgestellt, die ein Zusammenleben aller Staatsbürger ermöglichen sollte. Die Verfahren der demokratischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung wurden in Form einer rechtstaatlichen Verfassung verankert. Danach soll jeder Einzelne denselben Schutz und die gleiche Achtung bezüglich seiner Integrität als Individuum, als Mitglied einer ethnischen oder kulturellen Gemeinschaft sowie als Mitwirkender eines politischen Gemeinwesens erlangen können (Habermas 1992: 637 f.). In der Vergangenheit wurde unter Staatsbürgerschaft vor allem die Begriffe Staatsangehörigkeit und Nationalität subsumiert. In diesem Zusammenhang wird die Staatsbürgerschaft als eine staatliche Organisationsmitgliedschaft verstanden, die die Zuordnung von Individuen zu einem Staatsvolk reglementiert. Mit der Herausbildung von demokratischen Rechtsstaaten wandelte sich das Verständnis von Citizenship. Durch den Zusammenschluß von freien und gleichen Bürgern in einem demokratischen Rechtsstaat wurde der Begriff der Staatsbürgerschaft um das Prinzip der Freiwilligkeit erweitert, so dass die Zuordnung von Personen aufgrund ihres Wohnsitzes und ihres Geburtsortes allein nicht mehr ausreichend erschien. Das Citizenship-Konzept wurde damit um einen Status erweitert, der durch staatsbürgerliche Rechte und Pflichten charakterisiert wird.¹⁰⁹ In diesem

¹⁰⁷ „Collective identity is the process of ‚constructing‘ an action system. Collective identity is an interactive and shared definition produced by several individuals (or groups at a more complex level) and concerned with the orientation of action and the field of opportunities and constraints in which the action takes place“ (Melucci 1995: 44).

¹⁰⁸ Nach der Auffassung von Kant und Rousseau wurde der traditionell begründete „Herrschaftsvertrag“ durch das abstrakte Modell eines „Gesellschaftsvertrages“ ersetzt.

¹⁰⁹ hierzu ausführlich Grawert 1984.

Zusammenhang wird auch von einer aktiven Staatsbürgerschaft gesprochen (Habermas 1992: 638 f.).

4.2 Objektive und subjektive Staatsbürgerschaft - zwischen kontraktualistischer und primordialer Variante

Im Wesentlichen existieren zwei unterschiedliche, aber in Verbindung stehende theoretische Annahmen, die je andersgeartete praktische Konsequenzen zur Folge haben: (1) Staatsbürgerschaft ist als objektiver Status gleichbedeutend mit Nationalität, die gleichzeitig zum Ausdruck bringt, wer ein vollwertiges, mit allen Rechten ausgestattetes Mitglied der politischen Gemeinschaft ist; (2) Staatsbürgerschaft ist ein subjektiver Modus der Mitgliedschaft in einer bestimmten politischen Gemeinschaft, in der Bürger einerseits einen hohen Freiheitsgrad in seiner privaten Sphäre empfinden bzw. ausleben und der öffentlichen Verwaltung wie der Regierungstätigkeit indifferent gegenüber stehen kann, andererseits aber auch als ‚Aktivbürger‘ mit großem Engagement an politischen Entscheidungen (auf vielerlei Arten und Weisen) teilnimmt, ein großes Maß an Loyalität und Solidarität gegenüber der Gemeinschaft empfindet. Die ‚objektivierte‘ Variante soll klären, wer aufgrund welcher Kriterien Mitglied in der Gemeinschaft werden kann, während die subjektivierte Perspektive von Staatsbürgerschaft den Grad der Bereitschaft bzw. des Engagements anzeigt, welche Rechte und Pflichten mit dem Bürger-Status assoziiert sind (La Torre 1997: 276).

Zur objektivierten Variante ergeben sich folgende Konfliktlinien: einerseits, eine konstitutionelle Sichtweise von Mitgliedschaft in der Gemeinschaft, nach der eine solche Mitgliedschaft freiwillig ist und nur der Anerkennung bestimmter minimaler Grundregeln des Zusammenlebens bedarf wie Verfassungspatriotismus. Dem gegenüber steht andererseits eine organische Sichtweise von Staatsbürgerschaft, aufgrund derer Mitgliedschaft in einer (politischen) Gemeinschaft, die eine ‚Schicksalsgemeinschaft‘ sei, nur

möglich ist, wenn Kriterien existieren, die über subjektive Einstellungen und Werte hinausreichen, wie sie durch die Nation, ethnische Gruppen oder Kulturen verkörpert werden. Im erweiterten Sinn gehören aber auch Gruppen zu dieser Kategorie der objektiven Identitätszuschreibung, die sich über soziale Konstrukte definieren: Religiöse Orientierungen, Gender oder sexuelle Präferenzen (Isin/Wood 1999). Zwar sind diese Gruppierungen eng mit subjektiven Einstellungen verbunden, wodurch die Motivation der öffentlichen Artikulation begründet ist (ebd.: 43); jedoch entsprechen sie objektiv-kulturellen Errungenschaften, diese zu artikulieren und sind damit Ausdruck einer Kultur, die über das klassische Verständnis des Begriffes hinausgeht. Auf die Bedeutung dieser Gruppenidentitäten wird im nachfolgenden Kapitel näher eingegangen.

Innerhalb der subjektivierten Sichtweise hingegen, die sich an den Rechten und Pflichten eines Bürgers festmachen lässt, verlaufen die Konfliktlinien entlang der (i) ‚negativen Freiheiten‘ als den ‚Freiheiten von‘ oder ‚liberalen Freiheiten‘ und (ii) den ‚positiven Freiheiten‘ als ‚Freiheit zu‘ oder ‚demokratischen Freiheiten‘. Zu dieser Unterscheidung merkt Habermas (1994) an, “According to the liberal view the citizens’ status is primarily determined according to negative rights they have vis-à-vis the State and other citizens [...] According to the republican view, the status of citizens is not determined by the model of negative liberties to which these citizens can lay claim as private persons. Rather, political rights – pre-eminently rights of political participation and communication – are positive liberties” (8).

Diese beiden Konzepte von Staatsbürgerschaft und die Freiheitsbegriffe, die sie voraussetzen, korrespondieren mit zwei unterschiedlichen Auffassungen von Gerechtigkeit, oder wie es in Manns ‚Zauberberg‘ heißt, “um zum Handeln zu kommen, müsse man vor allen Dingen wissen, welche Gerechtigkeit man meine: diejenige, die jedem das Seine, oder diejenige, die allen das Gleiche geben wolle“ (731). Mit anderen Worten (a) eine Gerechtigkeit, die nicht nach generellen und universellen

Kriterien funktioniert und deshalb ungleiche Behandlung rechtfertigen könnte oder aber (b) eine Gerechtigkeit, die für alle universell oder gleich ist und den Grundregeln der Gleichheit entspricht. Dazu führt La Torre (1997) aus, dass die erste Version von Gerechtigkeit sehr vage sei und zudem, “[...] that what is ‘right’ is what serves a certain given social (national, ethnic, sexual, religious etc.) position of the various individuals. This might be called the ‘antique’ notion of justice [...] The other, by contrast, justice as equality [...], transcends the ‘here and now’ of the concrete subject and can act on it and on society with the strength of ‘nowhere’ [...], as from a normative [...] point. Accordingly, the question of citizenship is also a question of justice” (278).

Mit der Frage nach der Gerechtigkeit verbindet sich die Frage nach der normativen Umsetzung dieser. Ohne eine Diskussion zur Verfassungsgeschichte selbst vertiefen zu wollen, ist ein kurzer Blick zu der Funktion und Bedeutung einer Verfassung notwendig. Verfassungen, ob schriftlich gefasst oder mündlich übermittelt, repräsentieren mit ihrer symbolischen Kraft die gesellschaftlichen Werte und deren direkte Gegenwärtigkeit. Sie sind kodifizierte Ideen der Gesellschaft, entstanden aus einem diskursiven Prozess (Vorländer 2002; Brodacz 2002). Daraus ergeben sich wiederum zwei unterschiedliche subjektive Bedeutungsgehalte von Verfassung für die jeweiligen Staatsbürger: (i) auf der einen Seite eine Verfassung als grundlegende Richtlinie, entstanden aus einem kollektiven und diskursiven ‚Willensbildungsprozess‘, ‚gemacht‘ und nicht ‚vorgefunden‘; (ii) auf der anderen Seite eine Verfassung, die als ein spezifischer historischer Werdegang der politischen Gemeinschaft verstanden wird, dementsprechend ‚vorgefunden‘ und nicht ‚gemacht‘ wurde. Letzteres entspricht Hegels (1970) republikanischer Sichtweise, wenn er sagt, “[ü]berhaupt aber ist es schlechthin wesentlich, dass die Verfassung, obgleich in der Zeit hervorgegangen, nicht als ein Gemachtes angesehen werde; denn sie ist vielmehr das schlechthin an und für sich Seiende, das darum als das Göttliche und Beharrende und als über der Sphäre dessen, was gemacht wird, zu betrachten ist” (§273).

Die Alternative besteht einerseits zwischen einer Staatsbürgerschaft als nicht-reflektierte Position, die aus Prozessen resultiert, die das Individuum nicht verändern kann, deren ‚Inhalt‘ eine pflichterfüllte Loyalität gegenüber der Gemeinschaft darstellt und einem, andererseits, modernen Konzept oder wie es Habermas ausdrückt, „[d]er Status des Staatsbürgers fixiert insbesondere die demokratischen Rechte, die der Einzelne reflexiv in Anspruch nehmen kann, um seine materiale Rechtsstellung zu verändern“ (Habermas 1992: 640).

Diese Form der Subjektivität ist ein dynamisches Element, das die Möglichkeit des Wandels spezifischer Situationen einschließt, die es erlauben würden, einen ‚sozialen Wandel‘ zu vollziehen. Die organischen Wurzeln von Staatsbürgerschaft, die es mit einer ‚Schicksalsgemeinschaft‘ verbindet, würden ‚gekappt‘, stattdessen würde sie auf der Tatsache gegründet, aufgrund einer inhärenten Spannung zwischen dem Wunsch die eigene politische Gemeinschaft zu überwinden und eine universelle Rechtsstellung zu sein, Individualität und Universalität gleichzeitig zu bedeuten und den modernen Staatsbürger zu einem ‚Weltbürger in embryo‘ zu machen. (La Torre 1997: 280). Nach einem statischen Jahrhundert der Staatsbürgerschaft und der Nationalität identifiziert La Torre in der praktischen Umsetzung dieser theoretischen Herausforderung die Bewährungsprobe der Europäer (ebd.). Der Verbund der europäischen Staaten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zwingt zu dieser Sichtweise, da die EU bislang weder ein neuer Nationalstaat, noch ein Staatenbund selbst ist: Supranational verfügt die EU nicht über die zentralen Regierungseinrichtungen; zwar existieren mit dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament zentrale Einrichtungen, die Stellung des Europäischen Parlaments lässt jedoch immer wieder Kritik an der demokratischen Entscheidungsstruktur der EU zu.

Die derzeitige Konstitution der EU ohne zentrale Verfassung bedingt hinsichtlich der oben beschriebenen subjektiven Wahrnehmung von Verfassung und Staatsbürgerrechten zu einer veränderten Sichtweise des

jeweiligen Status des Einzelnen in Bezug auf die EU mit ihren Möglichkeiten des bspw. freien Residenzrechtes der Bürger.

Das konstitutionelle oder Vertragsmodell der Staatsbürgerschaft (*ius soli*) ist weniger exkludierend als das organische Modell. Während es im Vertragsmodell lediglich eine Frage konstitutioneller, d.h. vertraglicher Regelungen und der persönlicher Wahl des Anwärters ist, bestimmen im organischen Modell der Staatsbürgerschaft (*ius sanguinis*) ausschließlich unveränderliche Regelungen, und nicht etwa persönliche Präferenzen, wer Staatsbürger sein darf und wer nicht. Das konstitutionelle Modell ist nicht nur ‚offener‘ im Zugang, sondern auch ein ‚aktives‘ Modell der Staatsbürgerschaft, „being very often connected with a democratic view of political power“ (La Torre 1997: 285).

Wenn sich folglich eine politische Gemeinschaft auf der Grundlage persönlicher Wahl konstituiert, kann angenommen werden, dass die Bürger politische Entscheidungen als die Bündelung individueller Entscheidungen begreifen. Entsprechend generiert diese Wahrnehmung einen Bürger, der sich selbst als politischer Mitentscheider und -gestalter, als einen wirkungsvollen Träger politischer Rechte und nicht etwa als ein Subjekt des Publikums, einen passiven Empfänger von Waren und Dienstleistungen versteht. Grundvoraussetzung für diese Genese eines Staatsbürgers ist die bewusste Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Situation durch selbigen. Die Bewusstwerdung des jeweiligen Status ist die notwendige Initialzündung. Dies eigentliche basale Problem des politischen Denken und Handelns erreicht im Zuge der Diskussionen zur EU eine neue Bedeutung, da die Bewusstwerdung des Staatsbürgerrechtes im Rahmen der Veränderung der EU bei Verlust der bisherigen Bedeutung von Nationalstaaten (der Transformation von Nationalstaaten in die Supranationalität), eine neu zu bestimmende Rolle einnimmt.

Diese liberale Sichtweise des Bürgerkonzeptes verändert die Bedeutung des Status der Subjekte. Den Bürgerstatus verdankt man seiner

eigenen Entscheidung, der Zustimmung zum Vertrag einer bestimmten politischen Gemeinschaft:

“The quality of ‘citizen’ and that of ‘subject’ are two sides of the same coin: being a party in the contracting process on which the State is founded. As an active party, as a participant in the formation of a general will, as an issuer of it, one is ‘citizen’; as a passive party, as individual requested to follow the general will, as an addressee, one is ‘subject’. One cannot be ‘citizen’, that is somehow a law-giver, without being ‘subject’, bound to his own law; and vice versa one cannot be ‘subject’, bound to the enacted law, without having taken part in the process of legislation, that is, without being ‘citizen’” (La Torre 1997: 285).

Das organische Modell der Staatsbürgerschaft als ein dem Bürger extern vorgeschriebener Grundtatbestand, der aus (für ihn) externen Kräften resultiert und ein ‚geschlossenes Ganzes‘ (die politische Gemeinschaft sowie die ihr zugrunde liegende Politik) zum Ergebnis hat, macht den Bürger zum passiven Subjekt.¹¹⁰

¹¹⁰ “Organic models, therefore, tend to be antidemocratic, and sometimes lead to a sort of revival of corporatism and feudalism. An organic citizen will quite often not only be a passive subject, but also a particular local citizen, in the sense that he/she will not be allowed a general status even inside his or her particular community. We shall have then a fragmentation of different legal status and entitlements, given according to various objective criteria (profession, region, religion, sex, etc.) and alined in hierarchical order.” (La Torre 1997: 285). Rudolf Smend (1968) geht ebenso in diese argumentative Richtung: “Nur wenn man hier den sittlich gebundenen Bürger einsetzt, dem je nach seiner besonderen Eigenart hier sein besonders staatsbürgerliches Berufs- und Standesrecht im Rahmen des ganzen zugeteilt wird, nur dann bleibt der Grundgedanke der Verfassung erhalten, ein Volk in die Form zu bringen, in der es handelnde Einheit wird und seine geschichtliche Aufgabe erfüllen kann, die ihm gestellt ist, die Form zu sein, in der wir alle zusammen unseren gemeinsamen geschichtlich-sittlichen Beruf als Nation ergreifen“ (323-324)“.

4.3 Kriteriale Abgrenzungen des Konzeptes Staatsbürgerschaft

Der ausgedehnte Bereich möglicher Funktionen und Bedeutungen des Konzeptes Staatsbürgerschaft zeigt auf, dass es gleichzeitig ökonomische, soziologische, kulturelle und rechtliche Elemente enthält, die in ihrer Gesamtheit die Konnotation des Konzeptes ausmachen. Eine nähere Bestimmung des Untersuchungsobjektes geht deshalb über Turners (1993) Matrix hinaus, die untersucht, ob Werte entweder im öffentlichen oder privaten Bereich generiert werden und wie Rechte ‚entstehen‘, d.h. ob sie ‚erkämpft‘ (rights struggle from below) oder erteilt wurden (from above).

Aus dem bisher gesagten lassen sich vier analytischen Eckpfeiler von Mitgliedschaft im Allgemeinen und von Staatsbürgerschaft im Besonderen destillieren, die als Operationalisierung daher die Eingrenzung des Untersuchungsobjektes bedeuten. Gründe für die Zuweisung von Mitgliedschaften im allgemeinen und dem Erwerb von Staatsbürgerschaft im besonderenoder: Rechtliche versus primordiale Mitgliedschaft.¹¹¹ Auf einem Kontium kann die Rechtezuschreibung zwischen (a) aufgrund von Geburt (Schicksal) bis zu (b) individueller Wahl reichen. Sie umschließen eine ‘quasi-heilige Mitgliedschaft’ in lediglich symbolischen Gemeinschaften - wie diese auch für das Zuteilungsprinzip *ius sanguinis* der Staatsangehörigkeit oder für persönliche Qualifikationen zur Aufnahme in religiöse Gemeinschaften gilt¹¹² - und persönliche Qualitäten, die symbolische wie körperlichen Kriterien der Mitgliedschaft (z.B. Geburtsort) kombinieren; des weiteren kann die Zuteilung

¹¹¹ Carole Pateman unterscheidet ‘citizenship’ von ‘membership’ folgendermaßen: “The relationship between the two requires at least the following distinctions: a) those subjects to law but who are neither members nor citizens (e.g., slaves in the old South); b) those who are members in some sense, but are not citizens (e.g., women before the enfranchisement, or non-naturalized permanent residents); c) those who have gained the formal elements of citizenship but who are not full members (e.g., women virtually everywhere or African Americans in the USA)” (1996: 4).

¹¹² Sofern die Zugehörigkeit zu religiösen Gemeinschaften nicht im Sinne eines *ius sanguis* erfolgt wie beispielsweise im Judentum, Drusen oder in muslimischen Gemeinschaften, deren „Beitritt“ alleine durch Geburt (Abstammung) gewährt wird und ein Austritt im Sinne von Religionsfreiheit praktisch nicht gewährt wird.

von Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft aufgrund von rein rational-utilitaristischen Gesichtspunkten vollzogen werden, wobei beispielsweise ein dauerhafter Wohnsitz, angelehnt an das Stakeholder-Prinzip, in einer Gemeinschaft ebenso wie Besitztum als Kriterien gelten könnten. Eine weitere denkbare Kategorie der Zuteilung von Staatsbürgerschaft wäre im Sinne einer Belohnung (für Loyalität, Gehorsam, ökonomische Leistungsfähigkeit, etc.) zu verstehen, und schließlich noch jene Kriterien, welche die Bindungen von Gegenseitigkeit verlassen und aufgrund von Verhandlungsprozessen zustande kommen (z.B. durch Kauf oder Verkauf von Mitgliedschaft).

Wie bereits mehrfach angedeutet, kann weiterhin unterschieden werden, ob Staatsbürgerschaft als Mitgliedschaft durch die ihm zugeschriebenen Rechte oder durch eine ‚gefühlte Bindung‘ definiert wird, die das Individuum gegenüber dem jeweiligen Staat empfindet und die als den Rechten vorgelagert begriffen werden.

Die Definition des Bürgers kann auf zwei Ebenen erfolgen: Wie wir bereits bei Marshall sehen konnten, wird die Zuschreibung von bestimmten Rechten mit dem Status der Staatsbürgerschaft in Verbindung gebracht, die möglicherweise einen gemeinschaftliches Gefühl hervorbringen kann oder auch nicht. Primordialität hingegen bringt zum Ausdruck, dass bereits ein Gemeinschaftsempfinden zwischen den Individuen und dem Staat existiert. Diesen beiden Modi liegt die Frage zugrunde, was eine Nation ausmacht. Diese Frage kann politisch beantwortet werden, wie Sieyes es ausdrückt: „A body of associates living under common law and represented by the same legislative assembly etc.” (1963: 58). Diese ‘französische Sichtweise’ ist charakteristisch für das Prinzip *ius soli*: keinen Hinweis auf eine gemeinsame Sprache, Tradition oder Ethnie als Grundlage der Nation. Im Kontrast, und parallel zur Französischen Revolution, entwickelte sich in der Deutschen Romantik die Interpretation des ‚Volkes‘ im Sinne des *ius sanguinis*, dessen Grundannahme ist, dass Individuen in einem ‚mystischen Sinne‘ an die Nation

gebunden sind und aus ihr ‚hervorgehen‘ (vgl. Giesen 1999; Kielmansegg 1994; Grimm 1994). Über diese recht grobe Unterscheidung in liberales versus kommunitaristisches Staatsbürgerschaftsverständnis hinaus, muss jedoch bedacht werden, dass es auch liberale Konzepte der Staatsbürgerschaft gibt, die die gemeinschaftlichen Aspekte kommunitaristischer Konzeptualisierungen (vgl. Dworkin 1992) anerkennen sowie kommunitaristische Konzepte, die wiederum die Bedeutung von Rechten akkreditieren (vgl. Taylor 1992, 1993). So scheint es, dass die ‚gesellschaftliche Bedeutung‘ zwischen Rechten und Mitgliedschaft zu ziehen ist; analytische Untersuchungen zum Konzept der Staatsbürgerschaft sollten deshalb entlang des Kontinuums Rechte vs. primordiale Mitgliedschaft verschiedene Klassifikation zulassen, die entsprechend dem jeweiligen Grad, in dem sie mehr in Richtung ‚Rechte‘ oder ‚Mitgliedschaft‘ neigen, die gesellschaftliche Bedeutung von Staatsbürgerschaft zum Ausdruck bringen.

Diese unterschiedlichen Varianten der Staatsangehörigkeit – die eine juristisch-territorial, die andere ethnisch und ‚vererbbar‘ – bestehen als die maßgeblichen Interpretationen von Staatsbürgerschaft. Entsprechend fielen bis zum Ende des 20. Jahrhunderts die staatliche Einwanderungspolitik aus: Während Frankreich assimilierende Politiken verfolgte, um Immigranten als vollwertige Staatsbürger aufzunehmen, verfolgte Deutschland bis zu den Veränderungen des Staatsbürgerschaftsrechtes im Jahre 1999 die Politik Immigranten ‚lediglich‘ Bürgerrechte zuzugestehen. Demnach können nach dem französischen Modell Bürger ‚gemacht‘, nach dem alten Deutschen Verständnis in den vollen Staatsbürgerschaftsstatus nur ‚hinein geboren‘ werden (Heater 1999: 106).

4.4 Exklusion und Inklusion durch Staatsbürgerschaft -

Staatsbürgerschaft als egalitäres oder elitäres Konzept

Das ungebundene Verständnis von Staatsbürgerschaft schließt polemische ‚Spielarten‘ des Konzeptes aus dem Bereich möglicher Bedeutungsgehalte aus, so wäre beispielsweise ein Sklave im klassischen

Athen niemals mit dem Begriff des Bürgers in Verbindung gebracht worden, weil dies gleichbedeutend mit der Negation des Begriffs des Staatsbürgers wäre. Abgesehen von solch polemischen Differenzierungen, gibt es sehr wohl andere Abgrenzungen, die sich auf Attribute beziehen, die in der Zuschreibung von Staatsbürgerschaft unentbehrlich sind und vice versa gab es immer Attribute, die Personen zum (gleich-) berechtigten Status der Staatsbürgerschaft disqualifizierten. In der dissoziativen Variante kann es sich um die Inkompatibilität von Werten handeln, während es hinsichtlich einer sozialen Hierarchie der Staatsbürgerschaft sehr wohl um Inklusion und Exklusion gehen kann, so hieß es beispielsweise in der griechischen polis Bürger gegen Sklaven. Was in der griechischen polis, aber auch in der Vergangenheit der USA, der Ausschluß der Sklaven aus der Bürgerschaft, war der Ausschluss der Besitzlosen sowie in einigen Staaten bis Mitte des 20. Jahrhundert der Ausschluss der Frauen von politischen Rechten der Staatsbürgerschaft (Löther 1994; Spree 1994). Angesichts der unbestrittenen Gültigkeit des Axioms gleichen Rechts in allen Mitgliedstaaten der EU¹¹³, scheint die Unterscheidung nach In- und Exklusion nur einen geringen analytischen Wert zur Untersuchung zeitgenössischer Staatsbürgerschaft zu besitzen - ein Teil der Bevölkerung sind Drittstaatenangehörige (denizens), die zwar rechtlich keine Staatsangehörigen sind, jedoch weitestgehend über die gleichen Bürger- und Sozialrechte verfügen wie die Staatsangehörigen, allerdings hinsichtlich der politischen Rechte exkludiert werden vom Rest der Gemeinschaft.¹¹⁴

Wie Judith Shklar (1991) zeigte, können Exklusionen der Vergangenheit auf die heutige Bedeutung von Staatsbürgerschaft einwirken, was sie am Beispiel des heutigen Verständnisses der U.S. Amerikanischen Staatsbürgerschaft sehr überzeugend anhand vorherrschender Eigentümlich-

¹¹³ D.h. jeder Erwachsene Staatsangehörige ist ein Bürger egal über welche materiellen oder immateriellen Wert er besitzt, ungeachtet seines und ihres Sozialstatus, seiner und ihrer Religionszugehörigkeit, des Geschlechts oder politischen Meinung

¹¹⁴ Diese Konstellation der Staatsbürgerrechte, der Exklusion demokratischer Partizipation, wird im nachfolgenden Kapitel hinsichtlich multipler Identitäten noch näher erläutert

keiten amerikanischer Erfahrungen mit der Sklaverei nachweist¹¹⁵. Die Unterscheidung in Inklusion und Exklusion muss nicht notwendigerweise eine Dichotomie darstellen, sondern kann vielmehr als ein Spektrum begriffen werden, das diverse Rechte und folglich unterschiedliche Grade von Mitgliedschaft umschließt, die eben nicht mit dem binären Code von Inklusion und Exklusion vollständig erfasst werden kann. Die vorgenommene Unterscheidung ist sinnvoll, da es eine Abgrenzung entlang des Kontinuums erlaubt, um festzustellen, an welchem Punkte der ‚Skala‘ es sich um eine Vollmitgliedschaft im Sinne der Staatsbürgerschaft handelt.

Das Prinzip der Egalität ist (idealtypisch) die Essenz des Staatsbürger-schaftskonzeptes. Dafür stehen uns mit der polis der griechischen Antike und der Französischen Revolution zwei historische Grundlagen (wie wir diese bereits in Kap. 2 kennen lernten) zur Verfügung.¹¹⁶ Gemäß Aristoteles lässt sich der Gleichheitsgrundsatz daran erkennen, dass “citizens being all who share in the civic life of ruling and being ruled in turn [in a system of] equals and peers” (1995: 1274b, 1279a). Im 18. Jahrhundert wird der Gleichheitsgrundsatz aus der Annahme abgeleitet, dass alle Menschen als Gleiche geschaffen wurden, was durch den Gesellschaftsvertrag bestätigt und erhalten würde:¹¹⁷

“Whichever way we look, we always return to the same conclusion: namely that the social pact establishes equality among the citizens in that they all pledge themselves under the same conditions and must all enjoy the same rights. Hence by the nature of the contract, every act of sovereignty [...] binds or favours all the citizens equally” (Rousseau 1968: II.4).

¹¹⁵ Sehr grundsätzlich gibt sie zu bedenken, dass “[t]here is no notion more central in politics than citizenship, and no more variable in history, or contested in theory” (1).

¹¹⁶ “Indeed, the principle of equality is historically inherent in the concept of citizenship itself” (Conover/Searing 2002: 2).

¹¹⁷ “Rousseau was utterly convinced that the concept of the social contract (virtual contract) led inexorably to the principle of the equality of citizens” (Heater 1999: 83).

Egalität umschließt nicht nur das Recht zu wählen und gewählt zu werden oder das Recht auf freie Meinungsäußerung (in der Versammlung), sondern beinhaltet ebenso ein Grundbedürfnis, dass über das ‚gleich vor dem Gesetz‘ hinausgeht, zu Gleichgewicht und Harmonie innerhalb einer politischen Gemeinschaft beitragen soll sowie auf Kooperation und Fairness im Miteinander beruht.¹¹⁸ Im Umkehrschluss würde Diskriminierung, stark ungleichgewichtige Wohlstands- und Ressourcenverteilung zur Vernichtung oder zumindest Beschädigung des gemeinschaftlichen Miteinanders führen, was wiederum zu Entfremdung und Passivität führen kann.¹¹⁹ Aus einer formalrechtlichen Sichtweise betrachtet, bedeutet Bürger Mitglied einer politischen Gemeinschaft zu sein, rechtlich mit seinen Mitbürgern gleichgestellt zu sein. Viele Staaten bringen deshalb in ihren Staatsbürgerschaftsrechten gemäß dem Prinzip *ius sanguinis* die Angst vor einer scheinbaren ‚Verwässerung‘ ihrer kulturellen Homogenität zum Ausdruck. Einerseits werden durch diese Naturalisationsgesetzgebung¹²⁰ viele bereitwillige Anwärter einer Staatsbürgerschaft abgewiesen, andererseits leben viele Immigranten auch ohne den Staatsbürgerschaftsstatus ohne die Bestrebung oder den Anreiz diesen anzunehmen im jeweiligen Land. Aufgrund der stetigen Rechtsangleichung zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern bestehen kaum noch Unterschiede. Die letzte Bastion des

¹¹⁸ Vgl. auch Bach 1997

¹¹⁹ „Moreover, in the modern world, do we not, in English, use the word ‘enfranchise’ – make free – for the process of equalizing citizens by conferment of the right to vote? Even more crucially, what price freedom if citizens do not enjoy equality before the law?” (Heater 1999: 84). „Members of ethnic or religious minorities can feel that they are truly citizens only if they perceive an underlying fairness in the social, legal and political systems” (ebd.)

¹²⁰ „Encouraging naturalization is a pursuit of the horizontal relationship; the policy views naturalization as important because it fosters participation in and commitment to our civic life, makes people public-spirited in the fullest sense, and creates a meaningful, emotionally satisfying community” (Fleming 1997: 2)

Gleichheitsprinzips besteht daher im Rechtssegment der politischen Rechte.¹²¹

Als Konzept und Arrangement der Beziehungen zwischen den Individuen und dem Gesetz, der Politik und der Sozialstruktur, sorgt ‚Staatsbürgerschaft‘ für ein gemeinschaftlich gerechtes Miteinander, dennoch ist sie nicht ein idealtypisch vollkommenes Modell, denn in der Praxis sollte man sich eine Hierarchie des Staatsbürgerschaftskonzeptes vorstellen, das wie folgt aussehen könnte:

- An erster Stelle stehen die Mitglieder der Gemeinschaft, die nicht nur den Status als Staatsbürger genießen, sondern diesen leben, d.h. aktiv zum Ausdruck bringen und ihren bürgerlichen Pflichten in vollem Umfang nachkommen.
- An zweiter Stelle folgen die Staatsbürger, die ebenfalls über den vollen Status verfügen, diesen aber passiv auslegen und ihrer Pflichterfüllung eher ‚apathisch‘ nachkommen.
- Bereits an dritter Stelle kommen die ‘second-class citizens’, welche den rechtlichen Status als Bürger (Staatsbürger) besitzen, diesen aber aufgrund von Diskriminierung oder wirtschaftlicher Verhältnisse nicht in der Praxis durchsetzen können.

Auf der untersten Stufe befinden sich ‘Mitbürger’, die auch als ‘denizens’ oder ‘third-country-nationals’ bezeichnet werden. Sie sind nicht Staatsangehörige des Landes, in dem sie leben; sie sind im rechtlichen Sinn keine Staatsbürger, genießen nicht die politischen Rechte des Landes, doch ihnen stehen weitestgehend Bürger- und Sozialrechte zu, die sich aus der Staatsbürgerschaft ableiten lassen (Heater 1999: 87, Holz 2003).

¹²¹ „There have been persistent attempts throughout history to retain an elitist quality for political citizenship by the device of ensuring that, while all citizens are equal, some are more equal than others” (ebd.).

4.5 Atomistisches oder gesellschaftliches Konzept der Mitgliedschaft - Repräsentation vs. Selbstbestimmung

Staatsbürgerschaftskonzepte können des Weiteren entlang einer Trennlinie ‚Einzelperson-Gesellschaft‘ unterschieden werden. Aus der Perspektive des Individuums entlang der vertikalen Ebene dient die Staatsbürgerschaft überwiegend dem Zweck, ein Verhältnis mit dem Motto ‚Gehorsam-für-Schutz‘ zwischen Staat und Individuum aufrecht zu erhalten, die der moderne Territorialstaat aufgrund seiner Souveränität Recht und Ordnung herzustellen bietet¹²². Entsprechend seiner konzeptuellen Voraussetzungen besteht Staatsbürgerschaft unabhängig und losgelöst von jedweder persönlichen Beziehung des Individuums zum Staat. Die bloße Androhung eine Missachtung von Recht und Gesetz zu bestrafen, ist jedoch kein ausreichendes Mittel, um einen sozialen Zusammenhalt herzustellen, zu bewahren und darauf Loyalitäten aufzubauen, die auf eben jenen Status zurückgehen, der gleichermaßen Akzeptanz des Rechtsstaates wie Loyalität und Solidarität erfordert.

Gegenüber der vertikalen Auffassung, Staatsbürgerschaft diene dem Zweck, Gehorsam gegenüber dem Rechtsstaat zu leisten, steht das horizontale Verständnis nach dem Staatsbürger als Individuen in unabhängiger Stellung hinsichtlich ihres Engagements auf der Ebene des Marktes, freiwilliger Vereinigungen oder der Familie geschützt seien. Wie die Darlegung der Rechtssegmente zeigen, existieren verschiedene Bedeutungen von Unabhängigkeit, die sich aus dem Status Staatsbürgerschaft ableiten lassen, wie beispielsweise ein passiv-privates Verständnis (Deutschland des 19. Jahrhunderts), ein aktiv-privates (wie es in der USA gängig ist) oder ein aktiv-republikanisches Verständnis. Die Trennlinie ‚Individuum-Gesellschaft‘ ist jedoch nicht mit der Unterscheidung zwischen passiver Staatsbürgerschaft top-down und einer aktiven Staatsbürgerschaft aufgrund von Konflikten und damit bottom-up deckungsgleich, wie sie Turner vorschlägt.

¹²² Für die Unterscheidung ‘vertikal und horizontal’ siehe auch Fleming (1997).

Auch diesem Kriterium geht es - ähnlich zum Vorgenannten - um die Bedeutung, die Staatsbürgerschaft für das Individuum als Träger des Status haben kann.¹²³ Ist Staatsbürgerschaft für das Individuum hauptsächlich ein Element, das es ihm erlaubt ‚Gemeinwohl‘ herzustellen und an ihm zu partizipieren oder ist es ein Instrument, das das Individuum nur für seine persönliche Zielerreichung nutzen möchte. Die Veränderungen der Französischen Revolution sind ein Beispiel dafür, dass “citizenship was a status which embodied the personal and political attributes of a person who was qualified to exercise the quasi-sacred mission to represent the nation” (Preuß/Everson 1995: 63). Dieser Status des ‚Aktivbürgers‘ ist eine Maßzahl dafür, inwiefern Staatsbürgerschaft nicht nur eine Rechtsstatus, sondern auch ein von Tugenden und Pflichten erfülltes Konzept ist, dass folglich entlang eines Wertehorizonts die ‚Zusammengehörigkeit‘ einer politischen Gemeinschaft zum Ausdruck bringt. Anders ausgedrückt ist Staatsbürgerschaft (entlang der Konfliktlinie Liberalismus vs. Kommunitarismus) einerseits ein Status der Repräsentation der Gemeinschaft oder andererseits ein Status der persönlichen Verwirklichung und Zielerreichung. Die Intensivierung des Individualismus hat ebenso zum Eindruck der ‚verschwindenden Bürgerschaft‘ beigetragen wie die neueren politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen. Mit einem Mal war ein Problembewusstsein entstanden, so dass in den letzten Jahren das Thema ‚Bürger‘ wieder mit einiger Intensität in der Öffentlichkeit diskutiert wurde.¹²⁴ Sind Bürger zu einer knappen Ressource der politischen Ordnung geworden, scheint es keineswegs selbstverständlich, „dass ein funktionierendes politisches System bei den ihm Angehörenden jene Normen und Werte hervorbringt und befördert, die für seinen Fortbestand eine womöglich unverzichtbare Voraussetzung sind“ (Münkler 1997: 153).

¹²³ „Politische Mitgliedschaft ist nicht allein wegen der damit verbundenen politischen Mitbestimmungsrechte zu einem so umkämpften Gut geworden, sondern weil sie in der Regel die Inanspruchnahme sozialer Güter impliziert“ (Buchstein 1996, 298).

¹²⁴ Vgl. Gebhardt 1996; Sternberger 1967

Die jüngsten Entwicklungen in der Debatte um den Bürger, seines bedrohlichen Verschwindens bzw. seine erwünschte Wiederkehr dreht sich dabei weniger um die Frage der formalen Mitgliedschaftsregeln, in denen festgelegt ist, wer Bürger ist und wer nicht, als insbesondere nach der Suche von Fähigkeiten, die einen Bürger dazu qualifizieren als solcher gelten zu dürfen. Wäre die knapper werdende Ressource Bürger lediglich ein Problem des formellen Status im Sinne einer erheblichen Verschiebung des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Inhabern und Nichtinhabern der Staatsbürgerschaft, so könnte diesem Trend durch eine entsprechende Änderung der Einbürgerungsgesetze entgegengewirkt werden.¹²⁵ Wobei es zu bedenken gilt, dass die Statusfrage als rechtliche Mitgliedschaft bestimmte Eingangsvoraussetzungen, d.h. Mindestqualifikationen voraussetzen kann. Als eine solche Zugangsvoraussetzung findet das Erfordernis eines ausreichenden Sprachverständnisses Niederschlag in Einbürgerungsrechten (wie die USA beispielsweise Sprachtests durchführen oder Neuseeland, das Sprachverständnis voraussetzt). Dem zugrunde liegt die kommunitaristische Frage, wie ein Individuum ohne ausreichendes Sprachverständnis¹²⁶ wahrhaftig Mitglied einer politischen Gemeinschaft werden kann, wenn es nicht seine Rechte, erlassene Gesetze Inhalte der Medien oder der Schulen versteht. Andererseits, wie können ethnische Minderheiten ihre kulturelle Identität bewahren, wenn sie die Quintessenz ihrer Identität, die eigene Sprache, nicht weiter pflegen könnten¹²⁷ (wobei Identisches auch für die Mehrheitsgesellschaft gilt, die ebenfalls ihre kulturelle Identität aufrecht erhalten möchte und dies über sprachliche Homogenität konstruiert: Sprache

¹²⁵ Obgleich dies in den westlichen Industrieländern, die aufgrund politischer Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität seit Jahrzehnten Migrationsgewinne verzeichnen, leicht durch eine Korrektur ihrer eher restriktiven Einbürgerungspolitik zu ‚beheben‘ wäre (vgl. Münkler 1997).

¹²⁶ Miller ist insbesondere skeptisch gegenüber der Entwicklung einer europaweiten Staatsbürgerschaft, da „a common national public culture, and particularly a common language is a necessity for democratic deliberation, because otherwise there would not be a single unified public“ (1998: 50).

¹²⁷ Als Beispiele mehrsprachiger Länder, die mehrere Amtssprachen gleichberechtigt zulassen, ohne dass deshalb Einschnitte in die ethnische Kulturen vorgenommen würden: Singapur, Belgien, Kanada, Schweiz sowie die Region Südtirol.

wird Politisch, Kulturelle Differenzen wird Politisch, wodurch politische Partizipation wieder in den Vordergrund rückt).

Sprachprobleme sind jedoch nicht nur Kompetenzprobleme, sondern gleichzeitig auch Statusprobleme. Sollten Bürger, die kulturell oder ethnisch eindeutig einer Minderheit zurechenbar sind, auch unterschiedlich behandelt werden, welche Effekte würde eine solche Behandlung für das Kernprinzip der staatsbürgerschaftlichen Egalität bedeuten und gemäß welcher Kriterien sollten diese Bürger ‚anders‘ behandelt werden? In letzter Konsequenz bedeutet dies die Aufhebung des Gleichheitsprinzips, denn letztlich würde ein solcher Ansatz im Schluss zu einer Form des Rechtspluralismus führen. Wäre eine solche (positive) Ungleichbehandlung nicht gegenüber der Mehrheit unfair?¹²⁸ Oder: An welcher Stelle werden welche Grenzen gezogen? Wie kann ein Staat kulturelle Ansprüche mit den Anforderungen staatsbürgerlicher Integration in Balance halten mit ‚übergreifender‘ moralischer und politischer Integrität. Gemäß Kymlicka (1995: 6-7) gibt es drei Methoden, um solche Spannungen abzubauen: (1) durch die Berechtigung zu Selbstverwaltungsrechten (self-government rights), d.h. der Delegation politischer Entscheidungsbefugnisse an nationale Minoritäten (durch Föderalismuskonzepte); (2) durch finanzielle Unterstützung und rechtlichen Schutz auf der Grundlage von ‚polyethnic rights‘; (3) besondere Repräsentationsrechte durch eine garantierte mindest Stimm- bzw. Vertretungsgrantie für ethnische oder nationale Gruppen im nationalen Parlament (z.B. Schotten im britischen Unterhaus oder dänische Minderheit im Schleswig-Holsteinischen Landesparlament).

Ungeklärt bleibt an dieser Stelle jedoch nach welchen Gesichtspunkten der Begriff der ethnischen Zugehörigkeit getroffen wird, um positive Unterscheidung gewähren zu können: Erfolgt damit nicht eine Fortschreibung des jus sanguinis, wodurch alleine die Abstammung über Rechte, in diesem

¹²⁸ Beispiele für Sonderrechte, die hier nur genannt werden sollen ohne eine weitere Problematisierung zu erfahren: GB Sikh müssen beim Motorradfahren wegen ihres Turbans keinen Helm tragen; Kopftuchstreit bzw. Steit um religiöse Symbole in D und F, etc. Politik der Assimilation

Fall Sonderrechte entscheiden. Auch tritt an dieser Stelle die Frage auf, welche kulturellen Traditionen einer Ethnie mit spezifischem Recht bedacht werden, welche Rechte nicht mehr gewährt werden.¹²⁹ Universalität der Menschenrechte oder spezifische, im kulturellen Kontext zu verstehende und anzuwendende Rechte.

Die große Mehrheit der Nationalstaaten sind längst multi-ethnische oder multi-nationale Staaten und diese Bedingung hat eine unvermeidliche Auswirkung auf die Natur der Staatsbürgerschaft.¹³⁰ Wie stellt sich das vertikale Verhältnis zwischen Bürger und Staat in Bezug auf bürgerliche Kompetenz, Status und Identität dar? Minoritäten machen gleichermaßen moralische Aspekte der Gerechtigkeit ebenso wie praktische Probleme einer sozio-politischen Art sichtbar¹³¹.

¹²⁹ In verschiedenen muslimischen Ländern, beispielhaft sei Saudi Arabien erwähnt, entspricht das Heiratsalter von Mädchen nicht europäischem Recht. Aufgrund bilateraler Verträge und internationalem Recht müssten minderjährige, nach dortigem Recht verheiratete, Ehe-
"Frauen" bei Einwanderung hier anerkannt werden.

¹³⁰ „The pluralism of free societies makes urgent the task of creating citizens who share a sufficiently cohesive political identity. At the same time, the sheer range and power of pluralism make it hard to see how reasoned agreement on the content of that identity and the educational practices that would make it safe for the future could be more than an idle wish” (Callan 1997: 221). Oder wie Lara (2002) argumentiert, “[h]istorically speaking, the homogenizing conception of a democratic nation has vanished; and in its place, we are experiencing an increasing ethnic and cultural heterogeneity, which has become an essential part of the complex social diversity of democratic societies” (208).

¹³¹ „The issue cultural rights have been considered an unsolvable problem for democracies from many different points of view. Communitarians, as critics of rights language, have asserted that ‘rights discourse’ diminishes ‘social trust’, develops ‘absolutist claims’, and reduces ‘complex social issues to simple slogans’. Ronald Beiner, for example, has claimed that ‘the whole point of asserting a rights claim is to identify an aspect of human existence that is so fundamental that its violation, anywhere, at any time, constitutes an affront to human dignity as such’. [...] From a different perspective, Seyla Benhabib argues that the paradox of the politics of ‘identity/difference’ is that they pose the contingency of their identity definitions, while, at the same time, making claims about their essentiality (Beiner 1995: 161). Like Beiner, Benhabib argues that identity claims are always expressed as ‘fundamental, non-negotiable’, yet, paradoxically, the new cultural turn understands them ‘as processes of social and political mobilization and cultural articulation’. Thus, argues Benhabib, ‘despite its emancipatory intentions, multicultural group politics, particularly if it leads to group differentiated rights

Dazu folgende zusammenfassende Tabelle:

	Practical issues	Moral issues
Competence	No or poor command of official or state language	Assimilation by language-learning (as second language)
Status	Acceptance of minorities' distinctiveness and problems, i.e. differentiated treatment or policies of homogenization	Differentiated treatment (maybe unfair to majority), i.e. undermining citizenship principle of equality as same or homogenization, i.e. loss of valuable culture and undermining citizen-ship principle of equality as comparable
Identity	Stress on cultural identity might undermine integrity of state to point of alienation/rebellion/secession	Clash between human rights of cultural identity and citizen duty to protect integrity of state

(Heater 1999: 110)

Es geht allerdings nicht um das Problem der Staatsangehörigkeit und damit der politischen Mitgliedschaftsregeln, weshalb der Immigrationsaspekt an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden soll, sondern sehr viel grundsätzlicher geht es um die Partizipationsfähigkeit und Partizipationsbereitschaft¹³² der Staatsbürger, nämlich ihrem Interesse nicht nur an privaten, sondern vielmehr an öffentlichen Gütern.¹³³ Die Kompetenzfrage, also die Frage nach den

claims, may carry seeds of a new form of political authoritarianism' (89). From both these perspectives, it seems clear that cultural rights and democracy are regarded as a highly dangerous liason" (Lara 2002: 207).

¹³² „Engaged citizens are those who not only possess a foundation of political knowledge, but those who use this knowledge to develop their own policy preferences and evaluate current political information and policies“ (Beaumont 2002: 23; vgl. auch Greven 1997: 237ff.).

¹³³ Dem entgegen zu halten ist die Feststellung, dass es keine ausreichenden Partizipationsmöglichkeiten gibt: „Modern policy analysis needs to catch up with contemporary empirical research. The two implicit messages of public policy analysis are not only inefficient an ineffective, they are dangerous for the long-term sustainability of democratic systems of governance. The first undermines the normative foundations of a free society. The message basically says that it is okay to be narrowly self-interested and to learn from this experimentation over time. The message basically says that there is one best way of solving

spezifischen Qualifikationen¹³⁴ eines Bürgers ist juristisch allerdings schwer fassbar und (politisch) weniger ‚umkämpft‘ als die Statusfrage. Laut Münkler würde sich das erst ändern, ließen sich die bürgerlichen Kernkompetenzen präzise fassen lassen und ein Nichterfüllen der Qualifikationen mit dem Verlust des Staatsbürgerschaftsstatus einhergehen (ebd. 156).

Wie wir aber bereits anhand der Abstufungen innerhalb des Status zeigen konnten, spielt die Frage der Beteiligung bzw. Qualifikation zunehmend in die Statusfrage hinein.¹³⁵ Münkler schlägt deshalb vor, dass die ‚Versachlichung‘ dieser Debatte hilfreich sein könnte, diese weiter zu explizieren. Unter bürgerschaftlicher Kompetenz schlägt er deshalb vor, sollen die „qualifikatorischen Voraussetzungen für die Wahrnehmung von Rechten wie die Übernahme von Pflichten verstanden werden, die mit dem Bürgerstatus verbunden sind“ (156)¹³⁶. In Anlehnung an Buchstein (1996: 302

all collective-action problems and it is knowable by the experts. Citizens are viewed as having little to contribute to the design of public policies. Thus, much of contemporary policy analysis and the policies adopted in many modern democracies crowd out citizenship. They do this by crowding out norms of trust and reciprocity and by crowding out the knowledge of local circumstances and the experimentation needed to design effective institutions. Crowding out citizenship is a waste of human and material resources and challenges the sustainability of democratic institutions over time” (Ostrom 2000: 13).

¹³⁴ An dieser Stelle sind die demokratischen Qualifikationen gemeint; weitere Qualifikationen, die ebenfalls identifikationsstiftend sein können, sind an dieser Stelle zunächst nicht angesprochen

¹³⁵ “After two decades of strident individualism, and oft-expressed claims that the liberal democratic state is doomed to collapse under the divergent threats of localization and globalization, and in the midst of a theoretical debate about the possible and desirable limits of individual autonomy between ‘communitarians’ and liberals, political theorists are recognizing the importance of considering the demands of citizenship” (McKinnon/Hampsher-Monk 2000: 2).

¹³⁶ „Ähnlich wie in der bundesdeutschen Nachkriegspolitologie werden auch heute im Anschluss an die Civil-Society-Debatte und die Kommunitarismus-Diskussion bestimmte Bürgerqualitäten unter Begriffen wie civic virtue, politischer Tugend oder (Staats-)Bürgertugend eingeklagt [...] Demokratische Tugenden können als das Set an gemeinwohlorientierten Einstellungen gefasst werden, über die eine ausreichende Zahl an Bürgern einer Demokratie in ausreichender Weise verfügen muss. Ein Tugendkatalog für westliche liberal-demokratische Systeme setzt sich aus Tugenden, über die jedes Staatswesen verfügen muss, sowie Tugenden des Liberalismus, des Demokratismus und des

ff.) können solche Kompetenzen anhand von drei Kriterien unterschieden werden, nämlich in kognitive, prozedurale oder habituelle Eigenschaften. Diese können wie folgt charakterisiert werden:

- Kognitive Kompetenz: Voraussetzung ist ein gewisses Niveau an Wissen und Lernfähigkeit bzw. Lernbereitschaft hinsichtlich der institutionellen Ordnung des politischen Systems, dessen funktionale Zusammenhänge sowie seine weltpolitischen wie weltökonomischen Abhängigkeiten. Diese Dimension ist eine rein ‚wissensbasierte‘, die erfüllt sein muß, „damit sich ein politischer Akteur bei zunehmender funktionaler Differenzierung des Systems und komplexer werdenden Rahmenbedingungen verhalten kann“ (Buchstein 1996: 302).
- Prozedurale Kompetenz: Diese Dimension umschließt die Kenntnisse und Fertigkeiten eines politischen Akteurs, damit er die im Rahmen der institutionellen Ordnung vorhandenen Einflussmöglichkeiten und Partizipationschancen auch tatsächlich wahrnehmen kann, um die politischen Amtsinhaber beurteilen und eigene Ziele ‚innerhalb der Regeln des politischen Systems‘ verfolgen zu können (Buchstein 1996: 302).
- Habituelle Kompetenz: Habituelle Dispositionen bilden den eigentlichen Kern des Tugenddiskurses und meinen solche Fähigkeiten und Einstellungen, „die erforderlich sind, damit das als richtig Erkannte und verfahrenstechnisch Umsetzbare auch tatsächlich angestrebt und befördert wird“ (Münkler 1997: 157).¹³⁷

Sozialstaates zusammen“ (Buchstein 1996: 300, 303). Wie Putnam (1993) zeigte, gelten die Wohlfahrtsgewinne einer tugendhaft kooperierenden Gemeinschaft als empirisch bewiesen.

¹³⁷ „In welchem Maße sind die Bürger bereit, den mit den jeweiligen Bürgerrechten verbundenen Pflichten nachzukommen? Verteidigen sie die Einhaltung liberaler Grundrechte? Nehmen sie die Mühen politischer Partizipation auf sich? Bringen sie die zur Realisierung sozialer Rechte nötige Solidarität auf? [...] Kompetenzen des Bürgers, die folgende Eigenschaften haben: Sie sind gemeinsinnorientiert, affektiv verankert und handlungsmotivierend. Nur wenn alle drei Eigenschaften vorliegen, macht es Sinn, von Tugend zu sprechen“ (Buchstein 1997: 302).

Bürgerschaftliche Kompetenzen umfassen daher intellektuelle Fähigkeiten und, insbesondere mit dem Blick auf habituelle Kompetenzen, moralische Dispositionen, die es schwer machen Bürgertugenden formal zu definieren, um sie auf diesem Wege als Zugangsvoraussetzung zum Bürgerstatus rechtlich bindend zu machen¹³⁸. Obgleich, wie oben dargestellt, die Qualifikationen in eine feinere Diversifizierung des Bürgerschaftsstatus (wenn auch nicht in den im strengen Sinne formellen) einwirken, stellt sich weiterhin die Frage, ob der formelle Status mit den bürgerschaftlichen Qualifikationen zwingend verbunden oder von diesen entkoppelt ist. „Tatsächlich hat sich in der politischen Geschichte Europas und Nordamerikas der Zugang zum Bürgerstatus so entwickelt, als ob sie voneinander entkoppelt werden könnten bzw. auf Qualifikationsanforderungen an den Bürger verzichtet werden könnte, wenn entsprechende institutionelle Arrangements an deren Stelle treten“ (Münkler 1997: 158). Muss diese Entwicklung als sukzessiven Verzicht auf Qualifikationsanforderungen an den Bürger gewertet werden oder geht damit eine Entwicklung einher, die aufgrund institutioneller Veränderungen zu größerer persönlicher Freiheit führt? Argumente lassen sich in funktionalistischer und normativer Hinsicht diskutieren, nämlich (i) hinsichtlich institutioneller Arrangements, die fehlende bürgerschaftliche Kompetenz substituieren oder zumindest kompensieren sollte und (ii) des zugrundeliegenden Freiheitsbegriffs. Münkler führt dazu aus, dass – aus einem radikalen Blickwinkel heraus - die bürgerschaftlichen Kompetenzen selbst in Frage gestellt würden, da aufgrund der funktionalen Differenzierungen des Systems keine bürgerliche Tugend diesem mehr genügen könnte.¹³⁹ Die normative Debatte scheidet sich an der Unterscheidung in einen republikanischen bzw. liberalen Freiheitsbegriff, d.h. einem negativen und positiven im Sinne einer möglichst uneingeschränkten

¹³⁸ An dieser Stelle greifen die oben angesprochenen „kulturellen Differenzen“, die hier als langfristig angelegte Dispositionen im Sinne Bourdieus (1987) zu verstehen sind.

¹³⁹ „Dies ist insbesondere im Umkreis der Systemtheorie geltend gemacht worden; in dem die Funktionalität eines politischen Steuerungszentrums in Frage gestellt wurde, wurde auch die Frage nach der Kompetenz der darin Steuernden obsolet“ (Münkler 1997: 159).

Betätigung bzw. Freiheit als Selbstverfügung und Selbstbestimmung (ebd. 158). Es wird ersichtlich, dass die Frage nach der Kompensierbarkeit bzw. Substituierbarkeit bürgerlicher Tugenden erst dann eine unersetzliche Größe wird, wenn diese nicht durch institutionelle Arrangements des politischen Systems - und das heißt die Reduzierung ‚auf ein Objekt fürsorglicher Eliten‘ - aufgefangen bzw. substituiert werden können „und/oder im Hinblick auf die Bezeichnung eines Gemeinwesens als ‚freiheitlich verfaßt‘ ein hohes Maß an politischer Partizipation der Bürger eingefordert wird“ (ebd. 160). Letzteres setzt ein ausreichendes Maß an Informiertheit voraus, die sich aus politischer Öffentlichkeit speist. In der Restlosigkeit der Inanspruchnahme des Bürgers in der Öffentlichkeit (will sagen nicht nur der politischen), „die ihm nichts lässt an Intimität und Privatheit, auch an Geheimnis, was dem öffentlichen Blick prinzipiell und auf Dauer entzogen ist“ sieht Münkler die Bedrohung des kompetenten Bürgers (der nach Aristoteles immer einer ist, der regiert und regiert wird), da die Vermutung nahe läge, „dass vielleicht nicht so sehr kognitive und prozedurale, sicherlich aber habituelle Kompetenzen sich aus eben diesen der Öffentlichkeit entzogenen Räumen speist“ und aus einer habituellen Kompetenz eine reine Selbstdarstellung und Inszenierung würde (162/3).

Aus der am ökonomischen System orientierten Stoßrichtung speist sich Sieferles (1994) Krisendiagnose, die er in Globalisierungsverlierer und –gewinner unterscheidet. Einerseits seien die soziale Position und die daran geknüpfte Verhandlungsmacht der Globalisierungsverlierer von ihrer nationalstaatlich begrenzten und kontrollierten Ökonomie abhängig. „[Die] Nationalität oder Staatsangehörigkeit [der wenigen Globalisierungsgewinner] wird dabei eine immer geringere Bedeutung besitzen. Entscheidend ist lediglich das Ausmaß, in welchem der einzelne Spezialist Zugang zu den strategischen Entwicklungen der neuen Weltökonomie gewinnt, indem es ihm gelingt, neue Probleme zu identifizieren und Lösungen dafür anzubieten“ (199 - in Münkler 1997: 164). Als Folge dessen prognostiziert Sieferle, so Münkler,

„die Auflösung der homogenisierten Wohlstandszonen und die Entstehung einer neuen Klassengesellschaft, die sich jedoch von der alten fundamental unterscheidet. Es werde zu einer Separation von Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern kommen, der mit den Instrumenten des alten Nationalstaates nicht mehr beizukommen sei; obendrein gehöre die Loyalität der Globalisierungsgewinner nicht mehr ihren Mitbürgern, sondern dem Segment des globalen Netzwerks, in das sie eingebunden sind“ (Münkler 1997: 164).

Weiter ist zu klären, auf welche politischen und sozio-kulturellen Voraussetzungen sich die Suche nach dem kompetenten Bürger gründet. Nach Sieferles Prognose wäre eine ‚erfahrene‘ oder zumindest ‚vorgestellte‘ Gemeinschaft unterhalb der gesamten Menschheit zentral. Fazit von Sieferles Analyse ist, dass die verstärkt beobachtbaren Globalisierungsprozesse die Grundlagen einer klassischen Bürgervorstellung unterminieren.¹⁴⁰ Dadurch würden keinesfalls politische und moralische Loyalitäten bis auf universelle Reichweiten gedehnt, vielmehr würde Gebiet und Herkunft durch eine neue Eigentümlichkeit beruflicher und geschäftlicher netzwerkartiger Verbindungen ersetzt, was zu einer Bedeutungsverlagerung hinsichtlich dem Entstehen bzw. der Verfestigung multipler Identitäten und Loyalitäten führen könnte, wobei hierbei die genuin politische Qualität der Mitgliedschaft berührt wäre. „Die Netzwerkbeziehung nämlich übergreift [...] die unterschiedlichen ökonomischen Bezüge und sozialen Positionierungen der Mitglieder nicht mehr, sondern ist mit ihnen weithin identisch. Dagegen ist bürgerschaftliche

¹⁴⁰ Dies scheint auch für die normativ-politische Idee des Bürgers zu gelten, wenn Gebhardt (1996) anmerkt, dass „die Auswirkungen der emergenten globalen Wirtschafts- und Kommunikationsgesellschaft die nationale politische Einheit derart relativiert, dass die im Begriff der ‚citizenship‘ gebündelten zivilbürgerlichen, politischen und sozialen Rechte ihre nationale Legitimationsbasis verlieren: Der Bürger verwandelt sich zu einem universalistischen individuellen Rechtssubjekt, die bürgerliche Identität löst sich in eine durch die Menschenrechte ausgewiesene postnationale oder supranationale Identität auf“ (353/4). Oder aber Soysal (1994), wenn sie von einem supranationalen Diskurs ausgeht: „The same human rights and privileges of a proper citizenry have now attained a new meaning and have become globally sanction norms and components of a supranational discourse. It is within this new universalistic discourse that the individual, as an abstract, human person, supplants the national citizen“ (164).

Kompetenz gerade keine berufsbezogene Spezialisierung, und zu ihren wichtigsten Elementen gehört die Fähigkeit, sozio-ökonomische Besonderungen zu übergreifen“ (Münkler 1997: 165).

Es sind aber gerade nicht die funktionalen Partikularitäten und spezifischen Tätigkeiten oder die mit ihr verbundenen Interessenvertretungen, die einen Bürger definieren, sondern eine diese Tätigkeiten überspannende Gemeinsamkeit, nämlich die Politische, die staatsbürgerlich zugesicherte Gleichheit und Freiheit, aus denen sich die Handlungsmacht der Bürger speist. Nach Sieferles Variante einer funktionalen Ausdifferenzierung dürfte es den Bürger demnach nicht mehr geben, sondern nur noch Spezialisten für bestimmte Tätigkeiten und Aufgaben; Münklers Prognose folgend würde kein bewusster Zusammenhang mehr zwischen diesen Spezialisten hergestellt, sondern dieser würde aus dem selbstläufig-unkontrollierbaren Zusammenspiel der Teile resultieren (166). Die spezifische und einzigartige Rolle des Bürgers ist demnach die, den Zusammenhang des Ganzen herzustellen, ihn zu überwachen - seine genuine Kompetenz bestünde in der Fähigkeit und Bereitschaft, den damit verbundenen Anforderungen zu genügen (ebd.). Folglich kann behauptet werden, dass die Debatte über den Verlust des Politischen gleichfalls eine Debatte über den Verlust des Bürgers, des Staatsbürgers ist.¹⁴¹ Kommunitaristische Kritiker der Individualisierungstendenzen sehen diese als Interventionschance, die ein menschliches Bedürfnis in der wechselseitigen Bezogenheit und Anerkennung ausmachen, die menschliche Identität erst ermögliche. Schon Tocqueville betonte lokale

¹⁴¹ Was also wird aus dem Bürger vor dem Hintergrund der Individualisierungs- und Globalisierungsprozesse: „Entgegen den ursprünglich mit ihnen verbundenen Erwartungen führen sie weder zu einer Steigerung noch zu einer Ausweitung menschlicher Selbstverfügung und Handlungsmächtigkeit, sondern lassen den Menschen zunehmend zum Objekt für ihn undurchschaubarer und unkontrollierbarer Prozesse werden. [...] Der Vorgänge, die beobachtet und beschrieben werden, können die Menschen nicht mehr Herr werden. Das aber gerade ist das definitive Charakteristikum des Bürgers, zumal des kompetenten Bürgers: dass er der Herr seiner Geschichte ist. Hier wird neben vielen anderen auch die Vorstellung vom Bürger in ihrer Gänze verabschiedet“ (Münkler 1997: 166/7).

Partizipation als wirksamen Generator nationalen Patriotismus, die auch Kommunitaristen im Sinne lokaler Selbstverwaltung fordern, wenn sie – orientiert an den kleinräumig-überschaubarer Strukturen der antiken wie spätmittelalterlichen Stadtrepubliken – die Vorzüge persönlicher Bekanntschaft der Bürger untereinander betonen (zivilgesellschaftliche Trends), anstatt die Zukunft des Bürgers auf der Ebene weltgesellschaftlicher Makrotrends zu verorten. Doch die Effekte¹⁴² von Partizipation sind nicht bloß auf die Herstellung nationalen Patriotismus beschränkt, sondern können dem ‚modernen Staatsbürger‘ zugleich Verantwortung und Einfluß sichtbar machen, die zu einem Wandel politischer Werte und Einstellungen führen könnten, den Helmut Klages folgendermaßen resümiert: „Der vom Wertewandel geprägte Bürger ist – als relativ rationaler Wechselwähler – nicht unpolitisch. Sein vergleichsweise großes politisches Interesse hat mit dem >heroischen Interesse< am Allgemeinen, das der Staatsbürger der klassischen Demokratietheorie entwickelt, wenig zu tun. Der >schwieriger< gewordene Bürger bewertet Politik und Verwaltung mit vergleichsweise großer Aufmerksamkeit nach ihren Leistungen – so, wie sie von ihm wahrgenommen werden. Er honoriert dabei nicht die mehr oder weniger willkürlich gezogenen Trennlinien zwischen >öffentlichen< und >privaten< Leistungen. Vielmehr verwendet er seinen Erwartungen und Wünschen entgegenkommende Leistungen des Privatsektors mit wachsendem Selbstbewusstsein als Maßstab auch für die Bewertung des öffentlichen Sektors“ (1996: 246; auch Klages 2000). Das wiederum bedeutet, es müssten Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, die einer aktiven Staatsbürgerschaft das ‚Ausleben‘ ihrer bürgerschaftlichen Kompetenzen ermöglichte, denn „[d]ieser >schwierige Bürger< ist durchaus bereit, in der Politik Mitverantwortung zu übernehmen. Er will aber auch hierbei Subjekt des Handelns sein. Dies bedeutet, dass er in Dingen, die ihn persönlich angehen gefragt werden will,

¹⁴² „Many people are motivated to participate because they are committed to certain values and goals, such as desire for greater control over an uncertain future; or to improve public policy decision-making, the world, or one’s community; or because of recognition of the importance of addressing declining civic relationships and the desire to develop more effective means of working together“ (Beaumont 2002: 24).

dass er insbesondere in Bereichen, wo er sich betroffen fühlt, auch ungefragt die eigene Meinung einbringen kann. Dies bedeutet auch, dass er keine formalisierten, aktiv oder passiv Hierarchiezwänge aufrötigenden Mitgliedschaftsrollen auf Dauer übernehmen möchte, dass er vielmehr das starke Bedürfnis empfindet, bei möglichst vollständiger Transparenz des Vorgangs, spontan, problembezogen und restriktionsfrei agieren und sein Engagement jederzeit aus einem Entschluß zurücknehmen zu können, sobald der aktuelle Anlaß in den Hintergrund rückt“ (ebd.).

4.6 Rechte und Anrechte

Die Idee, dass Staatsbürgerschaft ein Wert an sich sein kann, der einem Individuum ‚Chancen‘ bietet, die es andernfalls nicht ausleben könnte, ist die zugrundeliegende Annahme zwischen Rechtsansprüchen (entitlements) und rechtlichen Bestimmungen (provisions), die Dahrendorf vorschlug und die wir bereits als fehlende Unterscheidung in Marshalls Typologie aufdeckten (1992: 22 ff.; Dahrendorf 1994). Rechtsansprüche bieten dem Individuum eine normative Berechtigung an Gütern (politische, rechtliche, finanzielle, religiöse, kulturelle, etc.), während rechtliche Bestimmungen wiederum materielle und immaterielle Güter meint, die Individuen anstreben. Der Konflikt über die adäquate Struktur des liberalen Wohlfahrtsstaates behandelt daher meist die Frage, ob die Erweiterung von Rechtsansprüchen auf der Grundlage von Gesetzen notwendigerweise die Verminderung rechtlicher Bestimmungen zur Folge hat oder ob, im Umkehrschluss, die Zunahme der Versorgung mit Dienstleistungen nur dann erzielt werden kann, wenn Rechtsansprüche verringert würden (Kymlicka/Norman 1995). Bedeutend ist die Unterscheidung in ‚entitlements vs. provisions‘ für das Konzept der Staatsbürgerschaft deshalb, weil aufgrund des speziellen Status jeder ‚Inhaber‘ den Zugang zu beidem gleichermaßen zusteht; Staatsbürgerschaft ist somit ein Recht auf Rechtsanspruch sowie die Befriedigung aus Bestimmungen.

5. Territoriale Aspekte der Staatsbürgerschaft: 'Multilayered Citizenship' oder doch nationale Staatsbürgerschaft

„Developmentally speaking, I think it is clear unless people experience some kind of dysfunctional trauma, it is natural for them to move from an initial childish egocentric orientation to social life up to an ethnocentric orientation that makes true community life possible. Ethnocentrism refers to the social backbone of deep emotional commitment that helps people with a shared language and ethnic heritage feel a sense of solidarity in their homogeneous nation state. [...] To foster commitment between heterogeneous strangers, citizens will need to transcend the traditional ethnocentric world view and adopt some kind of post-conventional identity” (Cooper 1997: 241).

5.1 Identitäten und Symbole

Wie der Rückgriff in Kapitel 2 auf die antiken Formen des Begriffs der Staatsbürgerschaft zeigt, entwickelt sich dieser von einer starken territorialen Bindung der polis als Stadt-Staat in Griechenland über eine territoriale Konstruktion des römischen Reiches bis hin zu einer abstrakten Formulierung der Idee des Nationalstaates mit unterschiedlichen Formen der Partizipation seiner Bürger.

Die Grundlage des ursprünglichen Verständnisses von Staatsbürgerschaft und den damit verbundenen Möglichkeiten der Partizipation ist eng an die materielle Grundlage und militärische Ausrichtung gebunden. Die Teilhabe an der Gemeinschaft wird zunächst über die materielle Ausstattung ihrer Mitglieder, insbesondere anhand ihrer militärischen Ausstattung geregelt (Kapitel 2.1.3). Die Möglichkeit der Teilhabe konstruiert sich über ökonomisch-materielle Bedingungen, die in veränderter Form, nicht mehr so deutlich sichtbar, bis in die Bürgergesellschaft der ständisch organisierten Städte des Mittelalters bestand hat (Kapitel 2.1.4). Die

rein materielle Grundordnung, welche die verschiedenen Formen Partizipation zulässt, weicht im Laufe der Zeit einer abstrakteren Form von Grundlagen der Beteiligung. Aufgabe der Kapitel 2.1.3 und 2.1.4 war es nicht, einen historischen Abriss zu liefern, sondern für die Problematik des Citizenship in der modernen Diskussion eine Grundlage des Begriffs selber zu liefern. Die zunehmende Abstrahierung des Begriffes, von seiner dinglichen Seins-Bedeutung über die verschiedenen Abstraktionsstufen des theoretischen Konstrukts der Bürgergesellschaft weisen den Weg zu zwei Formen der Analyse. Zum einen zeigt sich in modernen Gesellschaften, die sich nicht mehr über Stände oder andere Formen der direkten Partizipation konstituieren – eine Begriffsdefinition, die also das Beteiligen und das direkte Handeln in einer gewissen Form der Gleichzeitigkeit verstehen – neben der funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft ein zunehmendes Maß an Distanz zwischen der Form der Beteiligung und dem Handeln selbst – soll heißen: die Partizipation transformiert sich im Wandel der Gesellschaft von einer handelnden Teilhabe in den Frühformen zu einer kommunikativen in den modernen Gesellschaften (Habermas 1992: 649). Zum anderen beschreibt die Transformation nicht alleine eine funktionale Differenzierung – wie sie im Sinne von Luhman weiter unten noch ausgeführt wird, sondern auch eine zunehmende Abstraktion des dinglich-materiellen in ein symbolisches Verständnis von Staatsbürgerschaft. Die Genese der Staatsbürgerschaft als Teil von Kultur verliert im Zuge der Modernisierung von Gesellschaft seinen direkt zugänglichen Charakter und entwickelt eine abstrakte Form der Teilhabe durch Veränderung seiner Sinnstrukturen. Im Sinne Cassierers stellen die ersten Formen der Bürgerschaft in der griechischen polis ein Staatsform dar, deren Funktion in der symbolischen Bündelung von notwendigen Handlungen gegenüber der Umwelt zu verstehen ist: die polis gibt der Zusammenkunft der Handlungsträger einen Namen:

„Das Prinzip des Symbolischen mit seiner Universalität, seiner allgemeinen Gültigkeit und Anwendbarkeit ist das Zauberwort, das 'Sesam, öffne dich!', das den Zugang zur

menschlichen Welt, zur Welt der menschlichen Kultur, gewährt“
(Cassierer: 2007: 63).

Die Formgebung der polis ermöglicht als Symbol die Genese des Politischen. Die Bewusstwerdung des politischen Handelns durch die Benennung ist nach Cassierer der Schlüssel für die weitere Entwicklung des Politischen, bzw. der politischen Kultur. Ohne Cassierer an dieser Stelle vertiefen zu wollen, die Symboltheorie bietet gegenüber der Diskussion zur Staatsbürgerschaft nur begrenzten Zugang, ist jedoch von Bedeutung, da die Symbolik mit dem Benennen des Handelns als Politisches den Grundstein für eine Form des bewussten Staatsbürgers legt. Die Politik und die Formen der Partizipation selbst verändern sich im Laufe der Zeit, werden abstrakter, wobei der Symbolgehalt erhalten bleibt. Die Kennzeichnung moderner Gesellschaften mit der Ausdifferenzierung¹⁴³ (Habermas 1992; Hirsch 2007; Lange 2003) zu polykontextualen Subsystemen bedeutet die Abstraktion von der substantiell geprägten und territorial orientierten (polis) Bürgerschaft zu einer über institutionalisierten Organisationen repräsentierten symbolischen Gesellschaft. Die Genese des materiell-substantiellen zu einer symbolischen Sinn-Konstruktion entspricht im übertragenen Sinne etwa dem Verlust des materiellen Substrates von Geld als wertvolles Tauschmittel hin zu einer abstrakten (bargeldlosen) symbolischen Form des Tausches (Krois 1986: 442). Entsprechend dieser Äquivalenz der Sinnzuweisung auf den symbolischen Charakter reduzieren die funktionalen Systeme auf einen kontextualen Zugang.

Damit geht ein Verlust der repräsentativen Ausstattung der jeweiligen Systeme einher: die personale Repräsentanz und damit Identifikationsmöglichkeit für Teilhabe an dem System tritt zurück (Lange 2003: 160f) und ist

¹⁴³ Lange (2003: 153f) beschreibt polykontextuale Subsysteme im Sinne Luhmans als Teilsysteme der modernen Gesellschaft, die ohne lebensweltlichen Restbestand im Primat der funktionalen Differenzierung aufgehen.

im empirischen Sinne nur noch rudimentär anzutreffen, wobei die „Repräsentanten“ nicht mehr für das Ganze stehen. Repräsentation gehört, so Lange (2003), „[...] dem Differenzierungsprinzip, fast möchte man sagen: dem ancien régime, der stratifizierten Gesellschaft an, wo es zunächst die Adelshäuser und dann zunehmend die politischen Eliten des Bürgertums oder in nichtparlamentarischen Regierungsformen charismatische Führer bzw. das kollektive Führungsgremium von Einheitsparteien ausübten. In der funktional voll ausdifferenzierten Gesellschaft kann es eine wie auch immer geartete Repräsentation des Ganzen durch einen Teil nicht mehr geben. Zwar gibt es noch aus Tradition und Schichtung gewachsene (Königshäuser, Adelsfamilien) sowie selbstermächtigte (Berufspolitiker, Künstler, Wissenschaftlerinnen zwischen auch: Wirtschaftsführer) Repräsentationsansprüche in der Gesellschaft. Solche Ansprüche bleiben aber Autosuggestion der vermeintlichen Repräsentanten und des ihnen geneigten Publikums, denn alleine die Pluralität der heutigen Repräsentationsansprüche beweist die Nicht-Identität und Non-Repräsentabilität der Gesellschaft als Ganzer“ (160 ff.).

Lange führt dazu weiter aus, dass Funktionssysteme wertfreie Systeme seien, denen zunächst integrative „moralische“ Leitcodierungen fehlen (ebd. 161). Die Repräsentanten des jeweiligen Systems verweisen auf das jeweilige Verständnis des Systems, die Funktionsweise des Systems selbst verbleibt ohne Handlungsmoral. Die Frage, die sich hier stellt, ist die nach dem Sinn und den Sinnstrukturen von Systemen, welche selbst nicht mehr über geeignete Repräsentanten verfügen und als ursprünglich wahrgenommenes Handlungssystem mit der Möglichkeit der (materiell begründeten) Partizipation nur noch über symbolischen Charakter verfügt: Wie kommt das Politische in politische Systeme¹⁴⁴.

¹⁴⁴ Hirsch (2007: 51) führt hierzu aus, dass nach Luhmann das Politische sich in den Systemen durch eine operational-entscheidungstechnische und eine symbolisch-sinnkonstruierte Ebene konstituiert; die Legitimation des Politischen erfolgt durch das

„Es geht nicht mehr vom Großsubjekt eines gemeinschaftlichen Ganzen aus, sondern von anonym verzahnten Diskursen. Es schiebt den demokratischen Verfahren und der Infrastruktur einer aus spontanen Quellen gespeisten politischen Öffentlichkeit die Hauptlast der normativen Erwartung zu. Von der Masse der Bevölkerung können die politischen Teilnahmerechte heute nur noch im Sinne der Integration in und der Einflußnahme auf einen informellen, im ganzen nicht organisierbaren, vielmehr von einer liberalen egalitären politischen Kultur getragenen Kreislauf öffentlicher Kommunikation wahrgenommen werden. Zugleich müssten die Beratungen in den beschlußfassenden Körperschaften gleichsam porös bleiben für Themen, Wertorientierungen, Beiträge und Programme, die ihnen aus einer nicht-vermachten politischen Öffentlichkeit zufließen. Nur wenn ein solches Zusammenspiel zwischen der institutionalisierten Meinungs- und Willensbildung einerseits und den informellen öffentlichen Kommunikationen andererseits zustande käme, könnte Staatsbürgerschaft auch heute noch mehr bedeuten als die Aggregation vorpolitischer Einzelinteressen und den passiven Genuß paternalistisch verliehener Rechte“ (Habermas 1992: 649).

Habermas (1992) bündelt die Problematik, die sich aus der Ausdifferenzierung funktionaler Teilsysteme ergibt. Die (politischen) Systeme bedürfen in seinem Sinn einer Kommunikation, die über das bloße Symbolische hinausgeht. Die Verankerung von Werten innerhalb der Systeme, entgegen der reinen funktionalen Betrachtung: „Im Zug der Entwicklung von modernen politischen Systemen tritt die spezifische Funktion von Politik für die Gesamtgesellschaft immer deutlicher hervor. Sie ist es, die machtbasierend in der Lage ist, für die Gesamtgesellschaft verbindliche Entscheidungen zu treffen und auch durchzusetzen. Dabei bedient sie sich vordringlich der

Systemvertrauen der Staatsbürger. Die Systeme selbst, im Sinne von Kommunikation, generieren nicht politische Entscheidungen, sondern stellen sie nach außen dar. „Wenn der Sinn von politisch erzeugten Rechtsnormen aber prinzipiell mehr in seinem öffentlichen Symbolcharakter als in seinem rechtlichen Bindungswert liegt, dann wird unter dieser Prämisse notwendig zur Rechtfertigung von Ideologien.“ (ebd.: 52)

ökonomischen und juristischen Medien Geld und Recht, die aber hier immer in Bezug zur Macht gesetzt werden¹⁴⁵ (Hofmann 2007: 33).

Die Konzeption des Politischen artikuliert sich demzufolge weniger in symbolischem, repräsentativem Handeln, sondern setzt ihren normativen Charakter durch die Medien der Ökonomie durch. Die Partizipation an Politik erfolgt nicht direkt, sondern reglementiert durch eben dieses Medium, sodass soziale Bewegungen und politische Ideen als Gruppen und weniger als Individuen Teilhabe erlangen (Melucci 1995). Die Teilhaberschaft am Politischen, so Dahrendorf (2000), reduziert sich durch die indirekte Form und geringe Fähigkeit des Einzelnen als Akteur des Politischen selbst auf die Ausgestaltung von Mandaten, die repräsentativ wirken¹⁴⁶, wodurch entgegen obiger Annahme Symbolisches wiederum an Bedeutung gewinnt: Als Kristallisationspunkt von Gruppenidentitäten. Das Politische generiert zum Instrumentellen der Norm, vermittelt durch das Symbolische¹⁴⁷ (Hofmann 2007).

Die einfache regionale oder territoriale Zurechnung eines Individuums zu einem Kollektiv als Staatsbürger oder Individuum mit Bürgerrechten, also das Gewähren von Residenzrecht und ökonomischer, rechtlicher Gleich-

¹⁴⁵ „Nach der Herausbildung der Demokratie hat die basale Dualität von Macht, die sich in Machthaben/Nichtmachthaben bestimmen lässt, eine institutionelle Struktur erhalten [...]“ (Hofmann 2007: 33):

¹⁴⁶ Am Beispiel der Schweiz erläutert Dahrendorf (2000: 143) die Möglichkeiten direkter politischer Partizipation und dem Spannungsfeld des tatsächlichen politischen Handelns, welches auch in der Schweiz wiederum Mandatsträgern vorbehalten bleibt.

¹⁴⁷ So bleibt auch eine Verfassung eine symbolische Identifikation des politisch-normativen Handelns: „Die symbolische Dimension einer Verfassung beruht also darauf, dass sich alle Bürger und Bürgerinnen jeweils selbst und wechselseitig mit der Verfassung als ihrer gemeinsamen Ordnungsidee identifizieren. Aufgrund ihrer Kontextgebundenheit sind die durch Verfassung symbolisierten Ordnungsideen unterschiedlich, weshalb mit einer Verfassung auch immer die Ordnungs- und Sinngehalte einer politischen Kultur zum Ausdruck kommen. Die Transformation des genetischen Vorrangs des Verfassungsgebers in den normativen Vorrang der Verfassung bleibt solange unproblematisch, wie sich der Verfassungsgeber durch die Verfassung symbolisiert sieht. [...] Das 'Instrument' Verfassung verliert deshalb an normativer Kraft, sobald diese Identifikationsfunktion nicht mehr ausgeübt wird.“ (Brodcz 2002: 103)

stellung genügt nicht der Schaffung von kollektiver Identität¹⁴⁸ ohne den symbolischen Charakter der Zugehörigkeit durch die staatsrechtliche Gleichheit¹⁴⁹ (Nassehi, Schroer 2000: 45).

Der Begriff der kollektiven Identität¹⁵⁰ selbst ist nicht einheitlich zu fassen. Allen Ansätzen gemeinsam ist jedoch die Annahme eines Wir-Gefühls innerhalb des Kollektivs, eines vom Subjekt ausgehenden Zugehörigkeitsgefühls zu einer Gruppe mit spezifischen Mustern der Mitgliedschaft (Kaelble/Kirsch/Schmidt-Gernig 2002: 15; Kohli 2002). Im Grunde gehört jedes Individuum einer oder mehrerer Gruppen an, denen es sich zugehörig fühlt, seien es natürliche Gruppen wie Familie oder definitorische wie Klassen, Schichten, bzw. organisatorische wie Institutionen.

¹⁴⁸ Nassehi und Schroer (2000) verstehen darunter jedoch, dass die Gewährung von Staatsbürgerschaft eine kollektive Identität schaffen kann, jedoch nicht muss.

¹⁴⁹ So stehen legal im Lande lebenden „Ausländern“ nahezu alle Rechte zu. Soziale Rechte im vollen Umfang; politische Rechte in geringerem Maße (Holz 2001: 69f): „Da die Architektur des Grundgesetzes durch die Idee der Menschenrechte bestimmt ist, genießen alle Einwohner den Schutz der Verfassung. [...] Die große Zahl der angehörigkeitsneutralen Gesetze relativiert die tatsächliche Bedeutung der fehlenden Staatsangehörigkeit. Die menschenrechtliche Komponente der Staatsbürgerschaft wird durch supranationale Rechte, insbesondere durch das Europäische Bürgerrecht, sogar im Hinblick auf den Kern der politischen Gestaltungsmöglichkeit verstärkt.“ (Habermas 1992: 653).

¹⁵⁰ Die kollektive Identität einer Gruppe ist hier von der Gruppenidentität 'sozialer Bewegungen' abzugrenzen. Melucci (1995) unterscheidet drei Kriterien, die zur Beschreibung von sozialen Bewegungen notwendig sind: 1. Die Solidarität der Akteure untereinander im Verständnis einer sozialen Einheit; 2. Präsenz eines Konfliktes. Verschiedene Akteure konkurrieren um Ressourcen innerhalb der Gesellschaft; 3. Die Überschreitung von Grenzen der Verträglichkeit. Hierunter versteht Melucci die Überschreitung des Toleranzlimits der Gesellschaft. Im Gegensatz dazu definiert die Inklusion-Exklusion-Bedingung von kollektiver Identität über das 'Wir' eine Gruppe, dies auch unabhängig eines 'sozialen Konfliktes' und einer 'Grenzüberschreitung'. Wie eng die Grenzen von sozialen Bewegungen zu Gruppen im hier verstandenen Sinn sind, referiert Hellmann (1999) über die verschiedenen Ansätze der Bewegungsforschung. Die verschiedenen definitorischen Ansätze, die im wesentlichen den drei Kriterien von Melucci entsprechen, verweisen auf die Möglichkeit, dass soziale Bewegungen die Grundlage für Systemveränderung sein können, jedoch nicht der Idee von kollektiver Identität von Gruppen entsprechen müssen: Soziale Bewegungen können für Bürgerrechte eintreten.

- „(i) self-organization to gain a sense of collective empowerment and experience;
- (ii) voicing group analysis of how policies affect them, putting forth their own proposals in arenas where these must be taken seriously;
- (iii) veto power regarding policies that affect them directly” (Isin/Wood 1999: 43).

Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe definiert sich weniger durch die Inklusion als eher durch die Exklusion, die Differenz zu Anderen, über welche die eigene Konstruktion der Zugehörigkeit eines Subjektes zu einer Gruppe erfolgt (Kohli 2002; Kaelble, Kirsch, Schmidt-Gernig 2002). Die eigene Identität des Subjektes ist die Grundvoraussetzung für kollektive Identitäten, die wiederum den Bezugsrahmen für das Handeln des Individuums bildet:

„Was für die Annahme von Identität als Voraussetzung des individuellen Handelns gilt, trifft auch für die Konstitution des kollektiven Handelns zu. Kollektives Handeln kann sich nicht bloß als die zufällige und zerbrechliche Übereinstimmung individueller Interessen begreifen, sondern der Verankerung in einem kulturellen Bezugsrahmen, der über diese momentane Übereinstimmung hinausreicht und beim Handeln vorausgesetzt wird“ (Giesen 2002: 68).

Giesen verweist hier auf sozio-kulturelle Kontexte, die, bestimmt durch Sozialisation des Individuums und Geschichte des Kollektivs, (politisches) Handeln konstituieren und eine öffentliche Kommunikation ermöglicht (ebd.). Öffentliche Kommunikation ist auch immer politische Kommunikation, kollektive Identität ist somit immer auch politische Identität; die politische Identität, so Giesen (2002), benötigt zur ihrer Legitimierung ihres Handelns ein Außen – absolute Ansprüche wie göttliche Gefolgschaft (oder Gründungsmythen, Legenden oder Schicksalsgemeinschaften (Hellmann 1999: 100)) gehört ebenso zu dieser Argumentationsreihe wie die Legitimation des

Politischen durch avangadistische Ansprüche einer besseren Gesellschaft – wie es Formen des Symbolischen – Erinnerungsgesellschaft und deren Repräsentanz wie Denkmäler, Feiertage und Ähnliches (Kohli 2002: 119, Vorländer 2002: 21, Hellmann 1999: 100) – durch ihre Präsenz schaffen und die Gruppe bindet.

Während für die in diesem Zusammenhang angeführten Sozialen Bewegungen (Frauenrechte, Ökologie, Frieden und ähnliche Bewegungen) neben einer Affinität des Subjekts eine Handlungsbereitschaft desselben erforderlich ist und die Beteiligung an einer Bewegung mit einem individuellen Mehrwert verbunden ist (Melucci 1995), kann die hier gemeinte Identifikation mit einer Gruppe auch ohne Formen einer aktiven Partizipation erfolgen.

Da die Identifikation mit einer Gruppe als kollektive Identität sich im wesentlichen über den symbolischen Kern konstituiert, lässt die Möglichkeit einer Identitätsbindung durch regionale Bezüge ebenso zu, wie durch Verfassung oder durch ökonomische Bezüge, sodass in modernen pluralistischen Gesellschaften fragmentierte Identitäten vorzufinden sind (Kohli 2002: 113), wodurch sich „Inklusionsformen ökonomischer und rechtlicher Art, aber auch biographischer Strukturbildung und primäre Sozialisationsprozesse vom Mechanismus der Staatsangehörigkeit abgekoppelt [hat]“ (Nassehi, Schroer 2000: 46). Miller (2000: 67, auch Kohli 2002: 113; Nassehi, Schroer 2000: 43f), in Hinblick auf ethnische Gruppen, formuliert die Dimension multipler Identitäten, dass

„it is no longer enough to be awarded respect by fellow-members of one's group. On the other hand, the recognition sought is recognition qua citizen, not recognition qua group member, and this is what distinguishes the quest for inclusion from the politics of identity that I have been discussing. The claim is, roughly, 'I may be a Catholic, a woman, a homosexual, etc. but I'm also a (British) citizen, and as loyal and valuable a citizen as you are'“.

Miller spricht im Zusammenhang der fragmentierten Identität die Problematik der Loyalität insgesamt an. Wesentliche Instrumente, welche die Integration der einzelnen Individuen, auch in ihren verschiedenen Zusammenhängen in eine nationalstaatliche Gemeinschaft ermöglichen und unterstützen, sind vor allem in der Gewährung bzw. Wahrnehmung von bestimmten Rechten und Pflichten zu sehen. In der Vergangenheit orientierte sich das nationale Citizenship-Konzept dabei im wesentlichen an einer Unterteilung der staatsbürgerlichen Rechte in civil, political und social rights.¹⁵¹ Inwieweit dieses von Marshall in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts entwickelte klassische Modell polyzentrischen Gesellschaften noch gerecht wird, oder ob damit wird im Kontext von Globalisierung und Ausdifferenzierung von Politik die Frage aufgeworfen, dass die Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat in einer polyzentrischen Gesellschaft nicht obsolet ist. Die Identität eines Individuums durch verschiedene Gruppen ist unabhängig von der Bindung an einen Nationalstaat (Wiener 1996 [1]: 491. Das sich daraus ergebende Dilemma ist die Notwendigkeit eines Staates als Akteur, der Mitgliedschafts- und Partizipationsräume schafft, und damit den normativen Rahmen für unterschiedliche Gruppen bildet (Nassehi, Schroer 2000):

„Wie läßt sich ein Mechanismus denken, der die Integrität eines politischen (=staatlichen) Raums verbürgt, in dem die Bindekräfte des Nationalen per se nicht mehr vorausgesetzt werden können (oder sollen)?“ (Nassehi, Schroer 2000: 49f).

¹⁵¹ Lara (2002: 209) führt hierzu aus: „The extraordinary, original perspective that Marshall offers us is to conceive the idea of citizenship and rights as a process of disaggregation, that is, that rights of person qua persons in a democratic context evolve in civil, political, and social dimensions. In my opinion, Marshall provides an innovative space for the consideration of an even greater specification of right, for he conceives democracy as a process, an evolution – a possible space for normative corrections – that can be filled with newly socially accepted rights for citizens. The separation or disaggregation of rights could be reframed in my argument as an open space for new meanings that depend on how society conceives of the need for social integration and institutional transformation“.

5.2 Staatsbürgerschaft und Nationalstaat

Eine Nation als primordialer und damit präpolitischer Zusammenschluss baut auf einer exklusiven Identitäts- und Homogenitätsvoraussetzung auf: Auf der Basis geteilter Abstammung, Kultur, Religion oder Ethnizität wäre sie unvereinbar mit dem Gedanken der Staatsbürgerschaft. Sie ist das Element, aufgrund dessen Wesensmerkmal die quasi 'natürliche Gemeinschaftszugehörigkeit' wie Familie oder Ethnik transzendieren kann.¹⁵² Wie Fuchs (2000: 221) darlegt, hat

„Die Geschichte der westeuropäischen Nationalstaaten [...] gezeigt, dass die Herausbildung des Staates in den meisten Ländern der Herausbildung der Nation vorausging und der Staat [...] in Gestalt einer zentralisierten Herrschaftsinstanz, eines umgrenzten Territoriums und seiner Aktivitäten die Identität der Nation stark prägte.“

Wiener (1996 [1]: 490) arbeitet drei wesentliche Dimensionen der Staatsbürgerschaft in einem Staat heraus, die sich innerhalb der historischen Genese von Nationalstaaten gebildet haben. Die Dimensionen umfassen das Recht, die Beziehung des Individuums zum Staat selbst, der Zugang als Aspekt der Partizipation sowie, wie oben bereits beschrieben, die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft als Merkmal von Identität. Zugehörigkeit und Zugang stellen jeweils eine dynamische Dimension dar, die temporär variabel sich veränderten Bedingungen wie Ausdifferenzierung von Sozialsystemen auf der einen Seite, aber auch Wanderungsbewegungen (Zuwanderung in einen Kulturraum) als kulturelle Veränderung mit einer Vielschichtigkeit von neuen Identitätsbezügen. Während die soziale und kulturelle Integration von Migrant*innen im wesentlichen gut verläuft (Nessehi,

¹⁵² Preuss (1997: 260): „Das besondere Wesensmerkmal der Staatsbürgerschaft liegt in der Fähigkeit, das Individuum über die Grenzen seiner 'natürlichen' Zugehörigkeit zu Familie, Sippe, Stamm oder ethnische Gemeinschaft hinauszutragen und ihm eine Gemeinschaft zu ermöglichen, in der auch Außenstehende Mitglieder werden können.“

Schroer 2000; Wiener 1996 [1]; Miller 2000, Holz 2001), stehen der rechtlichen, also der vollen staatsbürgerlichen Integration Mängel gegenüber. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft mit ihrer „neuen Unübersichtlichkeit“ und der damit verbundenen Unmöglichkeit der direkten politischen Partizipation in größeren gesellschaftlichen Bezügen entspricht auf der empirischen Ebene der theoretischen Annahme fragmentierter, polyzentrischer Identitäten. Die Erweiterung des Raums auf eine europäische Partizipationsmöglichkeit, zumindest von der Idee eines Europa aus gedacht, sowie die Zuwanderung von Migranten mit einer gewissen Form von Distanz zur Kultur des Einwanderungslandes ergibt sich für Individuen die Notwendigkeit einer kleinräumigen, überschaubaren Identifikationsmöglichkeit: Sei es die kleinräumige Orientierung, die Entlastung und Übersichtlichkeit verschafft oder die Orientierung mit kulturell verbundenen Communities, so dass ein Individuum an der Gesamtgesellschaft nur partiell inkludiert ist. Die Fragmentierung der Identität erfolgt also nicht alleine durch die Differenzierung und Abstraktion des politischen Raums als Theorie, sondern ebenso in der Praxis durch den Verlust der ‚face-to-face‘ Interaktion¹⁵³ (polis-Konzept). In der Diskussion um Staatsbürgerschaftskonzepte sind daher neben der theoretischen Debatte ebenfalls sozialpsychologische Aspekte zu berücksichtigen, die politische Praxis des Individuums überhaupt erst ermöglichen.¹⁵⁴

Für die politische Bedeutung von Nation steht hingegen der Repräsentationsgedanke. Es ist notwendig, dass die Mitglieder dieser Gemeinschaft 'unter gemeinsamen Recht leben' und in gemeinsame Institutionen eingebunden sind (Preuss 1997: 255). Grenzziehungen als Inklusions- und Exklusions-Kriterien werden anhand des Staatsangehörig-

¹⁵³ In der Diskussion zur Staatsbürgerschaft lenkt Ralf Dahrendorf (2000) den Blick auf Formen der direkten Demokratie der Schweiz, die jedoch auch nur funktionieren, da die politischen Bezüge und die Formen der Partizipation in räumlich übersichtlichen Dimensionen verlaufe.

¹⁵⁴ Diese sind zum Teil bereits in der Notwendigkeit des Symbolischen berücksichtigt, wodurch Identifikation möglich wird, zum anderen die bereits oben angesprochene Kompetenz zum staatsbürgerlichen Handeln selbst.

keitskonstruktes gezogen. Dies leidet (insbesondere in Deutschland) unter dem Problem der Begriffskonfusion durch Gleichsetzung mit Staatsbürgerschaft. Die Staatsangehörigkeit (nationality) ist ein völkerrechtlicher Begriff, der die Basis staatlicher Personalhoheit regelt., d.h., sie ist ein Instrument, das die Allokation rechtlicher Bande zwischen Staat und dem Individuum regelt (Dimension Recht). Sie beruht auf dem Prinzip der passiven Unterordnung, während die Staatsbürgerschaft u.a. auf dem aktiven Element der politischen Partizipation und dadurch der Mitgestaltung beruht. In der Preisgabe des Dogmas, die Summe aller Staatsangehörigen als dem Demos eines Nationalstaats politische Mitbestimmung zu gewähren, ist eine der Voraussetzungen, Staatsbürgerschaft transnational zu begreifen.

Wo das Prinzip der Repräsentation durch die 'politische Nation' leer läuft, muss sie ergänzt werden. Dies geschieht über die strukturadäquate Selbstbestimmung auf der Ebene, auf der der Mangel verursacht wird. Dadurch wird klar, dass der Nationalstaat als Organisations-, Schutz- (z.B. soziale Leistungen) und Vertretungseinheit nicht an Bedeutung verliert, sondern im Sinne des föderalen Prinzips Staatsbürgerschaft neu strukturiert werden muss. Im Bereich der politischen Rechte kann es in diesem Zusammenhang folglich nicht um die Frage persönlicher Merkmale (ethnisch-kultureller Art), als vielmehr um die „[...] Notwendigkeit, Entscheidungen demokratischer Legitimation in Bereiche zu vermitteln, die den nationalen Parlamenten im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration verlorengegangen“ ist (Kadelbach 1999: 93).

Da auf transnationaler Ebene keine ethnisch-kulturellen Gemeinsamkeiten vorherrschen, so diese wie bislang eben auch über Nationalstaatlichkeit definiert und wahrgenommen wird, muss die Interaktionsbeziehung auf einer gemeinsamen Wertebasis erfolgen, denn: „Eine europäische Identität hat keine oder nur geringe Chancen der Verwirklichung, wenn sie in Konkurrenz zu existierenden Identitäten tritt und diese zu ersetzen beabsichtigt“ (Lilli 1998: 153).

Lilli verdeutlicht hier die Differenz zwischen theoretischen Modellen und praktischer Wahrnehmung von Identität, wie Elias (1987) mit der Fossilierung des Habitus beschreibt. Zur mittel- bis langfristigen Entwicklung einer gemeinsamen, jedoch komplementären, politischen Identität ist es unabdingbare Voraussetzung, Transparenz und Information zu den Politikprozessen sowie die uneingeschränkte Möglichkeit (direkter) Bürgerbeteiligung – als Instrument des universellen Rechts auf Selbstbestimmung – herzustellen. Partizipationsmöglichkeiten auf dieser Ebene müssen für den Bürger (in der kurzfristigen Perspektive) zusätzliche bzw. erweiterte Handlungsspielräume erkennen lassen. Erleichtert wird die Herausbildung einer transnationalen und europäischen Identität zudem durch einen für den Bürger erkennbaren Zusatznutzen politischer Entscheidungen auf dieser Ebene.

Die Bedeutung und die Auswirkung von Interdependenzbeziehungen im transnationalen Zusammenhang lassen den Schluss zu, dass Territorialität zumindest einen Teil ihrer zentralen Bedeutung für die Organisation politischer Einheit einbüßt bzw. verloren hat. In gleichem Maße geht damit die Auffassung einher, die Bedeutung kulturell-kollektiver Identität auf der Grundlage physischer Nähe verliere an Bedeutung. Die Vermutung liegt nahe, es entstehen „neue Muster gesellschaftlicher Verbundenheit, die zunehmend weniger auf die Existenz von territorialen Nationalstaaten angewiesen sind“ (Preuss 1997: 267). Die Herausbildung von multiplen Identitäten führt zu einer Hierarchisierung von Loyalitäten, die sich selbst nur langsam verändern.¹⁵⁵

¹⁵⁵ Empirisch lassen sich Hierarchien der Identität feststellen. Die direkten regionalen Bezüge (Stadt und Gemeinde) stehen vor der Identität über den Nationalstaat. Europäische Identitäten hängen eher vom Bildungsniveau ab; je höher dieses, desto eher erfolgt eine europäische Identifikation (Kohli 2002).

6. Staatsangehörigkeitsrecht im Vergleich

6.1 Die Entwicklung der Staatsangehörigkeit seit Napoleon

Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft – ein und das selbe oder doch verschiedene Begriffe? Beide Begriffe sind eng mit der Entwicklung der Nationalstaaten in Europa verbunden, haben dort ihren Ursprung und bedeuten doch verschiedenes. Die Staatsangehörigkeit als Rechtsnorm regelt im völkerrechtlichen Sinne die Zuordnung eines Individuums zu einem Nationalstaat durch Inklusion des Einen und Exklusion des Anderen und vermittelt Mitgliedschaftsrechte in einer politischen Gemeinschaft (Bös 2002: 244; Borri 1997). Die jeweilige Definitionsmacht, wer als Staatsbürger bezeichnet wird und wer von dieser Gemeinschaft ausgeschlossen bleibt, obliegt den Staaten selbst. Doch genau dieser rechtliche Status des Staates, der über die Definitionshoheit verfügt, kollidiert mit der Erosion von Nationalstaaten im Zuge des politischen Umbruch im Osten Europas und der damit verbundenen neuen Wanderungsbewegung als Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten. Gleichzeitig entstehen in der Balkanregion eine Vielzahl neuer Staaten, die aus (vorgeblichen) ethnischen Konflikten hervorgegangen sind und von einer Rückkehr ethnischer begründeter Staaten künden. Gleichzeitig sind die Staaten Europas insgesamt einer enormen Zuwanderung ausgesetzt. Menschen mit unterschiedlichen Kulturen und Wertvorstellungen wanderten und wandern in die Staaten Europas ein und konfrontieren diese mit Forderung nach Teilhabe und Gleichberechtigung am gesellschaftlichen Leben.

Flüchtlinge, unabhängig ihrer Motivationen und individuellen Schicksalen, drängen in europäische Sozialsysteme, durch die zumindest eine Grundversorgung sichergestellt ist oder sein sollte. In Zeiten zunehmender knapper öffentlicher Kassen entbrennt eine Diskussion um die Fürsorge und Sicherung des Lebensunterhaltes dieser Menschen, womit deutlich wird, dass die Zugehörigkeit zu einem Staat, das Verfügen über eine Staatsangehörigkeit

mehr ist, als das Leben in einem Land. Die Definitionshoheit des Staates über Möglichkeit einer Inklusion in Sozialsysteme macht den Charakter von Staatsangehörigkeit als Mitgliedschaft klar und grenzt seine Mitglieder gegenüber anderen ab.

Im Unterschied hierzu ist die Staatsbürgerschaft zu sehen, die auf die „rechtlich gleiche Chance unterschiedliche Rollen in den verschiedenen Sphären der Gesellschaft wahrzunehmen“ (Bös 2002: 244) verweist und allen die gleichen Freiheiten ermöglicht, die unterschiedlich genutzt werden können, sodass eine Ungleichheit unter Gleichen möglich ist (ebd.: 244). Die Staatsbürgerschaft garantiert die Rechte der freien Wahl hinsichtlich der Berufsausübung und der Gleichheit im Zugang zu Bildung, die individuell unterschiedlich genutzt werden, wohingegen die Staatsangehörigkeit den normativen Rahmen des gesamten Kollektivs festlegt. Die Staatsangehörigkeit ist in einem völkerrechtlichen Kontext zu verorten, in dem sie die Unterscheidung in Zugehörig und Nicht-Zugehörig vornimmt und „die segmentäre Differenzierung der Welt in Nationalstaaten abbildet“ (ebd.: 245). Der historische Hintergrund der Staatsbürgerschaft liegt interessanterweise nicht in der Schaffung von Bürgerrechten begründet, sondern eher in der militärischen Notwendigkeit des Verfügens über Menschen (Code Napoléon) - d.h zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern zu unterscheiden und durch eine ‚definierte Mitgliedschaft‘ den Zugriff des Staates zwecks Rekrutierung zu ermöglichen.

Der Code Napoléon und die Begriffe und Vorstellungen von Nationalstaat sind nicht ohne die französische Revolution zu denken. Ohne näher auf die Revolution eingehen zu wollen bleibt hervorzuheben, dass mit der französischen Nationalversammlung mit dem Prinzip der „gottgewollten“ Herrschaft gebrochen wurde und die Idee des Volkssouveräns etabliert wurde. Privilegien wurden abgeschafft, Freiheit und Gleichheit der Mitglieder als Menschen- und Bürgerrechte proklamiert, die unveränderlich sind, wie die

Präambel der „Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers“ vom 26. August 1789 verdeutlicht:

„Die Vertreter des französischen Volkes, konstituiert als Nationalversammlung, die der Ansicht sind, dass die Unkenntnis, das Vergessen oder die Verachtung der Menschenrechte die einzigen Ursachen der öffentlichen unglücklichen Zustände und der Verderbtheit der Regierungen sind, haben beschlossen, in einer feierlichen Erklärung die natürlichen, unveräußerlichen und heiligen Rechte des Menschen der Öffentlichkeit vorzustellen, damit diese Erklärung unablässig allen Mitgliedern des Gemeinwesens gegenwärtig sei und sie ohne Unterbrechung an ihre Rechte und Pflichten erinnere; damit die Handlungen der Gesetzgebung und der exekutiven Gewalt, die zu jedem Augenblick mit dem Ziel der politischen Einrichtung verglichen werden können, höher geachtet werden; damit die Rechtsansprüche der Bürger, die von jetzt an auf einfache und unbestreitbare Prinzipien gegründet sind, sich immer der Aufrechterhaltung der Verfassung und dem Glück aller zuwenden. In der Folge erkennt und erklärt die Nationalversammlung, in Gegenwart und unter Hilfe des allerhöchsten Wesens, die folgenden Rechte des Menschen und des Bürgers“ (zitiert nach Storz, 2002: 25).

Staat und Kirche wurden getrennt, Ethnizität und religiöse Bindungen wurden durch das Bekenntnis zu den Bürgerrechten ersetzt - die Bindung an die entstandene Nation leitet sich aus diesem Verständnis ab.

Die Staatsbürgerschaft wird durch zwei einfache Regeln definiert:

- entweder über die Staatsangehörigkeit der Eltern oder
- über das Territorium, auf dem das Kind geboren ist.

Die Verleihung der Staatsbürgerschaft der Eltern erfolgt über das Prinzip der Wohnsitzregelung, wonach eine gewisse Aufenthaltszeit notwendig ist (Bös 2002: 145; Storz 2002: 25-26).

Dieses aus der französischen Revolution hervorgegangene Verständnis von Staatsbürgerschaft und die daraus resultierende Form der Staatsangehörigkeit, in der Staatsbürgerschaft „zwar an einen Staat, aber nicht an eine historische Staatsform“ (Hirschhausen 2007: 2) gebunden ist, zeigt Auswirkung auf das restliche Europa, wobei besonders die kriegerischen Auseinandersetzungen die Bildung von Nationen förderten und durch französische Besatzung deren Vorstellung von Nationalstaat in andere Länder transportierte. Jedoch etablierte sich auch, durchaus als Abwehrreaktion, so Storz (2002: 26), Konzepte der ethnischen Begründung von Staatszugehörigkeit. Dies betrifft insbesondere auf die deutschsprachigen Länder zu, in denen sich ein Konzept der Abstammung im Sinne einer Volkszugehörigkeit entwickelt (ebd.: 26). Eine Sonderrolle nimmt Österreich ein, wo auch das Abstammungsprinzip gilt, jedoch eine Einbürgerung eher von ökonomischen Faktoren abhängt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kommt eine politische Prüfung hinzu, indem die politische Einstellung eines Antragstellers auf Einbürgerung geprüft wird – unabhängig von Ethnie, Religion, Klasse und Geschlecht wird ein Bekenntnis zur Monarchie vorausgesetzt, sozialistische Ideen galten als Grund für die Verweigerung einer Einbürgerung. „Die Staatsbürgerschaft wurde unabhängig von der ethnischen und konfessionellen Zugehörigkeit des Bewerbers sowie tendenziell auch von der sozialen Klasse und Geschlecht verliehen oder verwehrt. Moralischer Lebenswandel, ökonomischer Selbsterhalt und politische Loyalität waren vielmehr entscheidend für die Verleihung. Statt kollektiver Kriterien galt als Beurteilungsmaßstab das individuelle Verhalten, die persönliche Eignung, die konkrete Situation“ (Hirschhausen 2007: 12).

Die drei Staaten, entstanden aus der französischen Revolution oder beeinflusst und verändert durch die Revolution entwickeln unterschiedliche Konzepte der Staatsbürgerschaft und der Staatsangehörigkeit. Von Deutschland aus betrachtet sind die Staaten Frankreich und Österreich Nachbarn mit unterschiedlichen Erfahrungen in der Einbürgerung und dem Umgang mit Migration.

Insbesondere aufgrund der Arbeiten von Rogers Brubaker (1990, 1994) werden Frankreich und Deutschland als stellvertretende Antipoden gegenübergestellt. Das französische Staatsbürgerschaftsrecht seit 1889 gilt als Inbegriff eines konsequenten modernen Rechts, das die Staatsbürgerschaft an den Geburtsort bindet. Deutschland, bis vor kurzem mit seinem in Grundzügen nach wie vor gültigen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG) von 1913 dagegen als konsequente Bastion eines nahezu ausschließlich auf Blutsverwandtschaft basierenden Staatsangehörigkeitsrechts. Entgegen solch einfach gestrickter Modelle gilt es festzuhalten, dass auch in Frankreich in erster Linie ius-sanguinis-Elemente gelten, freilich stark angereichert durch ius-soli-Elemente. Denn zunächst sind Kinder von französischen Eltern automatisch Franzosen, unabhängig davon, wo sie geboren werden und wo sie leben, während in Frankreich geborene Kinder von Nicht-Franzosen erst mit der Volljährigkeit die französische Staatsangehörigkeit erwerben, und das auch nur dann, wenn sie die letzten fünf Jahre in Frankreich gelebt haben und ihren Wohnsitz in Frankreich behalten wollen, was im übrigen seit 1981 auch die britische ius-soli-Tradition einschränkt. Im Vergleich dazu ist das deutsche Recht in der Tat restriktiv und in geradezu halsstarrer Weise konsequent – auch nach der Reform von 1990.

Vor diesem Hintergrund, insbesondere der europäischen Auseinandersetzung um Migration, sowohl der Binnenmigration als auch der Außenmigration kann die Ausweitung des jus-soli-Konzeptes den Ausbau der Festung Europa sogar noch weiter verstärken. Denn gerade dort, wo der

Zugang zum Staatsterritorium über die Mitgliedschaft und eine Staatsbürgerschaft entscheidet, wird sich der Wunsch, es mit möglichst wenigen Migranten zu tun zu haben, auf die Stabilisierung und Ausweitung der Grenzkontrollen richten. „Ein auf Territorien bezogenes Staatsangehörigkeitsrecht (*ius soli*) dürfte für die globale Gesellschaft ähnlich antiquiert sein, wie das über Abstammung geregelte (*ius sanguinis*). Denn schließlich bekommen es moderne Staaten immer mehr mit einer paradoxen Situation zu tun: Während viele der auf ihrem Territorium lebenden Menschen nicht ihre Staatsbürger sind, verweilen viele ihrer Staatsbürger auf dem Territorium anderer Staaten. Würde ein (länger andauernder) Aufenthalt auf dem Territorium eines anderen Staates automatisch zur Staatsbürgerschaft in diesem Staat führen, dann hätten viele deutsche Staatsbürger längst die spanische (Mallorca!) oder italienische (Toskana!), viele türkische Staatsbürger die deutsche Staatsbürgerschaft“ (Nassehi/Schroer 2000: 41).

„Einer der wichtigsten Gründe für diesen Strukturwandel sowohl des Nationalstaates als auch des Staatsbürgerschaftsverständnisses ist sicher die Globalisierung funktionssystemspezifischer Prozesse – das gilt nicht nur für die Ökonomie, sondern auch für die Politik im Bereich der internationalen Verflechtungen, für das Recht als Notwendigkeit der Abstimmung nationaler Rechtssysteme aufeinander, für die Kunst durch die Entstehung internationaler Szenen, für die Massenmedien durch wachsende informationelle Simultanpräsenz und für die Wissenschaft ohnehin“ (Nassehi/Schroer 2000: 42).

6.2 Staatsbürgerschaftsrecht im Vergleich

6.2.1 Staatsbürgerschaft in Frankreich

Die Staatsangehörigkeit in Frankreich kann nach dem Abstammungsprinzip (*jus sanguinis*) und dem Geburtsortprinzip (*jus soli*) verliehen werden oder durch Einbürgerung erworben werden. Nach dem Staatsangehörigkeits-

gesetz vom 16. März 1998 (Nr. 98-170) gelten folgende (auszugsweisen) Regelungen¹⁵⁶:

Der Erwerb der Staatsangehörigkeit

- nach dem Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*)

Kinder erhalten die französische Staatsangehörigkeit bei Geburt, wenn zumindest ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes im Besitz der französischen Staatsangehörigkeit ist. Bei Adoptivkindern gilt diese Regelung nur im Falle einer Volladoption.

Das Abstammungsprinzip gilt für die Kinder nur dann, wenn zumindest ein Elternteil vor dem 18. Geburtstag des Kindes die französische Staatsbürgerschaft erhält.

Nicht in Frankreich geborene Kinder und Kinder mit nur einem französischen Elternteil können die französische Staatsangehörigkeit unter bestimmten Voraussetzungen ablehnen.

- nach dem Geburtsortsprinzip (*ius soli*)

Kinder, die in Frankreich geboren sind, erhalten die französische Staatsangehörigkeit, wenn zumindest ein Elternteil auch in Frankreich geboren ist.

Wer vor dem 1. Januar 1994 in Frankreich geboren wurde und ein Elternteil hat, das noch vor der Unabhängigkeit in einem ehemaligen französischen Überseegebiet geboren ist, ist in vollem Besitze der französischen Staatsangehörigkeit.

¹⁵⁶ Französische Botschaft Berlin (2008)

Dasselbe gilt für all jene, die nach dem 1. Januar 1963 in Frankreich geboren wurden und von denen mindestens ein Elternteil vor dem 3. Juli 1962 in Algerien geboren wurde.

- Kraft Gesetzes, insbesondere auf Grund der Geburt oder eines Wohnsitzes in Frankreich

Seit dem 1. September 1998 erhalten in Frankreich geborene Kinder ausländischer Eltern die französische Staatsangehörigkeit mit der Volljährigkeit, wenn sie zum Zeitpunkt der Volljährigkeit ihren Wohnsitz in Frankreich haben und seit dem Alter von 11 Jahren mindestens 5 Jahre lang, mit oder ohne Unterbrechung, ihren ständigen Wohnsitz in Frankreich hatten.

Unter bestimmten Bedingungen kann die französische Staatsangehörigkeit schon früher erworben werden:

ab 16 durch Erklärung des Minderjährigen selbst, vorausgesetzt, er erfüllt die oben genannten Wohnsitzvoraussetzungen;

ab 13 durch Erklärung der Eltern des Minderjährigen und mit dessen persönlicher Zustimmung, wenn er seit dem Alter von 8 Jahren in Frankreich wohnhaft ist.

Die französische Staatsangehörigkeit kann abgelehnt werden. Ein in Frankreich von ausländischen Eltern geborener Jugendlicher, der die Nationalität eines ausländischen Staates nachweisen kann, kann die französische Staatsangehörigkeit ablehnen. Dazu räumt das Gesetz einen Zeitraum von sechs Monaten vor und zwölf Monaten nach der Volljährigkeit ein.

- Durch die Heirat eines französischen Staatsangehörigen bzw. einer französischen Staatsangehörigen
- Durch Einbürgerung

Einem solchen Antrag auf Einbürgerung wird per Dekret stattgegeben. Dies ist nur möglich, wenn der Antragsteller zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Dekrets in Frankreich ansässig ist und in den fünf Jahren vor Antragstellung in Frankreich ansässig war, das heißt in dieser Zeit seinen materiellen und familiären Lebensmittelpunkt in Frankreich hatte. Ohne Ansässigkeitsnachweis können Ausländer, die im öffentlichen Dienst oder im Privatsektor für den französischen Staat oder für eine Einrichtung von besonderem Interesse für die französische Wirtschaft oder Kultur tätig sind eingebürgert werden.

- Verlust der französischen Staatsangehörigkeit

In der Regel erfolgt die Ausbürgerung durch freie Entscheidung, und zwar:

Alle Volljährigen, die ihren festen Wohnsitz im Ausland haben und durch eigene Entscheidung eine andere Staatsangehörigkeit annehmen durch ausdrückliche Erklärung die französische Staatsangehörigkeit ablehnen. Auch im Falle einer Eheschließung mit einem ausländischen Staatsangehörigen kann der französische Ehepartner auf die französische Staatsangehörigkeit verzichten, wenn er die Nationalität des Gatten erworben hat und der feste Wohnsitz im Ausland ist.

Französische Staatsangehörige unter 35 Jahren können nur dann per Erklärung auf ihre Staatsangehörigkeit verzichten, wenn sie ihrer Musterungspflicht nachgekommen sind.

Die Einwanderung und die Verleihung der Staatsangehörigkeit wird in Frankreich in den letzten Jahren zunehmend restriktiver gehandhabt. Während lange Zeit die Dominanz des *jus soli* dafür sorgte, dass eine automatische Naturalisierung durch das doppelte *jus soli*, d.h. Als Franzose wird derjenige geboren, der auf französischem Boden als Kind eines Ausländers geboren wird, dessen Geburtsort ebenfalls in Frankreich liegt (Art. 23 Code de la Nationalité Française) die Immigranten der zweiten und dritten Generation zu französischen Bürgern macht (Brubaker 1992: 85; Heckmann/Tomei 2003: 38), wodurch insbesondere die Kinder marokkanischer und algerischer Einwanderer profitieren. Dies hatte zur Folge, dass in den 80 Jahren des letzten Jahrhunderts ca. 400000 in Frankreich geborene Kinder algerischer Immigranten automatisch zu „French citizens of doubtful loyalty and assimilability“ (Brubaker 1992: 153; Hervorhebung durch den Autor) wurden, die eine allgemeine Diskussion über Zuwanderer aus dem Maghreb und das Integrationsmodell selbst entfacht (Engler 2007: 6). Die Problematik, die zu dieser Debatte führte, liegt in der Freizügigkeit, die der französische Staat Zuwanderern aus Algerien gewährt. Die Zuwanderung erfolgte nicht, wie in Deutschland auf Grund einer Form von Anwerbung, sondern ist die direkte Folge der Kolonisierung Algeriens: „Bis 1968 ermöglichte die allgemeine Freizügigkeitsregelung zuerst aufgrund der kolonialen Zugehörigkeit¹⁵⁷ zum französischen 'Mutterland', dann ab der Unabhängigkeit (1961) aufgrund des

¹⁵⁷ Dies bedeutete aber nicht, dass jeder Bürger auch Bürger gleicher Rechte war, denn der „Code de l'indigénat machte im kolonialen Algerien manche Staatsangehörige zu Untertanen (die sog. 'sujets français musulmans'). Mit Ausnahme einer kleinen Gruppe intellektueller durfte die große Mehrheit der muslimischen, zum sog. 'second Collège' gehörenden Algerier bis zur Reform von 1947 an den französischen Wahlen nicht teilnehmen. Einige französische Staatsangehörige waren also keine citoyens“ (Wihtol 2004: 107/8).

Unabhängigkeitsvertrages den Algerien die freie Einreise“ (Heckmann/Tomei 2003: 36). Die hierdurch mögliche ‚unkontrollierte‘¹⁵⁸ Zuwanderung von vorwiegend muslimischen Immigranten aus dem Maghreb, führt zu einer Herausforderung des laizistischen Staatsverständnisses¹⁵⁹, in der Religion durch die strikte Trennung von Staat und Religion/Kirche als einer der Grundpfeiler der Staatsbürgerschaft in den Bereich des Privaten verlegt ist, durch das in großer Zahl eingeforderte Recht auf freie Religionsausübung¹⁶⁰ (Oberti 2008; Engler 2007). Dies führte in der Debatte zur Neuregelung der Verfassung - durch den Vertrag von Maastricht kam es zu Debatten hinsichtlich der Loyalität algerischer Bürger, deren Doppelstaatlichkeit und des damit verbundenen Problems der Wehrpflicht vor dem Hintergrund der Vorgänge des 11. September. Dies brachte damit einhergehende Vorbehalte gegenüber muslimischen Bürgern zum Ausdruck, die mit der traditionellen Vorstellung des Bürgers kollidierte: „diese bis heute in Frankreich vorherrschende voluntaristische Vorstellung einer engen Verknüpfung zwischen dem gesellschaftlichen Band und dem Engagement für die 'chose publique', aber auch die pluralistische Sichtweise der Existenz abgestufter Treuepflichten in mehrfachen Zugehörigkeiten werde durch das Erstarken zivilgesellschaftlicher supranationaler Bindungen teilweise ausgehöhlt“ (Wihtol 2004: 107/8).

¹⁵⁸ Unkontrolliert im Sinne der Freizügigkeit.

¹⁵⁹ Herausgefordert nicht alleine durch die Freizügigkeit und dem doppelten jus soli, sondern auch durch das Heiratsverhalten der Immigranten selbst, die vorwiegend innerethnisch heiraten sowie durch eine großzügige Auslegung des Ehegattennachzugs als zahlenmäßig wichtigste Zahl der Zuwanderung.

¹⁶⁰ Seit Mitte der 80 Jahre flammen immer wieder Unruhen in den von Migranten bewohnten Vierteln um Paris auf, die ihren vorläufigen Höhepunkt 2005 erreichen. Gesellschaftliche Diskriminierungserfahrung und Ausgrenzung von Bildung und Arbeitsmarkt, sozialräumliche Segregation und Ressentiments gegen die französische Gesellschaft sind die Überbegriffe der Ursachen für die Gewaltausbrüche. Städtische Ausgrenzung in qualitativ vernachlässigten Quartieren sowie unterstellte und tatsächliche Diskriminierungserfahrungen in Schulen gepaart mit strukturellen und persönlichen Mängeln der Anpassung stehen im Gegensatz zu dem republikanischen Integrationsmodell von Gleichheit und Staatsbürgerschaft. Allerdings stehen auch die Ansprüche an Durchsetzung öffentlicher religiöser Praktiken und Bekenntnisse im Gegensatz zu der Auffassung von Laizität (Oberti 2008).

Vor dem Hintergrund des Vertrages von Maastricht von 1993 ist auch in Frankreich eine Änderung der Verfassung notwendig. Insbesondere, und hier von Interesse, ist diese Verfassungsänderung, um den Anforderungen hinsichtlich der Unionsbürgerschaft gerecht zu werden. Der Vertrag von Maastricht, am 7.2.1992 unterzeichnet und 1993 in Kraft getreten, führt in Artikel 8 die Unionsbürgerschaft ein, der es EU-Bürgern ermöglicht, sich in Europa frei zu bewegen und aufzuhalten und sich aktiv und passiv an Kommunalwahlen und Europawahlen zu beteiligen.

Art. 8b (1) EG-Vertrag

Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat in dem Mitgliedsstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedsstaates.

(in Art. 8b (2) ist dies analog für die Wahl zum Europäischen Parlament geregelt)

Die Berechtigung zur Teilnahme an Kommunalwahlen kollidiert in Frankreich zunächst mit Art. 3, Art. 24 sowie Art. 72. Denn in ersterem ist zunächst festgelegt, dass nur französische Staatsbürger über das aktive und passive Wahlrecht verfügen, sodass hierzu eine Verfassungsänderung notwendig sei. Da das EU-Recht die Beteiligung nur an Kommunalwahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament vorsieht, jedoch durch die Wahl des Senats, der zweiten Kammer neben der Nationalversammlung. Der Senat wird für eine Dauer von sechs Jahren von einer Wahlversammlung gewählt, der die Abgeordneten, die Generalräte, die Regionalräte und die Delegierten der Gemeinderäte angehören. Die kommunale Beteiligung von EU-Bürgern an den Wahlen führt damit zu einer mittelbaren Beteiligung an nationalen

Entscheidungen (Grabenwarter 2003: 317-318), sodass das passive Wahlrecht dahingehend eingeschränkt bleibt, weder Bürgermeister oder Beigeordneter werden zu können, noch sich an der Aufstellung der Wahlmänner oder der Wahl der Senatoren zu beteiligen.¹⁶¹

Artikel 3

(1) Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, das sie durch seine Vertreter und durch Volksentscheid ausübt. Weder ein Teil des Volkes noch eine Einzelperson kann ihre Ausübung für sich in Anspruch nehmen.

(2) Die Wahl kann unmittelbar oder mittelbar nach Maßgabe der Bestimmungen der Verfassung erfolgen. Sie ist immer allgemein, gleich und geheim.

(3) Wahlberechtigt sind nach Maßgabe der Gesetze alle volljährigen französischen Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts, die im Besitz ihrer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte sind.

6.2.2 Staatsbürgerschaft in Deutschland

Der deutsche Ansatz der Staatsbürgerschaft entspricht zunächst in weiten Teilen einem ethnisierendem Ansatz, der sich aus einer Vorstellung einer gemeinsamen Abstammung eines Volks entwickelt. (Hansen 2004; Bös 2002: 245; Storz 2002: 26). Das Verbindende ist die Idee einer gemeinsamen Geschichte und Sprache, Kultur und damit eines Volkscharakters, der sich von anderen Völkern unterscheidet und durch diese Differenzierung eine Form von Identität schafft. Dieser Entwicklung des auf einem ethnischen Verständnis beruhenden Abstammungsprinzips ging in Preußen zunächst eine eher pragmatische Handhabung der Staatsangehörigkeit voraus, in der

¹⁶¹ Französische Botschaft, Berlin (2008)

militärische und ökonomische Prinzipien vorherrschten. Generell herrscht in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Freizügigkeit, die nur dadurch eingeschränkt war, das Prinzip des Unterstützungswohnortes und die Verfügbarkeit als Soldat geregelt ist. Das Abstammungsprinzip beschränkt sich auf die Vaterschaft eines Untertanen, unabhängig von Religion und Ethnie. Diese Konstruktion findet sich auch in der Reichsverfassung von 1871 wieder, in der in Art. 3 (1) festgelegt ist: „Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß Angehörige (Untertan, Staatsbürger) eines jeden Bundesstaates in jedem anderen Bundesstaate als Inländer zu behandeln und demgemäß zum festen Wohnsitz, zum Gewerbebetriebe, zu öffentlichen Ämtern, zur Erwerbung von Grundstücken, zur Erlangung des Staatsbürgerrechts und zum Genusse aller sonstigen bürgerlichen Rechte unter denselben Voraussetzungen wie der Einheimische zuzulassen, auch in betreff der Rechtsverfolgung und des Rechtsschutzes demselben gleich zu behandeln ist“ (nach Hansen 2004: 3).

Die daraus sich entwickelnde Praxis steht allerdings oft im Gegensatz zum Recht, in dem zwar der ethnisch begründete Begriff „Deutsch“ vermieden wird, letztlich aber durch die Kompetenzverlagerung an die Exekutive und deren gewollter Nicht-Kontrolle es letztlich zu Willkürentscheidungen bei Einbürgerungen und den damit verbundenen Rechten kommt (ebd.: 3-4).

Kriterien zur Einbürgerung beispielsweise von Polen werden zunehmend restriktiver gehandhabt und stellt somit die Zugehörigkeit über eine kulturelle Verhaftung der Einbürgerungswilligen in den Vordergrund. Erst in den Jahren 1933 und 1934 wird diese Praxis kodifiziert und die Ethnisierung im Staatsbürgerrecht verankert. Diese Ethnisierung wird auch nach 1945 fortgeschrieben und findet schließlich ihren Niederschlag im Grundgesetz. Deutlich wird dies daran, dass Ausbürgerungen zurückgenommen werden, jedoch Sinti davon ausgeschlossen werden (Hansen 2004: 13).

GG. Art. 116

Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 gefunden hat.

Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Hansen (2004: 15) weist darauf hin, dass mit dem §6 Bundesvertriebenengesetz die Definition „Deutscher“ von 1939 und die entsprechenden rassistischen Kriterien nahezu wortgleich übernommen wurden:

Bundesvertriebenengesetz §6

Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.

„Insgesamt wird die rechtliche Definition von 'Deutsch', wie sie von den Nazis kodifiziert wurde, übernommen und damit die Konstruktion von Zugehörigkeit nach ethnischen Kriterien in der jungen Bundesrepublik

Deutschland aufrechterhalten. Für diejenigen, die als deutsche Volkszugehörige gezählt werden, gibt es einen Anspruch auf Einbürgerung. Alle Personen, die nicht als ethnisch Deutsche gezählt werden, können nach Ermessen eingebürgert werden. Für diese Ermessenseinbürgerung liegen keine ethnisch gefassten Kriterien vor“ stellt Hansen (2004: 16) ernüchternd fest. Die Fortschreibung des ethnischen Ansatzes reicht bis in das Jahr 2001, wenn im „Gesetz zur Klarstellung des Spätaussiedlerstatus“ die ethnische Definition des „Deutschen“ präzisiert wird:

Gesetz zur Klarstellung des Spätaussiedlerstatus; §6 BVTG (2)
vom 30. August 2001:

Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.

Wer nach dem 31. Dezember 1923 geboren worden ist, ist deutscher Volkszugehöriger, wenn er von einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammt und sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete durch eine entsprechende Nationalitätenerklärung oder auf vergleichbare Weise nur zum deutschen Volkstum bekannt oder nach dem Recht des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehört hat. Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum oder die rechtliche Zuordnung zur deutschen Nationalität muss bestätigt werden durch die familiäre Vermittlung der deutschen Sprache. Diese ist nur festgestellt, wenn jemand im Zeitpunkt der Aussiedelung aufgrund dieser Vermittlung zumindest ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen kann. Ihre Feststellung entfällt, wenn die familiäre Vermittlung wegen der Verhältnisse in dem jeweiligen Aussiedlungsgebiet nicht möglich oder nicht zumutbar war. Ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum wird unterstellt, wenn es unterblieben ist, weil es mit Gefahr für Leib

und Leben oder schwerwiegenden beruflichen oder wirtschaftlichen Nachteilen verbunden war, jedoch aufgrund der Gesamtumstände der Wille unzweifelhaft ist, der deutschen Volksgruppe und keiner anderen anzugehören.

Um der zunehmenden Alterung der Gesellschaft gerecht zu werden sowie zur Gleichstellung von Behinderten beizutragen, wird dieser Artikel 2007 durch folgende Zusätze ergänzt:

Gesetz zur Klarstellung des Spätaussiedlerstatus; §6 BVTG (2) vom 30. August 2001:

Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.

Wer nach dem 31. Dezember 1923 geboren worden ist, ist deutscher Volkszugehöriger, wenn er von einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammt und sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete durch eine entsprechende Nationalitätenerklärung oder auf vergleichbare Weise nur zum deutschen Volkstum bekannt oder nach dem Recht des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehört hat. Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum oder die rechtliche Zuordnung zur deutschen Nationalität muss bestätigt werden durch die familiäre Vermittlung der deutschen Sprache. Diese ist nur festgestellt, wenn jemand im Zeitpunkt der Aussiedelung aufgrund dieser Vermittlung zumindest ein einfaches Gespräch auf Deutsch führen kann. Ihre Feststellung entfällt, wenn die familiäre Vermittlung wegen der Verhältnisse in dem jeweiligen Aussiedlungsgebiet nicht möglich oder nicht zumutbar war. Ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum wird

unterstellt, wenn es unterblieben ist, weil es mit Gefahr für Leib und Leben oder schwerwiegenden beruflichen oder wirtschaftlichen Nachteilen verbunden war, jedoch aufgrund der Gesamtumstände der Wille unzweifelhaft ist, der deutschen Volksgruppe und keiner anderen anzugehören.

Das ethnische Argumentieren in der Staatsangehörigkeit setzt sich hiermit als Tradition fort, wenn auch anzumerken ist, dass nach der Reform dieses Gesetzes 2000 sich eine Mischung aus dem jus soli und jus sanguinis etabliert (Bös 2002: 246). Weiterhin wird die Staatsbürgerschaft in erster Linie durch Geburt erworben, jedoch erhalten Kinder, die in Deutschland geboren sind, die Möglichkeit der Annahme der Staatsbürgerschaft, wenn die Eltern über einen gefestigten Aufenthaltsstatus verfügen. Einbürgerungen werden erleichtert, indem die Aufenthaltsdauer verkürzt wurde, zum Teil aber auch erschwert, indem wieder ein kultureller Bezug zum Land hergestellt werden muss (Spindler 2002: 56). Zusammen mit den weiteren Voraussetzungen wie Straffreiheit, ausreichende Existenzsicherung, Sprachfertigkeit und Verfassungstreue erinnern an die Gesetzgebung Preußens, in der eher die Fähigkeit einer Existenzsicherung im Vordergrund stand; die anderen Teile ähneln den späteren Vorstellungen einer kulturellen Identität, in der über einen Wertebezug die Einbürgerung abhängig gemacht wurde, wenn auch seinerzeit dies eher Willkürentscheidungen waren und nicht kodifiziert war. Spindler (2002: 57) hebt als Ziele dieser Aufnahmebedingungen eher die integrationsfördernden Elemente hervor, die darauf abzielen, den Lebensmittelpunkt durch kulturelle Einbindung im Aufnahmeland zu erhalten.

§ 3 Staatsangehörigkeitsgesetz

(1) Die Staatsangehörigkeit wird erworben

1. durch Geburt (§ 4),
2. durch Erklärung nach § 5,

- 3. durch Annahme als Kind (§ 6),
 - 4. durch Ausstellung der Bescheinigung gemäß § 15 Abs. 1 oder 2 des Bundesvertriebenengesetzes (§ 7),
 - 4a. durch Überleitung als Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes (§ 40a),
 - 5. für einen Ausländer durch Einbürgerung (§§ 8 bis 16, 40b und 40c).
- (2) Die Staatsangehörigkeit erwirbt auch, wer seit zwölf Jahren von deutschen Stellen als deutscher Staatsangehöriger behandelt worden ist und dies nicht zu vertreten hat. Als deutscher Staatsangehöriger wird insbesondere behandelt, wem ein Staatsangehörigkeitsausweis, Reisepass oder Personalausweis ausgestellt wurde. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit wirkt auf den Zeitpunkt zurück, zu dem bei Behandlung als Staatsangehöriger der Erwerb der Staatsangehörigkeit angenommen wurde. Er erstreckt sich auf Abkömmlinge, die seither ihre Staatsangehörigkeit von dem nach Satz 1 Begünstigten ableiten.

Ein Interessanter Aspekt, der oft unberücksichtigt bleibt, ist die semantische Formulierung der Anerkennung von Kindern mit einem ausländischen Elternteil. Hier ist es notwendig, dass eine Vaterschaft entsprechend des gängigen Deutschen Rechts festgestellt werden muss. Hierdurch soll möglichen „Kuckuckskindern“ oder andere bei einer Frau lebenden Kindern die Einbürgerung - abgesehen durch Adoption - verwehrt werden.

§ 5 Staatsangehörigkeitsgesetz

Durch die Erklärung, deutscher Staatsangehöriger werden zu wollen, erwirbt das vor dem 1. Juli 1993 geborene Kind eines deutschen Vaters und einer ausländischen Mutter die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn

1. eine nach den deutschen Gesetzen wirksame Anerkennung oder Feststellung der Vaterschaft erfolgt ist,

§ 10 Staatsangehörigkeitsgesetz

(1) Ein Ausländer, der seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und handlungsfähig nach Maßgabe des § 80 des Aufenthaltsgesetzes oder gesetzlich vertreten ist, ist auf Antrag einzubürgern, wenn er

2. sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bekennt und erklärt, dass er keine Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolgt oder unterstützt hat, die

a)

gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder

b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder

c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, oder glaubhaft macht, dass er sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt hat,

3. den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen ohne Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch bestreiten kann oder deren Inanspruchnahme nicht zu vertreten hat,
4. seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgibt oder verliert,
5. weder wegen einer rechtswidrigen Tat zu einer Strafe verurteilt noch gegen ihn auf Grund seiner Schuldunfähigkeit eine Maßregel der Besserung und Sicherung angeordnet worden ist,
6. über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt und
7. über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland verfügt.

Die Voraussetzungen nach Satz 1 Nr. 1 und 7 müssen Ausländer nicht erfüllen, die nicht handlungsfähig nach Maßgabe des § 80 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes sind.

(2) (...)

(3) Weist ein Ausländer durch die Bescheinigung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs nach, wird die Frist nach Absatz 1 auf sieben Jahre verkürzt. Bei Vorliegen besonderer Integrationsleistungen, insbesondere beim Nachweis von Sprachkenntnissen, die die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 6 übersteigen, kann sie auf sechs Jahre verkürzt werden.

(4) Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 6 liegen vor, wenn der Ausländer die Anforderungen der Sprachprüfung zum Zertifikat Deutsch (B1 des Gemeinsamen Europäischen

Referenzrahmens für Sprachen) in mündlicher und schriftlicher Form erfüllt. Bei einem minderjährigen Kind, das im Zeitpunkt der Einbürgerung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, sind die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 6 bei einer altersgemäßen Sprachentwicklung erfüllt.

(5) Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 7 sind in der Regel durch einen erfolgreichen Einbürgerungstest nachgewiesen. Zur Vorbereitung darauf werden Einbürgerungskurse angeboten; die Teilnahme daran ist nicht verpflichtend.

(6) Von den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 6 und 7 wird abgesehen, wenn der Ausländer sie wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung oder altersbedingt nicht erfüllen kann.

Das deutsche Wahlrecht unterscheidet sich nicht sonderlich vom Französischen, da auch hier zunächst die jeweilige Staatsbürgerschaft, bzw. Staatsangehörigkeit (§12 Wahlrecht) für die Teilnahme an einer Wahl vorausgesetzt wird. Einschränkungen, welche den Entzug des Wahlrechtes beinhalten, beschränken sich auf Personen, so § 13 des Bundeswahlgesetzes, denen das Wahlrecht per richterlichem Beschluss oder aufgrund von Betreuungsrechtes, wenn alle Angelegenheiten des täglichen Lebens durch dauernde Betreuung erfasst sind¹⁶², entzogen ist.

¹⁶² Dies bedeutet, dass eine Beeinträchtigung derart sein muss, dass für alle Lebensbereiche des täglichen Lebens eine Totalbetreuung notwendig ist. Teilbetreuungen reichen hierzu nicht aus, sodass ein Großteil der als kognitiv beeinträchtigt bezeichneten Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können.

§ 12 Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116¹⁶³ Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

1. das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
3. nicht nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Ähnlich wie in Frankreich wird in Deutschland die Möglichkeit genutzt, das Wahlrecht für EU-Bürger dahingehend einzuschränken, dass kommunale Ämter, die auch staatliche Aufgaben übernehmen, den ‚eigenen‘ Staatsbürgern vorbehalten sind (Wersebe 2000: 4). Hierdurch kommt es zu Einschränkungen, die in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt werden, sodass eine Wahlbeteiligung von EU-Ausländern nicht in allen Bundesländern auf allen möglichen Ebenen stattfinden kann. In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg gibt es keine eigentlichen Kommunalwahlen, sodass EU-Bürger nur zu Wahlen auf der Ebene der Bezirksversammlungen zugelassen sind.

Im Gegensatz zu Frankreich und Österreich wird hier automatisch ein Eintrag in das Wahlregister vorgenommen.

¹⁶³ Artikel 116 GG: (1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

6.2.3 Staatsbürgerrechte Österreich

In Österreich herrscht das Abstammungsprinzip vor. Die Zugehörigkeit richtet sich unabhängig vom Geburtsort nach der Staatsangehörigkeit der Eltern oder eines Elternteils.

Einbürgerungen werden in Österreich zukünftig frühestens nach sechs Jahren möglich sein. Bisher war es für anerkannte Asylbewerber, Bürger des Europäischen Wirtschaftsraums (EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Norwegen und Liechtenstein) und ausländische Ehepartner von Österreichern möglich, bereits nach drei bzw. vier Jahren die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen.

Das neue Gesetz sieht die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft allgemein nach zehn Jahren vor. Bedingungen dafür sind der legale Aufenthalt in Österreich, Grundkenntnisse der deutschen Sprache sowie ein gesicherter Lebensunterhalt. Wer Sozialhilfeleistungen in Anspruch nimmt, erfüllt diese Voraussetzungen nicht.

Darüber hinaus besteht weiterhin ein Rechtsanspruch auf die Staatsbürgerschaft, wenn man seit 15 Jahren legal in Österreich lebt und persönlich sowie beruflich integriert ist. Bei 30-jährigem legalem Aufenthalt entfällt der Integrationsnachweis.

Aktiv wahlberechtigt, d.h. zur Stimmabgabe berechtigt, sind Österreicher und Österreicherinnen, wenn sie nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind und ein bestimmtes Alter (16 Jahre) erreicht haben:

Bundespräsidentenwahlen

Nationalratswahlen

Landtagswahlen

Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen

Für nicht österreichische EU-Bürger und EU-Bürgerinnen mit Hauptwohnsitz in Österreich besteht die Möglichkeit, an Gemeinderatswahlen teilzunehmen.

Wie bei den deutschen Stadtstaaten schränkt Wien das Wahlrecht dahingehend ein, dass EU-Bürger mit Hauptwohnsitz in Wien bei den Bezirksvertretungswahlen (nicht aber auf Gemeinde- und Landesebene) wählen können. Gleiche Regelung gilt auch für das passive Wahlrecht, wodurch EU-Bürger für politische Ämter kandidieren können. Alleine die Altersgrenze ist auf 18 Jahre angehoben.

Die Möglichkeit des Kandidierens ist auch auf die Wahl zum Europaparlament ausgeweitet, sodass Bürger auf österreichischen Listen kandidieren können. Die Wahl zum Europaparlament lässt in Österreich den EU-Bürgern die Möglichkeit, entweder Kandidaten Österreichs zu wählen, oder aber Kandidaten des Heimatlandes.

7. Rahmenbedingungen der Europäischen Union

7.1 Institutionelle Konstruktion

Die Europäische Union – supranationales Gebilde ohne demokratische Legitimierung, so der häufige Vorwurf. Das Erscheinungsbild reduziert sich häufig auf eine administrative Institution fernab von den Bürgern, wodurch die Vermittlung von Bürgerrechten in einem Gebilde ohne repräsentative Symbole schwierig ist. Dabei lohnt ein Blick zurück auf die Entstehung der Europäischen Union, da hier sehrwohl Identitätsstiftendes zu finden ist.

Die Entwicklung der Europäischen Union beginnt 1951 mit der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS). Die EGKS ist mehr als ein Wirtschaftsverbund zur Kontrolle von Kohle und Stahl. Die eigentliche Intension zur Gründung dieser Gemeinschaft ist nicht die ökonomische, sondern die Idee einer friedenssichernden Maßnahme durch die von Nationalstaaten unabhängige Kontrolle rüstungswichtiger Güter. Die Idee des Friedens und einer europäischen Gemeinsamkeit wird in der Rede Robert Schuman deutlich:

„(...)Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muß in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen. (...) Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern - die erste Etappe der europäischen Föderation - und die

Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind. Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. Die Schaffung dieser mächtigen Produktionsgemeinschaft, die allen Ländern offensteht, die daran teilnehmen wollen, mit dem Zweck, allen Ländern, die sie umfaßt, die notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Produktion zu gleichen Bedingungen zu liefern, wird die realen Fundamente zu ihrer wirtschaftlichen Vereinigung legen. (...) Durch die Zusammenlegung der Grundindustrien und die Errichtung einer neuen Hohen Behörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die anderen teilnehmenden Länder bindend sein werden, wird dieser Vorschlag den ersten Grundstein einer europäischen Föderation bilden, die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist. (...).“¹⁶⁴

Die Rede macht deutlich, dass, um dem Gedanken zur Friedenssicherung zu Erfolg zu verhelfen, eine überstaatliche Einrichtung notwendig ist, die frei von Einsprüchen durch die Nationalstaaten ist. Der EGKS steht als unabhängige Institution die „Hohe Behörde“ voran, der hoheitlich Aufgaben übertragen werden. „In dieser Konstruktion um die Hohe Behörde schlug sich das Politikverständnis Jean Monnets nieder, das auf das Wirken einer selbständigen supranationalen Expertentechnokratie setzte. Politikern – seien es nationale Minister oder europäische Abgeordnete – sollten enge Grenzen der Einflussnahme gesetzt werden. Dieses Erbe der frühen Konstruktion beeinflusste immer wieder die weitere Ausgestaltung der institutionellen Architektur; ein Beispiel bildet die Europäische Zentralbank, die als Expertengremium über weit reichende personelle, instrumentelle, funktionale und finanzielle Unabhängigkeit verfügt“ (Wessels 2008: 66). Kontrolliert wird diese Instanz nur durch den Ministerrat, dem jeweils ein Vertreter eines Mitgliedstaates angehört (Wessels 2008: 65). Die Vertreter der nationalen

¹⁶⁴ Auszug aus der Erklärung Robert Schuman vom 9. Mai 1950:
http://europa.eu/abc/symbols/9-may/decl_de.htm

Parlamente haben in der „Gemeinsamen Versammlung“ lediglich beratende Funktion. Die Idee einer Europäischen Union beruht zunächst auf der Idee friedensstiftender Maßnahmen, deren Instrument und nicht Ziel eine ökonomische Kontrolle der Mitgliedsstaaten ist. Die Beibehaltung der Nationalstaaten mit ihren unterschiedlichen Verfassungsausgestaltungen ist die Grundlage der Gründungsphase. Die Überwindung des nationalstaatlichen Gedankens durch Einführung eines Binnenmarktes und der Währungsunion in der Folgezeit kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die Integration der Nationalstaaten letztlich nur die gemeinsamen Interessen von nationaler Regierungen und Bürokratien umfasst, welche die nationalen Souveränitäten nicht berühren (Eichener 2000; Moravcsik 1998).

Die Integrationspolitik der Europäischen Gemeinschaft erfolgt in verschiedenen Schritten. Neben den Versuchen zur Errichtung einer gemeinsamen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und einer Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG), wird schließlich durch die Römischen Verträge mit der Schaffung einer Zollunion und eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes die Idee einer selbständig überstaatlich handelnden Institution durchgesetzt (Wessels 2008). Die tatsächliche Gründung einer Europäischen Gemeinschaft erfolgt mit dem 1992 beschlossenen und 1993 in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht.

7.2 Benchmarking

Warum immer alles neu erfinden? Warum nicht funktionierende Ideen von anderen übernehmen? Benchmarking beschreibt die Suche und die Methode der Anpassung an die besten Praktiken durch Vergleich und Lernen von anderen Organisationen, um die eigene Leistung zu verbessern.

Die unterschiedlichen Verfassungstraditionen, die durch das EuGH geschützt sind und die jeder Mitgliedstaat in die Europäische Union mit einbringt, führen zu der Grundannahme, dass aufgrund unterschiedlicher historischer Entwicklungen, Rechtssysteme, Traditionen und ökonomischer Entwicklung der jeweilige Inhalt und Bedeutung von Staatsbürgerschaft unterschiedlich ausgelegt werden. Auch innerhalb eines Staates können verschiedene Konzepte existieren, deren Bedeutungen sich aufgrund von ideologischen, sozio-ökonomischen oder religiösen und kulturellen Cleavages ausdifferenzieren. Auf Basis der oben hergeleiteten Vergesellschaftungsformen des Kommunitarismus und Liberalismus lässt sich für das Konzept der Staatsbürgerschaft als Recht (right to have rights) und Staatsbürgerschaft als Status folgernde Matrix zeichnen:

	<i>Kommunitarismus</i>	<i>Liberalismus</i>
<i>Status</i>	Schutz der ökonomischen und sozialen Rollen als Arbeitnehmer, Unternehmer sowie der physischen Zugehörigkeit (Wohnort) ①	Schutz der individuellen Identität, symbolische Zugehörigkeit aufgrund der gemeinsamen Herkunft, Sprache, Religion etc. ②
<i>Rechte</i>	z.B. kulturelle Rechte bezogen auf Sprache, Religion, Vereinigung etc. ③	Vertrags-, Handels- und Bewegungsfreiheit etc. ④

In der Europäischen Union herrschen die Felder 2 und 4 vor, obgleich aufgrund der Judikatur des EuGH auch das Feld 3 in geringem Umfang ausgeprägt ist. Nach der Rechtsprechung des deutschen Bundesverfassungsgerichtes liegt in Deutschland der Schwerpunkt auf den Feldern 1 und 3 zur Definition des individuellen Status innerhalb einer politischen Gemeinschaft vor.

Die Unionsbürgerschaft (nach Art. 17-22 EGV) ist ein komplementärer Status zu den national-staatlichen Staatsbürgerschaften; sie soll diese nicht ersetzen. Allerdings kann nur, wer Staatsbürger eines EU-Mitgliedstaates ist,

gleichzeitig Unionsbürger sein. In ihrer rechtlichen Ausgestaltung bereits von Weiler (1997) als ein ‚embarrassment‘ bezeichnet (Gewährleistung von Freizügigkeit; passives und aktives Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie zu Wahlen des EP des jeweiligen Wohnorts; diplomatischen und konsularischen Schutz durch ein Mitgliedsland bei Vertretungslücke; Petitionsrecht ggü. dem EP bzw. dem Ombudsmann), kann sie eher als ein symbolischer Akt¹⁶⁵ verstanden werden, der letztlich als Integrationsfigur dienen, sprich, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit vermittelt und damit Unterstützung für eine Eliten-basierte Integration sichern helfen soll.

In ihrer ‚minimalistischen‘ Ausgestaltung scheint sie mir als ein Beweis der mitgliedstaatlichen ‚rescue-through-mutation‘ (Warleigh 1998) Strategie aufzutreten. Als wesentlicher Bestandteil der Unionsbürgerschaft kann die mitgliedstaatliche Basierung und damit die jeweils spezifische nationalstaatliche Staatsbürgerschaft angesehen werden – vor diesem Hintergrund bleibt es fraglich, ob man überhaupt von einer europäischen Unionsbürgerschaft sprechen kann, impliziert ja bereits die Konnotation auf Bürgerschaft und das Bestreben einer ‚ever closer Union of the European peoples‘, dass es sich zweifelsohne um eine einheitliche Basis, ein Volk handeln muss, welches - wie schon so oft festgestellt – nicht existiert und so schnell (wenn überhaupt) existieren wird. Auch über die Frage, ob ein homogenes Unionsvolk unabdingbar sei, wurde schon ausreichend diskutiert: eine Lösung des Dogmenstreits könnte m.E. nur erfolgen, wenn man „sich bei der Auslegung des demokratischen Prinzips von der institutionellen Orientierung an dem ohnehin diffusen Begriffs des Volkes löst und erkennt, dass der eigentliche Bezugspunkt der Demokratie nicht die kollektive Größe des Volkes ist, sondern der einzelne“ (Huber 1999, 33).

¹⁶⁵ In diesem Sinne auch Warleigh (1998, 139): „Maastricht Citizenship could thus be a vehicle through which popular conflation of nationality, citizenship, and political activity might be dissected, since it encourages and, indeed, requires recognition of common values and a politics based on pluralism.“

Wir haben keine Unionsbürgerschaft in dem Sinne, dass wir als Bürger direkt der EU angehören. Es macht allerdings wenig Sinn zur Qualitätsbeurteilung der europäischen Unionsbürgerschaft, Bewertungskriterien heranzuziehen wie sie für eine nationale Staatsbürgerschaft Anwendung finden würden: Grawert (1984) formulierte als solche ‚Unmittelbarkeit, Personalität, Beständigkeit, Ausschließlichkeit und Effektivität‘. Folgte man diesen Kriterien, so würde man offensichtlich und gezwungenermaßen für die beschriebene Unionsbürgerschaft zu einem Negativurteil gelangen. (Tomuschat 1999, 84) Insofern Europa bzw. die EU ein ‚präzedenzloses Gebilde‘ (Schuppert 2000) ist, so gilt dies erst Recht für seine Unionsbürgerschaft.

Zwar mag die Unionsbürgerschaft als solche ein neuartiges Konstrukt sein, jedoch eines, das für die europäischen Bürger recht ‚zahnlos‘ daherkommt, ihnen keinen direkten Konnex zur Union bietet (von der MEP-Wahl abgesehen): Der Wille den europäischen Bürger auf politische Umlaufbahnen zu senden ist durch die Unionsbürgerschaft zwar bekundet, doch ist diese eher im Bereich negativer Freiheitsrechte (Freizügigkeit, Anti-Diskriminierung) anzusiedeln als im Bereich pos. Teilhaberechte. In seiner momentanen vertraglichen Ausgestaltung wäre die Unionsbürgerschaft somit kein Mittel, um gegen das Demokratie-Defizit der EU vorzugehen.¹⁶⁶ „Den Staatsbürgern müssen neue politische Mitwirkungsrechte in dem Maße zuwachsen, in dem sich ihre Herkunftsstaaten der Hoheitsgewalt über sie und damit der Schutzmöglichkeit zu ihren Gunsten begeben haben. [Im Zuge der europäischen Souveränitätsteilung] muß die Unionsbürgerschaft um Rechte ergänzt werden, soweit der citoyen in seinem Herkunftsland an politischen Einflußrechten verloren hat. Geteilte Souveränität muß doppelte Legitimation und damit einen auf beiden Ebenen sich wirksam ergänzenden Bürgerstatus nach sich ziehen“ (Kadelbach 1999, 107/8). Es wird zu zeigen sein, dass die möglichen von Preuss (1997) aufgezeigten Entwicklungslinien beide als

¹⁶⁶ Im Detail zum Demokratie-Defizit der EU stellvertretend für viele siehe Abromeit 1998, 2001

zutreffende Beschreibungen zu gelten haben: (a) es kommt zu einer gesetzlichen Ausweitung der Unionsbürgerschaft und (b) sie bleibt als ‚Sammelbegriff der wenigen Rechte des EU-Bürgers‘ was sie ist. Mit dem zu entfaltenden Modell soll nachgewiesen werden, dass sich in der Tat sektoral – und ‚hinterrücks‘ - politische Mitgestaltungs- bzw. Teilnahmerechte entfaltet haben, diese jedoch nach Politikfeld je unterschiedlich ausfallen können (... was sich eventuell als Problem herauszustellen vermag). Die Unionsbürgerschaft als solche, als symbolischer Begriff, wäre dann durch die interaktive Praxis bereits obsolet geworden. Für die Modellierung sollte es tunlichst vermieden werden, die national-staatliche Staatsbürgerschaft als ‚Blaupause‘ anzulegen – dies hat sich bereits in der Untersuchung des begrifflich so schwer fassbaren Gebildes der EU als problematisch erwiesen.¹⁶⁷ Als ‚Zugriffsinstrumente‘ auf den Ausbau eines eingeforderten doppelten Bürgerstatus scheinen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und dem EuGH zwei Akteure hervorstechen, die insbesondere mit dem staatsbürgerlichen ‚rights-struggle‘ in Verbindung gebracht werden und dem Dornröschenschlaf der europäischen (transnationalen) Citizenship Leben einhauchen. Wir gehen von der Prämisse aus, dass sie durch ihr politikfeldspezifisches Engagement bzw. ihre Entscheidungen die Hauptantriebsfedern in der Erreichung und Institutionalisierung bestimmter Teilnahmerechte darstellen. Es soll allerdings weniger darum gehen, diese Akteure in den Mittelpunkt zu rücken, als zu untersuchen, ob, wenn ja welche und ggf. wodurch es zur Institutionalisierung sektorspezifischer Unterschiede in der Tiefe erreichter Partizipationsrechte kommt bzw. es diese gibt, die allerdings im Sinne staatsbürgerschaftlicher Rechte anerkannt werden müssen und damit einen das eher statische Verständnis von Staatsbürgerschaft transzendierenden Bedeutungsinhalt im Sinne einer prozesshaften Konzeptualisierung ermöglichen. So wie eine transnationale Demokratie, ist die Herausbildung einer transnationalen Staatsbürgerschaft

¹⁶⁷ Dazu auch Warleigh (1998), „where political boundaries are fluid, and where the public sphere is invested with less responsibility than in national welfare states, it is questionable whether political participation will (need to) follow established pattern.“ (137)

nur in einem ‚historischen, mehrere Generationen übergreifenden zivilisatorischen Prozeß möglich...‘ (Kleger 1997, 302/3). Dies unterstreicht den evolutionär-prozeßhaften Charakter einer transnationalen Staatsbürgerschaft. Böckenförde führt diese Idee weiter, indem er von einem europäischen Bewusstsein spricht, welches die Grundvoraussetzung für die Bildung einer europäischen „Nation“ ist: „Ein Nation-Bewußtsein der Europäer wird gerade auch durch Wirkungen hervorgerufen und gefördert, die von politischem Handeln, von Symbolgestalten und nicht zuletzt von Beteiligungsformen der Bürger ausgehen. Welche Stärkung europäischen Bewusstseins hat jüngst gerade die eher ironisch gemeinte Rede vom ‚alten Europa‘ in Europa hervorgerufen! Hier besteht eine Wechselwirkung: Anstöße, die von der Politik, politischem Handeln und der bestehenden oder sich entwickelnden politischen Organisation ausgehen, sind geeignet, gemeinsames politisches Bewusstsein entstehen zu lassen oder zu verstärken und schrittweise auch emotionale Zugehörigkeit und Verbundenheit. [...] Viel wird davon abhängen, ob und inwieweit die Europäische Union als eigener Träger von Gemeinwohlverantwortung erfahren und erlebt werden kann [...]. Dem lässt sich abhelfen, wenn Entscheidungsprozesse und Beteiligungsformen in der EU entwickelt werden, die auch die Bürger Europas einbeziehen. Dann bildet sich auch eine europäische politische Öffentlichkeit. Die demokratischen Grundlagen der Union müssen schritthaltend mit der Integration ausgebaut werden, wie es das Bundesverfassungsgericht gesagt hat“ (Böckenförde 2002: 8).

Der Benchmark-Ansatz, das Lernen von anderen Organisationen, kann die Idee Böckenfördes weiterführen, indem Partizipationsmöglichkeiten der Individuen der jeweiligen Länder miteinander verglichen werden. Dies kann positive Aspekte beinhalten, kann jedoch auch, besonders durch die Stellung der Regierungschefs als Ideengeber und Vertreter der Nationen, zu negativen, d.h. Dem Abbau von Bürgerrechten führen, wie gezeigt wird. Das gegenseitige Wechselspiel, das Anerkennen gegenseitiger Rechte äußert sich vor allem in den verschiedenen Politikfeldern, sodass Regierungsformen und Partizipationsformen sich in vier Aspekte unterscheiden lassen:

- Guided by voluntarism (Vorrang des Willens)
- Subsidiarity (Eigenverantwortung vor staatliches Handeln stellt)
- Inclusion
- “The mechanism of governance are diffusion and learning, persuasion, standardization of knowledge about policies, repetition and time management” (Jacobsson 2001, 11ff.).

Insbesondere die vierte Methode des Regierens ist in der Union verbreitet. Wie an zwei Beispielen gezeigt wird, ist die Zulassung von Partizipation, also die Gewährung von transnationalen Bürgerrechten jeweils von nationalstaatlichen Interessen auf der einen Seite abhängig, und lässt Bürgerrechte dort zu, wo eine geringe Einflussnahme möglich ist. Die Idee der Unionsbürgerschaft, ausgestattet mit einem Bewusstsein für Europa, welches sich an identitätsstiftenden Symbolen, wie es die Rede von Schuman sein kann, scheitert schließlich daran, dass die Bürgerrechte noch immer an den Nationalstaat gebunden sind und damit eine Einflussnahme von Bürgern aus EU-Staaten an ihrem Wohnort begrenzt bleibt. Die Abschottung des Nationalstaates gegenüber den Bürgers zeigt sich weiterhin an den Methoden der Integration von Migranten, die im wechselseitigen Spiel der Ratspräsidentschaft jeweils auf der Tagesordnung steht und in doppelter Hinsicht Formen der Exklusion betreibt: Ausschluss von Migranten von staatsbürgerlichen Rechten sowie der Durchsetzung nationaler Interessen, wobei in diesem Zusammenhang das gegenseitige Lernen in der Reduzierung von Bürgerrechten durch die Vorgabe der Sicherheit im Vordergrund steht.

8. Einschränkung von Bürgerrechten

8.1 Hintergrund

Wie Gesetze sind auch Rechte Veränderungen unterworfen. Davon sind auch Bürgerrechte betroffen, wie dies seit dem 11. September 2001 deutlich wird. Die Anschläge vom 11. September auf Washington und New York gelten allgemein als Anlass nationaler und internationaler Anstrengungen gegen den internationalen Terrorismus vor zu gehen. Obgleich es in den Jahren vor dem 11. September ebenfalls zu terroristischen Anschlägen mit enormer Opferzahl gekommen ist, erreichen diese Anschläge nicht die mediale Wirksamkeit, da diese durch räumliche Entfernung oder deren Einbindung in (national)-staatliche Angelegenheiten sich dem Bezug und der Auseinandersetzung entziehen. Im Gegensatz dazu werden die Anschläge von New York und Washington als Anschläge auf symbolträchtige Einrichtungen¹⁶⁸ und damit als Angriff auf die westliche und als freie Zivilisation verstandene Welt empfunden (Groß 2002: 1; Wilhelm 2002: 99; Karg 2003: 5). Insbesondere aber die nachfolgenden Anschläge von Madrid und London beschleunigen den Prozess von Maßnahmen gegen den Terrorismus. Dem Anschlag von London vom 7. Juli 2005 kommt ein besonderer Status zu, da hier die mutmaßlichen Attentäter als britische Staatsbürger pakistanischer Eltern einen Terrorismus aus Drittstaaten nach innen transportieren, sich also eher mit der Gemeinschaft des Herkunftslandes ihrer Eltern identifizieren¹⁶⁹, als mit dem Land, in dem sie aufgewachsen sind und leben.

¹⁶⁸ Vergleiche auch den Ansatz von Cassierer (2007) über die Notwendigkeit von Symbolen als Möglichkeit der Identifikation

¹⁶⁹ Ähnliche Tendenzen der Identifikation zeigt sich unter Türken in Deutschland. Ein nicht unerheblicher Teil identifiziert sich eher mit der Türkei, selbst wenn nicht dort geboren, als mit dem Land, in dem er lebt. Gleiches gilt für den Einsatz im Verteidigungsfall (Wilamowitz-Moellendorff 2001: 4f). Hier helfen moderne Medien, mit denen der Kontakt aufrecht erhalten werden kann (Internet, Satellitenfernsehen) (Schlicht 2007: 2f)

Die Folgen der Anschläge spiegeln sich in verschiedenen gesetzgeberischen Maßnahmen wieder, die in ihrem Charakter einen präventiven Staat mit einhergehender Einschränkung von Bürgerrechten entsprechen (Hirsch 2002; Denninger 2000, 2001, 2002; Erbel 2002; Hassemer 2002; Albrecht 2002; Lehne, Schlepper 2007; Gierhake 2008). Die Intention der Gesetzesmaßnahmen ist die Abwehr von Straftaten oder Terroranschlägen bereits in der Vorbereitungsphase; die Spannweite reicht dabei von der Abwehr potentieller Terroranschläge über die Bekämpfung organisierter Kriminalität, (illegaler) Einwanderung und der Sicherung sensibler gesellschaftlicher Bereiche (Albrecht 2002: 50 ff.) zur Wahrung der „öffentlichen Sicherheit“ (Erbel 2002: 14). Dies wird insbesondere damit begründet, dass der technische Fortschritt auch von potentiellen Tätern genutzt wird, dem gegenüber eine offene Gesellschaft steht, deren Infrastruktur basierend auf Vernetzung durch Globalisierung angreifbar ist (Hutter 2004).

Die Verhütung von Straftaten, zu denen auch terroristische Aktivitäten subsummiert werden, steht im Vordergrund: Die Strafverfolgung wird tätig, bevor überhaupt eine Straftat begangen wird. Die Möglichkeit einer Handlung, die Möglichkeit einer Absicht, ohne dass sie bereits in die Tat umgesetzt ist, gibt Anlass zu polizeilicher oder geheimdienstlicher Tätigkeit. „Das heißt: Strafbarkeit von Absichten und bedeutet Ermittlungsmethoden, die sich an der Effektivität und nicht etwa an der Unschuldsvermutung orientiert“ (Hirsch 2002: 2). Die Prävention und Tatvereitelung im Vorfeld einer mutmaßlichen Tat führt zu einer Normverfestigung in der Gesellschaft, in der in zunehmendem Maße Sicherheit und Freiheit sich gegenüber stehen (Hassemer 2002; Crespo 2006: 413):

„Philosophisch-politisch gesehen wird die klassische Aufgabe des Liberalismus, nämlich der Schutz grundlegender Individualrechte, ersetzt durch „antiliberales Tendenzen“ die von dem Gedanken ausgehen, dass es notwendig sei, auf Teile persönlicher Freiheit zu verzichten, um größtmögliche

kollektive Sicherheit zu gewährleisten. Dieser Ersatz, der hemmungslos von einer Mehrheit des politischen Spektrums übernommen wird, impliziert gewissermaßen den langsamen, aber offenbar unaufhaltsamen Übergang des Rechtsstaates in einen Präventivstaat, der sich durch vorzeitiges Aktivwerden gegenüber Risiken auszeichnet (da diesen zeitlich vor der Verletzung oder gar Gefährdung vorzubeugen ist), anstatt sich auf nachträgliche Reaktionen in Einklang mit bestimmten Prinzipien und Garantien zu beschränken“ (Crespo 2006:425).

Diese Eingriffe in Bürgerrechte, die Teilhabe am Staatsgeschehen unterliegt den Schwankungen und wechselnden Interessen des Staates, denn „wäre also die menschliche Natur so angelegt, daß die Menschen nur nach dem Gebot der Vernunft leben und auch nichts anderes wollten, dann würde das Naturrecht, soweit man es auf die Menschen im besonderen beziehen will, alleine von der Macht der Natur bestimmt. Doch die Menschen werden mehr von blinder Begierde als von Vernunft geleitet“ (Spinoza 1988: 14). Die von Spinoza vermutete Störung des Zusammenlebens der Menschen, die von Un-Vernunft und Begierde geprägt ist, führt zu der Notwendigkeit des Staates als Korrektiv. Die im Naturzustand vorliegende Feindschaft des Einen zum Anderen durch die Natur des Menschen und die damit verbundene Sicherheit des Einzelnen gegenüber dem Anderen. Im Naturrecht selbst existiert kein Unrecht, da zunächst das individuelle Handeln des Einzelnen nicht an die Handlungen des Anderen Gebunden ist und somit keinen Schutz oder Sicherheit gegeben ist. Erst durch den Zusammenschluss Einzelner zu einer Gruppe erwerben diese Rechte, die ihnen Sicherheit (und Rechtssicherheit sowie Teilhabe) gewährt, wobei es jedoch unerheblich ist, in welcher Form diese Übereinkunft des Einzelnen erzielt wird (ebd.: 19 ff.), sodass verschiedene Staatsformen von Spinoza gedacht werden, welche die Funktion des Schutzes einnehmen. Das Gut der Sicherheit wird durch das Gemeinwesen geregelt, welchem sich der Einzelne individuell unterwirft, wodurch er nur soviel Recht an der Natur erhält, wie „das gemeinsame Recht

ihm einräumt“ (ebd.: 19). Die individuellen Freiheitsrechte haben sich dem Bedürfnis des Gemeinwesens unterzuordnen, nicht hingegen den Bedürfnissen eines Souveräns, wie es Hobbes formuliert. Die Vertragsgestaltung, in der Individuen ihre Freiheit zugunsten des Schutzes durch einen Staat aufgeben, gestaltet sich durch die Unterwerfung des Individuums unter die Herrschaft des Staates, „daß er sicher leben kann“ (Hobbes 1985: 38). Diese Unterwerfung erfolgt im Gegensatz zu Spinoza nicht mittels des ethischen Handelns, hervorgerufen durch die Vernunft, sondern normativ durch Sanktionen, denn „für die Sicherheit muß deshalb nicht durch Verträge, sondern durch Strafe gesorgt werden“ (ebd.: 39), deren Umsetzung und Überwachung weniger die Ahndung eines Vertragsbruches, sondern die Selbstorganisation des Staates steht (Jakobs 2004: 96). Der Staat selbst kann jedoch nicht eine umfassende Sicherheit des Einzelnen gegenüber anderen gewährleisten, jedoch entsprechende Vorsorge treffen (Hobbes 1986: 39).

Das Verhältnis von Staat zu seinen Bürgern, seinen Befugnissen gegenüber seinen Bürgern und deren Partizipation auf der anderen Seite tragen den Diskurs modernen Staatswesens in komplexen Gesellschaften und der damit verbundenen Unübersichtlichkeit durch Fragmentierungen und transnationale Identifikation sowie der daraus entstandenen Notwendigkeit der Organisation des Normativen gegenüber den Bürgern. Auf Seiten der Bürger, besteht weiterhin der Widerspruch des Gedankens nach Sicherheit, welche durch das Kollektiv gewährt wird¹⁷⁰, gepaart mit der Unfähigkeit zum

¹⁷⁰ Und als 'ethnic revival' als Konzept eines Kollektivs zur Korrektur einer fehlenden Loyalität, wie sie durch Migration oder Labeling der Mehrheitsgesellschaft, der Zuschreibung als Fremde, entsteht (Geertz 1994), sodass in der Auseinandersetzung mit anderen Gruppen innerhalb der Gesellschaft eines Staatsgefüges die eigene ethnische Zugehörigkeit „um so ausschließlicher die ethnische Gemeinsamkeit und um so heroischer die halluzinierte ethnische Vergangenheit“ (Elschenbroich 1986, S.127) thematisiert wird und als Identifikationsmodell dient. "Wir wollen solche Menschengruppen, welche auf Grund von Ähnlichkeiten des äußeren Habitus oder der Sitten oder beider oder von Erinnerungen an Kolonisation und Wanderung einen subjektiven Glauben an eine Abstammungsgemeinsamkeit hegen, derart, daß dieser für die Propagierung von Vergemeinschaftungen wichtig wird, dann, wenn sie nicht 'Sippen' darstellen, 'ethnische' Gruppen nennen, ganz einerlei, ob eine Blutsgemeinsamkeit objektiv vorliegt oder nicht." (Weber 1922, S.237). Das

Vernunftthandeln und staatlicher Sicherheitsgarantien auf der anderen Seite mit der Vorstellung eines „Grundrechts auf Sicherheit“ und einem „Rechtsgut Sicherheit“ (Hirsch 2002: 2; Ronellenfitsch 2007: 561). Beide Aspekte sind jedoch nicht im Grundgesetz verankert (Ronellenfitsch 2007: 561); dort ist alleine als Zweck allen Rechts der Schutz der Freiheit und Menschenwürde formuliert. Die Wahrnehmung von verbrieftter Sicherheit, wie sie durch die Form von Sicherheitsgesetzen als Notwendigkeit derselben hervorgerufen wird, führt zu dem Paradoxon, dass Freiheit nur durch Einschränkung derselben zu erhalten sei (Hassmer 2002: 1). Wenn die Freiheit jedoch als Gefahr erscheint, vor der man bei der Sicherheit Zuflucht suchen müsse (Hirsch 2002: 3), wird Freiheit selbst demontiert und damit ein Teil von Bürgerrechten aufgegeben. Eine Einschränkung dieser Rechte hingegen ist die Aufgabe des Staates, denn ein „Sicherheitsgefühl aber gehört zur Ausübung der Freiheit wie die Atemluft zum Leben. Es schafft die Unbefangenheit im Umgang und es trägt das Grundvertrauen zum Mitbürger. Es leitet den öffentlichen Diskurs, und es sorgt dafür, dass Meinungsstreit und Interessengegensätze sich in den Bahnen der Zivilität halten, dass die Einheit des Gemeinwesens belastbar bleibt und Widersprüche erträgt. Die Gelassenheit, die auf dem Gefühl der Sicherheit gründet, ist die Bedingung dafür, dass das politische Klima temperiert ist, in dem der Verfassungsstaat als 'Staat des Maßes' gedeihen kann“ (Isensee 2004: 85). Die Gewährung und Verweigerung von Bürgerrechten je nach Sicherheitslage des Staates ist das Credo Isensees, wodurch die Rolle des Staates neben dem Normativen gleichfalls die Rolle des Definitorischen zufällt.

ethnische Kollektiv, welches die Sicherheit bietet und zu dessen Zugehörigkeit das Individuum qua Geburt gehört, reduziert die Distanz zu den Mitgliedern dieses Kollektivs und schafft Distanz zu den Mitgliedern anderer Gruppen, sodass hier Formen von kollektivem Symbolen zur Identifikation vorliegen.

8.2 Sicherheitsgesetzgebung als Instrument der Einschränkung von Bürgerrechten

Die Debatte, wie sie in Folge verschiedener terroristischer Aktivitäten geführt wird, verläuft über verschiedene Dimensionen, die multiaxial miteinander verbunden sind. Der 11. September 2001 kann hinsichtlich der eingeführten und noch einzuführenden Sicherheitsgesetze als Initialzündung gelten. Die Eindringlichste Form der Einschränkung von Bürgerrechten (Gramckow 2008) stellt der PATRIOT Act (Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act) vom 26 Oktober 2001 dar. Wie der Titel des Gesetzes deutlich hervorhebt, steht eine Stärkung des inneren Staatszusammenhalts im Vordergrund, wofür geeignete Instrumente bereitzustellen sind. Dies umfasst im wesentlichen die Möglichkeit des Staates, Personen, insbesondere Ausländer (Doyle 2002; Gramckow 2008: 202 ff.), die des Terrorismus verdächtigt werden, obligatorisch in Haft zu nehmen. Die Begründung des Terrorismusverdachts ist weit gefasst und reicht von einer tatsächlichen Teilnahme an einer terroristischen Aktivität über die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung oder Ausbildung in einem als solchen bezeichneten Ausbildungslager bis hin zu der ungenauen Bezeichnung einer möglichen Teilnahme an Anschlägen (Walther 2007: 465). Neben diesen Einschränkungen¹⁷¹, die in klassische Bürgerrechte zugunsten eines

¹⁷¹ Neben den direkten Gesetzen zur sogenannten Terrorismusbekämpfung greift der PATRIOT Act auch in folgende Bürgerrechte ein:

1. Wiretap Act (Telefonabhörung)
2. Electronic Communications Privacy Act
3. Computer Fraud and Abuse Act
4. Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA)
5. Family Education Rights and Privacy Act
6. Pen Register and Trap and Trace Statute (Zugang zu Telefon-, E-mail und Webseiten Nummern und Adressen)
7. Money Laundering Act [Geldwäsche]
8. Money Laundering Control Act
9. Immigration and Nationality Act
10. Bank Secrecy Act
11. Right to Financial Privacy Act
12. Fair Credit Reporting Act (Gramckow 2008: 196)

Sicherheitsbegriffs eingreifen, bietet auch das Einwanderungsgesetz Möglichkeiten, Personen zu inhaftieren oder abzuschieben, da die weitreichenden Befugnisse des Präsidenten als Oberbefehlshaber der Streitkräfte Personen, die „im Krieg gegen den Terrorismus“ als „feindliche Kämpfer“ identifiziert werden, in Militärhaft nehmen zu lassen, unabhängig davon, welche Staatsangehörigkeit diese besitzen, sodass damit auch US-amerikanische Staatsbürger betroffen sind (Walther 2007: 466). Des Weiteren analysiert Walther (ebd.) die US-Gesetzgebung dahingehend, dass drei Aspekte zur Durchsetzung der Präventivhaft hervorgehoben werden:

„Erstens geht es darum, die Rückkehr von 'feindlichen Kämpfern' 'auf das Schlachtfeld' zu verhindern (und das Schlachtfeld, so darf angemerkt werden, ist im Kampf um den internationalen Terrorismus zeitlich und örtlich unbegrenzt); zweitens, für den weiteren Kampf gegen den Terrorismus interessantes Informationsmaterial von den Inhaftierten zu erlangen; und drittens, jegliche Kommunikation mit Gleichgesinnten zu unterbinden“ (Walther 2007: 466).

Die Gesetzgebung beinhaltet insgesamt Momente, die es ermöglicht, bei Verdachtsmomenten staatliche, militärische und geheimdienstliche Maßnahmen gegenüber dem Bürger durchzuführen (Gramckow 2008: 195), wodurch eine Umkehrung der Beweislast erfolgt (Walther 2007: 467). Diese präventiven Maßnahmen, die auf einer verdachtsunabhängigen Beobachtung und Speicherung von Daten beruhen, wie sie hier in Deutschland durch die sogenannte Vorratsdatenspeicherung oder die verdachtsunabhängige Rasterfahndung (Groß 2002, Limbach 2004) bekannt ist, stellt Walther (2007) hinsichtlich einer Präventivhaft ähnliche Tendenzen fest, wenngleich diese selbst als ausdrückliches Gesetz nicht existiert. Jedoch bietet das Strafrecht und das Ausländerrecht Möglichkeiten, Formen von Präventivhaft durchzusetzen. Über das Instrument der Untersuchungshaft kann durch Anwendung von „Sicherungshaft“ (§112a StPO) bei Wiederholungsgefahr eine Form von Präventivhaft festgestellt werden. Auch die Festsetzung von

Personen mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung oder zur Verabredung einer Straftat (§§129, 129a, 129b StGB). Diese Instrumente sind trotz der großzügig ausgelegten Begründungen und der vorgesehenen Haftdauer (Walther 2007: 469) an einen Strafprozess gebunden. Im Vergleich hierzu wird im Aufenthaltsgesetz § 58a Abs.1¹⁷² deutlich ein präventiver Charakter mit Betonung eines Verdachtsmomentes hervorgehoben, womit Ausländern alleine durch ein Verdachtsmoment Bürgerrechte verwehrt werden und die Durchsetzung des Gesetzes nicht mehr an die Strafverfolgung selbst gebunden ist.

Die Reduzierung auf Prognosen und Verdachtsmomente wird im Zuge der Sicherheitsgesetzgebung nach dem 11. September durch den Referentenentwurf von 2007 und dem daraus resultierenden Gesetzentwurf der Bundesregierung vom Januar 2009 mit der Erweiterung des Staatsschutzstrafrechts um den § 89a StGB präzisiert¹⁷³, da die bisherigen Möglichkeiten hinsichtlich einer terroristischen Bedrohung nicht mehr

¹⁷² §58a Abs.: 1 Aufenthaltsgesetz: „Die oberste Landesbehörde kann gegen einen Ausländer auf Grund einer auf Tatsachen gestützte Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr ohne vorhergehende Ausweisung eine Abschiebungsanordnung erlassen. Die Abschiebungsanordnung ist sofort vollziehbar; einer Abschiebungsandrohung bedarf es nicht.“

¹⁷³ Der Referentenentwurf und der daraus resultierende Gesetzentwurf sieht in Hinblick auf mögliche terroristische Aktivitäten weitreichende Maßnahmen vor, die über die reine Strafverfolgung hinaus gehen. Es wird festgelegt, dass:

„... die Vorbereitung von Straftaten aus dem terroristischen Kernbereich, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB aufgeführt sind (Straftaten gegen das Leben und die persönliche Freiheit: Mord, Totschlag Freiheitsberaubung, Geiselnahme), wenn diese Taten bestimmt und geeignet sind, den Bestand oder die Sicherheit eines Staats zu beeinträchtigen oder die Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben.“ zu ahnden sind und

„Täter, die solche Taten vorbereiten, aber mangels Bestehen oder Nachweisbarkeit einer terroristischen Vereinigung derzeit nicht nach §§ 129a oder 129b StGB bestraft werden können. Damit werden auch solche (Einzel-)Täter erfasst, deren Handlungen nicht als Verbrechensverabredung nach dem geltenden §3c Abs. 2 StGB strafbar sind.“ (BMJ, Pressemitteilung vom 21.04.2008)

ausreichen¹⁷⁴. Die Verlagerung auf Prognosen, so eindeutig sie sein mögen, sind deutlich eine Vorfeldkriminalisierung (Gierhake 2008: 397), denn nicht die Tat alleine, wie die Entwürfe verdeutlichen, sondern die Absichten sind strafbar¹⁷⁵:

„Die Vorbereitung schwerer terroristischer Gewalttaten soll künftig ebenso wie die Anleitung zur Begehung solcher Taten bestraft werden. Auch das Aufnehmen oder Unterhalten von Beziehungen zu einer terroristischen Organisation soll in Zukunft strafbar sein, wenn dies in der Absicht geschieht, sich in der Begehung von Anschlägen unterweisen zu lassen. Flankiert werden die neuen Straftatbestände durch aufenthaltsrechtliche Vorschriften, die

¹⁷⁴ „Die §§ 129a und b StGB knüpfen die Strafbarkeit des Bildens oder Unterstützens einer terroristischen Vereinigung an die Gefährlichkeit, die von einer Gruppe ausgeht, die aus mindestens drei Mitgliedern besteht. Die Struktur des Terrorismus hat sich im Vergleich zu den 70er Jahren verändert – anders als bei der RAF handelt es sich bei islamistischen Tätern oftmals um Täter, die ohne feste Einbindung in eine hierarchisch aufgebaute Gruppe agieren, sodass §§ 129a und b StGB auf sie nicht angewendet werden können, die von ihnen ausgehende Gefahr aber dennoch erheblich und deshalb strafwürdig ist.“ (BMJ, Pressemitteilung vom 18.11.2007 und 21.04.2008)

¹⁷⁵ „Mit dem neuen Gesetz werden künftig eine Vielzahl von Handlungen im Vorfeld von terroristischen Straftaten unter Strafe gestellt. Das Paket umfasst neben anderem beispielsweise das Beschaffen und Vorhalten von Materialien, mit denen Anschläge begangen werden können, aber auch insbesondere die Ausbildung und das sich ausbilden lassen, um eine terroristische Gewalttat zu begehen. Dabei bleiben wir bei unserer Leitlinie: Rechtsstaatliche Grundsätze müssen auch bei der Terrorismusabwehr strikt gewahrt werden. Strafrecht ist immer das letzte Mittel des Staates, deshalb können Vorbereitungshandlungen grundsätzlich nur ausnahmsweise strafbar sein. Allein der Umstand, dass sich jemand bestimmte Fertigkeiten beibringen lässt, die potenziell dazu genutzt werden können, terroristische Anschläge zu begehen, kann aus rechtsstaatlichen Gründen nicht ausreichen, um sie zu bestrafen. Hinzu kommen muss die Absicht, diese Fertigkeiten zur Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat zu nutzen. Allerdings kann – entgegen anders lautender Behauptung von Unionspolitikern – der Aufenthalt in einem Terrorcamp schon ausreichen, um einen Anfangsverdacht für strafrechtliche Ermittlungen zu begründen“ (BMJ, Pressemitteilung vom 27.11.2008). Von Fritsch, Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes führt hierzu konkret aus:

„Das dritte Phänomen ist ebenfalls sehr beunruhigend, wir bezeichnen es als Wohnstuben-Terrorismus. Sie brauchen heute, um Terrorist zu sein, keine militärische Ausbildung. Sie brauchen keine Sprengstoffausbildung. Alles, was Sie brauchen, können Sie zuhause im Internet erwerben, Kenntnisse, Fertigkeiten, Anleitungen, Sie erhalten alles dort, Sie bekommen die Zutaten im Wesentlichen in der Drogerie an der Ecke oder mit etwas krimineller Energie leicht auf anderen Wegen und sind in der Lage, einen fast perfekten Anschlag zu verüben (...).“ (Fritsch 2007: 15)

es ermöglichen, einen Ausländer, der eine schwere Gewalttat vorbereitet, auszuweisen bzw. ein Einreiseverbot gegen ihn zu verhängen“ (BJM, Pressemitteilung vom 21.04.2008).

8.3 Exkurs: Feindstrafrecht

Die Gesetzesentwürfe zur Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik pönalisieren sozial neutrale Handlungen (Gierhake 2008: 399) und verlagern sich hin zu einem Feindstrafrecht. Die Grundkriterien des von Jakobs (1984, 2004) ausgeführten Begriffs des Feindstrafrechts, welches er vom Bürgerstrafrecht unterscheidet, sind dadurch gekennzeichnet, dass „... es nicht primär um den Ausgleich eines Normgeltungsschadens geht, sondern um die Beseitigung einer Gefahr: Die Strafbarkeit wird in den Bereich der Vorbereitung vorverlagert, und die Strafe gilt der Sicherung vor zukünftigen Taten, nicht der Ahndung vollzogener“ (Jakobs 2004: 10), wodurch eine Rechtsgutverletzung eintritt, bevor die Tat selbst begangen ist (Quiatkowski 2008: 5). In Hinblick auf den 11. September formuliert Jakobs die Kernaussage: „Der prinzipiell Abweichende (...) kann nicht als Bürger behandelt, sondern muß als Feind bekriegt werden“ (Jakobs 2004: 106). Zwar distanziert Jakobs sich zunächst von der radikalen Aussage Rousseau, dass der Feind kein Staatsbürger (citoyen) sei (ebd.: 95), nähert sich ihm aber wieder an, indem der Wahrung von Menschenrechten die Etablierung gewährt, nicht jedoch deren Sicherung (ebd.: 106)¹⁷⁶. Die Differenz des Staatsbürgers zum Feind besteht in der fehlenden kognitiven Sicherheit dessen, die kalkulierbares Verhalten gegenüber den Anderen gewährleistet und eine „Orientierung an Recht und Unrecht“ (ebd.: 99) zugrunde legt. Der

¹⁷⁶ Jakobs begründet seine Argumentation damit, dass Menschenrechtsverletzungen insbesondere an Orten begangen werden, an denen die Menschenrechte selbst nicht etabliert sind, und ein Menschenrechtsverletzer deshalb nicht gegen eine etablierte Ordnung verstoßen kann. Diese Orte befinden sich quasi noch im Naturzustand, in dem es keine „Personalität“ gibt, weshalb ein Täter auch nicht den Anspruch auf Erhebung seiner selbst als Person (Bürger) im Sinne eines Strafrechts zusteht; schließlich gewähre der Täter den anderen durch seine Tat auch keine Form von Menschenrecht (Jakobs 2004: 105f)

Feind steht außerhalb der bürgerlichen Ordnung, da ihm die kognitiven Voraussetzungen für eine Behandlung als Person fehlen¹⁷⁷, sodass der Feind ein Individuum ist, „das sich nicht in einen bürgerlichen Zustand zwingen lässt“ (ebd.100). Die modernen Formen des Terrorismus, Jakobs reflektiert den 11. September, leugnen die Legitimität des Rechtsstaates und wollen dessen Ordnung zerstören (ebd.: 101). Die Ahndung solcher Vergehen, so Jakobs (ebd.: 103), entspreche der Verbrechensverfolgung durch Krieg („wer den Krieg gewinnt, bestimmt, was Norm ist, und wer verliert, hat sich dieser Bestimmung zu beugen“ (ebd.: 100), da man Terroristen, insbesondere Selbstmordattentäter, nicht strafen könne, sondern Taten nur im Vorfeld unterbinden kann, wodurch sich das Feindstrafrecht auf folgende vier Punkte reduzieren lässt:

- Vorverlagerung der Strafbarkeit
- Keine der Vorverlagerung proportionale Reduktion der Strafe
- Übergang von Strafrechtsgesetzgebung zur Bekämpfungsgesetzgebung

¹⁷⁷ Dieser Ansatz führt zu einem Verlust von Bürgerrechten für Personen, denn wer sich nicht in die bürgerliche Ordnung einfügen will, „wird hinausgeworfen (oder in Sicherungsverwahrung hineingeworfen)“ (Jakobs 2004: 96). Die „dauernde Delinquenz“ führt zur Excludierung (ebd.: 97), damit der Staat und die Bürger vor der Gefahr, die von solchen Personen ausgeht, geschützt wird. Als ausdrückliches Instrument führt Jakobs die Sicherungsverwahrung an. Die Problematik in der Argumentation entsteht bei dem Begriff der dauernden Delinquenz, die wie Jakobs ausführt, Sexualstraftäter außerhalb des Rechts stellt. Rosenau (2006: 288) stellt dazu fest, „dass etwa gewohnheitsmäßige Sexualtäter sich nicht als Teil der Gesellschaft verstanden und gegen diese Krieg führten, ist bei diesen genauso wenig plausibel wie bei einem gewohnheitsmäßigen Dieb, der zur Finanzierung seiner Drogensucht immer wieder straffällig wird. Es fehlt eher die Fähigkeit als die Bereitschaft, sich rechtstreu zu verhalten. Das betrifft aber nur einen kleinen Ausschnitt der Lebenswirklichkeit, für den die Betroffenen die von Jakobs behauptete Bringschuld an Rechtstreue nicht leisten oder nicht leisten können. Die zwar schwierigen und in Deutschland längst nicht ausreichenden, aber nicht durchweg erfolglosen Therapiebemühungen bei Sexualstraftätern, und zwar teilweise auch ohne, dass diese zunächst mitmachen, in Jakobs'scher Diktion: ohne Einlösen ihrer Bringschuld, belegen im Übrigen, dass von einem Feind nicht gesprochen werden kann. In einem Feindkonzept hätte die Sozialtherapie keinen Platz. Deshalb gibt es keine zu behandelnden Feinde, sondern zu verfolgende Straftaten und zu verfolgende und zu behandelnde Straftäter“, wodurch das Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorrangig bleibt (Koller 2007).

- Abbau prozessualer Garantien (nach Sinn 2006: 108).

Elemente von Feindstrafrecht finden sich in § 31 EGVVG¹⁷⁸, in dem zur Vermeidung von Gefahren prozessuale Garantien des Rechtsbeistands unterbunden werden kann. Die an positives Recht der Strafprozessordnung gebundene Einschränkung (Jakobs 2004: 102) von Bürgerrechten ist temporär und entspricht nicht dem Jakob'schen Bild des Feindstrafrechts.

Innerhalb der Diskussion um das Feindstrafrecht wird jedoch der Begriff des Feindes in Zusammenhang mit Normverletzungen wichtig (Sinn 2006; Bung 2006; Crespo 2006), dessen Umsetzung in tatsächliches Recht zu beobachten ist (Albrecht 2002; Conde 2007). Die Formen neuer Kriege mit asymmetrischer Kräfteverteilung (Münkler 2002) infolge der Terroranschläge islamistischer Gruppen kennen „keine völkerrechtlichen Regeln, die denen des Staatenkrieges entsprächen. Feindliche Staaten erkennen einander an als Kriegsparteien. Der Feind ist der mögliche Partner eines künftigen Friedensvertrages. Das eben ist der Terrorismus gerade nicht. Der Krieg gegen ihn zielt darauf ab, ihn mit Stumpf und Stiel auszurotten. Der Terrorist ist der absolute Feind. Daher ist er kein Kombattant, dem mit der Festnahme der Status des Kriegsgefangenen zukäme. Er ist noch nicht einmal ein

¹⁷⁸ §31 EGVV: „Besteht eine gegenwärtige Gefahr für Leben, Leib oder Freiheit einer Person, begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß die Gefahr von einer terroristischen Vereinigung ausgeht, und ist es zur Abwehr dieser Gefahr geboten, jedwede Verbindung von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit dem Verteidiger zu unterbrechen, so kann eine entsprechende Feststellung getroffen werden. Die Feststellung darf sich nur auf Gefangene beziehen, die wegen einer Straftat nach §129a, auch in Verbindung mit §129b Abs.1, des Strafgesetzbuches oder wegen einer der in dieser Vorschrift bezeichneten Straftat rechtskräftig verurteilt sind oder gegen die ein Haftbefehl wegen des Verdachts einer solchen Straftat besteht; das gleiche gilt für solche Gefangenen, die wegen einer anderen Straftat verurteilt oder die wegen des Verdachts einer anderen Straftat in Haft sind und gegen die der dringende Verdacht besteht, daß sie diese Tat nach §129a, auch in Verbindung mit §129b Abs.1, des Strafgesetzbuches begangen haben. Die Feststellung ist auf bestimmte Gefangene oder Gruppen von Gefangenen zu beschränken, wenn dies zur Abwehr der Gefahr ausreicht. Die Feststellung ist nach pflichtgemäßem Ermessen zu treffen“

Guerillakämpfer oder ein Partisan. Wird Terrorismus als Verbrechen wider die Menschlichkeit und der Terrorist als Feind der Menschheit geächtet, ist es nur noch ein kleiner Schritt, ihn aus der menschlichen Gemeinschaft auszustoßen und ihm die Menschenrechte abzuerkennen. Der Kampf für die Menschenrechte schlägt dann um in einen menschenrechtswidrigen Kampf“ (Isensee 2004: 88 ff.).

8.4 Entzug von Bürgerrechten im Zuge eines erklärten Ausnahmezustandes

Wie die Ausführungen im Exkurs zum Feindstrafrecht zeigt, spielt in der aktuellen Debatte um den sogenannten Kampf gegen den Terrorismus die Definition des Anderen und dessen möglicher Entzug bürgerlicher Rechte eine große Rolle. Zwar ist es nicht Aufgabe dieser Arbeit, näher auf Debatten zum internationalen Terrorismus einzugehen, jedoch wird durch die Form der Auseinandersetzung – unter anderem der Transport ethnischer und religiöser Konflikte durch Zuwanderergruppen in die Aufnahmeländer oder der Rekrutierung – eine genauere Betrachtung notwendig. Die Formen moderner Bürgerschaften als transnationale Bürgerschaften, in denen tradierte kulturelle Gesellschaftsformen mit modernen ausdifferenzierten Gesellschaften zusammentreffen, führen dazu, dass im Kleinen Konflikte von verschiedenen Gruppen mitgebracht werden¹⁷⁹, aber auch Staatskonflikte in Form von Terrorismus übertragen werden. Die Debatten um die Bekämpfung von internationalem Terrorismus, speziell dem islamistischen Terrorismus werden auch um die Spezifität dieser Gruppe geführt, wodurch Migration und Ausländerrecht selbst in den Diskurs um Bürgerrecht rückt. Die Entwicklung der Sicherheitsgesetze in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in den Nachbarländern Österreich und Frankreich, die im Anschluss dargestellt werden, greifen die Debatte um Bürgerrechte auf, insbesondere in Hinblick auf ihre Einschränkung.

Die Diskussionen um die Sicherheit und Freiheit des Bürgers orientieren sich von staatstragender Seite aus um die Sicherheitslage des

¹⁷⁹ Man denke an dieser Stelle beispielhaft auf die Auseinandersetzung von Kurden und Türken, die sich im Einwanderungsland fortsetzen, bzw. Auseinandersetzungen von Gruppen mit unterschiedlichen Kultur- und Moralvorstellungen. Die Konfrontation von zwei um gesellschaftliche Anerkennung ringende Gruppen wie Homosexuelle, die sich um Gleichstellung bemühen und damit in der Tradition Marshalls stehen, und türkischen Migranten, mehrheitlich religiös sozialisiert (Uslucan 2008), aber ebenfalls um Anerkennung ringend und besonders in dem von Marshall auch hervorgehobenen Bildungssektor defizitäre Migrationsgruppe, verdeutlicht die Problematik des Aufeinandertreffens (Fischer 2007).

Staates und der Gefahrenabwehr, wozu der Kampf gegen den Terrorismus als Krieg verstanden und als Ausnahmezustand begründet wird (Förster 2008; Otten 2008), ohne jedoch eine völkerrechtliche Anerkennung zu erreichen (Méget 2002). Die Formen der Definition des Begriffs Feind und die damit verbundenen präventiven Einschränkungen der Bürgerrechte verweisen zunächst auf Carl Schmitt (Uwer 2006; Förster 2008; Otten 2008, Depenheuer 2007), der mit seiner Kernaussage „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“ (Schmitt [1922] 2004: 19) die Grundbegriffe für Sicherheitsgesetze und Präventivgesetze formuliert.

Zur Trennung in Freund und Feind: „Im (Er-)finden des Feindes soll die Berechtigung zu seiner Bekämpfung bereits mitgeliefert werden, ohne dass ein weiteres Legitimationsbedürfnis spürbar werde. In der Logik dieser Differenzierungsweise ist der Krieg als Mittel natürlich immer schon vorgesehen“ (Strübinger 2008: 73), wie es Jakobs in seiner Definition von Feind bezogen auf eine Normrechtsverletzung (2004: 101) formuliert und die Exkludierung von Tätern (Terroristen) vom Bürgerstrafrecht fordert, denn „in einem Verfahren, das schon mangels einer Trennung von der Exekutive gewiss nicht als justizförmig, aber sehr wohl als kriegsförmig bezeichnet werden kann, versucht der Staat, auf dessen Territorium sich bislang, freilich nur bislang, nichts vergleichbares ereignet hat, die Quellen der Terroristen zu zerstören und ihrer selbst habhaft zu werden, besser noch, sie sogleich zu töten, dabei auch die Tötung unschuldiger Menschen¹⁸⁰, Kollateralschaden genannt, in Kauf nehmend. Die doppeldeutige Rechtsstellung der Gefangenen -Verbrecher? Kriegsgefangene? - belegt, daß es um Verbrechensbekämpfung durch Krieg geht“ (Jakobs 2004: 102f). Wie Bung (2006: 64) anmerkt, ähnelt die Sprache Jakobs derer Schmitts, wenn dieser die Notwendigkeit über das Leben von Menschen zu verfügen, sowohl als Todesbereitschaft und Tötungsbereitschaft (Schmitt [1932, 1963] 2002: 45), zur Aufrechterhaltung des Staates und der Bekämpfung von Feind einfordert.

¹⁸⁰ An dieser Stelle bleibt Jakobs die Definition des Begriffs „unschuldig“ schuldig. In Verkennung der Einbettung der sogenannten Täter in ihr soziales Umfeld, der Sozialisation und der damit verbundenen sozialen Zwänge der so genannten Täter.

Der eingeschlagene Weg der Rechtfertigung von Einschränkungen von Bürgerrechten folgt einer Analogie, die stark an Schmitt erinnert und mit Szenarien eines Ausnahmezustandes argumentiert, in dem Einschränkungen zugunsten Sicherheit notwendig seien. Wie auch in den USA erfolgt in der Bundesrepublik innerhalb kurzer Zeit nach den Anschlägen vom September 2001 bereits im November des selben Jahres die Verabschiedung des so genannten Sicherheitspakets I und im Dezember das Sicherheitspaket II. Obgleich Deutschland von den Terroranschlägen selbst nicht direkt betroffen ist, gehen diese Gesetze in ihrer Wirkung über die der 70er und 80er Jahre in der Auseinandersetzung mit der RAF verabschiedeten hinaus (Grässle-Münschler 2002: 17). Die Erfahrungen der Bundesrepublik mit Terrorismus beruhen im wesentlichen auf dem Konflikt mit der RAF, sodass das Verständnis von Terrorismus ein „linksgerichteter“ und auf „Systemüberwindung“ ausgerichteter ist (ebd.: 16), der sich direkt gegen den Staat in Form von Repräsentanten richtet, weniger gegen die Bevölkerung selbst: „Es ist das Verhältnis zwischen Herrschaft und Freiheit in seiner extremsten Form“ (ebd.: 12). Eben hier liegt der Unterschied zwischen dem Terrorismus der RAF und der modernen Form des islamistischen Terrorismus. Es geht nicht mehr um Systemüberwindung vor dem Hintergrund einer Vorstellung einer gerechteren Welt¹⁸¹, sondern um eine willkürliche Schädigung¹⁸², wodurch eine diffuse Bedrohungslage entsteht (Grässle-Münscher 2002: 16f): „Terrorists want to influence public opinion and cause an unreasonable reaction by government. They hope that this governmental action causes the loss of legitimacy and finally the collapse of the regime“ (Schrader 2002: 92). Gleichzeitig ist eine Dezentralisierung zu beobachten, Terrorzellen agieren zunehmend international und entterritorialisiert (von Fritsch 2007: 13). Damit

¹⁸¹ Eine weitere Ausführung hierzu ist nicht notwendig, da hiermit exemplarische Rahmenbedingungen beschrieben werden, die dazu dienen, die Einschränkungen von Bürgerrechten vor dem Hintergrund veränderter Bedrohungsszenarien zu differenzieren.

¹⁸² Es stehen nicht mehr die Vertreter oder vermeintliche Repräsentanten eines Systems im Visier der Attentäter, sondern willkürliche Menschen, entweder als Masse oder gezielt als Einzelperson; als Bürger repräsentieren diese Opfer nicht das System, sondern Werte, die angegriffen werden.

verbindet sich auch die oben gestellte Frage nach einer Definition eines terroristischen Angriffs auf oder in einem Staat¹⁸³, denn im Gegensatz zur RAF, die über einen theoretischen Überbau zur Rechtfertigung verfügte, „Terrorism today often has no clear ideology and this makes it hard to fight“ (Schrader 2002: 94). Die daraus resultierende Bedrohungslage ist diffus, sodass die politischen Akteure in ihren Begründungen stets den Schutz der Bevölkerung nennen, nicht, wie Schmitt Förster 2008: 96), den Erhalt des Staates. Die in diesen Zusammenhang geplanten und diskutierten Gesetze der Sicherheitspakete I und II sowie die nachfolgenden Gesetze wie BKA-Gesetz, Onlinedurchsuchung, Rasterfahndung¹⁸⁴ und Vorratsdatenspeicherung sind vom Charakter her Präventivgesetze¹⁸⁵ mit Einschränkungen bürgerlicher Freiheitsrechte, die gruppenspezifische Merkmale formulieren, die

¹⁸³ Die Problematik verdeutlicht folgende Beschreibung des Phänomens: „Eine große Gefahr droht Europa durch Terrorzellen, die sich hier selbst gebildet haben, endogene Terrorzellen als Phänomen, sei es durch Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, also häufig Einwanderer der zweiten oder dritten Generation, sei es durch Konvertiten, nicht viele, aber dann häufig – wie meist bei Konvertiten – besonders radikal, oder auch durch Zugewanderte, die sich dann hier radikalisierten oder hier beschließen, eine Tat zu verüben.“ (von Fritsch 2007: 15). So waren die Attentäter vom 7. Juli 2005 in London allesamt britische Staatsbürger mit pakistanischen Wurzeln, galten gemeinhin als gut integriert und genossen alle staatsbürgerlichen Rechte (Nonnenmacher 2005: 5)

¹⁸⁴ Unabhängig von den Einschränkungen des Einsatzes einer Rasterfahndung durch das Bundesverfassungsgericht vom 04.04.2006 (1 BvR 518/02), indem die Zulässigkeit an Bedingungen geknüpft wird: „Eine präventive polizeiliche Rasterfahndung der in § 31 PolG NW 1990 geregelten Art ist mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG) nur vereinbar, wenn eine konkrete Gefahr für hochrangige Rechtsgüter wie den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leib, Leben oder Freiheit einer Person gegeben ist. Im Vorfeld der Gefahrenabwehr scheidet eine solche Rasterfahndung aus.“, bleibt die Rasterfahndung als Ermittlungsmethode bestehen. ([http://www. Bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20060404_1bvr051802.html](http://www.Bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20060404_1bvr051802.html))

¹⁸⁵ Der Präventive Charakter der Gesetze wird meist bereits im Titel deutlich: „Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt“ (Deutscher Bundestag Drucksache 16/9588 vom 17.06.2008).

Im Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Deutscher Bundestag, Drucksache 14/7386 vom 08.11.2001) heißt es hierzu bereits ausdrücklich:

„Der internationale Terrorismus hat sich zu einer weltweiten Bedrohung entwickelt. Das Ausmaß der Gewalt, die logistische Vernetzung der Täter und ihre langfristig angelegte, grenzüberschreitende Strategie erfordert die Fortentwicklung der gesetzlichen Instrumente.“

informelle Selbstbestimmung einschränken und die Reise- und Residenzfreiheit¹⁸⁶ als Negativkriterium heranzieht¹⁸⁷. Gleichzeitig findet eine Verlagerung strafrechtlich relevanter Normverletzungen und damit eine Vorfeldkriminalisierung¹⁸⁸ statt. Dies wäre auch dadurch ermöglicht, da

¹⁸⁶ Die Grenzen zwischen Einreisen und Rekrutieren sind an dieser Stelle schwierig zu ziehen. Beispielhaft sei die sogenannte „Sauerlandgruppe“ und die „Kofferbomber“ genannt, die jeweils als Staatsbürger handelten:

„Vom Rückzugsraum ...

Deutschland diene Islamisten in der Vergangenheit vor allem als Rückzugsraum, von dem aus die Unterstützung des globalen Jihad organisiert wurde. Bekämpft wurden in erster Linie die als „unislamisch“ empfundenen Regime in den Herkunftsstaaten der Islamisten sowie die USA und Israel.

... zum Angriffsziel

Doch spätestens seit im Juli 2006 zwei von Libanesen deponierte Kofferbomben in Regionalzügen in Dortmund und Koblenz entdeckt wurden, ist klar, dass auch Deutschland ins Zielspektrum gewaltbereiter Islamisten gerückt ist.

Diese Entwicklung wurde abermals deutlich, als am 4. September 2007 im Sauerland drei Islamisten festgenommen wurden, deren Vorbereitungen für Sprengstoffanschläge offenbar schon weit fortgeschritten waren.“ (Landesamt für Verfassungsschutz Hessen 2009)

¹⁸⁷ Im „Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ (Deutscher Bundestag Drucksache 16/9588 17.06.2008) wird deutlich die Vernetzung verschiedener Dienste der Bundesrepublik als notwendig erachtet:

- den Sicherheitsbehörden die nötigen gesetzlichen Kompetenzen zu geben,
- den Datenaustausch zwischen den Behörden zu verbessern,
- bereits die Einreise terroristischer Straftäter nach Deutschland zu verhindern,
- identitätssichernde Maßnahmen im Visumverfahren zu verbessern,
- Grenzkontrollmöglichkeiten zu verbessern und
- bereits im Inland befindliche Extremisten besser zu erkennen.“

¹⁸⁸ 1. Terroristische Strukturen durch hohen Fahndungs- und Ermittlungsdruck zerstören

Die wichtigste Ressource im Kampf gegen Terrorismus ist „Information“. Die – auch nachrichtendienstliche – Gefahrenaufklärung ist die Voraussetzung dafür, terroristische Strukturen zu zerschlagen und deren Anschlagplanungen zu vereiteln.

2. Terrorismus bereits im Vorfeld abwehren

Deutschland tritt dem Terrorismus energisch und frühzeitig entgegen. Extremismus muss bereits im Vorfeld entschieden der Boden entzogen werden. Dazu gehört, islamistischen Organisationen durch Verbote die Handlungsgrundlage zu entziehen. Dazu gehört auch, ausländischen Terroristen keinen Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. Sie werden einerseits möglichst frühzeitig an der Einreise nach Deutschland gehindert. Andererseits gilt es, den Aufenthalt von bekannten Gefährdern in Deutschland zu beenden. Die Bundesregierung hat dazu das Ausländerrecht ergänzt sowie die Identitätsüberprüfung im

Ermittlungsergebnisse aus Drittstaaten herangezogen werden könnten, auch wenn diese unter Folter oder anderen Verstößen gegen die Menschenrechte erzielt wurden, d.h. folglich die Verwertung wäre ‚abgelöst‘ von der Art und Weise wie Selbige gesammelt wurden (Griesbaum, 2008: 46).¹⁸⁹

Die Debatten und Begründungen insbesondere der Sicherheitspakete I und II weisen Analogien¹⁹⁰ zu Schmitt auf. Insbesondere der Verweis auf eine Ausnahmesituation durch eine veränderte Bedrohungslage durch islamistischen Terrorismus, bedient einen Terminus und folgt augenscheinlich

Reiseverkehr und die Fälschungssicherheit von Ausweisdokumenten durch den Einsatz biometrischer Verfahren verbessert.

3. Ursachen des Terrorismus beseitigen

4. Bevölkerung schützen, vorsorgen und die Verwundbarkeit unseres Landes reduzieren
Die erforderlichen Maßnahmen zur Erhöhung etwa der Luftsicherheit wurden mit höchster Priorität eingeleitet und umgesetzt.

5. Internationale Zusammenarbeit weiter auszubauen (BMI, 2009)

¹⁸⁹ Griesbaum (2008) regt hinsichtlich einer potentiellen Bedrohung aus dem Ausland an, das Verwertungsverbot zu überprüfen:

1. Die Gefährdungen durch die modernen Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität und des international operierenden Terrorismus sind zwar gewachsen, bedingen aber keine Abkehr von rechtsstaatlichen Grundsätzen (kein „prozessuales Feindstrafrecht“). Gerade bei der Bekämpfung des Terrorismus muss die Justiz das materielle Strafrecht in einem justizförmigen Verfahren durchsetzen.

2. Durch ausländische Hoheitsträger erzielte Beweisergebnisse gewinnen zunehmend an Bedeutung. Will sich die deutsche Strafrechtspflege nicht international isolieren, was folgeschwere Auswirkungen nicht nur für den Rechtsgüterschutz hätte, muss sie den neuen komplexen Anforderungen bei der Suche nach der materiellen Wahrheit in angemessener Weise Rechnung tragen. Dies schließt es aus, ausländische Erkenntnisquellen – je nach Herkunftsland – gleichsam in Bausch und Bogen als „unrettbar“ bemakelt zu verwerfen.

3. Auch bei schwieriger Beweislage und Auslandsbezug bedürfen die das Beweisverbot begründenden Umstände des vollen Nachweises im konkreten Einzelfall.

4. Sowohl bei der Behandlung von Beweisergebnissen, die unter zweifelhaften Umständen im Ausland erzielt wurden, als auch bei dem Umgang mit nicht aufklärbaren Entlastungstatsachen ist eine Kompensation im Wege einer besonders vorsichtigen Beweismündigung dem unreflektierten Verzicht auf die übermittelte Erkenntnis vorzuziehen. (Griesbaum, 2008: 46; Thesen zum Strafrecht: 67. Deutscher Juristentag Erfurt 2008)

¹⁹⁰ Was auch die allgemeine Fragestellung ist und zu beweisen sein wird.

einem Argumentationsmuster, der zu den zentralen Elementen Schmitts Theorie gehört. Diese Argumentation des Ausnahmezustands setzt jedoch das Politische voraus, insbesondere die zur Identität des Staates notwendige Differenzierung von Freund und Feind. „Entscheidend ist dabei erstens, dass die Ausübung dieser Definitionsmacht als außerrechtliches Ursprungsphänomen gedacht wird, das sich allen Legalisierungsversuchen entzieht. Wie sich die Identität eines Volkes typischerweise durch innerstaatliche Feinderklärung und entsprechende repressive Homogenisierungsmaßnahmen herausbilde, so sei die Identität eines Staates an die Fähigkeit zur außenpolitischen Feinddefinition und zu entsprechenden Kriegshandlungen gebunden“ (Thiele 2004: 993). Des Weiteren, so Thiele (ebd.: 993f) sei ein weiteres wichtiges Merkmal der Schmittschen politischen Theologie der dezisionistische Charakter, mit dem der Feind als solcher definiert wird. Die Debattenbeiträge und Argumentationen zu Gesetzen lassen jedoch eine eindeutige Definition eines Feindes nicht zu: „Why do they hate us?“ Ausgehend von diesem Zitat George Bush von 2001 weist Furedi (2007) nach, dass die eigentliche Frage, die nach dem ‚they‘, bislang nicht beantwortet ist. Die klaren Feindbenennungen verschwinden angesichts einer Involvierung religiöser Komponenten in den Terrorismus. Zwar taucht in diesem Zusammenhang der Begriff des Islamismus auf, genaue Definitionen hingegen fehlen, wobei jedoch „jeder religiöse, moralische, ökonomische, ethnische oder andere Gegensatz verwandelt sich in einen politischen Gegensatz, wenn er stark genug ist, die Menschen nach Freund und Feind effektiv zu gruppieren“ (Schmitt [1932] 2002: 37).

Tibi (1999) schlussfolgert, dass nicht nur der Westen eine Krise hinsichtlich eines Wertekonsens durchlaufe, sondern ebenso vormoderne Gesellschaften, in denen die Antwort auf Werte- und Sinnverlust der radikale Islam sei und damit eben diese von Schmitt formulierte Notwendigkeit des Gegensatzes von Gruppen zur Freund-Feind-Benennung vorliege. Das nicht aufzulösende Dilemma ist die Berufung auf den Islam und die Ableitung der

Taten durch verschiedene islamistische Gruppierungen, denen gegenüber die Bemühungen (sowohl in Europa als auch speziell in Deutschland mit Hilfe der Islamkonferenz) stehen, den Islam selbst als Religionsgemeinschaft zu integrieren. Die fehlenden verbindlichen Hierarchien innerhalb einer islamischen Gemeinde, die zentral die religiösen Dogmen sinndeutet und an veränderte Umweltbedingungen anpasst - wie dies beispielsweise die katholische Kirche mit dem zweiten vatikanischen Konzil vollzogen hat und damit eine Anpassung an die Moderne durch die Betonung des Transzendenten ermöglichte - lässt lokale Verbindlichkeiten und Auslegungen zu. Die einzige derzeitige Verbindlichkeit bietet die Kairoer Erklärung¹⁹¹, in der Menschenrechte und deren Gültigkeit insofern anerkannt werden, indem sie dem Islam nicht entgegen stehen. Dies kann als Versuch gewertet werden, Formen von Zentralismus in eine mannigfaltige religiöse Kultur zu bringen. Unabhängig davon fördert die dezentrale Struktur des Islam die selbständige Auslegung und verhindert damit die exakte Benennung eines Feindes¹⁹². Die Bedrohung bleibt damit diffus, dass

„der internationale Terrorismus sich längst auf Weltregionen erstreckt, die bislang außerhalb seines Wirkungskreises lagen;

die, vor allem religiös motivierten, terroristischen Organisationen durch einen neuen Typus von Organisationsstrukturen, schwer identifizierbaren Finanzierungsströmen und globaler, vor allem technologischer Vernetzung gekennzeichnet sind;

¹⁹¹ Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam. Die Mitglieder der Organisation der Islamischen Konferenz einigen sich auf den Stellenwert der Sharia hinsichtlich der Menschenrechte: „Die islamische Scharia ist die einzig zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung jedes einzelnen Artikels dieser Erklärung.“ Bedeutsam ist nicht dieser Satz, sondern die Verbindlichkeit durch die Unterzeichner, die unterzeichnenden Staaten, die damit ein rechtsverbindliches Dokument gegenüber ihren Staaten geschaffen haben.

¹⁹² Die Berufung von Terroristen auf den Koran und die in ihrem Sinne notwendige Auslegung durch Terroranschläge, um möglichst viele Menschen zu töten, wird eindrucksvoll durch die sogenannten Hamburger Predigten aus der Moschee, in der die Attentäter des 11. September verkehrten, belegt.

die charakteristischen Züge des internationalen Terrorismus sich hinsichtlich der zerstörerischen Gewalttätigkeit verändert haben und im Gebrauch der Waffen auch die Möglichkeit einer wahllos angewandten Massentötung in Betracht ziehen;

die neuen terroristischen Aktionen in ihrer Weise eine neue Form der kriegesischen Gewaltanwendung in einer interdependenten Staatenwelt darstellen, in der Fragen der Sicherheit eine globale Bedeutung erhalten;

sich ein ad-hoc bzw. privatisierter Terrorismus entwickelt hat, der von einer neuen Form der Handlungsfähigkeit, finanziellen und organisatorischen Diversifizierung und Nutzung der Kommunikationstechnologien profitiert“ (Wilhelm 2002: 101 ff.).

Während sich die deutsche Debatte innerhalb dieser Achsen bewegt und keine eindeutige Feindbenennung vornimmt, definieren die USA den Feind mit Begriffen und Vorhaltungen zwar nicht sachlich richtig sondern zweckmäßig: „Im metaphysischen Szenario (...) treten die Vereinigten Staaten als der Katechon des radikal Bösen auf“ (Thiele 2004: 994). Während in den USA neben der Handlung gegen den Terrorismus auch die Ideengeschichte der Neokonservativen auf Schmitt aufbaut und über den „Primat des eigenen Staatsrechts“ eine „antiegalitäre Völkerrechtstheorie“ durchsetzen (ebd.: 994), verbleibt die deutsche Diskussion in den Begriffen des Strafrechts, sodass hier weniger ein Kampf gegen den Terrorismus sondern eher ein Aburteilen von terroristischen Aktivitäten stattfindet – gleichwohl unter Einschränkung von Bürgerrechten.

Wie oben bereits angesprochen, verläuft ein mögliches Staatsbürgerkonzept entlang der vertikalen Linie des „Gehorsams – für – Schutz“, die im wesentlichen die hier ausgeführten Bedingungen erfüllt, indem der Staat als Schutzinstitution zubilligt oder einschränkt, um Souveränität, Recht und

Ordnung herzustellen, womit das aus dem Naturrecht hervorgegangene Verhältnis der Bürger zueinander und untereinander sich im Spannungsfeld der Freiheit und Sicherheit auf der einen Seite bewegt, auf der anderen Seite Partizipation und fehlende Teilhabe am Staatsgeschehen.

Neben diesen Dimensionen stellt eine gesellschaftliche Betrachtung, neben der Kompetenz zur Staatsbürgerschaft und den habituellen Konditionen des Einzelnen (oder von Gruppen), die Frage nach der Möglichkeit der Macht, oder wie Macht möglich ist. Die bisherigen Ausführungen stellen den Staat, die Konzepte von Staatsbürgerschaft und das Institutionelle in den Vordergrund. Dies wird durch die Analyse von den Überlegungen Marshalls flankiert. Der evolutionäre Ansatz einer phasenabhängigen Entwicklung und Dreiteilung von Staatsbürgerschaftsrechten in Bürgerrechte, politische und schließlich soziale Rechte schafft die Grundlage für Mitgliedschaft in einer politischen Gemeinschaft, wobei dies ein Prozess ist, in dem neue Gruppen in die Gesellschaft integriert werden.

Dieser Prozess setzt Bereitschaft voraus: Bereitschaft auf beiden Seiten, auf der Seite des Staates ebenso wie auf der Seite des Bürgers. Die Bereitschaft, Rechte der Partizipation zu gewähren (oder einzuschränken) und dies zu erdulden, womit die Frage nach der Möglichkeit von Macht gestellt wird, die zu erdulden Bürger bereit sind. Max Weber geht von einem Willen der Individuen an Gehorsam gegenüber Autoritäten aus und kommentiert hierzu: „Ein bestimmtes Minimum an Gehorchenwollen, also Interesse (äußeres oder inneres) am Gehorsam gehört zu jedem echten Herrschaftsverhältnis“ (Weber [1918] 1980: 122).¹⁹³ Dies macht sich ein Staat

¹⁹³ Diese Legitimierung von Macht und der Anerkennung von Herrschaft und Autorität steht im Gegensatz zu dem oben angeführten Verständnis des Verhältnisses von Staat zu Bürger bei Carl Schmitt. Dieser setzt eine Souverän voraus, macht das Politische grundsätzlich, wodurch eine Staatsführung dogmatisch wird und nicht interaktiv mit Bürgern ausgehandelt wird. Wobei Schmitt nicht unbedingt ein Modell einer autoritären Herrschaft präferiert. Sein Modell der Staatsführung basiert auf der letztlich utopischen Annahme einer Existenz von „Honoratiorenpolitikern“ (Ooyen 2007: 41), denen es alleine um Sachentscheidungen frei von persönlichen oder institutionellen Interessen geht. Schmitt orientiert sich dabei am Aufbau der

zu nutze - wie im Falle der oben beschriebenen Einschränkungen von Bürgerrechten durch die Sicherheitsgesetze, die ohne viel Widerstand in der Bevölkerung¹⁹⁴ akzeptiert werden - ordnen sich die Individuen den Entscheidungen letztlich unter und genießen den vermeintlichen Schutz des „Schäfers“ (Foucault 2004: 174). Die modernen Staaten, die sich durch Komplexität, multiple Möglichkeiten sowie durch polyzentrische Identitäten der Bürger auszeichnen, werden durch diese Einstellung der Individuen in ihrer Komplexität zur Entlastung im Luhmannschen Sinne reduziert. Die Schaffung von Sicherheit durch Verlust von Rechten entspricht der Vorstellung, dass der „moderne (westliche) Staat ... das Ergebnis einer komplexen Verbindung von 'politischer' und 'pastoraler' Macht“ (Lemke 2008: 35) ist.

8.5 Staatsbürger und Staat

Die Fähigkeit der Individuen der Duldung von Einschränkungen zu Gunsten von Sicherheit lenkt die Debatte auf die grundlegende Rechtsstellung der Individuen innerhalb des Staates und die Bedeutung für Gruppen und deren Integration. Die Ausführungen zu den Einschränkungen von Rechten zu Gunsten von Sicherheit, wie sie von staatlicher Seite aus vorgegeben wird, sollen nicht nur die Möglichkeit beschreiben, die ein Staat gegenüber seinen Bürgern (noch) hat, sondern lenken durch die undifferenzierte Art, mit der eine Gefahrenlage beschrieben wird, die Aufmerksamkeit nicht auf eine spezifische Gruppe, sondern auf eine große und insgesamt heterogene Gruppe der Zuwanderung. Deutschland und Europa ist zunehmend Ziel von Migranten unterschiedlicher Herkunft, Motivation und Kultur, sodass hier erneut die Frage nach Integration und der Überwindung von sozialen Verwerfungen gestellt wird.

katholischen Kirche, in der „der Priester Gott persönlich repräsentiert, so muß die politische Einheit des Staates ebenfalls durch eine Person repräsentiert werden.“ (Speth 2001: 131)

¹⁹⁴ Abgesehen von einzelnen Klagen.

Staatsbürgerschaft kann grundsätzlich als eine bestimmte Rechtsstellung oder Status sowie eine Ansammlung von Rechten beschrieben werden (Marshall 1992: 53). Die politische Bedeutung von Rechten ist vor allem darin zu sehen, dass durch sie einzelne Möglichkeiten und Fähigkeiten von Individuen, auf Grund der Wirksamkeiten und Eigenschaften eines rechtlichen oder traditionellen Status, miteinander verbunden werden. Die einzelnen Fähigkeiten und Möglichkeiten der Individuen, infolge ihrer individuell ausgeprägten Stärken und Neigungen, finden ihren Niederschlag in einem bestimmten persönlichen Status. Auf Grund der Staatszugehörigkeit ist das Individuum in der Lage, bestimmte Handlungen vorzunehmen. Der Status ist somit in der Lage, ein möglichst genaues und ausführliches Abbild von der Realität widerzuspiegeln (Barbalet 1994: 227). In dem aufgezeigten Sinn und Zweck von Rechten kommt ein soziales Phänomen als ein weiterer Aspekt des Statusbegriffs zum Ausdruck. Nach Marshall unterstreicht der Begriff Status die Tatsache, dass grundsätzlich unterschiedliche Erwartungen und Hoffnungen in allen sozialen Klassen vorherrschen (Marshall 1954: 203). Dabei wird der Status einer einzelnen Klasse dadurch typisiert, was Klassenfremde unter dieser Klasse subsumieren. Erst wenn andere Individuen die Hoffnungen und Erwartungen eines Individuums nicht nur als begründet, sondern auch als legitimiert anerkennen, besitzt dieser Status Rechtsgültigkeit. Hoffnungen und Erwartungen hinsichtlich eines Status sind Abbild der Rechte und Möglichkeiten, die mit dem Status verbunden werden.

Dementsprechend können Personen unter bestimmten Umständen einen Anspruch auf ein Recht und damit auf seine gesetzliche Begründetheit sowie den damit verbundenen Möglichkeiten und Eigenschaften von Personen miteinander verbinden. Diese Verknüpfungen werden in der Entwicklung eines Status zum Ausdruck gebracht (Barbalet 1994: 228). Um die Anerkennung des Status eines Individuums durch andere Personen zu erlangen, reicht die Überzeugung dieser Personen als einzige Maßnahme nicht immer aus. Ein Status kann nur von Bestand sein, wenn er öffentlich anerkannt und legitimiert

ist. In diesem Sinne repräsentieren die Hoffnungen und Erwartungen, Möglichkeiten und Fähigkeiten sowie Ansprüche, die mit einem Status verbunden sind, auch immer einen Teil des Gesellschaftssystems. Der Status steht für eine Sicherheit, Natürlichkeit und Unumstößlichkeit, die für ein soziales Miteinander der Individuen unabdingbar sind. Vor diesem Hintergrund definieren Rechte die ultimative Grenze einer sozialen Ordnung, bei deren Überschreitung jegliches soziale Leben als bedroht anzusehen ist (ebd.). Rechte statuen Menschen mit Fähigkeiten, Möglichkeiten sowie einem Mindestmaß an Sicherheit aus. Ursächlich hierfür ist, dass die Merkmale eines Status oder einer Position in der Gesellschaft bestimmte Rechte definieren, die eine letzte Grenze darstellen, deren Überschreitung gewisse Sanktionen auslösen. Unterschiedliche Rechte verbinden unterschiedliche Fähigkeiten und Möglichkeiten von Individuen. Wohlfahrtsrechte können beansprucht werden, um ein Mindestmaß an materiellen Ansprüchen befriedigen zu können, verschaffen einen Zugang zu bestimmten Möglichkeiten und zu bestimmten Voraussetzungen. Dabei ist häufig zu beobachten, dass beispielsweise gleiche Möglichkeiten von Individuen durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass bestimmte Fähigkeiten oder Mittel ungleich unter den Individuen verteilt sind. Arme und reiche Individuen besitzen beispielsweise bei grundsätzlich gleichen Fähigkeiten die selben Eigentumsrechte, ohne dass dadurch die Verteilung von Eigentum auch nur im geringsten Maße berührt werden würde. Die Fähigkeiten der Menschen bestehen u.a. in dem Recht zwischen bestimmten Möglichkeiten zu wählen, um die bestehenden materiellen Voraussetzungen und Bedingungen selbst gestalten zu können¹⁹⁵ (Barbalet 1994: 229).

¹⁹⁵ Nach La Torre (1997:287) können Rechte Ausdruck bestimmter Zustandsbeschreibungen sein, d.h. nicht eine Klassifikation unterschiedlicher Rechtsarten, sondern eine ‚list of states of affairs‘, auf die sich Rechte beziehen. Folglich kann es Rechte geben, die sich lediglich auf einen dieser Zustandsbeschreibungen verweisen und wiederum andere, die auf alle Zustandsbeschreibungen passen. Demnach gibt es drei Optionen, (1) die Gelegenheit des Rechtsträgers bestimmte Tätigkeiten durchzuführen oder nicht durchzuführen; zu dieser Option zählen politische Rechte und Rechte der privaten Autonomie. (2) Abwehrrechte, um

Um die hier nun angerissene Zuwanderung in europäische Staaten und die damit verbundenen Verwerfungen einer Gesellschaft näher zu verstehen, ist es notwendig, an dieser Stelle nochmals auf Marshall zurückzugreifen und seine Idee der Sozialrechte näher zu erläutern. Er datiert die moderne Entwicklung dieser Rechte aufgrund der Berechtigung auf elementare Bildung in das neunzehnte Jahrhundert. Damit identifiziert er ein offensichtliches Paradox einer früheren Periode, nämlich das gleichzeitige Hervortreten des egalitären Prinzips von Staatsbürgerschaft in seiner bürgerlichen Form des späten siebzehnten Jahrhundert mit der Entwicklung sozialer Ungleichheiten des aufkommenden Kapitalismus. Marshall klärt diese scheinbare Inkompatibilität auf, indem er zwischen Feudalklasse und moderner ökonomisch differenzierter Klasse unterscheidet. Erstgenannte ist mit Staatsbürgerschaft inkompatibel, letztere kompatibel. Oder wie Marshall es zum Ausdruck bringt:

„civil rights were indispensable to a competitive market economy. They gave to each man, as part of his individual status, the power to engage as an independent unit in the economic struggle and made it possible to deny to him social protection on the ground that he was equipped with the means to protect himself“ (Marshall/Bottomore 1992: 20-21).

Allerdings sind Bürgerrechte nur von begrenztem Wert, sollten sie nicht von sozialen Rechten angemessen unterstützt werden:

“if you [...] explain to a pauper that his property rights are the same as those of a millionaire, he will probably accuse you of quibbling. Similarly, the right to freedom of speech has little real substance if, from lack of education, you have nothing to say that is worth saying, and no means of making yourself heard if you say it” (21).

Schaden für den Rechtsträger abzuhalten oder Anforderung an Dritte, die einen Nutzen für den Rechtsträger bedeuten; gemeint sind Freiheitsrechte sowie Sozialrechte. (3) ‚the enjoyment of some good or the avoidance of some evil‘, womit Eigentumsrechte gemeint sind.

Bürger- und politische Rechte des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts waren nur prinzipiell, nicht aber im Zugang (aufgrund von Klassenvorurteilen und ökonomischem Einfluß), ‚gleichberechtigt‘. Diese Einschränkungen zur Gleichberechtigung nahmen nur langsam und stufenweise ab, ökonomische Sperren allerdings, die den Zugang zum Gesetz betrafen, blieben bestehen. Die Entwicklungen des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts waren u.a. von einer veränderten Wahrnehmung des Citizenship Konzeptes begleitet, da es über den naturrechtlichen Gleichheitsgrundsatz hinaus um die Komponente des gleichen ‚sozialen Wertes‘ (equal social worth) und der sogenannten kollektiven Identität einführte - Staatsbürgerschaft umschloss nationalen Patriotismus, in seinen politischen und bürgerlichen Ausprägungen, und wurde so, laut Marshall, zu einer ‚Bedrohung‘ des Kapitalismus (ebd.: 24)¹⁹⁶. Von großer Bedeutung war der Gebrauch von Bürgerrechten durch Gewerkschaften, die im Zuge von Tarifverhandlungen auf den Bürgerrechten aufbauend Sozialrechte für die Arbeiter einforderten. Die Gewerkschaftsbewegung institutionalisierte folglich eine Art untergeordnetes System ‚industrieller Citizenship‘ (industrial citizenship), das parallel und als Ergänzung zum System politischer Staatsbürgerschaft existierte (ebd.: 26).

Überhaupt bewirkten ökonomische Veränderungen das Erodieren von Klassenunterschieden, was graduell zu einer egalitäreren Gesellschaft und dem Bestreben nach vollkommener oder doch zumindest einem spürbaren Mehr an Gleichberechtigung führte.¹⁹⁷ Problematisch für die Inkorporation sozialer Rechte in den Rechtskorpus war laut Marshall, vielmehr wie die Prinzipien sozialer Gleichheit mit den Prinzipien des Preissystems kombiniert

¹⁹⁶ Im Original: "The development in the course of the eighteenth and nineteenth centuries of the notion of citizenship effected important changes. It introduced the conception of equal social worth, not merely of equal natural rights; it gave a direct sense of community membership based on loyalty to a civilisation which is a common possession" (Marshall/Bottomore 1992: 24).

¹⁹⁷ "These aspirations have in part been met by incorporating social rights in the status of citizenship and thus creating a universal right to real income which is not proportionate to the market value of the claimant" (ebd.: 28).

werden könnten (ebd.: 31). Meist garantierte (und garantiert auch noch heute) der Staat eine Mindestversorgung, wobei zur Hauptsache festgestellt werden muss:

“The extension of the social services is not primarily a means of equalising incomes [...]. What matters is that there is a general enrichment of the concrete substance of civilised life, a general reduction of risk and insecurity, an equalisation between the more and the less fortunate at all levels [...]. Equalisation is not so much between classes as between individuals within a population which is now treated for this purpose as though it were one class. Equality of status is more important than equality of income” (33).

Der Nutzen der ‚social Citizenship‘ betrifft insbesondere den Aspekt der Lebensqualität und kann anhand von Themen wie z.B. Ausbildung und Bildung und Gesundheit verdeutlicht werden; diese Sozialrechte des Bürgers können aber weder exakt definiert noch erzwungen werden, noch ist es mit Präzision möglich festzustellen, was durch den Staat vertretbar ist und in Zukunft weiterhin ökonomisch vertretbar sein wird. Eine entscheidende Präzisierung muss (folglich) im Bereich der Sozialrechte hinsichtlich jener ‚Systemfehler‘ vorgenommen werden, für die der einzelne Bürger selbst Abhilfe erreichen kann bzw. sollte und solchen ‚Systemfehlern‘, die nur durch Regierungsintervention (zentral oder lokal) für die Gesellschaft als Ganzes ‚beseitigt‘ werden kann. In letzterem Fall können die Sozialrechte der Individuen dem Recht, das die Gemeinschaft als Ganzes betrifft, unterstellt werden. Die Wohnungsbaupolitik, Stadtplanung und das bereits genannte Bildungssegment sind offensichtliche Beispiele, für die es keine egalitären Bestimmungen geben kann.

Zusammenfassend identifizierte Marshall des Weiteren drei Faktoren, die Einfluss auf die Sozialstruktur haben:

“First, the compression at both ends, of the scale of income distribution. Second, the great extension of the area of common culture and common experience. And third, the enrichment of the universal status of citizenship, combined with the recognition and stabilisation of certain status differences chiefly through the linked systems of education and occupation. The first two have made the third possible” (ebd.: 44).

Statusunterschiede, wie sie mit Klasse assoziiert werden, sind gemäß Marshall bedeutsam. Er stellt weiterhin fest, dass solche Unterscheidungen mit Staatsbürgerschaft kompatibel sind, solange sie nicht zu tief schneiden und nicht ‚erblich‘ und damit veränderbar sind. Schließlich sind soziale Ungleichheiten aufgrund ausgleichender Effekte des Wohlfahrtsstaates und anderer Institutionen, die die Unterscheidung zwischen Geld- und Realeinkommen minimieren, annehmbarer geworden.

Die oben angedeutete Differenzierung nach wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen auf Grundlage zugestander Rechte, die den Einzelnen oder die Gemeinschaft betreffen, ist ein pragmatischer Hinweis, dass ein wohlfahrtsstaatliches (Gesamt-)System nur funktioniert, wenn alle Individuen ihren Beitrag im Sinne verantwortlichen Handelns leisten – oder wie Rawls es bezeichnet, die Individuen sollen einen Sinn für Gerechtigkeit haben (Rawls 1971: 114-116).¹⁹⁸ Fraglich ist jedoch, ob die praktische Umsetzung dieser liberalen Sichtweise vollkommen uneigennützig funktioniert. Oder, wie es Kymlicka/Norman (1995) ausdrücken, „it has become clear that procedural-institutional mechanisms to balance self-interest are not enough, and that some level of civic virtue and public-spiritedness is required“ (291). Daraus folgt als eine Voraussetzung bzw. Leitmaxime einer funktionierenden Staatsbürgerschaft, keine Rechte ohne Pflichten. Ein Konflikt erwächst jedoch

¹⁹⁸ So auch Galston (1991): “Without cooperation and self-restraint the ability of liberal societies to function successfully progressively diminishes” (220).

aus dem weitgehenden Desinteresse und der Apathie der Bürger am politischen Geschehen. Ein ‚erzieherisches Korrektiv‘ zur passiven Bürgerschaft lehnt sich mit dem Gedanken des ‚empowerment‘ (i.S. der Ermöglichung einer stärkeren Bürgerbeteiligung) an Rousseau und J.S. Mill an, wonach die Bürger ein stärkeres Interesse an der Gemeinschaft entwickeln, wenn ihnen mehr Beteiligungsrechte zugestanden und im Sinne des Subsidiaritätsprinzips politische Verantwortlichkeiten und Entscheidungsrechte an die lokale bzw. untergeordneten Ebenen zurück übertragen würden. Partizipatorische Elemente nähren die Hoffnung, dass sie als Mittel dienen „whereby individuals may become accustomed to perform the duties of citizenship. Political participation enlarges the minds of individuals, familiarizes them with interests which lie beyond the immediacy of personal circumstances and environment, and encourages them to acknowledge that public concerns are the proper ones to which they should pay attention“ (Oldfield 1990: 184). Aufgrund dieser Bewusstwerdung über die individuelle Sphäre hinaus, sei des Weiteren sichergestellt, dass es sich um einen Einsatz im Sinne für die Gemeinschaft und nicht um bloßes Eigeninteresse handle. Die Rolle des Bürgers, wie dies bereits Aristoteles für die Polis hervorhob, ist gemäß der republikanischen Tradition auf der Voraussetzung aufgebaut, dass sich der Einzelne tugendhaft und moralisch verpflichtet für seine Gemeinschaft einsetzt oder, auf die Kurzformel gebracht, ‚no duties, no republic‘ (Heater 1999: 64). Im demokratischen System des antiken Athen gehörte es zu einer bürgerlichen Pflicht, wie bereits erörtert, sich als Gesetzgeber im Rahmen der Ekklēsia (Versammlung) oder als Richter am Gericht zu beteiligen. Unser von vielfältigen Verpflichtungen geprägtes Leben kann jedoch kaum mit dem Leben in der griechischen Polis verglichen werden, obgleich dies in kleinräumigen Zusammenhängen in Gemeinde und Kommune durchaus durchführbar ist und vielfach durch (politisches) Ehrenamt wahrgenommen wird.

Macedo (1990) sieht im Gegensatz zum republikanischen Ansatz die moralischen Voraussetzungen zum Erhalt der Freiheit als solche für unabdingbar, meine doch Freiheit nicht ‚frei für alle‘.¹⁹⁹ Als solche freiheitserhaltenden Qualitäten gelten, gemäß Macedo (1990), „tolerance, self-criticism, moderation, and a reasonable degree of engagement in activities of citizenship” (2).²⁰⁰ Letzteres könnte im (modernen) Recht, ebenso als Pflicht, eines jeden Staatsbürgers begründet liegen, sich zumindest als Kontrolleur der Regierungstätigkeit verstanden werden, ausgetragen und ‚gesteuert‘ über den öffentlichen Diskurs, der der Anforderung des ‚giving-reason-requirement‘ steht (Macedo 1990; Habermas 1996). Diese Merkmale sind die eigentlich ‚herausragenden‘ Komponenten liberaler Theorie, wobei insbesondere die voraussetzungsvolle Komponente ‚Öffentlichkeit‘ als Diskursforum vor dem Hintergrund transnationaler Staatsbürgerschaft eine empirische Ausleuchtung erfahren wird.

Im Laufe der 1980er gewinnt eine Denkrichtung an Bedeutung, die für das Funktionieren einer Demokratie das Engagement von Bürgern in freiwilligen Organisationen der Zivilgesellschaft (Kirchengruppen, Umwelt- oder auch Nachbarschaftverbänden, etc.) hervorhebt. Diese Gruppen - und nicht etwa politische Partizipation allein - seien der ideale Ort, so die Kommunitaristen, um zu lernen, was gegenseitige Verpflichtung bedeutet oder wie Walzer es ausdrückt, „the civility that makes democratic politics possible

¹⁹⁹ Zurückgehend auf Aristoteles legt der republikanische Ansatz großen Wert auf die Notwendigkeit „for the state and its citizens to be a community, an organic society, not merely a collection of individuals.“ Denn, so führt Heater (1999) aus, “[c]onstitutions and laws, [...] lay down the rules by which a group of individuals live together in a state; but constitutions and laws cannot by themselves make a community, only the propitious conditions in which a group can gel into a community” (55).

²⁰⁰ Vergleiche auch Galston (1991), der die Voraussetzung verantwortlicher Staatsbürgerschaft in vier Gruppen einteilt: „(1) general virtues: courage, law-abidingness, loyalty; (2) social virtues: independence, open-mindedness; (3) economic virtues: work ethic, capacity to delay self-gratification, adaptability to economic and technological change; and (4) political virtues: capacity to discern and respect the rights of others, willingness to demand only what can be paid for ability to evaluate the performance of those in office, willingness to engage in public discourse” (221-224).

can only be learned in the associational networks“ der Zivilgesellschaft (Walzer 1992: 104). Ähnlich Glendon (1991: 109), die die freiwilligen zivilgesellschaftlichen Organisationen als den Ort ansieht, in dem „human character, competence, and capacity for citizenship are formed, for it is here that we internalize the idea of personal responsibility and mutual obligation and learn the voluntary self-restraint which is essential to truly responsible citizenship“. Wobei es auch diese freiwilligen Gruppierungen sein können, die sich auf der Grundlage des ‘Nicht-in-meinem-Hinterhof’ Prinzips²⁰¹ gegen die Ansiedlung unliebsamer aber für die Gemeinschaft wichtiger Projekte (z.B. Gefängnisse, Müllverbrennungsanlagen, etc.) zur Wehr setzen, wie auch kirchliche oder ethnische Vereinigungen zuweilen Intoleranz und Vorurteile unter ihren Mitgliedern sähen. Hier sieht Walzer (1992) unter dem Schlagwort des ‚critical associationalism‘ Bedarf politischer Korrektur gemäß staatsbürgerschaftlicher Prinzipien von Freiheit und Gleichheit, ohne dabei fremdbestimmend in die Strukturen der jeweiligen Organisationen einzugreifen.

Am Ausgangspunkt der kommunitaristischen Überlegungen steht folglich die Einsicht, dass Individuen weder ihre Identitäten noch ihre sozialen Beziehungen frei und autonom wählen, um ihre individuell gesetzten Ziele zu verwirklichen, sondern dass sie in ihrer Identität und ihren Zielen entscheidend geprägt sind durch eben diejenigen Beziehungen und Gemeinschaften, die ihnen den kulturellen Rahmen sinnvoller Optionen erst zur Verfügung stellen. Soziale Beziehungen und Gemeinschaften sind daher nicht instrumentell als gewählte Assoziationen zur Verwirklichung individueller Ziele aufzufassen, sondern als konstitutive Momente im Leben der Individuen. Hieraus leitet sich ein doppelter Anspruch ab: Wenn Individuen in ihrer Identität und ihren Optionen entscheidend geprägt sind durch die sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Strukturen ihres Gemeinwesens, dann stellt dieses Gemeinwesen als soziale Umwelt ein Gut für diese Individuen dar, dessen

²⁰¹ Sinngemäße Übersetzung gemäß des englischen ‚not-in-my-backyard‘ (NIMBY) Prinzips.

Schutz, Pflege und Gestaltung im Sinne einer 'sozialen Ökologie' in ihrem eigenen Interesse liegt. Zugleich gehört es zur Idee autonomer demokratischer Selbstbestimmung, dass die für das gemeinschaftliche (und eben nicht nur: gesellschaftliche) Leben zentralen Strukturen, Institutionen und Praktiken auch wirklich von den Mitgliedern des Gemeinwesens gesteuert und kontrolliert werden können. Deshalb geht der Kommunitarismus meist mit der politischen Forderung nach Verbesserung demokratischer Selbstverwaltung und Mitbestimmung einher. Außerdem schafft die Anerkennung der sozialen Bedingtheit und der kulturellen Geprägtheit der Individuen und die daraus erwachsende Wertschätzung des Gemeinwesens als 'gemeinsames Projekt' nach Ansicht der Kommunitaristen erst die Motivation dafür, die Idee sozialer Gerechtigkeit politisch zu verwirklichen und demokratische Mitbestimmung aktiv wahrzunehmen. Während der Liberalismus zwar eine Vielzahl individueller Rechte zu begründen vermag, aber die Rechtfertigung der korrespondierenden Pflichten und vor allem die Gewinnung der Motive für ihre Übernahme schuldig bleibt, trägt der Kommunitarismus nach Ansicht seiner Vertreter beiden Seiten Rechnung.²⁰²

Die liberale Tradition mit einer individualistisch-instrumentalistischen Auffassung von der Staatsbürgerrolle versteht die Staatsbürgerschaft als Organisationsmitgliedschaft. Bei ihr entrichten die Bürger zum Aufbau und zur Entwicklung des Staates gewisse Beiträge, z.B. in Form von Wahlstimmen und Steuerzahlungen, um als Gegenleistung bestimmte Leistungen des Staates empfangen zu können. Die Staatsbürger stehen dem Staatsapparat isoliert gegenüber und sind nur durch ein funktional orientiertes Mitgliedschaftsverhältnis mit ihm verbunden. Bei der republikanischen

²⁰² Mit solchen Überlegungen hat der Kommunitarismus die engen Grenzen des philosophisch-akademischen Diskurses überschritten und sich - vor allem durch die Initiative des deutsch-amerikanischen Soziologen Amitai Etzioni (1995) - zu einer politisch-sozialen Reformbewegung ausgeweitet, die durch eigene Zeitschriften, Manifeste, Versammlungen und kommunale Experimente durchaus erfolgreich versucht, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Er entzieht sich dabei der Einordnung in ein einfaches politisches Links-Rechts-Schema und erweist sich als offene Strömung, die an sehr unterschiedliche politische Programmatiken angeschlossen werden kann.

Tradition mit einem kommunitaristisch-ethischen Verständnis der Staatsbürgerrolle orientiert sich die Staatsbürgerschaft an der Zugehörigkeit zu einer ethisch-kulturellen Gemeinschaft. Der Status des Staatsbürgers basiert auf einem Geflecht gleicher Beziehungen und gegenseitiger Anerkennung. Die in das politische Gemeinwesen eingegliederten Staatsbürger entwickeln ihre persönliche und soziale Identität im Rahmen gemeinsamer Überlieferungen und anerkannter politischer Institutionen. Durch das gemeinschaftliche Selbstbestimmungsprinzip vollzieht sich eine permanente Erneuerung der Staatsbürgerschaft. Darin kommt zum Ausdruck, dass die verfassungsrechtlichen Einrichtungen von den Bürgern kontinuierlich gemeinschaftlich „gelebt“ und praktiziert werden müssen.

Dies wiederum macht die Einbindung der Bürger über ihre Staatsbürgerrolle in eine gemeinsame politische Kultur erforderlich. Nur dann werden die Bürger gemeinschaftlich die ihnen verfassungsrechtlich zugebilligten demokratischen Teilnahme- und Kommunikationsrechte nutzen. In diesem Zusammenhang ist auch die Aussage von Taylor zu verstehen, dass die Grundsätze demokratischer Rechtsstaaten eine politisch-kulturelle Bindung erfordern (Taylor 1989: 178). Reflektiert wird das dem Menschen Zuträgliche und Mögliche, ausgeblendet bleibt jedoch die Frage, ob und unter welchen Bedingungen dies realisierbar ist: „Wie können normintegrative Elemente gegen die gegenwärtige Dominanz systemintegrativer Prozesse, die auch von den kommunitaristischen Gesellschaftskritikern konstatiert wird, zur Geltung gebracht werden? Was in der kommunitaristischen Kritik herausgearbeitet wird, sind vor allem moralphilosophische Begründungen für die Erfordernis kompetenter Bürger; was dagegen weitgehend offen bleibt, ist der Nachweis, dass diese nicht nur erforderlich, sondern auch möglich sind“ (Münkler 1997: 167/8).

Angelagert an die sozialphilosophische Diskussion des Themenkomplexes fand die (ausführlich in Kapitel 3 dargestellte) Kontroverse zwischen Kommunitaristen und Liberalen (Kommunitarismus-Debatte) ein

großes gesellschaftliches Echo. Dabei ging es jedoch nicht um die Frage, ob dem Individuum oder der Gemeinschaft in normativer Hinsicht der Vorrang gebühre. Auch ist es verfehlt, dem Kommunitarismus generell kollektivistische Tendenzen zu unterstellen; denn wie die Ausführungen zeigen, zielt er nicht prinzipiell auf eine Zurückstufung des Individuums zugunsten der Gemeinschaft. Der Kommunitarismus muss vielmehr als eine Reflexion über die institutionellen und kulturellen Bedingungen individueller Freiheit und die soziokulturellen Voraussetzungen gelingender personaler Identität verstanden werden, um die es letztlich auch dem Liberalismus geht (Rosa 1999: 64).

Wie gezeigt werden konnte, ist Staatsbürgerschaft nicht lediglich ein bestimmter Status, der sich aus Rechten und Pflichten ergibt, sondern eine ‚Funktion‘ auf der Grundlage geteilter Identitäten, die als Mittel der Inklusion oder Exklusion zur Integration einer politischen Gemeinschaft dient.²⁰³ Bereits Marshall (1965) verstand Staatsbürgerschaft vor diesem Hintergrund als Quelle bzw. Ermöglichungsbedingung nationaler Einheit. Dennoch fühlen sich viele Gruppen aufgrund ihrer soziokulturellen Identität – unterschiedlicher Ethnien, religiöse Minderheiten, Homosexuelle, etc. – dieser ‚Einheitskultur‘ nicht zugehörig bzw. sogar aktiv ausgeschlossen. Mit dem Konzept der ‚differentiated citizenship‘ fordert allen voran Iris Marion Young (1995) die Berücksichtigung der Besonderheiten solcher Gruppen durch zusätzliche Rechte für diese Minoritäten zum Zwecke der Integration in die ‚dominierende‘ Kultur. Mitglieder dieser Gruppen erfahren Integration in die politische Gemeinschaft nicht lediglich als Individuen, sondern zusätzlich und partiell durch ‚ihre‘ Gruppen und die damit verliehenen Rechte. Diese Konzeption widerspricht den Grundlagen der politischen Gemeinschaft, wie wir sie bisher betrachteten.

²⁰³ „Citizenship comprises the qualities and conditions – and also the ideals – in and through which individuals who share membership of a political community can act as political equals“ (McKinnon/Hampsher-Monk 2000: 1).

Betrachtet man multikulturelle Gesellschaften, wie beispielsweise die Vereinigten Staaten, dann wird deutlich, dass die politische Kultur nicht unbedingt in einer allen Bürgern gemeinsamen ethnischen, sprachlichen und kulturellen Herkunft zum Ausdruck kommen muss. Jedoch bedeutet dies nicht automatisch, dass das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Ethnien, oder besser ausgedrückt, da genauer, unterschiedlicher Kulturen konfliktfrei verläuft. „Eine der zentralen Bedingungen und Ursachen der Integrationskrise in den USA ist die Änderung der Einwanderungsgesetzgebung im Jahr 1965. Diese Gesetzesänderung wurde in zweifacher Hinsicht bedeutsam: sie führte zum einen zu einer beträchtlichen Erhöhung der Einwandererzahlen, zum andern bewirkte dieses Gesetz, daß sich die ethnisch-nationale Zusammensetzung der Einwanderer wandelte: Im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung war und ist die zuwandernde Bevölkerung aus Mittel- und Südamerika und aus Asien kulturell relativ 'fremder' als die vorhergehende. Da Integration immer auch eine Kapazitäts- und Ressourcenfrage ist, bedeutet eine starke Zunahme der Einwanderung eine Erschwerung der Integration. In die gleiche Richtung wirkt auch die geänderte ethnische Zusammensetzung der Einwanderer“, so Heckmann/Tomei (2003: 26-27) in einem Gutachten für die Enquete-Kommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestages. Diese Tendenzen bewirken eine Auflösung des bisherigen Verständnisses von Staatsbürgerschaft in den USA, da der Idee einer Vermeidung von Minderheitenbildung durch eine generationale Assimilierung, verbunden mit der Vorstellung von einer Nation und Staatsbürgerschaft, eine zunehmende Ethnisierung als staatsbürgerliches Modell gegenübergestellt wird, das als ethnic revival eine „ethnische Zugehörigkeit an Bedeutung für soziales Handeln und sozialen Beziehungen“ (ebd.: 25) präferiert.

In Folge der Zuwanderung nach Europa - insbesondere nach Deutschland, das in absoluten Zahlen die meisten Zuwanderer aufgenommen hat²⁰⁴ (Kröhnert, Hoßmann, Klinholz 2008: 167) - wird die Zuwanderung durch „eine absehbare Muslimisierung und Afrikanisierung geprägt sein“ (Jansen, Priddat, Stehr 2005: 9). Die Tendenzen zur Segregation äußern sich unter anderem in spezifischen Siedlungsverhalten, sodass es zu ethnisch homogenen Stadtteilen kommt²⁰⁵ (Priddat 2005: 37; Opaschowski 2005: 89), in denen sich eine neue Unterschicht entwickelt, die von gesellschaftlichen Prozessen weitgehend abgekoppelt ist (Kröhnert, Medicus, Klingholz 2007: 27). Diese Entwicklung ist auch an anderer Stelle zu beobachten: In Folge des demografischen Wandels und einer zunehmend alternden Gesellschaft bilden sich Kommunen und Städte durch unterschiedliche ökonomische Entwicklungen zu entweder prosperierenden Zentren mit einer überwiegend

²⁰⁴ „15 Millionen Bürger Deutschlands stammen aus dem Ausland oder sind als Kinder von Zuwanderern geboren, das sind fast 20 Prozent der Bevölkerung. Rund die Hälfte von ihnen hat mittlerweile einen deutschen Pass.“ berichten Kröhnert, Hoßmann und Klinholz (2008: 167), wodurch, übereinstimmend mit vorgenannten Autorenteam Deutschland als 'weltoffener als andere Länder' gelten kann, denn „Auf 100.000 Einwohner bezogen, betrug die jährliche Zahl an Zuwanderern zum Beispiel in den achtziger Jahren des vorherigen Jahrhunderts in den vereinigten Staaten 254, Kanada 479, in Australien 694 und in Deutschland (alte Länder) 1022. Desinformation und Desinteresse haben zu einem falschen Selbstbild geführt: Deutschland ist weltoffener als andere Länder“ (Birg 2005: 35).

²⁰⁵ So berichtet Kees Christiaanse, Professor für Architektur und Städtebau an der ETH Zürich hinsichtlich der Siedlungsvorlieben von Zuwanderern, die beispielhaft für verschiedene Szenarien steht: „Es entstehen immer mehr Ghettos, zum Beispiel eine hindustane Suburb oder ein türkisches Viertel. Nur von Türken bewohnte Reihenhaussiedlungen - das ist eindeutig der Trend. Es hat keinen Sinn, das abzulehnen. Es ist einfach so. Früher gab es im alten Westen Rotterdams Türken, Marokkaner und Surinamer. Und alle anderen, die Geld hatten, zogen weg. Diese Bevölkerung wechselt sich unterdessen alle sechs Jahre vollständig aus, so gross ist die Mobilität geworden. Es gibt unterdessen türkische Geschäftsleute, die in den Aussenbezirken ganze Viertel aufkaufen und dann eine türkische Vorstadt aus Reihenhäusern etablieren. In London ist das schon längst so. Ich glaube, da muss man durch. Aber die weisse Homogenisierung der Vorstädte war ja auch katastrophal.“
<http://www.woz.ch/artikel/inhalt/2006/nr14/Kultur/13177.html> (WOZ vom 06.04.2006)“.

Eine ähnliche Analyse stellt Paul Scheffer an, der feststellt, dass es zu einer zunehmende ethnische Segregation von Städten und Stadtteilen kommt, innerhalb derer sich bereits parallele Rechtsnormen entwickelt hätten (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.2004, Nr. 262, 40).

jungen Bevölkerung oder Regionen mit überwiegend älteren Menschen heraus.

Eine liberale politische Kultur stellt aber eine gemeinsame Grundlage dar, um mit den unterschiedlichen Lebensformen einer multikulturellen Gesellschaft adäquat umgehen zu können (Habermas 1992: 642 f.).²⁰⁶ Wie in Kapitel 5 bereits hervorgehoben, liegt die Vermutung nahe, dass „neue Muster gesellschaftlicher Verbundenheit (entstehen), die zunehmend weniger auf die Existenz von territorialen Nationalstaaten angewiesen sind“ (Preuss 1997: 267; Bosniak 2000). Dem stehen die oben angesprochenen Sicherheitsgesetze entgegen, die in ihrer praktische Auslegung, insbesondere aber in ihrer öffentlichen Diskussion, zu Stigmatisierung ganzer Bevölkerungsteile führt. Die gerichtliche Feststellung²⁰⁷, dass die im Zuge der Rasterfahndung angelegten Kriterien wie die männlichen Geschlechts, islamischer Religionszugehörigkeit ohne nach außen tretende fundamentalistische Grundhaltung, ohne eigene Kinder, technische Fächer studierend, mehrsprachig, im allgemeinkriminellen Bereich unauffällig, häufig auf Reisen, finanziell unabhängig (...) in die Persönlichkeitsrechte eingreift, wird in gleichem Urteil reduziert auf die Feststellung dass „lediglich die Eigenschaften der vermutlich islamischen Religionszugehörigkeit und des vermutlich legalen Aufenthalts in Deutschland“ als Kriterien angelegt werden, wodurch der als verdächtig erscheinende Personenkreis sich beachtlich ausweitete (Schain 2007: 4).

Wie auch Deutschland verfügt Frankreich über sogenannte Erfahrung in der Terrorismusbekämpfung. Besonderes anarchistische Anschläge oder aber

²⁰⁶ Als notwendige und unstrittig Voraussetzung zählen ‚stability and unity of a political society‘ (Kukathas 1996: 96) Zu erreichen durch Werte und Prinzipien, die die Grundlage und zusammenhaltenden Leitlinien der Gemeinschaft darstellen.

²⁰⁷ Beschluß des Landgerichts Berlin vom 15. Januar 2002 Landgericht Berlin
Geschäftsnummer: 84 T 278, 288, 289, 308, 309, 348-351/01, 84 T 8/02 Amtsgericht
Tiergarten 353 AR 199/01 Beschluß In der Gefahrenabwehrsache betreffend Maßnahmen
nach § 47 ASOG.

separatistische Bestrebungen (wie auf Korsika) oder die Fortsetzung des algerischen Bürgerkriegs in Paris (Schain 2007: 9) führen früh zu einer Bündelung von verschiedenen Verfolgungsbehörden unter einem Dach. Wesentlicher Aspekt der Arbeit ist die aus der Kontrolle Krimineller hervorgegangene rigide Kontrollmöglichkeit gegenüber Personen, die auch Verdachtsunabhängig erfolgen kann und von privaten Sicherheitsfirmen durchgeführt werden kann. Durchsuchungen auf der Straße gehören mit zu diesem Vorgehen (Karg 2003: 17): „The ability of the police to stop and search was strengthened, at least in terms of the places where this could take place, and the kinds of police able to carry out such security checks“ (Schain 2007: 10).

Im Fokus dieser Ermittlungen und Tätigkeiten stehen auch hier Migranten, vornehmlich muslimische Zuwanderer aus dem Maghreb, die nach dem so genannten Obin-Report zunehmend als radikalisiert bezeichnet werden und innerhalb der französischen Vororte Parallelstrukturen mit eigener Gerichtsbarkeit und Fortführung der mitgebrachten Kultur errichten und durch ihre Identifikation mit den Herkunftsländern²⁰⁸ den Nahost-Konflikt in die französischen Städte tragen, sodass Schain zu dem Ergebnis gelangt. „Although the judicialization of the struggle against terrorism has no direct implications for immigration, the effectiveness of the system, combined with

²⁰⁸ Oder insbesondere mit der Religion als Möglichkeit der Identifikation, da der Bezug zum Herkunftland eher ein theoretischer ist, zumindest für die Generationen der in Frankreich geborenen, und die Religion (oder andere Peers) die Erfahrungen der Diskrimination, ob tatsächlich oder nur subjektiv empfunden, auf den Nah-Ost-Konflikt projiziert: „Die Radikalisierung junger Menschen ist ein bekannter Prozess und wirft eine ganze Reihe von Fragen im Hinblick auf die präventive Rolle von Eltern und Behörden auf. Die Analyse von Asima Shaikh hebt gerade den Bruch der Generationen zwischen Eltern und Kindern hervor. Denn die Lebensart der Eltern, die noch von den kulturellen Bezugspunkten ihres Herkunftlandes geprägt sind, steht im krassen Widerspruch zu der ihrer Nachkommen. Diese Diskrepanz veranlasst die Eltern angesichts der Gefahren, welche Kriminalität und Drogenhandel darstellen, zu einer Leugnung der Realität. Diese Probleme gelten als Tabu und machen jegliche Präventionspolitik seitens der Eltern unmöglich, so dass diese de facto den Vertretern der Religionsgemeinschaft in der Moschee überlassen wird.“ wie Frédéric Esposito in einer Studie 2007 für das Europäische Forum für innere Sicherheit mit Unterstützung der Europäischen Kommission feststellt.

more generally enhanced policy powers, inevitably intrudes on immigrant communities and on the daily life of immigrants who walk the streets and ride the metro“ (Schain 2007: 11), sodass die französische Antiterrorpolitik gemäß ihres Staatsverständnisses von Bürgerschaft, dass der Staat den Raum für Gleiche schafft, von einer gemeinsamen Verantwortung für Sicherheit durch alle vorsieht: Jeder, vom einfachen Bürger bis zu den Terrorismus bekämpfenden Dienststellen, muss sich der herrschenden Risiken bewusst werden.

Am 27. Mai 2005 unterzeichneten sieben europäische Staaten unter der deutschen Ratspräsidentschaft (Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich und Spanien) den Vertrag von Prüm, der als zwischenstaatliches Abkommen in Form intergouvernementaler Zusammenarbeit die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zur Verfolgung und Verhinderung von Straftaten beinhaltet. Mit dem Titel des Vertrags „Vertrag über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration“ wird der Umfang deutlich, der auf Durchführungsebene den Austausch von ermittlungsrelevanter Daten wie DNA-Abgleich, Abgleich von Fingerabdrücken und KFZ-Daten durch den Zugriff auf Datenbanken der jeweiligen Vertragsstaaten beruht. „Das inhaltliche Ziel des Prümer Vertrages, eine effizientere grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden zu ermöglichen, wird von allen Akteuren in der europäischen Innen- und Justizpolitik geteilt. Zur Debatte steht jedoch der gewählte Weg, nämlich das Ausweichen in den zwischenstaatlichen Raum und die damit verbundene Umgehung der Kontrollrechte des Europäischen Parlaments, des Europäischen Gerichtshofs und der nationalen Parlamente sowie die Gefahr einer weiteren Fragmentierung der europäischen Innen- und Justizpolitik“ (Kietz/Parkes 2007: 70). Im Vertrag von Amsterdam ist Europa als ein ‚Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts‘ definiert und Teile der Innen- und Justizpolitik der Staaten sind in einen Gemeinschaftsrahmen überführt, sodass in den Politikfeldern der inneren Sicherheit, der Asyl-, Flüchtlings-,

Einwanderungs- und Visumpolitik sowie in Fragen der Kontrolle an den Außengrenzen der Union die Organe der Europäischen Union am Entscheidungsprozess (unter Kontrolle des Europäischen Gerichtshofes) beteiligt sind. Mit dem Vertrag von Prüm wird diese jedoch unterlaufen. Besonders mit Blick auf den Umgang mit der Bekämpfung von Terrorismus wird deutlich, dass der gegenseitige Datenabgleich die Möglichkeit schafft, eine beispielsweise oben beschriebene Vorfeldkriminalisierung durchzusetzen, sodass unterschiedliche Rechtsauffassungen sich nicht alleine auf Unterschiede von Bürgerrechten innerhalb der jeweiligen Staaten beschränkt, sondern die unterschiedlichen Auffassungen von Kriminalität sich auf Bürger der anderen Staaten ausweitet:

Artikel 16: Vertrag von Prüm

Übermittlung von Informationen zur Verhinderung terroristischer Straftaten

(1) Die Vertragsparteien können zum Zweck der Verhinderung terroristischer Straftaten den nationalen Kontaktstellen nach Absatz 3 der anderen Vertragsparteien nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts im Einzelfall auch ohne Ersuchen die in Absatz 2 genannten personenbezogenen Daten und Informationen übermitteln, soweit dies erforderlich ist, weil bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Betroffenen Straftaten nach den Artikeln 1 bis 3 des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates der Europäischen Union vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung begehen werden.

Gleichzeitig widmet sich der Vertrag von Prüm der Problematik der Immigration. Während der Status von Immigranten in den jeweiligen Nationalstaaten unterschiedlich gehandhabt wird (Marfaing, Hein 2008: 1), die

Verfahren von Einbürgerungen sich jedoch angleichen, wird versucht, die sogenannte illegale²⁰⁹ Immigration zu kontrollieren und Rechte von Migranten einzuschränken (Kietz/Parkes 2007: 79): „Bisher sollte der »soziale Zusammenhalt« in den EU-Mitgliedstaaten aus Gründen der inneren Sicherheit durch die Restriktion der Zuwanderung verfestigt werden“ (ebd.: 80). Die deutsche Ratspräsidentschaft forciert dieses Bestreben, unter der französischen 2008 wird schließlich die Migration unter dem Gesichtspunkt der kontrollierten Zuwanderung ausgewählter Migranten vorangetrieben. Der Plan eines EU-Einwanderungsabkommens beinhaltet die folgenden Punkte:

„ausgewählte Migration“,

Harmonisierung der Handhabung von Asylbewerbern,

Ausweisungsregeln, Erfassung biometrischer Daten (alle Migranten werden an den Grenzen der EU registriert),

„Integrationsverträge“ (Sprachunterricht, Vermittlung nationaler und europäischer Werte),

Projekte der „Partnerschaft zwischen den Ursprungs-, Transit- und Zielländern der Migranten“. (Marfaing/Hein 2008: 3)

Diese Rahmenbedingungen, in denen die Exklusion von Migranten festgeschrieben ist, unterlägen innerstaatlich den jeweiligen Regierungen, die ihre Regelungen u.a. an den jeweiligen ökonomischen Bedingungen orientieren würden (Kietz/Parkes 2007: 82); damit würde durch die Abschottung des europäischen Raumes die Thematik Migration in die Staaten

²⁰⁹ Marfaing/Hein weisen in dem Zusammenhang mit der Migrationspolitik der Europäischen Union auf den fälschlich verwendeten Begriff der illegalen Migration hin. Illegal wird als Begriff zur Bezeichnung von Menschen verwendet, die sich ohne Visum oder Aufenthaltserlaubnis in einem Staat aufhalten, wobei jedoch in der UN-Menschenrechtserklärung festgelegt wird, dass „Jeder hat das Recht (hat), sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen“ (Art. 13, Abs. 1) und „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren“ (Abs. 2).“ Das Recht auf freie Reise kann also nicht illegal sein, die Begrifflichkeit führt zu einer Kriminalisierung eines Rechts mit ungesichertem Status (Marfaing/Hein 2008: 1).

außerhalb der EU verlagert. Gleichzeitig wären mit diesem Abkommen unter Umgehung des Europäischen Parlaments wesentliche Elemente einer demokratischen Prozedur umgangen, selbst wenn eine Berichterstattung an die Kommission vorgesehen ist.

Zusammenfassend listet die nachfolgende Tabelle die Indikatoren der Transnationalisierung von Citizenship über die verschiedenen Rechtsbereiche und politischen Ebenen dar.

	STATUS							AKTIVITÄT
	Inhaltliche Rechtsveränderung auf der			Rechtsveränderung durch Prozesse auf der		Rechtsetzung auf der		
	nationalen Ebene	supranationalen Ebene	Intergouvernementalen Ebene	Supranationalen Ebene	Supranationalen Ebene durch den EuGH			
Bürgerrechte	Sicherheitsgesetzgebung (2001ff)	Deutschland 2000 & Österreich 2005 (ius soli/ius sanguinis; Einbürgerung nach Aufenthaltsdauer; Kompetenz-Check; Mehrstaatlichkeit)	Einführung der Unionsbürgerschaft (1993)	Vertrag von Prüm (2005)			Right to move and reside (Case C-357/89; Case C-413/99; Case C-200/02; Case C-224/02)	Zivilgesellschaft (s. Forschung zu Tansnationalen Öffentlichkeiten)
Politische Rechte	Unionsbürgerschaft (1993: EU/Kommunalwahlrecht)		Europaweite Bürgerinitiative (Vertrag v. Lissabon)					Unionsbürgerschaft (1993: EU/ Kommunalwahlrecht)
Sozialrechte						Europäische Sozialagenda (OMK)	<ul style="list-style-type: none">• Language use (Case C-274/96)• Naming (C-148/02; Case C-65/03)• Recognition of previous education (Case C-147/03)• Child-raising allowance (Case C-85/96)• Minimum Subsistence allowance (Case C-184-99)• Employment (Case C-224/98; Case 316/85; Case 138/02; Case C-406/04)• Education enrolment fee (Case 293/83)	

Tabelle 1: Indikatoren zur Transnationalisierung von Citizenship in der EU

9. Die Qualität von Citizenship - Schlussbemerkung

Benchmarking, Staatsbürgerschaft, Bürgerrechte, Transnationalisierung, Integration: Begriffe, die nicht einfach zu vereinen sind. Benchmarking als Methode bedarf vergleichbarer Objekte, standardisierter Instrumente und Kriterien, die zum Vergleich herangezogen werden können. Ziel des Ansatzes ist es durch Vergleichen verschiedener ‚Praktiken‘ zu der für ein System vermeintlich besten sowie den dazu notwendigen Optimierungsschritten zu gelangen. Aus systemtheoretischer Sicht bietet die Methode nicht viel Neues hinsichtlich des messbar machens dessen, was systemrelevant ist, nämlich die Maxime des Funktionalen. In politischer Auseinandersetzung bedeutet dies die Reduktion des Bürgers und seiner sozialen Zusammenhänge auf die optimierte Verwaltung des Staatskörpers. Benchmarking als Optimierungsmethode hat zum Ziel den Vergleich mit Mitbewerbern. Benchmarking in politischen Zusammenhängen bedeutet, dass Bürgerrechte und Freiheitsrechte messbare Ziffern beinhalten, die jedoch von Nation zu Nation verschieden ausgelegt sind einer weiteren Optimierung bedürfen. Dies ist zweifellos richtig, Bürgerrechte sind prozesshaft, eine Utopie, eine dauernde Aufgabe. Messbar ist dabei die politische Praxis, die Form der Verwaltung, um mit Weber zu sprechen: Benchmarking hilft den modernen Prozess von Herrschaft zu optimieren, den der Beamten. Wird hingegen Benchmarking als Prozess des gegenseitigen Lernens zur Durchsetzung eigener Ideen verstanden, lässt sich dies im Rahmen der EU beobachten. Die Möglichkeit besteht, da innerhalb dieser Prozesse nicht mehr die Partizipation und Bürgerrechte als Zielvariable gelten, sondern messbare Variablen der Sicherheit: Überwachung und Kontrolle.

Freiheit ist Individuelles, Überwachen ist praktisches Handeln des Staates. Die Entwicklung der Sicherheitsgesetze, wie sie schließlich auch im Vertrag von Prüm kulminiert, verdeutlicht die Tendenz des Verwaltens der europäischen Idee unter Umgehen des europäischen Parlaments. Die Möglichkeit des Messens optimiert die Verfahrensabläufe und Prozesse, die

Staaten rücken näher zusammen, ohne jedoch ihre Nationalstaatlichkeit aufzugeben. Grenzüberschreitende Kontrolle und Überwachung unter dem Deckmantel der Sicherheit zu Lasten der Bürgerrechte und der ursprünglichen Idee eines Europas des Friedens. Die Vorstellungen Schuman's eines einigen Europas zur Friedenssicherung über die Kontrolle rüstungswichtiger Industrie veränderte sich. Die zunehmende Ökonomisierung Europas verdeckt im Laufe der Zeit die Idee des Friedens, die Verhandlungen über Bürgerschaft und Unionsbürgerschaft stehen im Schatten ökonomischer Transformationen, nicht der ursprünglichen politischen Idee. Der Verlust des Politischen manifestiert den Nationalstaat.

Die grenzüberschreitende Gewährung von Bürgerrechten steht unvollendet da: Die Idee von Bürgerrechten mit direkter Partizipation verbindet sich mit der Umsetzung von Beteiligung der griechischen Polis. Zwar kleinräumig und übersichtlich, auf ‚face-to-face‘ Beziehungen ausgerichtet, jedoch der Anwesenheit geschuldet: Entscheidungen werden an dem Ort getroffen, an dem der Bürger anwesend ist, oder genauer gesagt, der Bürger partizipiert politisch an dem Ort, dessen Bürgerrechte er inne hat. Der Erwerb der Rechte, entweder über das jus sanguis oder jus soli, in modernen Staatsgefügen auch über Mischformen regelt den Zugang zur politischen Beteiligung. Diese Rechte bleiben auch bei Abwesenheit aufrecht erhalten, sodass im Gegensatz zur ursprünglichen Form der Teilhabe das Recht nicht mehr an den Ort des Aufenthalts selbst gebunden ist. Im Gegenteil, das Staatsbürgerrecht löst sich vom Ort des Individuums und verweist auf den Ort der Eltern, sei es durch das Abstammungsrecht oder den Geburtsort reglementiert. Die Unabhängigkeit des Individuums bleibt dahingehend beeinträchtigt, dass sein Recht der Teilhabe das Recht der Eltern ist, nicht das seiner Fähigkeit und Einstellung. Die polis hingegen baut auf der Loyalität der Bewohner und gewährt dem Anwesenden Teilhabe. Die Europäische Union gewährt Teilhabe nicht im Allgemeinen, sondern nur im Besonderen, im direkten sozialen Umfeld, auf kommunaler Ebene. Das Misstrauen der Staaten

gegenüber den Bürgern aus anderen Staaten, die sich nach Schengen frei bewegen dürfen, jedoch nicht frei entscheiden können, drückt sich deutlich in dem grenzüberschreitenden, zeit-unabhängigen Austausch von Daten aus, wie im Vertrag von Prüm deutlich hervorgehoben. Eine Gewährung von Teilhabe, im Sinne von Wahlberechtigung, ist jedoch durch die zeitliche Bindung an den Aufenthalt einschränkt: Die Staaten gewähren sich, was ihren Bürgern vorenthalten bleibt.

Die Unterschiedlichkeit der Regelung von Staatsangehörigkeit in Deutschland, Frankreich und Österreich, die jeweils einen spezifischen historischen Kontext und damit auch Verständnis von Staatsbürgerschaft selbst aufweisen, lässt kein einheitliches Konzept der Staatsbürgerschaft in der Europäischen Union erkennen. Deutlicher als die Harmonisierungen, die der EU-Bürgerschaft geschuldet sind, treten die nationalstaatlichen Differenzen hervor, die in einem größerem Maß der Anpassung an Migranten im eigenen Land darstellen, als ein Anpassen an die europäischen Nachbarn. Die zunehmend restriktive Handhabung von Zuwanderung regelt die Möglichkeiten der Einbürgerung. Die Restriktionen, in denen Migranten besonders durch die Sicherheitsgesetze in den Fokus von polizeilichen oder geheimdienstlichen Aktionen geraten, sind die wenigen Übereinstimmungen, von denen man sagen kann, dass Benchmarking als Prozess funktioniert und das Prozedere optimiert. Für die anderen Bereiche, die der Freiheit, bleiben Einschränkungen bestehen. Die Europäische Union, der oft der Vorwurf der Festung Europa gemacht wird, schottet sich nach außen ab, reguliert die innereuropäische Wanderung und übersieht dabei die Möglichkeiten der Schaffung von Identitäten, die mit Schuman durchaus angedacht waren. Der Verlust von Ideen, besonders der politischen Ideen, schafft einen bürokratischen Apparat, dessen Bürger nicht die Möglichkeit der Adaption eines europäischen Bewusstseins lässt. Das Verhältnis der EU zu ihren Bürgern, besonders aber das Verhältnis der Nationalstaaten zu Bürgern anderer EU-Staaten kann als durchaus misstrauisch bezeichnet werden. Die

Absicherung nationalstaatlicher Interessen durch das Nicht-Gewähren umfassender Wahlrechte trägt weder der empirisch zu beobachtenden Zunahme fragmentierter Bürgerschaften oder transnationaler Identitäten Rechnung, indem dem Bürger eine europäische Verantwortung abgesprochen wird. Salopp gesprochen wird dem Bürger die Fähigkeit und das verantwortungsvolle Handeln hinsichtlich seines Umgangs mit einer Wählerstimme abgesprochen, indem einem Franzosen nicht zugetraut wird, den deutschen Bundestag mitzuwählen. Die Angleichung der Parteienlandschaft mit ihren Ideen und deren Differenzierung in linke, liberale oder konservative Spektren gleicht sich überall in Europa, die politische Sozialisation ist zu Erreichen des Wahlalters weitestgehend abgeschlossen, sodass eine politische Identität vorliegt, die sich durch den Wechsel von Frankreich nach Deutschland nicht ändert.

Zwar wird in Europa viel für Integration getan, Bildung ist nahezu für jeden zugänglich, eine finanzielle Grundversorgung ist in der Regel gegeben, wesentliche Elemente der Kriterien einer evolutionären Bürgerschaft im Sinne Marshalls sind inzwischen in Europa Standard. Die traditionellen Klassengegensätze existieren nur noch marginal, jedoch öffnen sich andere Gegensätze. Im Großen die Differenz zwischen Migranten und Einheimischen, im Kleinen zwischen EU-Staatsbürgern. Inzwischen erreichen Migranten eine Statuszuschreibung, die statt Integration und Empowerment Exklusion aus zentralen Bereichen des täglichen Lebens darstellt und Formen der ehemaligen Klassengegensätze aufweist. Da allerdings die traditionellen Cleavages an Bedeutung verlieren, gewinnen zunehmend ethnische Disparitäten an Bedeutung, die durch gesellschaftlichen Druck auf der einen Seite, aber auch durch Siedlungsgewohnheiten von Migranten selbst, hervorgerufen wird. Der mangelnde Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe, der allerdings auch Kompetenzen hierzu erfordert, beschleunigt Segregation, die sich selbst verstärkt. Die Problematik an dieser Konstellation liegt zum Teil in den Motiven von Migration selbst. Flucht und Vertreibung bedeutet Aufgabe

des Bekannten, Heimischen; in der Fremde bietet die ethnische Zugehörigkeit eine Form von Identität. Das Paradox an dieser Sache ist die Notwendigkeit der Öffnung der Gesellschaft, die Bereitschaft der Inklusion von Gruppierungen, die sich selbst über Exklusion definieren. Dies verhindert eine Ausbildung eines transnationalen Bewusstseins, welches notwendig wäre. Folgt man Marschall hingegen, kann sich dies eben durch die Billigung von Bürgerrechten entwickeln. Diesem steht jedoch die zunehmende Nationalisierung der europäischen Staaten entgegen. Wie auch im Kleinen, indem das Wahlrecht nur im geringen Umfang zugelassen wird, obgleich wissend, dass die Einführung des kommunalen Wahlrechts keine negativen Auswirkungen verzeichnet, sondern an der Stelle zugelassen ist, an der es die unmittelbarsten Auswirkungen auf das Zusammenleben hat: In der Gemeinde, in der die praktische Politik vor Ort gemacht wird. Zu Wahlen hingegen, bei denen eher eine politische Überzeugung notwendig ist, also keine direkte Auswirkung auf die Interaktionen vorliegt, wird die Beteiligung verwehrt. Die Dominanz des Staates und das Denken vom Staat her wird deutlich: Während das alte preußische Staatsbürgerrecht ebenso wie das österreichische mehr Wert darauf legten, dass ein künftiger Bürger oder Staatsangehöriger sich selbst versorgen konnte und die Grundvoraussetzungen einer Integration wie Sprache und Wertekonsens sichergestellt waren (was in Österreich zum Ausschluss von Monarchiegegnern führte, aber im positiven Rechtsverständnis möchte man auch heute keine Verfassungsgegnern), waren Religion und Ethnie recht unbedeutend. Ausgerechnet in der Zeit der Herausbildung von Nationalstaaten und einem Nationenbewusstsein wirkt dies angesichts der Handhabung in der Europäischen Union fortschrittlich und modern. Eine Handhabung der politischen Praxis, die eher nach dem Nutzen sah und im klassischen Sinn denen, die vor Ort sind, Rechte gewährte. Von diesen Prinzipien hat sich die Union entfernt.

10. Literaturverzeichnis

Abbott, Kenneth W./Snidal, Duncan, "Strengthening international regulation through transnational new governance: overcoming the orchestration deficit", in: Vanderbilt Journal of Transnational Law, März 2009.

Abizadeh, Arash, "Does Liberal Democracy Presuppose a Cultural Nation? Four Arguments" In: American Political Science Review 96.3, 2002, S. 495-509.

Abromeit, Heidrun, "Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie" Leske + Budrich, Opladen, 2002.

Abromeit, Heidrun, „Democracy in Europe – Legitimising Politics in a Non-State Polity“ Berghahn Books, New York/Oxford, 1998.

Ackerman, Bruce and Fishkin, James S., "Deliberation Day," In: The Journal of Political Philosophy, 2002, 129-152.

Ackerman, Bruce, "Political Liberalism," In: Journal of philosophy, 1994, S. 364-386.

Albert, Mathias, "Entgrenzung und Formierung neuer politischer Räume" In: Kohler-Koch, Beate, Regieren in entgrenzten Räumen. PVS-Sonderband 29. Opladen 1998, S. 49-75.

Albrecht, Hans-Jürgen, „Antworten der Gesetzgeber auf den 11. September - eine vergleichende Analyse internationaler Entwicklungen“ In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 2/2002.

Alexy, Robert, "Recht, Vernunft, Diskurs - Studien zur Rechtsphilosophie" Rechtstheorie, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1995.

Alexy, Robert, „Theorie der Grundrechte“ Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1986.

Aristotle, „Politics“ Oxford University Press, Oxford, 1995.

Armstrong, Chris, „Rethinking Equality: The Challenge of Equal Citizenship”
Manchester University Press, Manchester 2006.

Aronkoo, Raymond, "Kann es eine multinationale Staatsbürgerschaft geben?," (Citizenship, Heinz Kleger: Frankfurt, 1997, in: Kleger, Heinz (Hrsg.): Transnationale Staatsbürgerschaft. S. 23 - 41.

Bach, Maurizio, "Transnationale Institutionenpolitik: Kooperatives Regieren im politisch-administrativen System der Europäischen Union" In: König, Thomas/Rieger, Elmar/Schmitt, Hermann, Europäische Institutionenpolitik. Frankfurt a.M./New York, 1997, S. 178-199.

Bader, Veit, "The Cultural Conditions of Transnational Citizenship - On the Interpenetration of Political and Ethnic Cultures," In: Political Theory, Vol. 25 (6), Dezember 1997, S. 771-813.

Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel, "Race, Nation, Class: Ambiguous Identities" Verso, London/New York, 1991.

Barbalet, J. M., "Citizenship. Rights, Struggle and Class Inequality. Concepts in the Social Sciences" 1988.

Barbalet, J. M., "Citizenship Rights", in: Turner, Bryan S./Hamilton, Peter (eds.): Citizenship – Critical Concepts; London, 1994, S. 227 – 237.

Barber, Benjamin R., "Can Democracy Survive Globalization?," In: Demokratietheorie, 2000, Vol. 35 (3), S. 275-301.

Barber, Benjamin R., "Three Scenarios for the Future of Technology and Strong Democracy" In: Demokratietheorie, 1999, Vol. 113, No. 4; S. 573-589.

Barnes, Jonathan, *Aristoteles - Eine Einführung*, Stuttgart: Reclam, 1992.

Barry, Norman, "Markets, Citizenship and the Welfare State: Some Critical Reflections," in R. N. Plant, (Hrsg.), *Citizenship and Rights in Thatcher's Britain: Two Views*, London, 1990.

Bauböck, Rainer, "Sharing History and Future? Time Horizons of Democratic

Membership in an Age of Migration" In: *Citizenship*, 1998, Vol. 4, No. 3; S. 320-345.

Bauböck, Rainer, "Social and Cultural Integration in Civil Society" In: McKinnon, Catriona/ Hampsher-Monk, Iain, *The Demands of Citizenship*, London/New York, 2000, S. 91-119.

Beaumont, Elizabeth, "Educating Citizens: Integrating Knowledge from Political Theory, Participation, and Socialization," In: *Citizenship*, online paper, 2002, Paper prepared for the 2002 Annual APSA Meeting, Boston/MA.

Beck, Ulrich, "Democracy Beyond the Nation-State. A Cosmopolitan Manifesto", 1999.

Behzadi, Shasa, "Hallmarks of Citizenship" In: Gardner, J.P., *Hallmarks of Citizenship. A Green Paper*. London, 1996, S. 26-48.

Beiner, Ronald, *Theorizing Citizenship*, Albany: SUNY Press, 1995.

Bellamy, Richard, "One Europe or Several? Working Papers: The 'Right to have Rights' - Citizenship Practice and the Political Constitution of the European Union" In: *Citizenship*, 2001, ESRC - Economic & Social Research Council Working Paper 25/01.

Benhabib, Seyla, "Citizens, Residents, and Aliens in a Changing World: Political Membership in the Global Era" In: *Citizenship*, 1999, Vol. 66 (3), S. 709-744.

Berlin, Isaiah, *Four Essays on Liberty*, Oxford: Oxford University Press, 1969.

Bhabha, Jacqueline, "Belonging in Europe: citizenship and post-national rights," Oxford, 1999.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang, „Geschichte der Rechts- und Staatsphilosophie Antike und Mittelalter“ Verlag Mohr Siebeck, Tübingen, 2002.

- Böckenförde, Ernst-Wolfgang** „Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht. Suhrkamp, Frankfurt am Main
- Borri, Michele**, "European Citizenship and National Identities" In: Rechtstheorie, Beiheft 17, Berlin 1997, S. 221-240.
- Bös, M.**, „Die rechtliche Konstruktion von Zugehörigkeit. Staatsangehörigkeit in Deutschland und den USA“, in: Holz, K. (Hrsg.): Staatsbürgerschaft. Soziale Differenzierung und politische Inklusion, Wiesbaden, 2000, S. 93-118.
- Bosniak, Linda** (a), "Citizenship Denationalized" In: Indiana Journal of Global Legal Studies, Vol. 7 (2), Indiana, 2000, S. 447 ff.
- Bosniak, Linda** (b), "Universal Citizenship and the Problem of Alienage" In: American Political Science Review (APSR), Vol. 94, No. 3, 2000, S. 963-982.
- Bourdieu, Pierre**, "What Makes a Social Class? On the Theoretical and Practical Existence of Groups," In: Berkeley Journal of Sociology, 1987, S. 1-32.
- Brubaker, Rogers**, "Citizenship and Nationhood in France and Germany", Cambridge/London, 1992.
- Brubaker, Rogers**,: Staatsbürgerschaft als soziale Schließung, in: Holz, K. (Hrsg.): Staatsbürgerschaft. Soziale Differenzierung und politische Inklusion, Wiesbaden, 2000, S. 73-91.
- Buchstein, Hubertus**, "Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie", 1996, S. 583-607.
- Buchstein, Hubertus**, "Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürger zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz" In: von Beyme, Klaus; Offe, Claus.: Opladen, 1996, Politische Theorien in der Ära der Transformation. PVS-Sonderheft 26. S. 295-324.
- Bulmer, M./Rees, A.M.**, "Citizenship Today. The Contemporary Relevance of T.H. Marshall," London, 1996.

Bung, Jochen, „Feindstrafrecht als Theorie der Normgeltung und der Person“
In: HRRS. Onlinezeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung zum
Strafrecht, 2006/2, S. 63-70.

Bussemaker, Jet, "Introduction. The challenges of citizenship in late
twentieth-century societies" In: Bussemaker, Jet, Citizenship and Welfare
State Reform in Europe. London/New York, 1999, S. 1-11.

Callan, E., „Creating Citizens: Political Education and Liberal Democracy“
Oxford. 1997.

Cassierer, Ernst, „Versuch über den Menschen: Einführung in eine
Philosophie der Kultur“ Felix Meiner Verlag, Hamburg, 2007.

Cesarani, D./Fulbrook, M., "Citizenship, Nationality and Migration in Europe,"
London, 1996.

Clark, P.B., "Citizenship", London: Pluto Press, 1994.

Closa, Carlos, "Das Konzept der Staatsbürgerschaft in den Verträgen der
Europäischen Union," In: Kleger, Heinz (Hrsg.): Transnationale
Staatsbürgerschaft. Frankfurt, 1997, S. 191-208.

Cohen, Joshua/Sabel, Charles, "Directly-Deliberative Polyarchy" Vol. 3, No.
4; 1997, S. 313-342.

Conant, Lisa, "Contested Boundaries: Citizens, States, and Supranational
Belonging in the European Union," In: Paper prepared for the 2002
Annual APSA Meeting, Boston/MA, 2002.

Conde, Francisco Muñoz, „Über das Feindstrafrecht“, LIT Verlag, Berlin/
Hamburg/Münster, 2007.

Connolly, William E., "Identity/Difference: Democratic Negotiations of Political
Paradox " University of Minnesota Press, 2002.

Connolly, William E., "The Terms of Political Discourse", Princeton, N.J.:
Princeton University Press, 1993.

Conover, Pamela/Searing, Donald D., "The Elusive Ideal of Equal

Citizenship: Political Theory and Political Psychology in the United States and Great Britain," Paper prepared for the 2002 Annual APSA Meeting, Boston/MA.

Cooper, David E., "Citizenship and Postconventional Consciousness," In: Rechtstheorie, Beiheft 17, Berlin 1997, S. 241 - 252.

Crespo, Eduardo Demetrio, „Das ‚Feindstrafrecht‘ darf nicht sein!“ In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 9/2006, S. 413-427.

Crowley, B., "The Self, the Individual and the Community", Oxford University Press, Oxford, 1987.

Curtin, D. M., "Betwixt and Between: Democracy and Transparency in the Governance of the European Union" In: Winter, Jan A.; Curtin, Deidre M.; Kellermann, Alfred E.; de Witte, Bruno.;, Reforming the Treaty on European Union. The Legal Debate. Den Haag/Boston/London, 1996, S. 95-125.

Dahrendorf, Ralf, "Der moderne soziale Konflikt," Deutsche Verlagsgesellschaft GmbH: Stuttgart, 1992.

Dahrendorf, Ralf, "The Changing Quality of Citizenship," in B. v. Steenberg, (Hrsg.), The Condition of Citizenship, Sage: London, 1994.

Delgado-Moreira, Juan M., "European Politics of Citizenship" 1997.

Denninger, Erhard, "Anmerkungen zur Diskussion um Europäische Grundrechte", KritV - Vol. 83 (2), Baden-Baden, 2000, S. 145-151.

Denninger, Erhard, "Die Grundrechte - Kommentar," , AK-GG GW 2001 .

Denninger, Erhard, „Freiheit durch Sicherheit? Anmerkungen zum Terrorismusbekämpfungsgesetz“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10-11, 2002, S. 22-30.

Depenheuer, Otto, „Die Selbstbehauptung des Rechtsstaats“, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2007.

- Doyl, Charles**, "The USA PATRIOT Act: A Sketch in: CRS Report for Congress", RS21203, April 18, 2002 (siehe auch: <http://www.fas.org/irp/crs/RS21203.pdf>).
- Dworkin, Ronald**, "Liberal Community," in S. A. Avineri, (Hrsg.), Communitarism and Individualism, Oxford University Press: Oxford, 1992, S. 205-223.
- Dworkin, Ronald**, "Liberalism - A Matter of Principle", Cambridge: Harvard University Press, 1985.
- Dworkin, Ronald**, "Taking Rights Seriously" Harvard University Press, Cambridge, 1977.
- Eichener, Volker** " Das Entscheidungssystem der Europäischen Union. Institutionelle Analyse und demokratietheoretische Bewertung". Opladen: Leske + Budrich, 2000.
- Eichener, Volker**, "Die Rückwirkungen der europäischen Integration auf nationale Politikmuster" ,Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate.: Opladen, 1996, Europäische Integration. S. 249-280.
- Eichener, Volker/Voelzkow, Helmut**, "Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung. Ko-Evolution von politisch-administrativem System und Verbändelandschaft" ,Eichener, Volker; Voelzkow Helmut: Marburg, 1994, Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung. S. 9-25 .
- Erbel, Günter** , „Die öffentliche Sicherheit im Schatten des Terrorismus“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10-11; S. 14-21.
- Eriksen, Erik Oddvar/Fossum, John Erik**, "The EU and Post-National Legitimacy" ARENA, University of Oslo, Working Papers WP 00/26, Oslo, 2000.
- Eriksen, Erik Oddvar/Weigard, Jarle**, "The End of Citizenship? New Roles Challenging the Political Order" ARENA, University of Oslo, Working Papers, WP 99/26, Oslo, 1999.

- Erne, Roland**, "Für ein Europa der direkten Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung", Erne, Roland/Gross, Andreas/Kaufmann, Bruno/Kleger, Heinz.: Transnationale Demokratie. Impulse für ein demokratisch verfasstes Europa. Zürich, 1995, S. 215-233.
- Etzioni, Amitai**, "Debate: The Good Society" In: The Journal of Political Philosophy, Vol. 7, No. 1; March 1999, S. 88-103.
- Etzioni, Amitai**, „Die Entdeckung des Gemeinwesens - Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus“, Stuttgart: 1995.
- Etzioni, Amitai**, "Political Unification Revisited - On Building Supranational Communities", New York/Oxford: Lexington Books, 2001.
- Etzioni, Amitai**, "The New Golden Rule - Community and Morality in a Democratic Society", New York: Basic Books, 1996.
- Everson, Michelle C./Preuß, Urich K.**, "Concepts, Foundations, and Limits of European Citizenship" In: ZERP-Diskussionspapier 2/95, Bremen, 1995.
- Fischer, Jörg**, „Neue Studie vorgestellt: Gewalt gegen Schwule – Alltag in Deutschland“, 2007 (siehe auch: <http://www.hagalil.com/01/de/Antisemitismus.php?itemid=865>)
- Fiske, Susan T./Taylor, Shelley E.**, "Social Cognition" McGraw-Hill Series in Social Psychology, New York, 1991.
- Fleming, Mark C.**, "The Functionality of Citizenship," In: online paper, NYU School of Law:, Jean Monnet Working Paper (JMWP) No. 10/97, 1997 (siehe auch: www.jeanmonnetprogram.org/papers/97/97-10.html).
- Forst, Rainer**, "Kommunitarismus und Liberalismus - Stationen einer Debatte," in A. Honneth, (Hrsg.), Kommunitarismus - Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Campus Verlag: Frankfurt/New York, 1993, 181-212.

- Förster, Jürgen**, „Leben im Ausnahmezustand – Über den Widerspruch zwischen Freiheit und Sicherheit“, In: Biegi Mandana, Förster Jürgen , Otten Henrique Ricardo, Philipp Thomas: Demokratie, Recht und Legitimität im 21. Jahrhundert, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Berlin, 2008.
- Foucault, Michel**, „Geschichte der Gouvernementalität“, Bd. 1, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2004.
- Franck, Thomas, M.**, „The Empowered Self - Law and Society in the Age of Individualism“, Oxford: Oxford University Press, 2001.
- Frank, Martin**, "Multikulturalismus und Nationalismus. Neue Konfliktlinien in der Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte" In: von Beyme, Klaus; Offe, Claus, Politische Theorien in der Ära der Transformation. PVS-Sonderheft 26. Opladen, 1996, S. 362-388.
- Fraser, Nancy**, "Justice Interruptus: Critical Reflections on the 'Postsocialist' Condition," New York, 1997.
- Fritsch, Rüdiger Freiherr von**, „Der internationale Terrorismus und die neuen Herausforderungen an die Sicherheitsstruktur Deutschlands“ In: Mertes, Joachim/Robbers, Gerhard (Hrsg.), Antworten auf den internationalen Terrorismus, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main, 2007.
- Fuchs, Dieter**, "Demos und Nation in der Europäischen Union" In: Klingemann, Hans-Dieter; Neidhardt, Friedhelm, Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin, S. 215-236.
- Fuchs, Dieter/Pfetsch, Barbara**, "Die Beobachtung der öffentlichen Meinung durch das Regierungssystem" In: van den Daele, Wolfgang/Neidhardt, Friedhelm, Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren. WZB-Jahrbuch 1996, Berlin, S. 103-135.

- Furedi, Frank**, "Invitation to Terror - The Expanding Empire of the Unknown", Continuum International Publishing Group, London/New York, 2007.
- Galston, William**, "Liberal Purposes: Goods, Virtues, and Duties in the Liberal State", Cambridge: 1991.
- Gardner, J. P.**, "Citizenship, not Human Rights" In: Gardner, J.P., Hallmarks of Citizenship. A Green Paper, London, 1996.
- Gebhardt, Jürgen**, "Die Idee des Bürgers" In: von Beyme, Klaus; Offe, Claus, Politische Theorien in der Ära der Transformation. PVS-Sonderheft 26. Opladen, 1996, S. 349-361.
- Geertz, Clifford**, „Angestammte Loyalitäten, bestehende Einheiten. Anthropologische Reflexionen zur Identitätspolitik“ In: Merkur, Heft 542, 1994, S.392-403.
- George, V.**, "The future of the welfare state," in V. P. George (Hrsg.), European Welfare Policy. Squaring the Welfare Circle, Houndsmill, 1996.
- Giddens, Anthony**, "Class Division, Class Conflict and Citizenship Rights," London, 1982.
- Gierhake, Katrin**, „Zur geplanten Einführung neuer Straftatbestände wegen der Vorbereitung terroristischer Straftaten“ In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 9/2008, S. 397- 405 (siehe auch: http://www.zis-online.com/dat/artikel/2008_9_260.pdf).
- Giesen, Bernhard**, "Code und Situation. Das selektionstheoretische Programm einer Analyse sozialen Wandels - illustriert an der Genese des deutschen Nationalbewußtseins" In: Müller, Hans-Peter; Schmid, Michael.: Frankfurt a.M., 1995, S. 228-266.
- Giesen, Bernhard**, „Kollektive Identität – Eine konstruktivistische Perspektive“, in: ders.: Kollektive Identität – Die Intellektuellen und die Nation 2, Frankfurt am Main, 1999.
- Glendon, Mary Ann**, "Rights Talk: The Impoverishment of Political Discourse", New York: 1991.

Goodin, Robert E., "Democratic Deliberation Within" Blackwell Publishers Ltd., Oxford, 2000.

Gössner, Rolf, „EU-Terrorliste: Feindstrafrecht auf Europäisch“ In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2009, S.13-16 (siehe auch http://www.ilmr.de/wp-content/uploads/2009/03/goessner-eu-terrorliste_blaetter3-09-1.pdf).

Gramckow, Heike, „Der USA PATRIOT Act und seine (un)-Vereinbarkeit mit der amerikanischen Idee von Bürgerfreiheiten und Bürgerrechten“ In: Klaus Sessar (Hrsg.) Herrschaft und Verbrechen: Kontrolle der Gesellschaft durch Kriminalisierung und Exklusion Berlin-Hamburg-Münster, 2008.

Grässle-Münscher, Josef, „Terror und Herrschaft, Die Selbstbespiegelung der Macht“, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg, 2002.

Grawert, R.,: „Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft“, In: Der Staat, Jg. 23, 1984, S. 179-204.

Greven, Michael Thomas, "Der politische Raum als Maß des Politischen - Europa als Beispiel" (Demokratiethorie,König, Thomas; Rieger, Elmar; Schmitt, Hermann.: Frankfurt a.M./New York,1997, Europäische Institutionenpolitik. Mannheimer Jahrbuch für europäische Sozialforschung Band 2. S. 45-65.

Greven, Michael Thomas, "Politisierung ohne Citoyens. Über die Kluft zwischen politischer Gesellschaft und gesellschaftlicher Individualisierung" In: Klein, Ansgar; Schmalz-Bruns, Rainer, Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Baden-Baden,1997, S. 231-251.

Griesbaum, Rainer, „Thesen zum Referat von Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof“ In: 67. Deutscher Juristentag - Thesen zum Strafrecht, Erfurt, 2008, S. 45- 46 (siehe auch: http://www.djt.de/files/djt/67/djt_67_thesen_strafrecht.pdf).

- Grimm, Dieter**, "Braucht Europa eine Verfassung?," Meier, Heinrich.: München,1994, Vortragsdruck. Druck der Siemens Stiftung.
- Grimm, Dieter**, "Vertrag oder Verfassung. Die Rechtsgrundlage der Europäischen Union im Reformprozeß Maastricht II" In: Grimm, D./Hesse, J.J./Jochimsen, R./Scharpf, F.W., Zur Neuordnung der Europäischen Union: Die Regierungskonferenz 1996/97. Baden-Baden,1996, S. 9-31.
- Groß, Thomas**, „Terrorbekämpfung und Grundrechte“ In: Kritische Justiz, 1/2002 S. 1-17
- Haakonssen, Knud**, "Republicanism," In: Goodin, R. E. P. (Hrsg.), A Companion to Contemporary Political Philosophy, Blackwell: Oxford, Cambridge,1995, S. 568-574.
- Habermas, Jürgen**, "Citizenship and National Identity" In:,Turner, Bryan S., Citizenship and Social Theory, London/Newbury Park/New Delhi,1993, S. 20-35.
- Habermas, Jürgen**, "Human Rights and Popular Sovereignty - Their Liberal and Republican Versions," In: Ratio Juris, 1994, S. 8.
- Habermas, Jürgen**, "Wahrheit und Rechtfertigung" Suhrkamp, Frankfurt a.M.,1999.
- Habermas, Jürgen**, "Werte und Normen - Ein Kommentar zu Hilary Putnams kantischem Pragmatismus" In: Politische Philosophie, Berlin,2000, Vol. 48 (4), S. 547-564.
- Habermas, Jürgen**, „Staatsbürgerschaft und Nationale Identität“, in: Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats; Frankfurt am Main, 1992, S. 632-660.
- Hamlin, Alan**, "Welfare," In: Goodin, R. E. P. (Hrsg.), A Companion to Contemporary Political Philosophy, Blackwell: Oxford, Cambridge,1995, 651-662.

Hassemer, Winfried, „Zum Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit - Drei Thesen“ In: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 159, Heft 3, 2002.

Heater, Derek, "Citizenship: The Civic Ideal in World History, Politics and Education" London/New York, 1990.

Heater, Derek, "What is Citizenship?" Cambridge: Polity Press, 1999.

Heckmann, Friedrich/ Tomei, Vercnica, „Einwanderungsgesellschaft Deutschland - Chancen und Konfliktpotenziale“ Gutachten für die Enquete-Kommision ‚Demographischer Wandel‘ des Deutschen Bundestags. Europäisches Forum für Migrationsstudien (efms), 2003.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, „Grundlinien der Philosophie des Rechts“, Stuttgart, Reclam, 1970.

Heinelt, Hubert, "Results of the Conference Democratic and Participatory Governance: From Ciziens to 'Holders'?", 2000, Manuskript.

Heinelt, Hubert, "Zivilgesellschaftliche Perspektiven einer demokratischen Transformation der Europäischen Union" In: Zeitschrift für internationale Beziehungen. 5, 1998, Heft 1, S. 79-107.

Hellmann, Kai-Uwe „Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick“ In: ders.; Koopmans, Ruud: Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen/Wiesbaden, 1999, S. 9-25.

Hirsch, Burkhard, „Der attackierte Rechtsstaat. Bürgerrechte und „Innere Sicherheit“ nach dem 11. September“ In: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 159, Heft 3, 2002.

Hirsch, Günter, "Ein Bekenntnis zu den Grundwerten - Die Grundrechte-Charta wird der Europäischen Union den Weg weisen" In: FAZ, Nr. 237, vom 12. Okt. 2000, S. 11.

Holz, Klaus (Hrsg.), „Staatsbürgerschaft – Soziale Differenzierung und Politische Inklusion“, Wiesbaden, 2000.

- Holz, Klaus**, "Funktionale und segmentäre Differenzierung der Politik - Zur Gesellschaftstheorie der Staatsbürgerschaft," In: Zeitschrift für Rechtssoziologie, Vol. 22 (1), 2001, S. 53-78.
- Honneth, Axel**, "Einleitung," in A. Honneth, (Hrsg.), *Kommunitarismus - Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Campus Verlag: Frankfurt/New York, 1993, 7-17.
- Honneth, Axel**, "Individualisierung und Gemeinschaft," in C. Zahlmann, (Hrsg.), *Kommunitarismus in der Debatte*, Berlin, 1992.
- Honneth, Axel**, "The Struggle for Recognition: The Moral Grammar of Social Conflict," Boston, 1996.
- Huber, Peter M.**, "Die politischen Parteien als Partizipationsinstrument auf Unionsebene" *Europarecht (EuR)* Jg. 34, Heft 5; S. 579-596.
- Hutter, Reinhard W.**, „Wie lassen sich offene und hochtechnologisierte Gesellschaften schützen?“ In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), *Herausforderung Terrorismus*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Berlin, 2004.
- Ignatieff, Michael**, "The Myth of Citizenship," in R. Beiner, (Hrsg.), *Theorizing Citizenship*, SUNY Press: Albany, 1995, 53-78.
- Informationsseite BMI**, 2009: http://www.bmi.bund.de/cln_144/DE/Themen/Sicherheit/Terrorismus/terrorismus_node.html
- Isensee, Josef**, „Der Verfassungsstaat als Friedensgarant (I)“ In: *Politische Meinung*, 4/2004, S. 85-93.
- Isin, Engin F.**, „Being Political - Genealogies of Citizenship“ Minneapolis/London: University of Minnesota Press, 2002.
- Isin, Engin F./Wood, Patricia K.**, "Citizenship and Identity," London, 1999.
- Iverson, Duncan**, "Modus Vivendi Citizenship" (Citizenship, McKinnon, Catriona; Hampsher-Monk, Iain.: London/New York, 2000, *The Demands of Citizenship*. S. 123-143.

Jakobs, Günther, „Bürgerstrafrecht und Feindstrafrecht“ In: Ritsumeikan Law Review, 21/2004, S. 93-107 (siehe auch: <http://www.asianlii.org/jp/journals/RitsLRev/2004/5.pdf>)

Jansen, Stephan A./ Priddat, Birger P./Stehr, Nico/Birg, Herwig (Hrsg.), „Einleitung“ In: dies., Demographie - Bewegungen einer Gesellschaft im Ruhestand, VS Verlag, Wiesbaden, 2005.

Joerges, Christian, "Deliberative Supranationalism - A Defence," In: Online Paper, 2001 (siehe auch: <http://eiop.or.at/eiop/texte/2001-008a.htm>).

Joerges, Christian, "Transnationale deliberative Demokratie oder deliberativer Supranationalismus? Anmerkungen zur Konzeptualisierung legitimen Regierens jenseits des Nationalstaats bei Rainer Schmalz-Bruns" Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Vol. 7 (1), S. 145-161.

Juviler, Peter/Stroschein, Sherrill, "Missing Boundaries of Comparison: The Political Community" Political Science Quarterly, Vol. 114 (3). 1999.

Karg, Michael Simon, „Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten. Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001“ Hans Seidel Stiftung, München, 2003.

Keupp, Heiner/Kraus, Wolfgang/Strauss, Florian, "Civics matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements" In: Ulrich Beck: Frankfurt, 2000, Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. S. 217 - 268.

Kietz, Daniela /Parkes, Roderick, „Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Möglichkeiten und Grenzen einer ausgewogenen Inneren Sicherheits- und Migrationspolitik“ In: EU-Sicherheits- und Migrationspolitik, ipg, 1/2007, S. 66-83.

Klages, Helmut, 1996: Der ‚schwierige Bürger‘ – Bedrohung oder Zukunftspersonal?, in: W. Weidenfeld (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin, S. 233 - 253.

Klages, Helmut, „Engagement und Engagementpotential in Deutschland - Erkenntnisse der empirischen Forschung“ in: Beck, Ulrich, Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt, 2000, S. 151-171.

Kleger, Heinz (Hrsg.) „Transnationale Staatsbürgerschaft“ Frankfurt am Main, 1997.

Koller, Matthias, „Erledigung der Unterbringung und nachträgliche Sicherungsverwahrung“ In: R & P, 25. Jg., Heft 2, 2007, S. 57-68.

Kommission, EU, "Europäisches Regieren - Ein Weissbuch" Brüssel, 2001.

Kukathas, Chandran, "Liberty," in: Goodin, R. E. P. (Hrsg.), A Companion to Contemporary Political Philosophy, Blackwell: Oxford, Cambridge, 1995, 534-547.

Kymlicka, W./Norman, W., "Citizenship in Culturally Diverse Societies: Issues, Contexts, Concepts", in: dies. u.a.: Citizenship in Diverse Societies, Oxford/New York 2000.

Kymlicka, Will, "Community," in: Goodin, R. E. P. (Hrsg.), A Companion to Contemporary Political Philosophy, Blackwell: Oxford, Cambridge, 1995, 366-378.

Kymlicka, Will/Norman, Wayne, "Return of the Citizen: A Survey of Recent Work on Citizenship Theory. In: Beiner, Ronald (Hrsg.): Theorizing Citizenship, 1995.

La Torre, Massimo, "Citizenship and Beyond," In: Rechtstheorie, Beiheft 17, Berlin 1997, S. 273-293.

La Torre, Massimo, "Theories of Legal Argumentation and Concepts of Law - An Approximation" In: EUI Working Paper LAW No. 98/1 Florenz, 1998.

Larmore, Charles, "Politischer Liberalismus," in A. Honneth, (Hrsg.), Kommunitarismus - Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Campus Verlag: Frankfurt/New York, 1993, 131-156.

- Lehne, Werner/Schlepper, Christina**, „Die präventive Wende in Deutschland: Auf dem Weg zum rationalen Sicherheitsmanagement“ In: Hess, Henner/Ostermeier, Lars/Paul, Bettina, Kontrollkulturen: Texte zur Kriminalpolitik im Anschluss an David Garland, Juventa, Weinheim, 2007.
- Lemke, Thomas**, „Gouvernementalität und Biopolitik“, VS Verlag, Wiesbaden, 2008.
- Lepsius, M. Rainer** „Ethnos und Demos“, in: ders.: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990, S. 247-255.
- Lilli, Waldemar**, "Europäische Identität: Chancen und Risiken ihrer Verwirklichung aus einer sozialpsychologischen Grundlagenperspektive" (Identität (Kollektive-), Thomas König, Emlar Rieger und Hermann Schmitt: Frankfurt, 1998, in: Thomas König, Emlar Rieger und Hermann Schmitt (Hrsg.): Europa der Bürger? Voraussetzungen, Alternativen, Konsequenzen. (Mannheimer Jahrbuch für europäische Sozialforschung, Bd. 3) S. 139 - 158.
- Limbach, Jutta**, „Terror – eine Bewährungsprobe für die Demokratie“ Bundeszentrale für Politische Bildung, Essays zur Sicherheitsdebatte. 12/2004, Bonn (siehe auch: http://www.bpb.de/themen/O04P1S,0,Terror_eine_Bew%24hrungsprobe_f%2FCr_die_Demokratie.html).
- Löther, Andrea**, "Unpolitische Bürger. Frauen und Partizipation in der vormodernen praktischen Philosophie," in R. K. Koselleck, (Hrsg.), Bürgerschaft. Rezeption und Innovation der Begrifflichkeit vom Hohen Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, Klett-Cotta: Stuttgart, 1994.
- Luhmann, Niklas**, "Ausdifferenzierung des Rechts: Beiträge zur Rechtssoziologie und Rechtstheorie“, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1981.
- Mac Cormick, Neil**, "Legal Right and Social Democracy," 1982.
- Macedo, Stephan**, "Liberal Virtues", Oxford: 1990.

- Macpherson, C. B.**, "Problems of human rights in the late twentieth century",
in: ders.: The Rise and Fall of Economic Justice and Other Essays,
Oxford, 1985.
- Mann, Thomas**, „Der Zauberberg“, Frankfurt a.M.: Fischer, 1989.
- Marfaing, Laurence/Hein, Wolfgang**, „ Das EU-Einwanderungsabkommen -
kein Ende der illegalen Migration aus Afrika“ In: GIGA Focus Global,
8/2008.
- Marshall, Thomas H.**, "The Right to Welfare and other Essays," London,
1969/1981.
- Marshall, Thomas H.**, "A note on 'status'", in: ders.: Class, Citizenship and
Social Development, Westport 1954/1973.
- Marshall, Thomas H.**: Social Policy in the Twentieth Century, London, 1975.
- Marshall, Thomas H./Bottomore, Tom**: „Bürgerrechte und soziale Klassen.
Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates“ Frankfurt am Main/New
York, 1992.
- Marshall, Thomas Humphrey**, "Citizenship and Social Class,"
London, 1950/1992.
- McKinnon, Catriona/Hampsher-Monk, Iain**, "The Demands of Citizenship"
London/New York, 2000.
- Mead, Lawrence**, „Beyond Entitlement: The Social Obligations of Citizenship"
New York: 1986.
- Mégret, Frederic**, „„Krieg“? Völkerrechtssemantik und der Kampf gegen den
Terrorismus“ In: Kritische Justiz, 2/2002, S. 157-179 (siehe auch:
http://www.kj-online.de/kjneu/hefte/Heft_02_02.pdf).
- Melucci, Alberto**, "The Process of Collective Identity" In: Johnston, Hank;
Klandermans, Bert.: Social Movements and Culture, Minneapolis, 1995,
S. 41-63.
- Mill, John Stuart**, „On Liberty“ New York: Penguin Books, 1974.

- Miller, David**, "Community and Citizenship" In: S. A. Avineri, Hg.
Communitarianism and Individualism, Oxford University Press: Oxford,
1992, S. 85-100.
- Miller, David**, "Citizenship and National Identity" Polity Press, Cambridge,
2000.
- Moravcsik, Andrew**, "A New Statecraft? Supranational Entrepreneurs and
International Cooperation" In: Working Paper 98-10, Weatherhead Center
for International Affairs, Harvard University, August 1998.
- Müller, Harald**, "Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln" In:
Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Vol. 1, 1994.
- Münkler, Herfried**, "Der kompetente Bürger," in R. Schmalz-Bruns/A. Klein,
(Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland -
Möglichkeiten und Grenzen, Nomos: Baden-Baden, 1997, 153-172.
- Münkler, Herfried**, „Die neuen Kriege“, Rowohlt, Hamburg, 2004.
- Nassehi, Armin/Schroer, M.**, „Staatsbürgerschaft. Über das Dilemma eines
nationalen Konzepts unter postnationalen Bedingungen“ In: Holz, K.:
Staatsbürgerschaft – Soziale Differenzierung und Politische Inklusion,
Opladen, 2000.
- Nemitz, Paul F.**, "Europäische Kommission: Vom Kollegialprinzip zum
Präsidialregime?," 1999, Jg. 34, Heft 5; S.678-686.
- Newey, Glen**, "Philosophy, politics and contestability" In: Journal of Political
Ideologies, Vol. 6 (3), 2001, S. 245-261.
- Newton, Kenneth**, "Mass Media Effects: Mobilization or Media Malaise?," In:
British Journal of Political Science, Vol. 29 (4), 1999, S. 577-599.
- Newton, Kenneth**, "Social capital and democracy in modern Europe" (Civil
Society, van Deth, Jan W.; Maraffi, Marco; Newton, Kenneth; Whiteley,
Paul F.: London/New York, 1999, Social Capital and European
Democracy. S. 3-24 .

- Niesen, Peter**, "Die politische Theorie des politischen Liberalismus: John Rawls," in A. G. S. Brodacz, (Hrsg.), Politische Theorien der Gegenwart - Eine Einführung, Leske+Budrich: Opladen, 1999, 17-42.
- Nonnenmacher, Peter**, „Vom Cricketfeld in Leeds in den heiligen Krieg in London“ In: Tages-Anzeiger, 14. Juli 2005, S. 5.
- Offe, Claus**, "Capitalism by Democratic Design? Democratic Theory Facing the Triple Transition in East Central Europe," Social research, 1991.
- Oldfield, Adrian**, "Citizenship and Community: Civic Republicanism and the Modern World," in G. Shafir, (Hrsg.), The Citizenship Debates, University of Minnesota Press: Minneapolis, London, 1998, 75-92.
- Oldfield, Adrian**, "Citizenship: An Unnatural Practice?" In: Political Quarterly, 1990, S. 177-187.
- Ooyen, Robert Chr. Van**, „'Volksdemokratie' und ‚Präsidialisierung‘ - Schmitt-Rezeption im liberalkonservativen Etatismus: Herzog – von Arnim – Böckenförde; in: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Der Staat des Dezisionismus Baden-Baden, 2007.
- Opaschowski, Horst W.**, „Besser leben, schöner wohnen? Leben in der Stadt der Zukunft“, Primus Verlag, Bonn, 2005.
- Ostrom, Elinor**, "Crowding out Citizenship," In: Scandinavian Political Studies, Vol. 23 (1), 2000, S. 3-16.
- Otten, Henrique Ricardo**, "Doppeltes Recht oder Das Recht zur Ausnahme. Die Aktualität Carl Schmitts im war on terror" In: Biegi Mandana/Förster, Jürgen/Otten, Henrique Ricardo/Philipp, Thomas: Demokratie, Recht und Legitimität im 21. Jahrhundert. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Berlin, 2008.
- Pateman, Carole**, "Participation and Democratic Theory" Cambridge, 1970.
- Philip, Mark**, "Motivating Liberal Citizenship," in C. I. McKinnon, (Hrsg.), The Demands of Citizenship, Continuum: London/New York, 2000, 165-192.

Plant, Raymond, "Social Rights and the Reconstruction of Welfare," in G. Andrews, (Hrsg.), *Citizenship*, London, 1991, 50-64.

Pocock, J.G.A., "The Ideal of Citizenship since Classical Times," in R. Beiner, (Hrsg.), *Theorizing Citizenship*, SUNY Press: Albany, 1995, 29-52.

Pogge, Thomas W., "How to Create Supra-National Institutions Democratically. Some Reflections on the European Union's 'Democratic Deficit'" ,Follesdahl, Andreas; Koslowski, Peter.: Berlin/Heidelberg/New York, 1997, *Democracy and the European Union (Studies in Economic Ethics and Philosophy)*. S. 160-185.

Pogge, Thomas W., "On the Site of Distributive Justice: Reflections on Cohen and Murphy," In: *Rechtstheorie*, Vol. 29 (2), 2000, S. 137-169.

Preuß, Urich K., "Grundrechte in der Europäischen Union," In: *Rechtstheorie*, Vol. 31 (1), 1998, S. 1-29.

Preuß, Urich K., "Probleme eines Konzepts europäischer Staatsbürgerschaft" In: Heinz Klegler (Hrsg.): *Transnationale Staatsbürgerschaft*. Frankfurt, 1997, S. 249 - 270.

Quiatkowski, Roland, „Grenzziehungen im Verfassungsstaat- zur Entwicklung eines tauglichen Gegnerbegriffes für das Feindstrafrecht“ Grin Verlag, 2008.

Rawls, John, "Justice as Fairness in the Liberal Polity," in G. Shafir, (Hrsg.), *The Citizenship Debates*, University of Minnesota Press: Minneapolis, London, 1998, 53-74.

Rawls, John, "The Law of Peoples. With The Idea of Public Reason Revisited" Cambridge, Mass./London, 1999.

Rawls, John, „A Theory of Justice“ London, 1971.

Rawls, John, „Politischer Liberalismus“ Frankfurt a.M., 1998.

Rees, A. M. "T. H. Marshall and the Progress of Citizenship" In: Bulmer, M./Rees, A. M. (Hrsg.): *Citizenship Today. The Contemporary Relevance of T. H. Marshall*, London, 1996, S. 1-23.

Reich, Norbert, "Zur Notwendigkeit einer Europäischen Grundrechtsbeschwerde" In: *Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP)*, Vol. 33 (9), 2000, S. 375-378.

Richter, Emanuel, "Die europäische Zivilgesellschaft" In: Klaus Dieter Wolf, *Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union*. Baden-Baden, 1997, S. 37-62.

Ronellenfitsch, Michael, „Datenschutzrechtliche Schranken bei der Terrorismusbekämpfung“ In: *Datenschutz und Datensicherheit*, Nr. 31, 8/2007, S. 531-570.

Rosa, Hartmut, "Die politische Theorie des Kommunitarismus: Charles Taylor," in A. G. S. Brodacz, (Hrsg.), *Politische Theorien der Gegenwart*, Leske+Budrich: Opladen, 1999, 43-68.

Rosenau, Henning, „Die Nachträgliche Sicherungsverwahrung - Feindstrafrecht oder Bewährungsprobe für den Rechtsstaat?“ In: Duncker, H./ Koller, M./Foerster, K. (Hrsg.), *Forensische Psychiatrie - Entwicklungen und Perspektiven. Festschrift für Ulrich Venzlaff zum Geburtstag*. Lengerich, 2006, S. 284-312.

Rousseau, Jean-Jacque, „The Social Contract“, Penguin, Harmondsworth, 1968.

Ruggie, John Gerard, "Territoriality and beyond: problematizing modernity in international relations" In: *International Organization*, 1993, 139-174.

Ryan, Alan, "Liberalism," in: Goodin, R. E. P. (Hrsg.), *A Companion to Contemporary Political Philosophy*, Blackwell: Oxford, Cambridge, 1995, 291-311.

Safran, William, "State, Nation, National Identity, and Citizenship: France as a Test Case," In: *International Political Science Review*, 1991, S. 219-238.

- Safran, William**, "Citizenship and Nationality in Democratic Systems: Approaches to Defining and Acquiring Membership in the Political Community" In: International Political Science Review 18, 1997, S. 313 – 335.
- Saretzki, Thomas**, "Technologische Bürgerschaft? Anmerkungen zu einer Konstruktion von citizenship in einer technologischen polity" In: Beitrag zum Autorenworkshop des Arbeitskreises Politik und Technik der DVPW in Hagen am 7./8.5.1998 für den Band: Renate Martinsen/Georg Simonis (Hg.): Demokratie und Technik.
- Saunders, Peter**, "Citizenship in a Liberal Society," In: Bryan S. Turner: London, 1993, in: Citizenship and Social Theory. S. 57 - 89.
- Schmalz-Bruns, Rainer**, "Bürgergesellschaftliche Politik - ein Modell der Demokratisierung der Europäischen Union" In: Wolf, Klaus-Dieter, Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union, Baden-Baden, 1997, S. 63-89.
- Schmalz-Bruns, Rainer**, "Deliberativer Supranationalismus: Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats" In: Zeitschrift für internationale Beziehungen, Vol. 6, 1999, S. 185-244.
- Schmitt, Carl**, „Der Begriff des Politischen“, Duncker + Humblot, Berlin [1932] 2002.
- Schmitt, Carl**, „Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität“, Duncker + Humblot, Berlin, [1922] 2004.
- Schrader, Holger**, „The Changing Character of Terrorism“ In: Gellner, Winand/ Strohmeier, Gerd (Hrsg.): Freiheit und Gemeinwohl, Politikfelder und Politikvermittlung des 21. Jahrhunderts. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2002.
- Schuppert, Gunnar Folke**, "Anforderungen an eine Europäische Verfassung - Gründe und Grenzen europäischer Verfassungserwartungen," (Rechtstheorie, Berlin, 2000, in: Klingemann, Hans-Dieter/Neidhardt

(Hrsg.): Zur Zukunft der Demokratie - Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung. WZB-Jahrbuch 2000, S. 237-262.

Shafir, Gershon (Hrsg.), "The Citizenship Debates", Minneapolis, London: University of Minnesota Press, 1998.

Shapiro, Ian, "Optimal Deliberation?," In: The Journal of Political Philosophy, 2002, S. 196-211.

Shklar, Judith, "American Citizenship: The Quest for Inclusion," Harvard University Press: Cambridge, 1991.

Sieferle, Rolf Peter, „Epochenwechsel – Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“. Berlin, 1994.

Sieyes, Emmanuel Joseph, „What is the Third Estate?“ London: Pall Mall, 1963.

Sinn, Arndt, „Moderne Verbrechensverfolgung – Auf dem Weg zu einem Feindstrafrecht?“ In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 3/2006, S. 107-117. http://www.zis-online.com/dat/artikel/2006_3_18.pdf

Smith, Anthony D., *Theories of Nationalism*, London: Duckworth, 1971.

Soysal, Yasemin Nuhoglu, "Citizenship and Identity: Living in Diasporas in Post-war Europe?" In: Ethnic and Racial Studies, Vol. 23 (1), London, 2000, S. 1-15.

Soysal, Yasemin Nuhoglu, "Limits of Citizenship. Migrants and Postnational Membership in Europe," Chicago, 1994.

Speth, Rudolf, „Der Mythos des Staates bei Carl Schmitt“ In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Mythos Staat, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2001.

Spree, Ulrike, "Die verhinderte Bürgerin? Ein begriffsgeschichtlicher Vergleich zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien," in R. K. Koselleck, (Hrsg.), Bürgerschaft. Rezeption und Innovation der Begrifflichkeit vom Hohen Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, Klett-Cotta: Stuttgart, 1994.

- Steenbergen, B. v.:** Towards a Global Ecological Citizen, in: ders.: The Condition of Citizenship, London, 1994, S. 141-152.
- Stübinger, Stephan,** „Der Feindbegriff Carl Schmitts im Antiterrorkrieg“ In: Ancilla Juris, 2008, S. 73-95;
- Sunstein, Cass R.,** "Designing Democracy - What Constitutions Do," Oxford, 2001.
- Sunstein, Cass R.,** "The Law of Group Polarization," *The Journal of Political Philosophy*, 2002, 175-195.
- Taylor, Charles,** "Aneinander vorbei: Die Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus," in A. Honneth, (Hrsg.), Kommunitarismus - Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Campus Verlag: Frankfurt/New York, 1993, 103-130.
- Taylor, Charles,** "Can Canada Survive the Charter?," *Alberta Law Review*, 1992, 427-447.
- Taylor, Charles,** "What does it mean to be an 'American'?", *Social research*, 1990.
- Taylor, Charles,** "The Liberal-Communitarian Debate" In: Rosenblum, N. (Hrsg.): Liberalism and the Moral Life, Cambridge, Mass., 1989.
- Thiele, Ulrich,** „Der Pate, Carl Schmitt und die Sicherheitsstrategie der USA“ In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 8/2004, S. 992-1000.
- Tibi, Bassam,** „Multikultureller Werte-Relativismus und Werte-Verlust Demokratie zwischen Werte-Beliebigkeit und pluralistischem Werte-Konsens“ In: Pechmann, Ralph/Reppenhagen, Martin: Mission im Widerspruch. Neukirchener Verlagsgesellschaft, Neukirchen, 1999.
- Turner, Bryan S.,** "Citizenship and Capitalism. The Debate over Reformism" London, 1986.
- Turner, Bryan S.,** "Postmodern Culture/Modern Citizenship," In B. v. Steenbergen, (Hrsg.), The Condition of Citizenship, London, 1994.

- Turner, Bryan S.**, "Review Essay: Citizenship and Political Globalization" In: Citizenship, 2000, Vol. 4 (1), S. 81-86.
- Turner, Bryan S.**, "Citizenship and Social Theory", London, 1993.
- Turner, Bryan S.**, „Grundzüge einer Theorie der Staatsbürgerschaft“ In Mackert, Jürgen/Müller, Hans-Peter (Hrsg.): Citizenship – Soziologie der Staatsbürgerschaft; Opladen, 1994, S. 229-263.
- Uwer, Thomas**, „Der unsichtbare Dritte Günther Jakobs, Carl Schmitt und der ganz normale Ausnahmezustand“ In: Die rote Hilfe Zeitung, 2/2006, S. 37-58.
- van Deth, Jan W.**, "Interesting but irrelevant: Social capital and the saliency of politics in Western Europe" In: Civil Society, Vol. 37; 2000, S. 115-147.
- van Deth, Jan W./Roßteutscher, Sigrid**, "Citizenship, Involvement, Democracy. Eine international vergleichende Studie zu Zivilgesellschaft, Bürgerengagement und Demokratie. Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe an die DFG" (Civil Society, Mannheim, 2000.
- van Gunsteren, Herman**, "Notes towards a Theory of Citizenship" In: Dallmayr, F. (Hrsg.), From Contract to Community" 1978.
- van Gunsteren, Herman**, "A Theory Of Citizenship: Organizing Plurality In Contemporary Democracies" Westview Press, Boulder/Oxford, 1998.
- van Steenbergen, Bart** (Hrsg.), "Conditions of Citizenship", Sage Publications, London, 1994.
- von Beyme, Klaus**, "Zivilgesellschaft - Karriere eines Mode-Begriffs" Marsiliusvorlesung der Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg, 17. Oktober 1998, www.uni-heidelberg.de/uni/aktu/9810bey1.htm.
- Walther Susanne C.**, „Präventivhaft für terrorismusverdächtige „Gefährder“: eine Option für Deutschland?“ In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, 12/2007, S. 464-475.
- Walzer, Michael**, "Die kommunitaristische Kritik am Liberalismus," in A.

- Honneth, (Hrsg.), *Kommunitarismus - Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Campus Verlag: Frankfurt/New York, 1993, 157-180.
- Walzer, Michael**, "Rescuing Civil Society" In: *Dissent*, Winter, 1999, S. 62-67.
- Walzer, Michael**, "The Civil Society Argument," in R. Beiner, (Hrsg.), *Theorizing Citizenship*, SUNY Press: Albany, 1995, 153-174.
- Walzer, Michael**, "On the Role of Symbolism in Political Thought" in: *Political Quarterly*, Vol. 82, 1967.
- Warleigh, Alex**, "Frozen: Citizenship and European Unification," *CRISPP*, Vol. 1 (4), London, 1998, S. 113-151.
- Waschkuhn, Arno**, "Zivilgesellschaft: vom Euphemismus zur Konkretisierung" In: *Demokratietheorie*, 1999, 16. Jg., Heft 2; S. 18-30.
- Weber Max**, „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland“ Duncker + Humblot, Berlin, [1918] 1980.
- Weber, Max**, "Citizenship in Ancient and Medieval Cities," in G. Shafir, (Hrsg.), *The Citizenship Debates*, University of Minnesota Press: Minneapolis, London, 1998, 43-52.
- Weber, Max**, "Economy and Society: An Outline of Interpretative Sociology," in G. C. Roth, (Hrsg.), *University of California Press: Berkely/Los Angeles*, 1978.
- Weber, Max**, „Ethnische Gemeinschaftsbeziehungen“ In: ders., *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß einer verstehenden Soziologie*, Tübingen 1980, S. 234-244.
- Weiler, J. H.H.**, "The European Union belongs to its Citizens: Three immodest Proposals" In: *European Law Review*, Vol. 22, 1997, S. 150-156.
- Wiener, Antje**, "Assessing the Constructive Potential of Union Citizenship - A Socio-Historical Perspective," Internet online-paper, *EloP* Vol. 1, 1997, No. 17, <http://eiop.or.at/eiop/texte/1997-017a.htm>.

Wiener, Antje, "Bürgerschaft jenseits des Staates," In: Vorgänge 174, 2006, S. 27-39.

Wiener, Antje, "The Constructive Potential of Citizenship building European Union" In: Citizenship Studies, Vol. 27 (3), S. 271 - 293.

Wiener, Antje/della Sala, Vincent, "Constitution-making and Citizenship Practice - Bridging the Democracy Gap in the EU?" In: Journal of Common Market Studies, Vol. 35 (4), 1997, S. 595-614.

Wilhelm, Andreas, „Der neue internationale Terrorismus als Bestimmungsfaktor der Weltpolitik“ In: Gellner, Winand/ Strohmeier, Gerd (Hrsg.): Freiheit und Gemeinwohl, Politikfelder und Politikvermittlung des 21. Jahrhunderts, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2002.

Young, Iris Marion, "Activist Challenges to Deliberative Democracy," In: Demokratietheorie, Vol. 29 (5), 2001, S. 670-690.

Young, Iris Marion, "Justice and the Politics of Difference," Princeton, 1990.

Young, Iris Marion, "Polity and Group Difference: A Critique of the Ideal of Universal Citizenship," in R. Beiner, (Hrsg.), Theorizing Citizenship, SUNY Press: Albany, 1995, 175-208.

Young, Iris Marion, "Selbstbestimmung und globale Demokratie. Zur Kritik des liberalen Nationalismus" In: Demokratietheorie, 1998, Band 46/3. S. 431-457.

Young, Iris Marion, "State, civil society, and social justice," in I. C. Shapiro, (Hrsg.), Democracy's Value, Cambridge University Press: Cambridge, 1999, 141-162.

Eidesstattliche Erklärung

CH-Büttikon, 31.05.2010

Die vorliegende Arbeit „Citizenship per Dekret? Die Entwicklung transnationaler Citizenship als Benchmark-Prozess“ wurde von mir selbstständig verfasst. Die zur Bearbeitung des Themas herangezogenen Quellen, die Literatur und sonstige Hilfsmittel wurden entsprechend gekennzeichnet.

Es wurde von mir noch kein Promotionsversuch, auch nicht an einer anderen Universität, unternommen.

Simone Ruppertz-Rausch

Lebenslauf – Simone Ruppertz-Rausch

Bildungsweg

Okt. 1994 - März 1999	Technische Universität Darmstadt, Darmstadt Magisterstudium Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften Abschluss: Magistra Artium, Note: Mit Auszeichnung
Aug. 1996 - Okt. 1997	State University of New York at Buffalo, Buffalo/USA Hauptstudium der Politikwissenschaft Abschluss: Master of Arts, Note: Sehr gut
Aug. 1991 - Juni 1994	Kaufmännische Schulen II der Stadt Hanau, Hanau Allgemeine Hochschulreife als Jahrgangsbeste 1994
Sept. 1988 - Jan. 1991	DG Bank Frankfurt, Frankfurt Ausbildung zur Bankkauffrau

Tätigkeiten

März 2010 - Sept. 2005 – Feb. 2010	Microsoft Corporation, Redmond/USA Senior IW Business Strategy Consultant IW Business Strategy Consultant
Aug. 2004 - Sept. 2005	Microsoft Deutschland GmbH, München EMEA Executive Briefing Manager
Juli 1999 - Juni 2003	Technische Universität Darmstadt, Darmstadt Institut für Politikwissenschaft: Durchführung zweier DFG geförderter Forschungsprojekte und Lehrtätigkeit (Proseminare)
März 1996 - Juli 1996 Nov. 1997 - Juni 1999	Degussa AG, Frankfurt Freie Mitarbeiterin der Zentralen Personalentwicklung und -förderung
Juni 1994 - Okt. 1994	Michael Weinig Asia Pte. Ltd., Singapur Auslandspraktikum: Trainee in der Verkaufs-, Finanz- und Serviceabteilung Förderung durch ein Stipendium des Carl Duisberg Arbeitskreises Hessen e.V. (CDA)
März 1991 - Aug. 1991	DG Bank Frankfurt, Frankfurt Business Managerin des Abteilungsdirektors der Auslandsabteilung (USA, Naher und Mittlerer Osten)